

# KEINE ZUKUNFT FÜR UNSERE VERGANGENHEIT



DENKMALSCHUTZ  
UND STADTZERSTÖRUNG

Heinrich Klotz  
Roland Günter  
Gottfried Kiesow



Verlag W. Schmitz, Giessen, Lonystraße 19

**KEINE ZUKUNFT  
FÜR UNSERE  
VERGANGENHEIT?**

**DENKMALSCHUTZ UND STADTZERSTÖRUNG**

Heinrich Klotz  
Roland Günter  
Gottfried Kiesow



1975

**WILHELM SCHMITZ VERLAG IN GIESSEN**

© Copyright 1975  
by wilhelm schmitz verlag in giessen  
Buch- und Offsetdruck:  
von Münchowsche Universitätsdruckerei Schmitz, Gießen  
Umschlaggestaltung: Kah Jagals, Wuppertal

## INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
<u>TEIL A: HEINRICH KLOTZ</u>	7
I. DENKMALSCHUTZ IST UMWELTSCHUTZ	7
II. DIE ÖKONOMISCHEN FOLGEN DER ZERSTÖRTEN STADTGESTALT	11
III. BEISPIEL ST. LOUIS (USA) - Situationsbericht	15
IV. HUNGERIKONOGRAPHIE	20
V. EIN IMAGE FÜR ST. LOUIS	25
VI. GEGENBEISPIEL: FRANKFURT?	32
VII. DIE FALSCHER HISTORISCHE PARALLELE	35
VIII. HISTORISCHE UND MODERNE ARCHITEKTUR	41
IX. "ANPASSENDES" BAUEN IM HEIMATSTIL Beispiel: Frankenberg an der Eder	46
X. DIE ZERSTÖRUNG EINES STADTENSEMBLES: Der Sanierungsplan Frankенbergs	56
XI. OHNMACHT UND VERSAGEN DER STAATLICHEN DENKMALPFLEGE Beispiel: Göttingen	63
XII. ZERSTÖRUNG VON HAUPTMONUMENTEN DER KUNST- UND KULTURGESCHICHTE Beispiel: Kassel-Wilhelmshöhe	75
XIII. DIE ZERSTÖRUNG DER DÖRFER Beispiel: Bürgeln bei Marburg	82

<u>TEIL B: ROLAND GÜNTER</u>		Seite
		91
I.	VON DER DENKMALPFLEGE ZUM STÄDTESCHUTZ	91
II.	SCHUTZ VON DENKMÄLERN DER SOZIALGESCHICHTE Beispiel: Die Arbeitersiedlung	118
III.	SCHUTZ HISTORISCHER INDUSTRIEANLAGEN	125
IV.	FORDERUNGEN AN EINEN ZUKÜNFTIGEN STADTBEREICHSSCHUTZ	138
<u>TEIL C: GOTTFRIED KIESOW</u>		
	THESEN DER DENKMALPFLEGE ZUR ALTSTADTSANIERUNG	145
I.	VORBEREITENDE UNTERSUCHUNGEN	147
II.	PLANUNGSPHASE	150
III.	ORDNUNGSMASSNAHMEN	152
IV.	BAUMASSNAHMEN	153

## VORWORT

Wenn diese Beiträge zur Problematik des Denkmalschutzes und der Altstadtsanierung eine Kritik enthalten, die sich auf weite Strecken polemisch zuspitzt, so hat dies seinen Grund in der Tatsache, daß die Zerstörung der von Menschen gemachten menschlichen Umwelt - Stadt und Dorf - sich mittlerweile zu den schwersten Fehlleistungen unserer Gesellschaft ausgewachsen hat. Soweit es darum geht, das Skandalon am einzelnen Fall zu demonstrieren, ist diese Kritik das einzige Mittel, zwar machtlos aber beteiligt von einem möglichen Korrektiv wenigstens Zeugnis abzulegen. Als objektives Phänomen jedoch ist die stadtplanende, verkehrsplanende und bodenspekulierende Umweltzerstörung Gegenstand der Sozialpathologie, die aus den Einzelfällen insgesamt ein Krankheitsbild zusammenfügt, dem sich Polemik diagnostisch nicht gewachsen zeigt. Sozialpathologie aber als eine Gesellschaftsanalyse, die auf die große Stunde zielt und sich abwartend verweigert, kann nicht verhindern, daß heute schon der menschliche Biotop zerstört wird, kann auch nicht aufschieben, daß erst übermorgen unter vermeintlich günstigerer gesellschaftlicher Konstellation ein städtisches Ensemble oder ein Dorf vom Abbruch verschont werden.

Auf den folgenden Seiten habe ich eine Reihe von zumeist unpublizierten Beiträgen zusammengestellt, die insgesamt eine Einführung in die Problematik des Denkmalschutzes abgeben können. Zwei der Autoren, Gottfried KIESOW und ich selbst, reflektieren in ihren Beiträgen den eigenen Erfahrungsbereich der Länder Hessen und Süd-Niedersachsen, während Roland GÜNTER, im Ruhrgebiet ansässig, sich vorwiegend auf Beispiele in Nordrhein-Westfalen bezieht. Exemplarische Geltung können die genannten Fälle und geschilderten Situationen für die gesamte Bundesrepublik beanspruchen. Kurz gesagt: Sie sind unser Alltag, der in den genannten Bundesländern nicht anders aussieht als in Bayern oder Schleswig-Holstein. Wir haben darauf verzichtet - wie inzwischen schon häufiger anderen Orts geschehen - die positiven oder negativen Paradebeispiele der Stadtsanierung abermals herauszugreifen: Alsfeld, Bamberg, Regensburg, Trier etc. Stattdessen war es uns um den durchschnittlichen Fall zu tun. Der graue Alltag der Sanierung, wie er sich etwa in Göttingen, Frankenberg oder dem Dorf Bürgeln darstellt, hat die besondere Signifikanz, nicht einmal mehr aufzufallen und als gängige Praxis kaum noch die Gemüter zu erregen.

H. K.

## TEIL A

### I. DENKMALSCHUTZ IST UMWELTSCHUTZ

Eine Stadt, ein architektonisches Ensemble oder auch nur ein einzelnes Denkmal als Teil der Umwelt anzusehen, die ebenso wie Natur durch ausbeutenden Zweckrationalismus gefährdet ist, erscheint immer noch als eine willkürlich übertreibende Analogie, die durch den Unterschied von Vernichtung und Ersatz gekennzeichnet ist. Naturzerstörung und Ausbeutung der Ressourcen ist Vernichtung, - Zerstörung der Städte durch Neubauten oder Verkehrsanlagen ist Ersatz des Alten durch das Neue. Die Ökologen rechnen mit einem gegebenen Gleichgewicht der Natur, das durch den Eingriff des Menschen zerstört wird, die Stadtökologen hingegen sind von vornherein mit einer Umwelt konfrontiert, die nicht von einem natürlichen Gleichgewicht reguliert ist, da sie vom Menschen gemacht und deshalb durch den Menschen beliebig veränderbar scheint.

Aber es gibt bereits Städte, die im Begriffe sind, wie Süßwasserseen "umzukippen", so daß Leben in ihnen unmöglich wird. Dies geschieht, weil die natürlichen Ressourcen der Stadt - Luft, Wasser, Grün - erschöpft sind, aber auch, weil die gebaute Umwelt bis zur physischen Erschöpfung den Menschen lähmt und ihn zur Stadtflucht treibt.

Die Diskrepanz zwischen Erstickungstod oder Vergiftung und dem langsamen Absterben des menschlichen Gemüts kann nicht so groß sein, daß sich rechtfertigen ließe, für den Umweltschutz unseres natürlichen Biotops eine Fülle neuer Gesetze und bald auch Milliarden zur Verfügung zu haben, den Städteschutz hingegen auf dem fiskalischen Niveau von Spendengeldern abzuhandeln. Die Regierungsvorlage eines durch den Landtag verabschiedeten Hessischen Denkmalschutzgesetzes trug als Vorbemerkung auf dem Titelblatt den Hinweis: "Der Erlaß des Gesetzes erfordert keine zusätzlichen Haushaltsmittel des Landes. Soweit Entschädigungsleistungen vorgesehen sind, sind die entsprechenden Beträge aus dem zur Durchführung der Denkmalpflege bereitgestellten Mitteln zu bestreiten." Für das gesamte Land Hessen betrug im Jahre 1974 der jährliche Etat des Denkmalamtes 850 000,- DM.

Für den Denkmalschutz in Westberlin standen im Jahre 1974 300 000,- DM zur Verfügung, für Hamburg 430 000,- DM, für Schleswig-Holstein 550 000,- DM. Der Niedersächsische Kultusminister stellte seinen Denkmalpflegeämtern für 1974 eine Summe in Aussicht, die nicht einmal hinreicht, ein paar Meter Autobahn zu bauen: "Im Hinblick auf zahlreiche an-

dere vordringliche Maßnahmen im Rahmen der Kunst- und Kulturpflege konnte die Landesregierung im Haushaltsplanentwurf 1974 lediglich 256 200,- DM für Erhaltungsmaßnahmen im Rahmen der Bau- und Denkmalpflege ansetzen." (Kleine Anfrage im Niedersächsischen Landtag, 3. 12. 1973)

Man erkennt an diesen Zahlen, daß sich in ihnen Vorstellungen fortschleppen, die Denkmalschutz mit dem Aufpolieren einiger Hausfassaden oder der jährlichen Freilegung eines Wandgemäldes gleichsetzen, nicht aber einer Realität entsprechen, die über Jahrhunderte entstandene Stadtbioptope in bloße Grundstückparzellen verwandelt und die Altstädte ebenso als Ausbeutungsressourcen verzweckt wie etwa Wasserläufe zu Kloaken monofunktionalisiert werden. Daß die Denkmalschutzetats nicht mehr durch minimale Steigerungsraten auf einen den heutigen Verhältnissen entsprechenden Stand gebracht werden können, haben im Ansatz andere Bundesländer bewiesen, so Bayern durch die Einrichtung eines jährlichen Fonds von 5 Millionen DM, oder Baden-Württemberg, das ausschließlich aus Mitteln des Zahlenlottos für das Jahr 1974 18 Millionen DM bereit hält. Nordrhein-Westfalen als reichstes Land hatte bereits in den vorausgehenden Jahren Millionen-Gelder für den Denkmalschutz zur Verfügung. Für das Jahr 1974 waren immerhin über 19,5 Millionen DM etatisiert.

Doch was können derartige Summen bewirken, wenn die Denkmalschutzgesetze die alten Tabus kaum antasten und Bodeneigentum weiterhin privilegieren, obwohl das Grundgesetz den Spielraum gelassen hat, gerade in dieser Richtung eine den Grundbesitz relativierende Rechtsfindung zuzulassen. So schien auf den ersten Blick in der Regierungsvorlage für ein neues hessisches Denkmalschutzgesetz ein großer Schritt getan, wenn man liest: "Die Enteignung ist zugunsten des Landes, eines Landkreises oder einer Gemeinde zulässig, soweit sie erforderlich ist, damit ein Baudenkmal oder eine Gesamtanlage in ihrem Bestand oder Erscheinungsbild erhalten bleibt" (§ 23, 1). In der Erklärung jedoch wird der Enteignungsgefahr Witternde sogleich beschwichtigt: "Als letztes und äußerstes Mittel des Denkmalschutzes kann auf die förmliche Enteignung nicht ganz verzichtet werden; sie wird in der Praxis allerdings selten vorkommen."

\*

Ein progressiver, sich der Linken zurechnender Parteipolitiker sieht sich angesichts der Probleme des Denkmalschutzes in der seiner gängigen Auffassung widersprechenden Lage, für Konservierung und Erhaltung des Bestehenden eintreten zu müssen, falls ihm wirklich daran gelegen sein will, fortschrittlich zu sein. Waren nicht Fortschritt und Veränderung immer identisch mit Neuerung und Niederreißen des Alten? Manch langsam denkender SPD-Politiker hat den Anschein dieses simplen Widerspruchs bis heute nicht begreifen wollen.

Also wären die Denkmalschützer bei der CDU besser aufgehoben, bei einer Partei, die Erhaltung und Konservierung zum Programm erhoben hat. Überträgt man die programmatische Grundtatsache des Konservativismus auf die

Probleme der Stadtsanierung und des Denkmalschutzes, so steht ein dieser Partei oberster Wert widersprüchlich entgegen: Die vom Konservatismus hochgehaltene Verfügungsgewalt des Grundstückseigentümers über Haus und Boden. Das Ideal der Traditionssicherung kollidiert mit der Realität der Renditesicherung. Diese einfachen Tatsachen bestimmen bis heute die Praxis und auch die Gesetze des Denkmalschutzes.

Gäbe es die plötzliche Bewegung der Bürgerinitiativen nicht, denen immerhin die FDP ihr besonderes Interesse bezeugt, so müßte man feststellen, daß die Bundesrepublik hinsichtlich des Denkmalschutzes das zurückgebliebenste und reaktionsstumpfe Land Europas ist. Das Städtebauförderungsgesetz hat nur noch deutlicher gemacht, wie dringend wir eines Städteschutzgesetzes bedürfen. Sanierung und Denkmalschutz sind nach wie vor widerstrebende Positionen.

Auch wenn sich während der letzten Jahre zunehmend ein neuer Begriff des Denkmalschutzes durchzusetzen begann und die Medien sich nicht genug daran tun konnten, Stadtsanierung und Denkmalschutz als identisch zu erklären, so muß jeden Informierten überraschen, mit welchem geringfügigem Engagement die Regierenden und politischen Parteien dieses Thema abhandeln und wie sehr die Vorstellungen der meisten Parlamentarier auf der kleinbürgerlichen Kulturideologie fußen, das Nützliche vom Ästhetischen säuberlich getrennt zu halten. Denkmalschutz ist eine "kulturelle" Aufgabe, die - s. o. - an städtischen Theateretats, und meist darunter, gemessen wird. Denkmalschutz wird gleichgesetzt mit Museumspflege, so wie man dem Denkmalpfleger gern vorwirft, aus der Stadt ein Museum machen zu wollen. Da ein Museum immer tot ist, so sagt man, wird eine solche Stadt immer tot sein. Dies ist die Standardassoziation, der man nicht allein bei Kommunalpolitikern begegnet. Das Nützliche vom Ästhetischen getrennt zu halten, bedeutet, vom Nützlichen nie genug zu haben und vom Ästhetischen immer zuviel. Seitdem wir das Nützliche der schmutzigen Politik überließen und das Ästhetische den Dichtern, gibt es auch eine Denkmalpflege nur für Dichter. Wie könnte man von Politikern erwarten, daß sie der Dichter Arbeit tun?

Solange die Kunsthistoriker feinfühlig Urteile fällten und mit den Maßstäben einer Monumentalgeschichte erlesene Denkmallisten aufstellten, taten sie die Arbeit der Politiker, denen sie den Rest der Stadt zum Abbruch freigaben. Sie schützten, was durch Ansehen meist schon geschützt war; denn welcher Politiker wollte auf dem Grundstück einer Kathedrale ein Parkhaus bauen? Erst nachdem die Städte auf Kulturinseln geschrumpft sind und ringsum sich zunehmend die Monotonie des nur Zweckmäßigen ausbreitet, fragt man sich, ob diese Trennung zwischen dem Nützlichen und dem Angenehmen weiterhin zweckmäßig ist. Sind Städte des reinen Nutzens noch Wohnstätten? Psychisch meldet sich der Widerspruch, den die Zweckrationalität bereits erledigt hat. Und über Nacht hatte Hannover seine Straßenkunst, weil die Stadt täglich kunstloser wird. Mit Imagepflege und Pop-Art will man zurückgeben, was man dem Stadtimage fortgenommen hat. Erst, wenn nichts mehr übrig ist, weiß man, was man verloren hat. Die

Öde macht bewußt, was plötzlich fehlt.

Der Raubbau an der Natur entspricht dem Raubbau an der Stadt. Grund und Boden frei verfügbar zu haben und jeden Altbau als potentielle Bebauungsfläche zu werten, zehrt an der Substanz des Verfügbaren bis zur totalen Ausnutzung. Den Verbrauch der Natur steht die psychische Leere der Städte gegenüber. Mit der Zerstörung der Naturlandschaft geht die Zerstörung der Stadtlandschaft einher. Unter dieser Bedrohung kann Denkmalschutz nicht mehr kunsthistorische Monumentpflege sein, sondern muß Ökologie werden, Schutz der zu Teilen noch menschlichen Stadtumwelt<sup>1</sup>.

---

1) Dieses Kapitel erschien als Vorabdruck in der "Frankfurter Rundschau".

## II. DIE ÖKONOMISCHEN FOLGEN DER ZERSTÖRTEN STADTGESTALT

"Das Münchner Vergnügungszentrum Schwabylon dürfte aber nicht an den Attraktionen, sondern hauptsächlich an seiner amerikanischen Aufmachung und baulichen Kälte gescheitert sein, die in der Bevölkerung auf Ablehnung stießen."  
(Frankfurter Rundschau, 27. 12. 74)

Die ökonomischen Voraussetzungen zu klären, die zur Monotonisierung unserer Städte führen, ist heute Gemeinplatz; die ökonomischen Folgen zu bedenken, scheint bisher nur das Problem des Tourismus-Managements und der städtischen Imagepropagandisten. Die Existenz einer solchen Propaganda ist jedoch schon Beweis dafür, daß eine vermeintlich saubere Rechnung nicht mehr aufgeht: "Schönheit", "Identität", "historisches Erbe", "Heimat", "Charakter", "Geborgenheit" und alle jene Begriffe, die wir gefunden haben, um das Ästhetische einer Stadtgestalt gegen die besseren Argumente der Zweckrationalisten zu verteidigen, erweisen sich überraschend als Begriffe einer höheren Ökonomie.

Denn es stellt sich heraus, daß die Planer und Kommunalpolitiker, die im Namen der zwingenden Notwendigkeit, der Wirtschaftlichkeit und Funktionalität die Altstädte als bloßes Bebauungsareal ansehen, die eine Baumallee der zwingend notwendigen Stadtautobahn opfern, einen Altstadtkomplex dem zwingend notwendigen Kaufhaus, einen Park dem zwingend notwendigen Parkplatz, - daß diese nüchtern Rechnenden das Argument, dem ihre Verachtung gilt, das lächerliche Argument von der "Schönheit einer Stadt", als das eigentliche ökonomische Argument am Ende gegen sich haben. Eine nach ökonomischen Zwecken berechnete und dieser Ökonomie zudienende Funktionsstadt ist eine zunehmend unbewohnbare Stadt. Eine rapide sich beschleunigende Bevölkerungsabwanderung der Cities ist das Resultat der sauberen Rechnung. Der sozial-pathologische Befund manifestiert sich am einzelnen Mitbürger, der, gesund und aufgeklärt, für die Durchsetzung des nun einmal utilitär Notwendigen plädiert, der für den Abbruch eines "alten Kastens" mit Vehemenz eintritt, während er sich feiertags in die emotionalen Residuen zurückzieht, sich nach den grünen Paradiesen sehnt oder lange Reisen in ein schöneres Land unternimmt. Wir finden für jedes nächstliegende Bedürfnis eine folgerichtige Lösung; aber das Gefühl wendet sich - demselben Subjekt gehörend - in die entgegengesetzte Richtung und sucht für die ferneren Bedürfnisse eine Lebensform, die sich am Maß der bloßen Notwendigkeit nicht bemessen läßt.

Dieser subjektive Befund läßt sich ökonomisch folgendermaßen objektivieren: "Bei abgeschwächtem Wirtschaftswachstum, verminderten Wirtschaftszuwachsraten und stagnierender Bevölkerungszahl verschärft sich die Konkurrenz der Städte untereinander um Betriebe, Führungskräfte und steuerzahlende Bürger: Die Attraktivität der Stadt wird ausschlaggebend für ihre wirtschaftliche und kulturelle Stellung" (Thomas SIEVERTS).

Offenbar ist eine Stadt nicht schon attraktiv, sofern sie nur eine gut funktionierende Stadt ist, die mit Schnellstraßen und Dienstleistungsbetrieben voll ausgestattet ist: "In dieser historischen Situation gewinnt neben der Ausstattung mit funktionaler Infrastruktur die Qualität des Lebensmilieus und des Stadterlebnisses an Bedeutung. Diese qualitative Seite der Stadt und ihrer einzelnen Quartiere, die sich so schwer in Maß, Zahl und Mark fassen läßt, wird letztlich - wenn der Grundbedarf und die Ausstattungsdifferenz an funktionaler Infrastruktur einigermaßen ausgeglichen ist -, zum entscheidenden Differenzierungs- und Attraktivitätsmerkmal werden." (ders.)

"Attraktivität" ist der dem Werbefachmann verständliche Begriff einer nicht nachrechenbaren Zuwendung, wobei die stete Erwartung mitschwingt, daß man etwas Unattraktives "attraktiv machen" kann. So sehr im Vernunftsbereich der Stadtplanung die City als berechenbares Funktionssystem erscheint, umso dringlicher wird die Aufgabe einer Stadtwerbung, die menschlichen Emotionen durch "Attraktionen" für die Stadt zu gewinnen: Straßenkunst. Wenn erst eine Stadt zernutzt ist und leidlich funktioniert, kommt der "Attraktivmacher" und baut Pop-Denkmäler auf, legt Luftkissen zum kindlichen Balgen auf irgendeinen Park- oder Marktplatz, baut einen Planschbrunnen oder schafft einen Flohmarkt heran.

"Attraktivität" ist der neue Begriff für das alte Argument, eine bestehende Stadt nicht nur als potentiell Bauland zu bewerten. "Attraktivität" ist der durch den Funktionalismus hindurchgegangene und dem Zweckbewußtsein verständlich gemachte Begriff von der "Schönheit einer Stadt". So werden die Schöngelster, die eine "schöne Stadt", die Heimatbündler, die eine "historische" Stadt, die Soziologen, die eine "wirtliche" Stadt, die Humanisten, die eine "menschliche" Stadt, die Umweltschützer, die eine "bewohnbare" Stadt und die Planer, die eine "funktionsintegrierte" Stadt fordern - allesamt in Zukunft im Werbejargon eine "attraktive" Stadt fordern, um sich den Rathausparteien, dem Stadtkämmerer, dem Verkehrsplaner, kurz: um sich dem glatt funktionierenden Zweckbewußtsein funktionalistisch verständlich zu machen. "Attraktiv" muß eine Stadt sein, damit sie ihre Bewohner, Steuerzahler und Konsumenten nicht verliert. So sind wir im Begriff, neue, bisher vernachlässigte Stadtfunktionen für den Gemütskomplex zu entdecken und finden auch schon eine funktionalisierte Bedürfnisbefriedigung: die Straßenkunst und Imagepflege. (Welcher Ladenbesitzer hätte je gedacht, daß sich durch Fußgängerzonen die Geschäfte bessern! Ist es nicht unzweckmäßig, daß ein Fußgänger von weither kommt, um sich in einer Fußgängerzone mit Waren zu beladen? Welche Emotionen sind es, die in die Rechnung einbezogen werden müssen, um solch unzweckmäßiges Ver-

halten dem Zweckverstand plausibel zu machen? Warum gehen wir nicht alle in die Supermärkte?)

Der Raumordnungsbericht der Bundesregierung (1972) verzeichnet den Tatbestand der Bevölkerungsabwanderung aus den Städten als lapidare Feststellung: "58 % der Städte mit über 60 000 Einwohnern haben einen Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen. Dieses Wachstum ist im wesentlichen das Ergebnis der seit dem Jahre 1968 verstärkten Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte. ... Allerdings haben 41 % der 85 Städte mit 60 000 und mehr Einwohnern in der Zeit von 1961 bis 1970 starke Einbußen an Bevölkerung erlitten. Beachtlich hoch ist der Rückgang in den Kernstädten einiger Verdichtungsräume ... Die bereits in den Raumordnungsberichten 1968 und 1970 aufgezeigten Entwicklungstendenzen, nämlich Bevölkerungsabnahme oder Bevölkerungsstagnation in den Kernstädten der Verdichtungsräume sowie eine Zunahme der Bevölkerung im Umkreis der größeren Städte, haben sich auch 1971 fortgesetzt. Diese Entwicklung wird teilweise nur durch die starke Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte in diese Städte überlagert, im Gegensatz zur deutschen Bevölkerung, die das Umland der Städte als Wohnsitz bevorzugt. Die Ursachen für die Verluste an deutscher Bevölkerung sind in den ungünstigen Umweltbedingungen der Stadtkerne, der gleichbleibenden Nachfrage nach dem Eigenheim, begünstigt durch steuerliche und finanzielle Förderung, niedrigere Grundstückspreise in den Randgebieten und in den allgemeinen städtebaulichen Vorstellungen - Trennung von Arbeitsstätte und Wohnung - zu suchen. Die hohen Bau- und Bodenkosten sowie Mieten in den Städten haben andererseits dazu beigetragen, daß sowohl vorhandene als auch neuerrichtete Gebäude immer mehr gewerblich genutzt werden. Die Abnahme der Bevölkerung in den Kernstädten ist mit einer Zunahme der Arbeitsplatzdichte verbunden. Es macht sich also ein Funktionswandel der Stadtkerne bemerkbar" (ROB 1972, S. 25).

Ein Blick auf die Karte der Bevölkerungsbewegung macht die Gefahr, die den Großstädten droht, unmittelbar anschaulich. Städte wie Münster und Gießen profitieren noch von der Landflucht und von der Gastarbeiterzuwanderung, während anderswo der Bevölkerungsauszug in das Umland rapide eingesetzt hat. Hier sind es vor allem Großstädte mit einem ausgesprochenen Negativ-Image, die von der Abwanderung eklatant betroffen sind. Städte mit einer Stadtflichtquote von mehr als 100 Bewohner je qkm (1961-1970) sind bezeichnenderweise Hannover, Braunschweig, Wilhelmshaven, Bielefeld, Duisburg, Oberhausen, Bochum, Essen etc. Die höchste Abwanderungsquote haben Hannover (366 Einwohner je qkm), Braunschweig (291 E/qkm), "sowie die Mehrzahl der Städte des Ruhrgebiets mit zum Teil mehr als 300 E/qkm" (ebd.). Demgegenüber haben Städte wie Freiburg im Br., Köln oder Mainz eine starke Bevölkerungszunahme zu verzeichnen.

Besondere Probleme zeichnen sich ab für die Städte Frankfurt-Offenbach, Stuttgart, Düsseldorf und Hamburg. Wie auch im Falle Hannover, so saugt das weitere Umland die Bevölkerung aus dem engeren Stadtbezirk heraus, so daß bei starkem Wachstum der Randbezirke oder der Nachbargemeinden die Kernstadt eines Ballungsraums ausgelaugt zu werden droht. Im Falle

Stuttgarts, das durch hohe Gastarbeiterzuwanderung profitierte, dennoch aber eine durchschnittliche Abwanderungsquote von -10 bis -40 E/qkm verzeichnet, sind es die Nachbarstädte Leonberg, Ludwigsburg, Böblingen, Esslingen und Waiblingen, die sich als Zuwanderungskreise mit durchgängig höchstem Prozentsatz von über +100 E/qkm auszeichnen und sich als Ring von selbständigen Kommunen um die Kernstadt legen. - Frankfurt sucht durch Gründung eines Umlandverbandes die Gefahr der Auslaugung durch die Nachbarkreise und Nachbarstädte abzuwenden, sucht also als Regionalstadt auch die Existenz der Kernstadt zu sichern. Hamburg ist in der schwierigen Lage, bei einer Abwanderungsquote von -70 bis -100 E/qkm und bei gleichzeitigem Wachstum der Nachbargemeinden von +10 bis +70 E/qkm als Stadtstaat diese Nachbarn politisch nicht inkorporieren zu können.

Bei dieser Rechnung ist vorausgesetzt, daß Bevölkerungsabwanderung für die Kommunen ein Verlustgeschäft bedeutet. Wie verheerend sich die Wanderungsbewegung auf die City auswirken kann, soll im folgenden an einem extremen Beispiel der amerikanischen Stadt St. Louis dargelegt werden, extrem allerdings nur insofern, als hier eine Reihe von besonders ungünstigen Faktoren zusammenwirken, die jedoch potentiell und real für die deutschen Städte ebenso gelten, sieht man einmal vom amerikanischen Rassenproblem ab. Die Zukunft vieler deutscher Städte könnte der Realität von St. Louis ähnlich werden.

### III. BEISPIEL: ST. LOUIS (USA)

#### Situationsbericht

St. Louis ist diejenige Großstadt der Vereinigten Staaten, die den Exodus ihrer Bewohner im größten Ausmaß erlebt. 1960 wohnten in der City 750 026, 1970 nur noch 622 236 Menschen. Innerhalb von 10 Jahren hat sich die Bevölkerung bei gleichbleibender Fläche um ca. 128 000 Einwohner verringert, eine Zahl, die etwa der Größe einer deutschen Mittelstadt entspricht. Im gleichen Zeitraum ist der Prozentsatz der schwarzen Bevölkerung von 28 % auf 41 % gestiegen, was bedeutet, daß die armen Bevölkerungsschichten gegenüber den abgewanderten, wohlhabenderen Schichten um 13 % zugenommen haben.

Mit der Abwanderung der Wohlhabenden sind die städtischen Steuereinnahmen rapide gefallen. Die Stadt entvölkert sich und verarmt zugleich. Mit Verarmung und Entvölkerung steigt die Kriminalität. St. Louis hat nicht allein den höchsten Einwohnerrückgang der USA, sondern gleichzeitig eine der höchsten Kriminalitätsraten. Jährlich geschehen in dieser Stadt etwa 500 Morde. Die Angst, überfallen zu werden, ist heute einer der Hauptgründe für die Stadtfucht, die vor Jahren aus anderen Gründen begann. Das Rassenproblem schließlich überspitzt die Situation bis zur Unerträglichkeit. Schwarz sein heißt zumeist arm sein. Sobald jedoch ein Schwarzer ein höheres Einkommen bezieht, leitet er daraus das selbstverständliche Recht ab, in bessere Wohnviertel zu ziehen, dorthin, wo die Bessergestellten, die Weißen, wohnen. Die Weißen aber ziehen aus, verweigern den Schwarzen die Nachbarschaft und überlassen das Quartier schließlich ganz den Schwarzen. Die Mieten sinken, die Armen folgen, der Stadtteil wird zum Slum. In allen Fällen jedoch laufen die Fliehenden schneller davon als neue Bewohner nachfolgen können. So stehen ganze Straßenzüge leer und drohen zu verfallen. Villen und Paläste, die für das St. Louis der Zeit um 1900 charakteristisch sind, werden zu geringsten Kaufsummen feilgeboten. Und dennoch finden sich nur wenige Interessenten. Am Ende des Siechtums steht der Flächenabbruch; ganze Viertel der City werden zu Freiland, zu großen Schuttarealen, die nicht mehr bebaut werden. Die Stadt stirbt.

Dieser circulus vitiosus, an dem fast alle amerikanischen Großstädte leiden, ist in St. Louis extrem ausgeprägt. Dennoch gibt es keine ausführliche Studie, keine grundlegende, sozioökologische Untersuchung. Auch die Wissenschaft wagt sich an diesen Fall nicht heran. Das Problem ist in seinen komplizierten Details nicht erkannt, die Lösungsversuche entsprechend dilettantisch.

Abb. 1 Eine Erklärung für den heutigen Zustand der Stadt bietet der Blick auf die Landkarte. Die eigentliche City, in einer flachen Schleife des Mississippi gelegen, bildet den Kern einer ausgedehnten Stadtlandschaft, die insgesamt nahezu hundert selbständige Gemeinden umfaßt. St. Louis County stellt eine durchgehend besiedelte Region dar, in der ca. 2 700 000 Menschen leben. 620 000 davon in der City, der große Rest, über 2 Millionen Menschen, in den unmittelbar mit der Stadt verbundenen "Vororten". Einige davon sind selbst Großstädte: East St. Louis, University City, Clayton etc. Für alle Gemeinden stellt St. Louis die technischen und kulturellen Dienstleistungen zur Verfügung, ohne jedoch von den Nachbargemeinden Steuern zu beziehen. Da die große Mehrheit der Vorstädte eine angenehme Wohnumgebung im Grünen bietet, emigrieren die Wohlhabenden in die Randgemeinden und lassen allein diesen ihre Steuergelder zukommen. So entstehen neue, externe Zentren. In ihnen konzentriert sich das Geld und der Luxus. Die Stadtgrenzen von St. Louis sind 1871 festgelegt worden und bis heute geltend. Eingemeindungen können nur mit der mehrheitlichen Zustimmung der Vorortbewohner geschehen. Da sich diese jedoch ihrer großen Vorteile bewußt sind, garantiert die demokratische Abstimmungsmaschinerie die auch künftige Armut der City. (Wären die Eingemeindungen in der Bundesrepublik von Plebisziten abhängig, so hätten auch die deutschen Großstädte eine dunkle Zukunft.) Die Stadt, von ihren engen Kommunegrenzen des Jahres 1871 eingeschnürt, wird von ihren reichen Vorstädten, die noch immer von der Stadt profitieren, ausgelugt. Die exotischen Gartenstädte, von der Cityemigration gespeist, werden zu neuen Zentren, in die auch die steuerbringenden Firmensitze der Industrie emigrieren.

Die Stadtregion, von den Narben der Cityflucht gezeichnet, bietet demnach folgendes architektonisches Bild:

Den Kern der City bildet noch immer Downtown, wo sich die großen Staatsstraßen Nr. 40 und 55/70 kreuzen und von dort über den Mississippi führen. Hier konzentrieren sich die Geschäfts- und Bürohochhäuser, die in dichter Bebauung das rigorose Rechteckraster des Straßenplanes füllen. An den Wochentagen herrscht pulsierendes Leben, das keineswegs der gefährdeten Situation der Stadt zu entsprechen scheint. Doch schon einige Straßenblocks entfernt vom Kern der Downtown sind die Fußgänger zu einzeln bewegten

Abb. 2 Punkten zwischen Hochhäusern geworden. Und nur wenige Straßenzüge weiter gen Norden oder Süden scheint die Stadt plötzlich abzubrechen. Das Auge trifft auf weit sich erstreckende Asphaltflächen, auf die leblosen Parkplätze der in der City arbeitenden Büroangestellten, die bis 17. 00 Uhr die letzten "Bewohner" der Innenstadt darstellen. Die großen Ausfallstraßen in Richtung Uptown (nach Westen führend) werden streckenweise von Kolossalgebäuden flankiert, die für Menschenmassen gemacht scheinen und nun in einsamer Leere dastehen. Die Gegenwart des Menschen wird nur von Autos und einigen Omnibussen angezeigt. Das monumentale, im französischen Renaissancestil erbaute Rathaus scheint gänzlich ungenutzt. Weiter westwärts erstreckt sich die schier unabsehbare Fassade des Bahnhofes. Die riesenhafte Halle, einst größte Bahnstation der Welt, steht gänzlich leer.

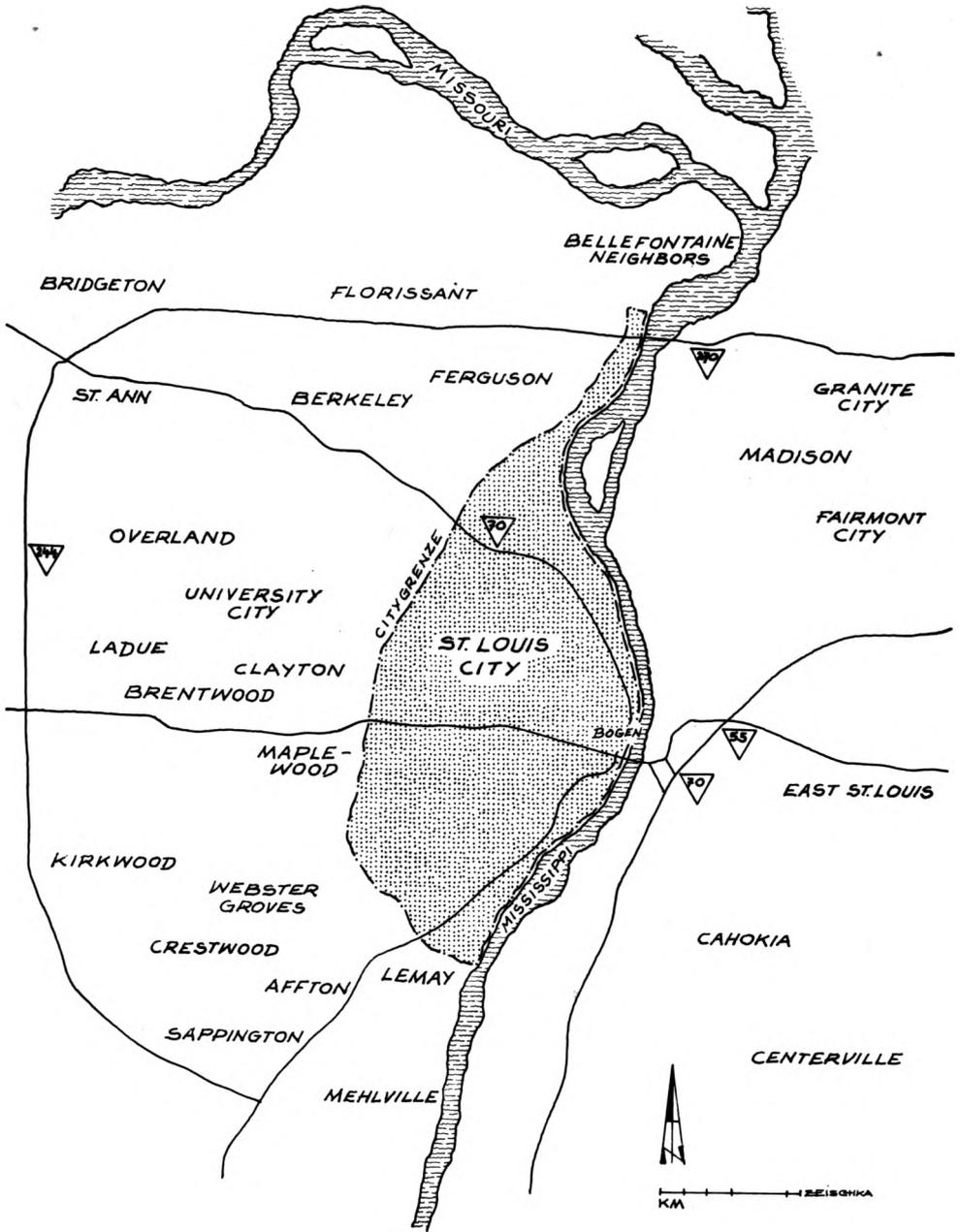


Abb. 1: St. Louis. Übersichtskarte

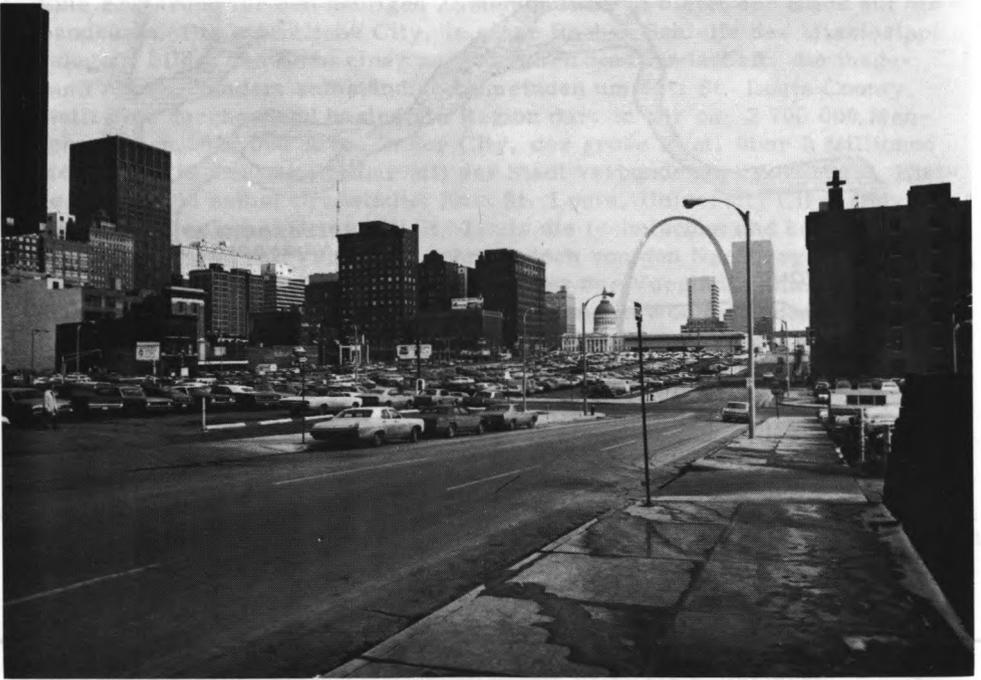


Abb. 2: St. Louis. Stadtzentrum

Vor einigen Jahrzehnten sind hier täglich ca. 450 Züge ein- und ausgefahren. Heute sind es täglich drei. Der vor der Stadt errichtete Flughafen hat den Reiseverkehr an sich gezogen.

Zwischen den Hauptstraßen liegen abseits die Wohnquartiere des 19. Jahrhunderts. Die dreistöckigen Hausfassaden sind häufig in Verfall übergegangen und nur an dem einen oder anderen frisch gestrichenen Fensterrahmen kann man erkennen, daß hier noch Menschen leben. Gleich daneben findet man über mehrere Straßenblocks sich erstreckende Abbruchflächen, wo zwischen den Schutthaufen das Gras wächst. Weiter entfernt liegen die Slums, die Backsteinviertel, in denen man zwar auf Menschen trifft, doch sind es meist ärmliche, oft zerlumpt und apathisch herumhockende Gestalten. Zwischen den Häusern modert der Dreck. Abfallhaufen, Zeitungsfetzen, leere Konservenbüchsen überall.

Am westlichen Rand der City und entlang einiger Hauptstraßen, vor allem aber in den ansehnlichen Villenparks des westlichen Außenbezirks scheint sich die Stadt wieder zu formieren. Nahe des großen Forest Park, des größten Stadtparks der USA, trifft man auf einige Hochbauten, Hotels, die zumeist als Altersheime dienen. Hier wohnen die Mittelstandsrentner, die sich durch den Hotelbetrieb versorgen lassen. Ganz in der Nähe liegen

große Villenviertel, die durch gußeiserne Tore geschlossenen und bewachten Wohnstraßen, zu deren Seiten sich auf weiten Grünflächen die italienischen Renaissancepaläste und gotischen Landhäuser der Jahrhundertwende erheben, die den kaum faßlichen Reichtum und die Opulenz einer Stadt reflektieren, in der die Weltausstellung von 1903 ihre deutlichen Spuren hinterlassen hat. Repräsentation im großen Maßstabe! Doch wohnen in diesen Palästen kaum noch die Reichen. Der weiße Mittelstand hat sich hier eingemietet, mit dem Anspruch, die Stadt gegen den Exodus zu verteidigen. Die Miete für einen solchen 8 bis 12 Räume umfassenden Palast, etwa fünfzig Jahre alt und in bestem Zustand, ist nicht höher als die Miete für eine Zwei-Zimmer-Wohnung in Clayton. Das Risiko ist indessen kein geringes: Drei Straßenblocks weiter beginnt der Slum, von dem herkommend man alles Unheil erwartet.



Abb. 3: St. Louis. Einkaufsdorf

Schlagartig an der Citygrenze beginnt das bessere Leben. Hier liegen die wohl erhaltenen Wohnviertel, deren in weichen Kurven verlaufende Straßen den großzügigeren Lebensstil anzeigen. Zwar stehen die Häuser recht dicht, doch bleibt genügend Raum für weitausladende Baumkronen und malerisches Gebüsch. Offene Rasenflächen nach englischer Manier wirken wie sanft den Villen unterschobene grüne Teppiche. Bald lockert sich die Landschaft. Die Häuser treten auseinander. Als Neubauten haben sie den vaterländischen Stil des Backstein-kolonialismus und der weißen Säulen von Neuengland behalten. Weideflächen mit Ponies, saubere Wäldchen, ein dörflicher Kirchturm, altmodische Wegweiser und ein Einkaufszentrum, hergerichtet wie ein Abb. 3 Fischerdorf von Connecticut, schaffen ein ländlich historisches Milieu. Unverhofft gelangt man in irgendeines der vielen Stadtzentren, neben einem gestern gebauten Rathaus von 1730 erhebt sich ein strahlendes Bürohausskelett, ganz neu und hygie-

nisch unantastbar. Erst jetzt wird klar, daß diese sich stetig fortsetzende, sich zunehmend zur Natur öffnende, zunehmend durchgrünte Stadtlandschaft nicht mehr St. Louis ist. Auf malerischen Holzschildern liest man die eldoradisch klingenden Städtenamen wie Greendale, Bellrive, Woodson Terrace, oder Ladue und Maplewood.

## IV. HUNGERIKONOGRAPHIE

Hier nun trifft man auf die verwirklichten Wünsche, die eine funktionalistische Stadt mit ihren Hochhausbehältern nicht bieten kann, auf das sentimentale Ornament einer zurückgeholten Vergangenheit. Dem funktionalistischen Alltag stehen die historisierenden Wohn- und Freizeitresiduen gegenüber. Geschichte und Patina, die in der City unter den Abbruchbagger gerieten,

Abb. 4 kehren in den Vororten als gemüts warme Trivialitäten wieder: Das neuenglische Haus mit weißem Säulenportikus, die Briefkästen aus Gußeisen, die



Abb. 4: St. Louis. Haus im Kolonialstil

Abb. 6 hölzernen Dachreiter. Ein Supermarkt birgt unter seinem Riesendach eine gepflasterte Einkaufsstraße, die mit Renaissance- und Barockbrunnen besetzt ist; Parkbänke und Kandelaberlaternen rufen ins 19. Jh. zurück. Es sind die Versatzstücke einer zweckrationalistisch verdrängten Bilderwelt, die als Kitsch wiederkehrt und alle Dogmen moderner Architektur schlicht ignoriert. Die Hungerikonographie der Stadtflüchtlinge enthält auch die Chiffren, in die die Mangelsituation des Citybewohners hineinverschlüsselt ist.

Abb. 7 Wenn sich ein in Suburbia angelangter Neubaubürger sofort mit einem Spalierobstbaum aus Kunststoff versorgt, so weiß man, daß er auf das natürliche Wachstum nicht warten will, um sich mit domestiziertem Grün beschaulich auszustatten. Zwei psychische Bedürfnisbereiche sind es, die die Bilderwelt der suburbanen Paradiese bestimmen: Hausbotanik und



Abb. 5: St. Louis. Briefkasten im Vorgarten



Abb. 6: St. Louis. Einkaufszentrum



Abb. 7: St. Louis. Haus mit Spalierobstbaum aus Kunststoff

Stilgeschichte, artifizielles oder selbstgezüchtetes Grün und historisierendes Ornament. Am eigenen Haus zu eigen zu haben, was der funktionalisierte Alltag nicht bietet, gibt den Hinweis auf die Tragweite des Verlustes, den die Städte erleiden. Mit jedem abgeholzten Alleebaum und jedem zum Parkplatz verzweckten Park, mit jedem geplanten Altbau verschwindet eine Attraktivität, die den Stadtbewohner an die City bindet. Auf diesem Hintergrund beantwortet sich die Frage, welche Rolle die Zerstörung der Stadtgestalt als Faktor der Abwanderungsstatistik spielt. Die architektonischen und botanischen Ausstattungstücke von Suburbia mögen als Trivialitäten einer großmannsüchtigen Eigenheimrepräsentation verstanden werden. Doch reicht eine solch intellektuelle Verachtungsgeste nicht aus, um den hohen Emotionsgehalt zu erklären, der sich mit dieser Bilderwelt verbindet. Es ist nicht nur eine Standesikonographie, die Signale setzt, sondern ebenso drückt sich Verlangen nach einer erlebnisreicheren Umwelt aus, das letztlich doch wieder nach gestanzten Versatzstücken greifen läßt. Eine nach Zwecken orientierte Leistungsgesellschaft sucht mit Hilfe solcher Vokabeln einen Spiel-Raum und findet letztlich doch nur vorgetäuschte Sicherheit: einen Säulenportikus und Stilmöbel.

Überall in der westlichen Welt breiten sich die Eldorados der Hungerikonographie aus, Gegenwelten. In den Feriendörfern erlaubt die Freizeitmentalität die Verwirklichung von Kinderträumen, Pappmachéburgen, Stil-Pasticios. Oder aber die Rückkehr in

Abb. 8

Abb. 9

Abb. 10

Abb. 11

Abb. 12



Abb. 8: Ampuriabrava, Spanien.  
Ferienhaus

in amorphe Höhlen, hineinstuckiert in die Modulräume von Stahlskelett-Hochhäusern, schafft Erleichterung vom rechten Winkel und ruft die Erinnerung wach an wohlzig primitive Kulturstufen.

Am schärfsten spitzt sich der Protest in den Serien jener melancholischen Karrikaturen zu, in denen toposartig - ähnlich dem bekannten Schiffbrüchigen auf einem Eiland - der Schrebergärtner auf dem Dach eines Wolkenkratzers oder inmitten einer hochhausumwankten City immer wiederkehrt.

So der Alte, der dem Sprießen eines durchs Pflaster wachsenden Pflänzchens zusieht, so auch die Werbeschilder in einer Bürobehälterstadt, die die Existenz aller nur denkbaren ehrwürdig alten und rustikalen Etablissements verkünden: "Zum Schloßturm", "Alte Mühle", "Die Hütte", "Zum Stall": eine in Hin-



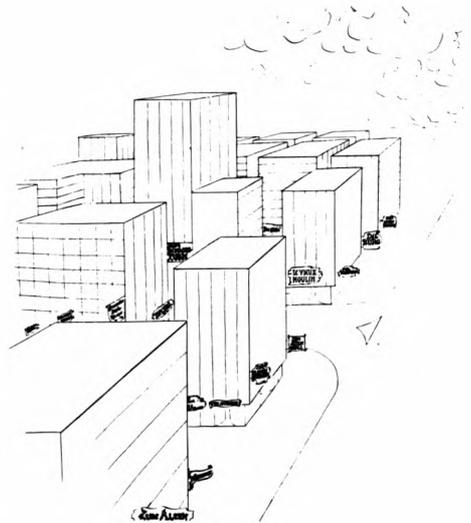
Abb. 9: La Grand Motte, Frankreich. Bar in künstlicher Höhle.

weisschildern konservierte Altstadt.<sup>1</sup>

Zusammengenommen bilden alle diese kritischen Phantasiebilder und Wunscharchitekturen ein Psychogramm für das, was dem Großstädter mangelt. Man wird dieser architektonischen Hungerikonographie nicht gerecht, solange man im Gefolge der Kitschentlarver in diesen Gebilden nur den Verrat an der emanzipativen Kraft wahrer Kunst erblickt. Vielmehr haben wir Symptome einer Krankheit vor uns, die den Bruch zwischen einer funktionalisierten Stadt und den privaten Wiedergutmachungsresiduen sozial-pathologisch anzeigen.<sup>2</sup>

- 
- 1) Der Karrikaturist Sempé hat als Kontrast ein verwünschtes Dorf entgegengestellt, das durch Schilder modernisiert ist: "Shop", "Drugstore", "Supermarket".
  - 2) Vgl. H. KLOTZ: Die röhrenden Hirsche der Architektur, in: Bauwelt 15. Juli 1974 (65. J., 26)

Abbildungen 10, 11 und 12



## V. EIN IMAGE FÜR ST. LOUIS

Wie aber sorgt eine Kommune für den Rückgewinn eines Stadtcharakters, der den emotionalen Bedürfnissen der Citybewohner gerecht zu werden verspricht und ihnen ein kommunales Identitätserlebnis ermöglicht? Zwei kontrastierende Ereignisse können beispielhaft belegen, wie schwierig es ist, Stadtattraktivität wiederzugewinnen.

Das erste Ereignis steht zwar nicht in einem ursächlichen Zusammenhang mit dem zweiten, doch hat es eine Signifikanz, die unmittelbar das zweite erklärt: Das erste Ereignis bestand in der Sprengung eines Wohnblocks, das zweite im Bau eines riesigen Monuments.



Abb. 13: St. Louis. Gesprengter Wohnblock

Abb. 13 Im Frühjahr 1972 ging ein Foto durch die Presse, das einen in Staub- und Rauchwolken zusammenstürzenden Wohnblock zeigte. Ungewöhnlich daran war nicht die Tatsache der Sprengung, sondern das geringe Alter des Gebäudes. Der langgestreckte Zeilenblock war erst 1955 errichtet worden. Mit Unterstützung der Federal Housing Agency (Sozialer Wohnungsbau) war eines jener typischen Mietshäuser zustande gekommen, wie sie überall üblich geworden sind: eine beschränkte qm-Zahl pro Wohnung, eine minimale Schalldämmung, Verzicht auf jeglichen über das Notwendige hinausgehenden Mehraufwand; die übliche Lage, Zeilenbauten, Block neben Block mit einem Fleckchen Rasen eingestreut, einem Baum, einem Busch und Parkplätzen.

Die innerstädtische Siedlung war als Sanierung eines heruntergekommenen Altstadtareals gedacht. Flächenabbruch war vorausgegangen. Bald aber hatte sich herausgestellt, daß die neuen Mieter nach kurzer Zeit wieder auszogen, ohne daß besondere Gründe zu erkennen gewesen wären. Der Wohnblock war nicht schlechter als andere auch. Doch das inzwischen durch Abwanderung entstehende Wohnungsüberangebot ließ die neuen Wohnblocks bald als obsolet erscheinen. Auch die ärmeren Familien waren nicht zu halten und wechselten hinüber in billige, wenn auch heruntergekommene Reihenhäuser, ja, bevorzugten sogar Mietshäuser des 19. Jhs., die einige Straßen entfernt in einer noch einigermaßen intakten Nachbarschaft standen. Damit waren die neuen Sozialwohnungsbauten nach wenigen Jahren schon am wenigsten begehrt und sogleich an die unterste Stelle der Wohnwertskala gerutscht. Nachdem der Wohnblock einige Jahre fast leer umhergestanden und sich die Hoffnung auf eine Rückkehr von Bewohnern nicht erfüllt hatte, wurde der erste Bau dieser Stadtsiedlung 17 Jahre nach seiner Fertigstellung gesprengt. Das Sanierungsvorhaben war gescheitert. Einer von Abwanderung bedrohten Stadt ist mit solcher Architektur, die sich sogleich als Neubaustlum entpuppte, nicht zu helfen.

Die Signifikanz dieses Vorgangs liegt darin, daß sich hier erwies, was wegen der üblicherweise herrschenden Wohnungsnot andernorts vorläufig noch nicht zum Ausdruck kam: funktionalistisch auf das Existenzminimum reduzierter Wohnbau taugt nicht einmal zur Slumsanierung. Eine "moderne" hygienisierte Architektur reinen Nutzens kann nicht ein, wenn auch sanierungsbedürftiges, Altstadtquartier ersetzen wollen, zumal dann nicht, wenn die gesamte Innenstadt für die Wohnbevölkerung abweisend geworden ist.

Planer sprechen davon, Leben wieder in die Stadt "hineinzupumpen". Wie kann man eine "umgekippte" Stadt "revitalisieren"?

Das zweite Ereignis, zeitlich vor dem ersten liegend, sollte eine Antwort auf diese Frage sein. Und wiederum fand man für diese in eine extreme Lage geratene Stadt eine extreme Lösung, mit der ein im wahrsten Sinne des Wortes himmelstürmender Anlauf genommen war, um das ringsum vor sich gehende Stadtsterben durch ein symbolisches Zeichen des Optimismus abzuwehren.

Im Jahre 1961 begann das Architekturbüro Eero Saarinen im Auftrag des

Innenministeriums der USA und dessen National Park Service den Bau eines unmittelbar am Ufer des Mississippi aufsteigenden, 210 m hohen Bogens, der als "Arch of the West" (Tor zum Westen) in den Volksmund eingegangen und im Begriffe ist, einen ähnlichen Ruhm zu erlangen wie ein anderes Nationalmonument, die Freiheitsstatue von Manhattan. Abb. 14

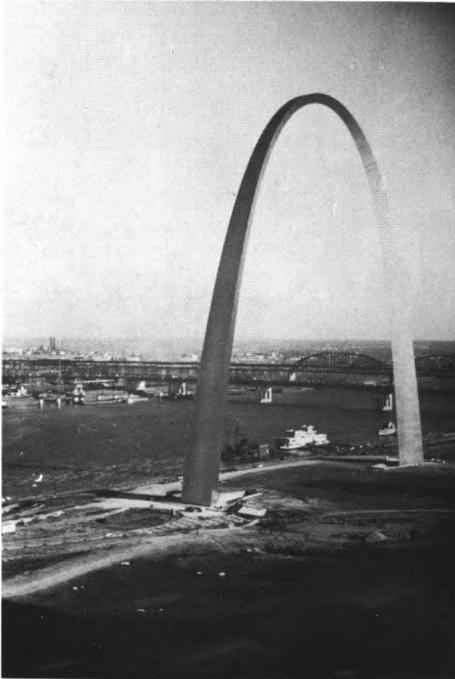


Abb. 14: St. Louis. Arch of the West

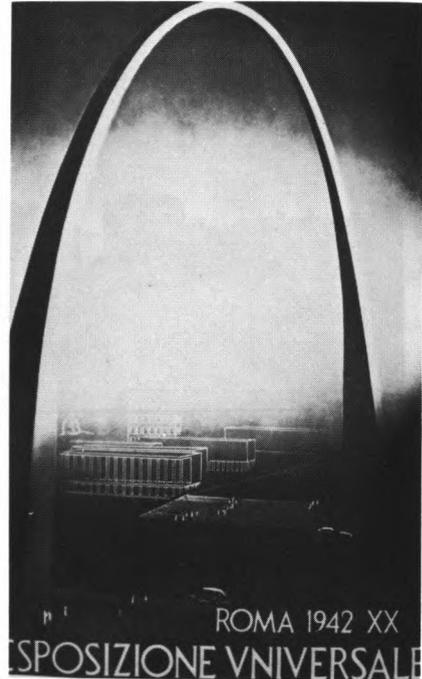


Abb. 15: Rom. Geplanter Monumentalbogen für das Neue Rom, 1942

Als im Oktober 1965 der Stahlbetonbogen fertig stand, hatte St. Louis ein Wahrzeichen erhalten, das die gesamte City mit ihren Hochhäusern unter sich zurückließ. Seitdem haben die Besucher, die täglich mit einer Zahnradbahn zur Aussichtsplattform hinauffahren, die hohen Baukosten längst wieder eingebracht. Das Monument, das in seinem Betonuntergrund ein Museum der "Eroberung des amerikanischen Westens" birgt, ist eine gute Einnahmequelle geworden. Zu seinen Gunsten läßt sich sagen, daß es nicht nur als ein ästhetizistisches Gebilde zum reinen Anschauen herumsteht, sondern daß sich mit ihm etwas machen läßt, daß es ein Erlebnisobjekt für Besucher der Stadt geworden ist. Zudem war es eine geglückte Operation, dem abstrakten Zeichen einen patriotischen Inhalt anzudichten, also der mathematisch-architektonischen Form die Bedeutung eines Torbogens beizugeben, der über den Mississippi hinausweist und den Aufbruch der nach Westen ziehenden Planwagenkolonnen memorialisiert. Das ameri-

Abb. 16



Abb. 16: St. Louis. Blick über den Mississippi

kanische Geschichtssentiment hat dem neuen Nationaldenkmal beigepflichtet und den in der Sonne gleißenden Stahlbogen in das Repertoire der nationalen Visionen aufgenommen.

Man könnte diesen Bogen auch das spektakulärste Objekt aller Straßenkunstpolitik nennen. Wo immer man geht und steht - alle Perspektiven von St. Louis füllen sich mit dem Bogen auf, sei es der Blick zwischen den Hochhausblöcken der City hindurch, sei es der Blick über die totasphaltierten Parkplätze, über die Schuttäcker, über die Slums, über die achtspurigen Stadtautobahnen hinweg, - als stets gegenwärtiges, alles überragendes, gleißendes Zeichen des Aufwärtstrebens hebt sich der Bogen über die Stadtsilhouette, die - wäre sie nur sie selbst - kaum eine Ansichtspostkarte abgeben würde. So aber, mit dem Bogen, wird alles in dieser Stadt zu einer "Ansicht", alles wird zu einem "Image", jeder öde Winkel hat den großen Schwung über sich, jede Tankstelle, jeder Bretterzaun, jedes Werbezeichen, jede kirchliche Neogotik und jeder neoklassizistische Tempel einer Bank hat teil an diesem optischen Zeremoniell.

- Abb. 17 In vielfältigen Variationen wird schließlich der Bogen als Zeichen der Stadt rezipiert. In den Werbeemblemen der Kaufhäuser kehrt er wieder, auf den  
 Abb. 20 Türen der Taxen, in den Firmenzeichen der Wirtschaftsunternehmen, auf den Fahnen der Bowling-Vereine und sogar auf den Schlipsnadeln der städti-



Abb. 17: St. Louis. Hochhaus mit Spiegelung des "Arch of the West"

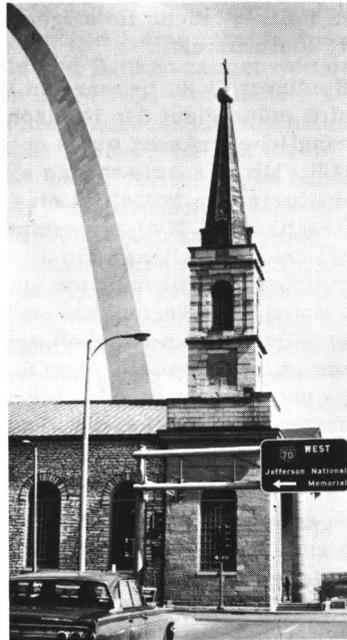


Abb. 18: St. Louis. Kathedrale mit Bogen



Abb. 19: St. Louis. Bogenemblem als Werbezeichen

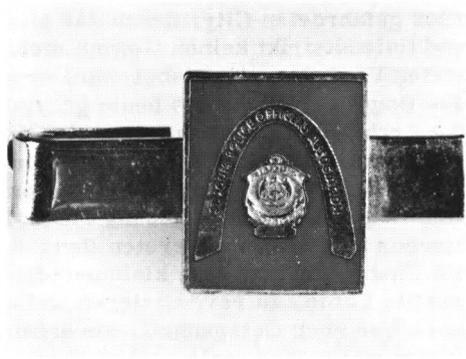


Abb. 20: Schlipsnadel der Polizei von St. Louis

schen Polizei taucht die allgegenwärtige Bogenform wieder auf, emblematisiert, louisifiziert.

Die Stadtgestalt ist beherrscht von ihrer eigenen Silhouette, die Augen richten sich ständig auf den Horizont. Man erfährt die Macht des Visuellen, die eindringliche Präsenz eines optischen Kalküls, gegen das sich nicht anstreiten läßt. Mit der Aufwendung aller denkbaren finanziellen, technischen und inszenatorischen Mittel ist eine bedeutende Vision entstanden, mit der sich auf Beschluß ein Mythos verbindet. Das hervorgezauberte Artefakt strafft sowohl die Aufgeklärten als auch die Zweckvernünftigen Lügen und setzt von Augen-Blick zu Augen-Blick ein kaum definierbares Spektrum von Gefühlen frei, wobei sich Technikbewunderung, Lokal- und Nationalpatriotismus, ein "alles-wird-besser-Glaube" verknäulen. Dies alles wirft die Anschauung des Bogens im nebenbei ab, ohne daß sich zunächst die Frage stellt, ob solche Monumente mit ihren attribuierten Gehalten doch nur kleinbürgerliches Glaubensfutter seien und ob die visuelle Monumentalisierung eines Stadtbildes der Stadt wirklich helfen könne.

Saarinens Bogen war aus einem nationalen Wettbewerb des Jahres 1948 hervorgegangen. Die heroische Gebärde der amerikanischen Nachkriegszeit gehörte zum öffentlichen Leben der Siegernation. War sie im Jahre 1961, als man tatsächlich an den Bau des gigantischen Zeichens ging, nicht bereits als leere Geste überführt? Die Skepsis findet Nahrung, wenn auf der anderen Seite, bei den Feinden der Demokratie, eine nahezu identische Zeichenheroik wiederkehrt. Noch während des zweiten Weltkriegs hatte Mussolini für sein neues Rom einen ähnlichen Bogen aufsteigen lassen. Die Feinde von ehemals waren sich in ihren repräsentativen Ausdrucksformen nahe. In beiden Fällen triumphierte - realisierbar nur mit den fortgeschrittensten Mitteln der Technik - der archaische Ausdrucksgehalt bloßer Monumentalzeichen.

Abb. 15

Dennoch erschöpft sich die Deutung von Saarinens Bogen nicht in der Parallele zu Mussolinis "Terza Roma". Vor dem Hintergrund einer schon 1948 gefährdeten City, deren das Mississippiufer begleitender Lagerhaus- und Hafendistrikt keinen Gewinn mehr abwarf und deshalb ungenutzt dem steten Verfall preisgegeben war, erscheint die Konzentration auf den Bau des Bogens in einem bis heute gültigen Sinne signifikant. Das nicht nur für die Architekturgeschichte bedeutsame Viertel der St. Louis Riverside mit seinen frühen Gußeisenbauten - eiserne Stadt! - mußte der Flächensanierung weichen, um einer ausgedehnten Grünanlage Platz zu machen, die dem Bogen als Parkumgebung dient. Damit war nicht nur ein architektonisches Stadtensemble ersten Ranges gefallen, sondern gleichzeitig auch die Chance vertan, eine kleinmaßstäbliche Altstadt, die eigentliche Altstadt von St. Louis, zu revitalisieren und neuen Funktionen zuzuführen. (In New York war noch Gelegenheit, ein ähnliches Lagerhausviertel von Gußeisenbauten mit seinen malerischen Eisenornamenten der viktorianischen Ära als ein zusehends begehrtes Wohnviertel einer neuen Nutzung zuzuführen.) Der Bau des Bogens gab das Zeichen zur "Monumentalisierung" des gesamten Stadtareals. Neue Bürohochhäuser rückten unmittelbar in die

Nähe des Bogens und erhoben sich als isolierte Einzelmonumente auf dem Areal der ehemaligen Altstadt. Ein Kongreßzentrum, eine riesige Sportarena, ein spanisches Kulturzentrum, Hotels und Banken zeugen von der enormen Anstrengung, Zeichen über Zeichen zu setzen, ohne daß es bisher gelungen wäre, das Leben wieder in die Stadt zurückzuholen. Allein ein luxuriöser Apartmentkomplex für ein paar Reiche, die von ihrer Hochhauswohnung den Bogen als tägliche Ansichtskarte vor Augen haben, wurde in das Revier der Monumente vorgetrieben. Indessen blieben 40 % der erwarteten Mieter aus. Die Stadt steht leer, die Monumente sind - wie die Arena - für einige Stunden je Woche genutzt, und das exotisch-spanische Kulturzentrum hat bereits wieder seine Pforten geschlossen. Eine der Sanierung entgegengehende City, die zum Wohnen zu teuer, zum Leben zu öde und allein den Touristen eine atemberaubende Monumentensammlung vor Augen stellt, hat die Attraktionen architektonischer Kapriolen zu bieten, ohne daß sie lebensattraktiv geworden wäre. (Von hier lassen sich Parallelen ziehen zum Monumentenareal Westberlins: Nationalgalerie, Nationalbibliothek, Philharmonie, Kongreßhalle etc. - ein säuberlich von allen anderen Funktionen freigehaltener Repräsentationsgürtel, der als reines Ästhetikum der weniger demonstrativen Zwanglosigkeit alltäglichen Lebens entbehrt.)

Der gigantische Bogen im Park von St. Louis Downtown hat vermocht, der Stadt ein visuelles Image zu geben, hat zur Identität der Stadt wesentlich beigetragen, hat jedoch gleichzeitig an der fortschreitenden Entvölkerung der City mitgewirkt und stattdessen die stippvisitierenden Touristen angezogen. Keine Attraktion kann die Attraktion einer wohn- und aufenthaltsfreundlichen Stadt ersetzen. Visuelle Interessantheit mag zwar ein Schritt fort sein von der Monotonie, jedoch ist damit nicht die "umgekippte" Stadt für die Vielfalt des Lebens zurückgewonnen. Bedeutsam ist der Bogen von St. Louis auch deshalb, weil er bestätigt, daß keine Anstrengung hinreicht, daß auch das impressabelste Objekt der Straßenkunst nicht genügt, um die vielen kleinen Dinge, die zur städtischen Existenz gehören, ersetzen zu können.

## VI. GEGENBEISPIEL: FRANKFURT ?

Im Gegensatz zu St. Louis hat in der BRD die Stadt Frankfurt die besseren Chancen, als Kernstadt eines Ballungsgebietes zu überleben. Möglicherweise sind mit der Gründung des Umlandverbandes zum 1. Januar 1975 die politischen Voraussetzungen dazu geschaffen. Dies wurde erreicht, indem der hessische Landtag als das übergeordnete Entscheidungsorgan den 39 Städten und Gemeinden wie auch den sechs Landkreisen, die in den Umlandverband einbezogen wurden, die kommunale Selbständigkeit nahm, also es nicht den lokalen Parlamenten überließ, ihre eigene Entmachtung - wie in St. Louis erforderlich - zu beschließen. Nur unter Beschneidung lokaler Interessen wird Großraumplanung möglich. Überraschenderweise hat ein Kommunalpolitiker einer der widerstrebenden Frankfurter Nachbargemeinden, ein Stadtverordneter von Eppstein, Horst Kunze, den für die Zukunft der Städte entscheidenden Konflikt als Argument formuliert:

"Warum", wollte er wissen, "ist der Taunusboden so viel teurer als ähnlich schöne Lagen im Westerwald. Die einfache Antwort: Die Attraktivität des Taunus hat ihre Ursache in Frankfurts Nähe. Woraus zu folgern wäre, daß das Umland ein vitales Interesse haben müßte an einem starken Frankfurt. Wenn die Mainmetropole nicht mehr in der Lage ist, Hunderttausenden aus dem Umland attraktive Arbeitsplätze und all das zu bieten, was man unter dem Stichwort 'Urbanität' zusammenfassen kann, dann würde auch das Umland verlieren" (Reinhard VOSS in: Frankfurter Rundschau, 27. 12. 74). Offen bleibt die Frage, ob neben den politischen Voraussetzungen zur Abwendung eines "Stadtfarktes" auch die ökologischen Voraussetzungen gegeben sind. Offen also ist, was sich Politiker unter "Urbanität" vorstellen. Mit Skepsis fragt man, ob nicht die Verfügung über das neue politische Instrument dazu verführen mag, den Umlandverband als eine Finanzpumpe zur weiteren Kommerzialisierung der Frankfurter City zu nutzen.

Die unmittelbar Betroffenen, die Frankfurter Wohnbevölkerung, reagiert auf die Zerstörung der Stadtumwelt sensibler als gegen den allseits beschworenen und gefürchteten politischen Radikalismus: "Aus einer Umfrage des Infra-Institutes geht hervor, daß die Verschmutzung von Luft und Wasser von 78 % der Befragten mit besonderen Sorgen beurteilt wird. 67 % sorgten sich um Bodenspekulation und Mietwucher, während nur 20 % die Gefahr des Rechtsradikalismus und 16 % eine Entwicklung zum Sozialismus als sehr besorgniserregend ansahen. Rund 25 % der Frankfurter meinten, ihre Stadt habe sich in den letzten Jahren zum Vorteil verändert, während etwa die gleiche Anzahl eine nachteilige Entwicklung beobachtet haben will. Als hauptsächliche Gründe für negative Entwicklungen gaben 47 % die Stadtplanung und 36 % die Studenten und die Universität an" (dpa, 11. 3. 74).

Ein solches Umfrageergebnis wirft die Frage auf, ob sich nicht schon die Frankfurter gegen ihre Stadt entschieden haben. Hieraus ergibt sich der Auftrag für die Politiker, "Urbanität" in etwas anderem zu suchen als in einer bodenspekulativen Citysanierung. Was alles muß geschehen sein, bevor der Sachverstand eines Stadtplaners dem Protest der nur "Unsachverständigen", der Wohnbevölkerung, Zugeständnisse macht, wie sich dies der inzwischen davongezogene Frankfurter Stadtplaner Adrian erstaunlicherweise erlaubte: "In Frankfurt ist eine ungute Situation dadurch eingetreten, daß die Bauverwaltung zunächst das Vertrauen der Bürger eingebüßt hat und dann, als wir darangingen, eine andere Politik zu machen, auch das Vertrauen derer, die investieren wollen. Nun ist es wohl die wichtigste Aufgabe hier in Frankfurt, eine Zuverlässigkeit der Verwaltung wieder aufzubauen. Dies aber bedeutet vor allem fundierte und sachverständige Diskussion." (Bauwelt, 29/30 - 1974)

Während mit dem Umweltverband das politische Instrument zur Erhaltung der urbs Frankfurt geschaffen ist, bleibt "Urbanität" eine Leerformel, die sich mit allen denkbaren Vorstellungen füllen läßt. Sollte mit diesem Begriff die bisherige Praxis Frankfurter Baupolitik gemeint sein, sollte Urbanität identifiziert werden mit einer weiter wachsenden Hochhauscity, die Gewinn und Geschäfte, vielleicht auch Arbeitsplätze sichert, so wird die Stadt Frankfurt zwar eine zunehmend reichere, durch Umlandfinanzspritzen sanierte, doch eine zunehmend unbewohnbare, zunehmend sich entvölkernde City werden. (Bisher hat allein Manhattan geschafft, als reine Geschäftscity konvulsivisch über die Runden zu kommen.) Wer aber wünscht Frankfurt einen "Bogen" oder andere Monumente, um wenigstens interessant zu bleiben! Interessantheit aber genügt nur dem schnellen Touristen. Solange es noch ein halbwegs vorhandenes Westend und ein Bahnhofsviertel gibt<sup>1</sup>, ist in diesen Quartieren mehr als anderswo in Frankfurt Urbanität präsent. In letzter Konsequenz ist die Erhaltung dieser und ähnlicher Quartiere die Garantie für das Funktionieren eines Umweltverbandes, der in Frankfurt, d. h. in einer mannigfaltig organisierten Kernstadt, sein Zentrum haben soll. Die große Geste einer topographisch weit ausholenden Regionalplanung genügt nicht, solange das urbane Detail, die Besonderheit eines Quartiers, ja eines einzelnen Bauwerks als bloßes Randgeschehen erscheint, solange die große Organisation die kleinen Lokalitäten einer gewachsenen Stadtgestalt übergeht. Das für die Zukunft der Städte entscheidende politische Konzept läßt sich erfolversprechend nur in einer Verbindung zwischen Großraumplanung und Lokalökologie realisieren. Eine solche Planung bedeutet nicht nur, eine bestimmte Anzahl von Schwimmbädern, Einkaufszentren und Fabriken angemessen in einem bestimmten Großraum auf bestimmte Lokalitäten sinnvoll zu verteilen, sondern bedeutet auch, eine gegebene, über Jahrhunderte hin entstandene Stadt- und Naturumwelt als "ökologische Nischen" punktuell zu sichern, also einen Kulturraum als Ressource des menschlichen Lebens auch im Detail zu erhalten. Die Altstadt nimmt in einer solchen Großraumbewertung eine besondere Stellung ein. An ihr müs-

1) Vgl. Manfred SACK, in: Die Zeit, 20. 9. 1974, S. 58.

sen sich auch die Möglichkeiten gegenwärtiger Architektur und damit das Selbstverständnis des heute bauenden Architekten neu definieren.

Das Leitbild für den Architekten kann nicht mehr die Vorstellung eines idealen Bauwerks sein, das gänzlich aus den Voraussetzungen heutiger Bautechnik und heutiger Architekturtheorie entwickelt ist, sondern muß die bestehende Stadt sein. Die Rücksichtnahme auf die historische Stadtlandschaft darf nicht enden mit der traditionellen Forderung der Architekturtheorie und Baugesetzgebung, daß ein Neubau in Maß, Proportion, Fassadengliederung und Zonung die vorgegebenen Verhältnisse zu berücksichtigen habe, sondern muß primär fordern, daß der Altbau zu retten ist, daß dieser selbst als potentiell funktionstüchtig erkannt wird. Jede Architekturtheorie der Zukunft muß, wenn sie nicht immer nur das freie Feld als Planungsfläche voraussetzt, die historische Stadt als Primärvoraussetzung nehmen. Jeder Planungsschritt hat die Altbebauung als unmittelbares Korrektiv vor Augen. "Gute" Architektur ist nicht mehr das exzentrische Neubaumonument inmitten einer historischen Stadtanlage, mag es noch so perfekt sein. Die geniale Ichsucht eines Kunstwerks mit nacktem Selbstbehauptungswillen entlarvt die reaktionäre Mentalität von Auftraggebern und Architekten, deren Anstrengungen sich letztlich als die Setzung plumper Reklamezeichen disqualifizieren. (Das Kaufhaus Horten mit seiner Matritzenfassade ist das Extrem solcher Architektur. Wer sich derartig protzig individualisiert, hat heute schon das Gemeinwohl gegen sich.)

Die Notwendigkeiten der Stadtökologie werden das Selbstverständnis der Architekten verändern. Der nur geniale Schöpfer von Monumentalbauten einerseits und der nur technisch disziplinierte Nebauingenieur andererseits werden zu reminiszenten Figuren werden.

## VII. DIE FALSCHER HISTORISCHER PARALLELE

Es gibt ein ganzes Arsenal von Faustargumenten, mit deren Hilfe sich die Sanierungstechnokraten der Einwände gegen die Altstadtzerstörung zu erwehren pflegen und alle Skrupel abschütteln. Eine Stadt dürfe kein Museum werden, eine Stadt müsse lebendig bleiben, ist eine dieser Argumentplatitüden, die als Inkorporation barer Vernunft zum Gemeinplatz geworden sind. Ein anderes Argument sucht sich der historischen Parallele zu versichern und ist von der gleichen Art wie jenes fatalistische, das mit dem Blick auf die Geschichte auch in Zukunft Kriege für unabweislich hält, weil es immer schon Kriege gegeben habe, ohne jedoch die gänzlich neue Qualität eines Atomkrieges mitzubedenken, dessen globales Zerstörungsausmaß verbietet, daß es in Zukunft Atomkriege geben darf. Immer schon habe jede Epoche ihre eigene Stadt gebaut, ohne Rücksicht zu nehmen auf die bestehende Stadt, ist ein anderes Argument barer Vernunft, das freilich die neue Qualität heutigen Bauens nicht mitbedenkt, nämlich die alte gegen die neue Stadt total auszutauschen.

Gewiß gibt es auch in der historischen Architektur Beispiele dafür, gegen die bestehende Stadt anzubauen, sich als Bauherr gegen die Umgebung monumental abzusetzen. Jedoch war ein solches monumentales Ausbrechen beschränkt auf den höfisch-aristokratischen Bereich, auf die Herrschaftsarchitektur einiger weniger, die dennoch in der Sprache des Dekorums die Beziehung zur gesamten Stadt wahrte. Das übliche Bauverhalten war gekennzeichnet von einer Rücksichtnahme auf die schon vorhandene Umgebung. Nicht nur eine seit dem späten 12. Jahrhundert entstehende und sich zusehends differenzierende Baugesetzgebung in den Städten, sondern eine allen verbindliche Statusmoral sorgte für die Angemessenheit eines sozialen Verhaltens auch in der Architektur.

Wenn wir heute von "gewachsenen" Städten sprechen, so meinen wir nicht mehr jene von der Romantik erfundene Stadt, die sich, auf Instinktsicherheit und Volkstum bauend, gleichsam ohne alles gesetzgeberische Zutun von selbst baute, sondern wir meinen die historische Stadt, die über Jahrhunderte hin und über Stilepochen hinweg einen Zusammenhang wahrte, der durch Gesetz garantiert und durch die "Schicklichkeit" (Dekorums) eines angemessenen Verhaltens gefordert war. Die Petersgrube in Lübeck ist dafür ein Beispiel. Die Baugesetzgebung beschränkte seit der Gründung der Stadt die Größe einer Parzelle, erzwang förmlich die Giebelstellung der einzelnen Häuser über die Jahrhunderte hin. Ein barockes Haus des 18. Jhs. Abb. 21 hat eine in allen Grundzügen ähnliche Fassadenform behalten wie ein Renaissancehaus des 16. oder gar wie ein gotisches Haus des 14. Jhs. Abb. 23-26

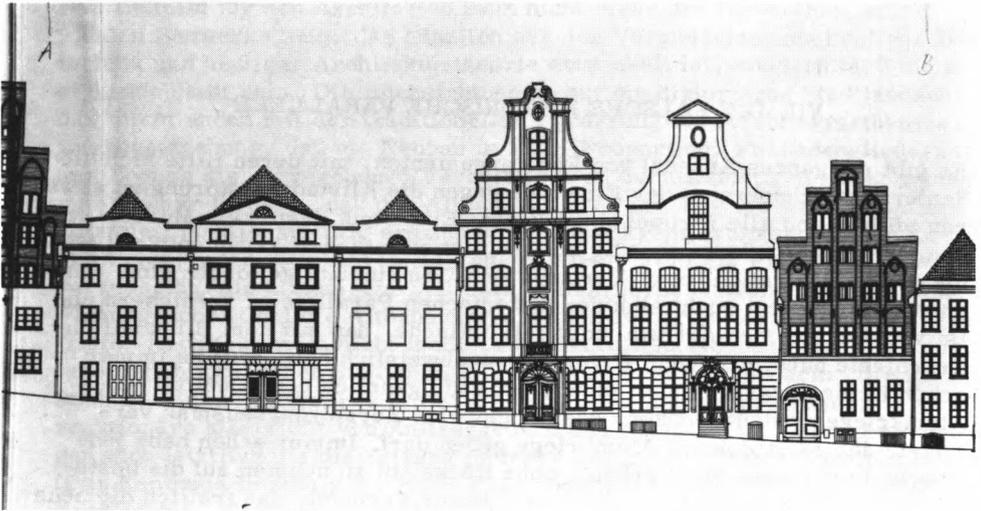


Abb. 21: Lübeck. Große Petersgrube

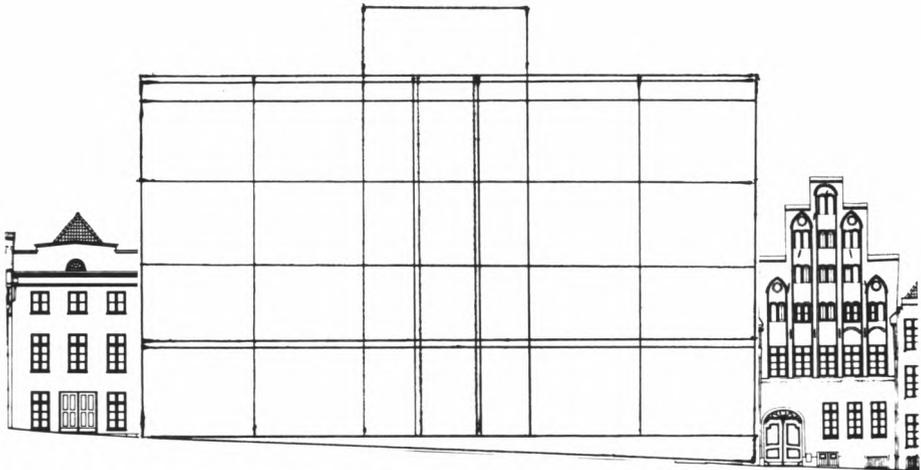


Abb. 22: Lübeck. Mögliche Neubebauung in der Großen Petersgrube

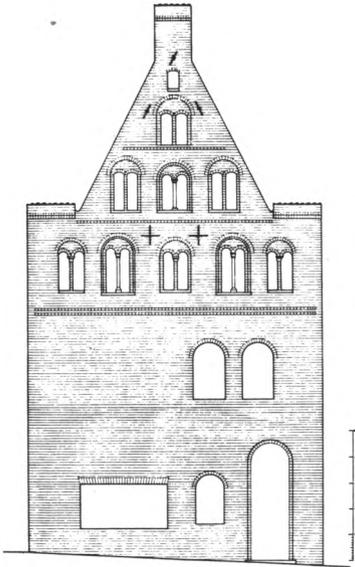
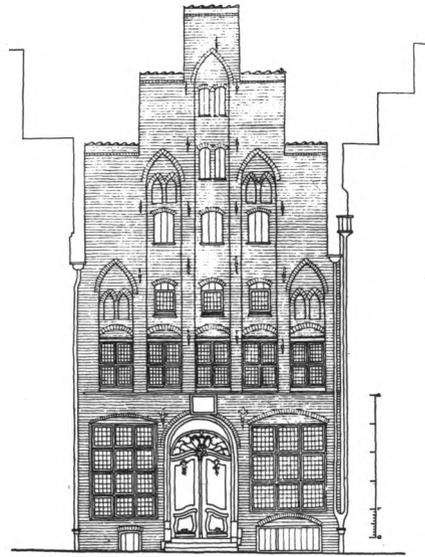


Abb. 23: Lübeck.  
Hausfassade (um 1200)



Manuskript 25

Abb. 24: Lübeck  
Hausfassade (um 1350)

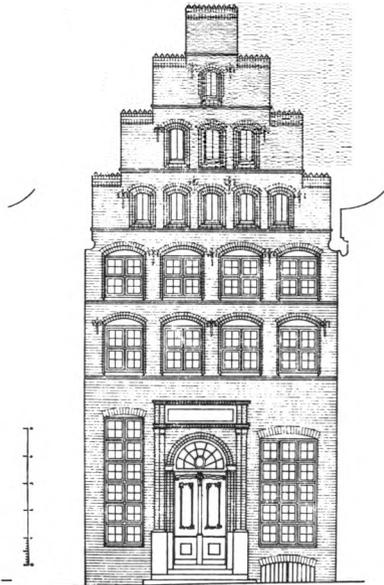


Abb. 25: Lübeck.  
Hausfassade (um 1550)

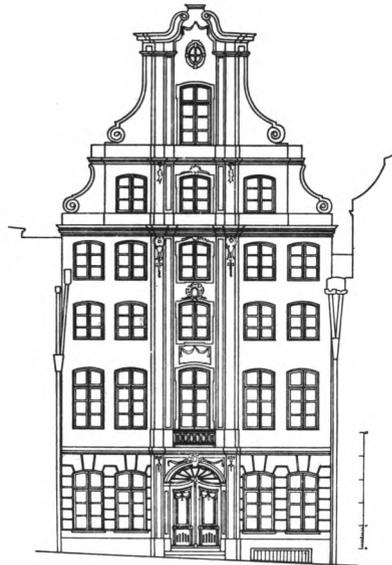


Abb. 26: Lübeck  
Hausfassade (um 1700)

Die verschiedenen Epochenstile stellen die Grundform der Lübecker Hausfassade keineswegs in Frage. In allen Fällen sind es Bauten mit schlanken Achsen, langgestreckten Wandöffnungen und schmal aufsteigenden Giebeln.

- Abb. 24 Während das gotische Haus deutlicher die Vertikalen betont und den durch Maß und Proportion gestreckten Gesamtumriß der Fassade in den senkrechten Gliederungen zusätzlich akzentuiert, hebt der Architekt des Renaissancehauses die Horizontalen hervor, betont die waagerechten Teilungen der Stockwerke, ohne jedoch den einmal gegebenen Fassadenaufriß in den Grundzügen in Frage zu stellen. Stilunterschiede bleiben im wesentlichen Detailunterschiede. Der gotische Staffelgiebel weicht einem Volutengiebel, das gotische Spitzbogenfenster einem Segmentbogenfenster. Gewandelte Stilformen erzwingen nicht schon einen neuen Bautypus. Das wechselnde Stilvokabular wird im Gegenteil der feststehenden Grundform einer solchen
- Abb. 26 Fassade angepaßt; eine Barockvolute streckt sich oder staffelt sich als Volutenreihe der Giebelschrägen entlang. So stellen sich über die Epochen hinweg Zusammenhänge her, die die Gesamtheit des Straßenensembles zum obersten Maßstab haben. Die romanische Fassade des frühen 13. Jahrhunderts und die Barockfassade des 18. Jahrhunderts lassen kaum eine Zeitdifferenz von ca. 550 Jahren vermuten. Sogar der Klassizismus der Zeit um 1800, mit dem die Tradition der Giebelfassade zum ersten Mal durchbrochen wurde und horizontal sich streckende Häuser in Traufenstellung modern werden ließ, hat noch immer ein beachtliches Maß an Rücksicht walten lassen; so in der Großen Petersgrube, wo ein Neubau in drei schmale
- Abb. 21 Einzelfassaden aufgeteilt wurde, um den Rhythmus der Giebelfassaden nicht zu stören. "Stilumbrüche", so sehr die Kunstgeschichtsschreibung diesen einen revolutionären Charakter verleiht, zerbrechen nicht gleich ein solches Ensemble, zerbrechen noch viel weniger eine städtische Baugesetzgebung oder gar die sich architektonisch niederschlagenden Verhaltensregeln einer städtischen Bürger- und Handwerkersozietät.

Ein erster tiefgreifender Bruch, der diese Maßstäbe von angemessener Proportion und schicklichem Dekor nicht mehr gelten ließ, vollzog sich im 19. Jh., als zwar die schmückende Verkleidung eines Bauwerks noch gelten sollte, der Baukörper selbst sich jedoch herausblähte aus dem alten Maßzusammenhang.

- Abb. 22 Heute ist an die Stelle des historisierenden Pasticcios, das bereits den traditionellen Maßstab sprengte, der nackte Baublock getreten, der nach Vorstellungen einer neuen Bautechnik berechnet und nach Vorstellung eines neuen "internationalen Stils" hergerichtet, das traditionelle Stadtensemble zerstört und allenfalls noch die gesetzlich geforderte Einordnung in eine Straßenflucht an sich selbst duldet. Der Bruch mit der Geschichte, alles
- Abb. 27 in den Schatten stellend, was es an sogenannten Stilumbrüchen je gab, vollzog sich auch mit dem "freien" Grundriß des Bauhauses, das Walter
- Abb. 28 Gropius 1926 in Dessau errichtete. Der Wiederaufbaufunktionalismus der Nachkriegszeit hat diese Modelle bald zur globalen Geltung gebracht und sie rigoros auf alle denkbaren Situationen übertragen.

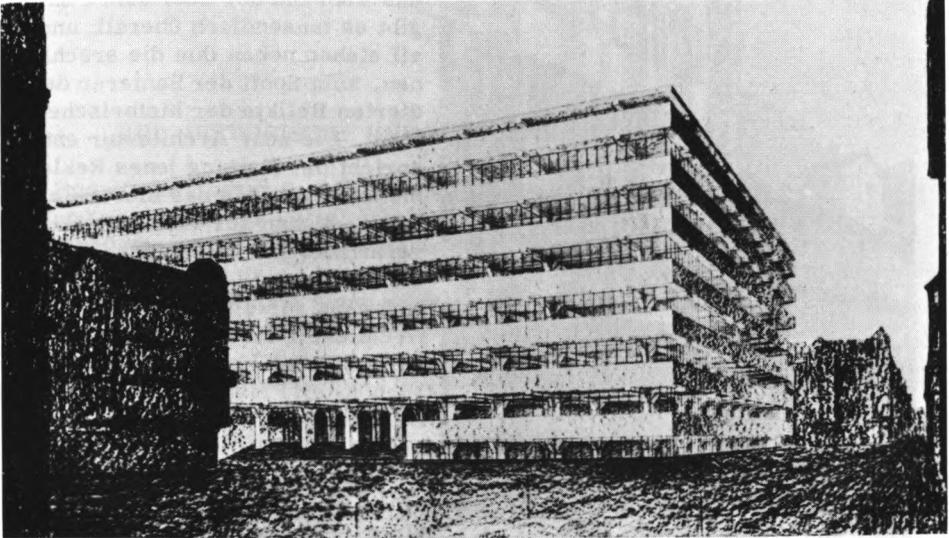


Abb. 27: Mies van der Rohe. Entwurf für ein Bürohaus (1922)



Abb. 28: Walter Gropius. Das Bauhaus in Dessau

Abb. 29



Abb. 29: Göttingen. Kaufhaus  
Karstadt

Das Kaufhaus Karstadt in Göttingen, das während der 50er Jahre entstand, gibt es tausendfach überall; und überall stehen neben ihm die erschlagenen, zum Spott der Sanierer degradierten Relikte der historischen Stadt. Die neue Architektur entspricht der Haltung jenes Reklamezeichens, das das kleine Fachwerk nebenan zur Lächerlichkeit vernichtet und auffordert, mit solch trauriger Nachbarschaft endlich ganz aufzuräumen. Die neue Architektur ist nicht allein die Architektur der Konzerne, sondern auch jener Privaten, die aus einem Delikatessengeschäft einen Supermarkt machen, aus einer Schreinerwerkstatt ein Möbelhaus, aus einer Druckerei einen Verlag, aus einer Pinte ein Großrestaurant. Die Nachbarparzellen werden aufgekauft, so daß Raum geschaffen wird für funktionsgemäße, der neuen ökonomischen Bestimmung

gemäße Behälterbauten. Dieser Bruch mit der Geschichte ist ein qualitativ anderer als alle epochalen Stilbrüche. Es ist ein Bruch, der auf Erneuerung der Stadt durch funktionsgerechten Neubau hinausläuft, also potentiell alt gegen neu komplett austauscht.

## VIII. HISTORISCHE UND MODERNE ARCHITEKTUR

Der Begriff Altstadt ruft nach europäischer Gewohnheit allzuleicht die Vorstellung romantischer mittelalterlicher Städte hervor, die sich aus ganzen Straßenzügen von Baudenkmalern zusammensetzen. Siena, Gent oder Regensburg sind Beispiele. Angesichts heutiger Stadtzerstörung gewinnt jedoch der Begriff Altstadt einen umfassenderen Sinn. Im Kontrast zur monotonisierenden und stadtauflösenden Architektur der Moderne werden die Stadtviertel des 19. Jahrhunderts mit ihren geschlossenen Straßenzügen, mit ihren verzierten Fassaden, ihren mannigfaltigen Details, ihren Baumalleen, Vorgärten, Straßenlaternen, Litfaßsäulen, Plätzen und Denkmälern, Läden und Eckneipen zu einer merkmalsreichen Umwelt, die als Gesamtzusammenhang einen hohen sozioökologischen Wert hat.

Architekturgeschichtlich gesehen gehören die Bauten des 19. Jahrhunderts noch in den epochalen Kontext "neuzeitlicher Baukunst", dem das "moderne Bauen" durch eine Reihe von Eigenschaften abgesondert gegenübersteht. Mit dem Geschichtsbruch des Funktionalismus ist eine Schwelle zwischen Vergangenheit und Gegenwart gelegt. Die fundamental neuen Wertsetzungen der Moderne hatten eine Distanzierung von aller historischen Architektur zur Folge, so daß sich, vom Standpunkt gegenwärtigen Bauens gesehen, auch die epochalen Differenzen zwischen den einzelnen Baustilen der Vergangenheit relativieren. Die elfhundert Jahre seit der Aachener Pfalzkapelle bis hin zu den Fagus-Werken von Gropius, die als Wendemarke gelten, stellen sich heute als ein historisches Kontinuum dar, demgegenüber der Funktionalismus als tiefgreifender Bruch erscheint, der sogar die überkommenen Gattungsmerkmale der Architektur fraglich werden läßt. Eine romanische Kirche des 12. Jahrhunderts, ein Rathaus des 14. Jahrhunderts, ein Fachwerkbau des 15. Jahrhunderts, ein Schloß des 16. Jahrhunderts, ein Theater des 18. Jahrhunderts und eine Villa des 19. Jahrhunderts haben trotz aller Verschiedenheiten der Bautypen und der Stile eine größere Affinität zueinander als etwa ein Verwaltungspalast des 19. Jahrhunderts und ein Verwaltungshochhaus der Gegenwart.

Die historische Architektur von 800 bis 1900 ist von bestimmten übergeordneten Merkmalen gekennzeichnet, die diese von den Hauptströmungen der gegenwärtigen Architektur prinzipiell unterscheiden.

### 1.

Die historische Architektur hat die Tendenz zur Gebäudekonzentration und Ballung.

Seit karolingischer Zeit entwickelt sich die menschliche Ansiedlung im diametralen Kontrast zur Natur. Der vicus, der Pfalz- und Klosterbezirk, die

Domfreiheit, die bürgerliche Stadt des Mittelalters, die absolutistische Barockstadt und auch die Stadterweiterungen des 19. Jahrhunderts sind bezogen auf einen Kern oder bilden ein Zentrum, das alle weitere Ansiedlung adhäsiv auf sich bezieht. Auch die seit dem 14. Jahrhundert einsetzende Villenkultur, die in großem Maßstab die Natur zur Folie der Architektur machte, änderte an der Dominanz der konzentrierten, auf Mittelpunkte und Herrschaftszentren bezogenen Siedlungsform nichts. Die Stadt Frankfurt etwa, die im Laufe der Jahrhunderte durch mehrere Mauerringe erweitert wurde und immer auch ihren prägnanten Umriß gegenüber dem Umland wahrte, hat erst 1813 ihren Mauerring und damit auch ihre scharfe Abgrenzung gegenüber der Natur verloren.

Die Siedlungsform der Gegenwart ist hingegen extensiv, konzentrationsfeindlich, nicht einem Zentrum adhäsiv zugeordnet, sondern von diesem fortstrebend. Die begrenzte Stadt wird zum unbegrenzten Stadtgewebe.<sup>1</sup> Natur und Architektur treten in ein Mischungsverhältnis, wobei die Natur ständig an Boden verliert. Andererseits lockert die neutrale Grünfläche den Stadtkern auf. Die Naturrelikte gewinnen Erinnerungscharakter, werden architektonisch domestiziert. Der Wald wird zur Baumgruppe, der Baum wiederum zur arrangierten Topfrelieue.

Das neue Stadt-Land-Verhältnis, die Aufhebung der konzentrierten Ansiedlung zugunsten eines potentiell unbegrenzten Eindringens in den "Freiraum" bedingt eine prinzipiell neue Gebäudeform, den nach allen Seiten freistehenden, sich nach allen Seiten richtenden, ungehemmt in den Raum ausgreifenden Bau, dessen Ausrichtung weder von einer gegebenen Straßenfront noch von einer hierarchisch bindenden Achse bestimmt zu sein braucht (Bauhaus, Dessau). "Vorn" und "hinten", Fassade und Rückseite, Eingangsfront und Gebäudeende, oder, wie bei freistehenden Zentralbauten, der Mittelpunkt des Bauwerks, sind nicht mehr Kriterien dieser Architektur. "Freie" Grundrisse erzwingen einen Freiraum um sich, der den urbanen Zusammenhang der Bauten untereinander auflöst. (In der historischen Baukunst sind derartig "freie" Grundrisse erst mit dem endenden 18. Jahrhundert als malerische Architekturversatzstücke der englischen Gärten oder aber als gotisierende Landhäuser, also auf dem freien Felde, nicht aber innerhalb der Städte, vorgekommen).

## 2.

Die Baumaterialien sind in der historischen Baukunst nahezu unverändert geblieben: Holz, Lehm, Stein und Mörtel waren Jahrtausende lang die Hauptbaumaterialien.

Die neuen Materialien, zunächst Eisen, dann Stahl und Stahlbeton, Glas, Kunststoffe etc. haben die Bautechnik und damit die Möglichkeiten der Architektur grundlegend verändert.

---

1) Henri Lefèbre. Die Revolution der Städte, München 1972.

In der historischen Architektur herrscht, soweit sie erhalten ist, die Verwendung von Holz und Stein vor. Die besonderen Qualitäten des Steines, etwa seine Schwere und seine Belastbarkeit, bestimmten unmittelbar den Ausdruck der Form und qualifizierten die wesentlichen Merkmale der Architektur als eine Kunstgattung. Die statischen Möglichkeiten der Steinarbeit, das Stützen und das Lasten, bedingten die Veranschaulichung einer Tektonik, die den Aufbau selbst, das Aufeinandersetzen von Steinen, das Fortschreiten vom Fundament zum Dach, aber auch das Tragen und Lasten per se zum Inhalt künstlerischer Gestaltung machte. - Die breit lagernde, sich zuspitzende Pyramide, der auf Pfeilern lastende Architrav, die stemmende, aktiv sich verjüngende Entasis einer Säule, das von Konsolen gestützte Gesims sind visualisierter Ausdruck der statischen Qualitäten des Steins. Auch bei einer Baukunst größter Verfeinerung, die den Stein zu dünnstem Gestänge, zu einem leichten Gerüst werden ließ, wie an den Bauten der Hochgotik, etwa der Ste. Chapelle in Paris, hat die Überwindung steinerer Schwere zugleich auch deren Betonung zur Folge: Die soliden Haltekörper der Strebe Pfeiler umfassen das fragile Gerüst. An diesen ist die Tektonik, die Verjüngung der Streben und deren sachte Abtreppung dem Dache zu, sichtbar geblieben.

Schwere des Steins und seine Festigkeit führten über das Mittel veranschaulichter Statik zur Veranschaulichung von Macht und Dauer, seine Entkörperlichung zur Symbolisierung christlicher Transzendenz. An die Qualitäten des Steins knüpfte sich die Ausdrucksmöglichkeit der repräsentierenden Mächte. Die Rustikamauer eines Renaissancepalastes visualisierte den Machtanspruch Florentiner Oligarchenfamilien, die kolossale Pilasterordnung einer Schloßfassade die Herrschaft eines Barockfürsten. Im frühen Mittelalter war die einfache Tatsache, daß ein Privathaus aus Stein errichtet wurde, eine Herausforderung der Stadtherren. Im Zeitalter hölzernen Wohnbaus war das Material selbst Demonstrativum. Noch die Architektur des 19. Jahrhunderts hat, obwohl die neuen Möglichkeiten bereits erkennbar wurden, die Tradition der historischen Baukunst, die tektonischen Gegebenheiten und deren künstlerische Sublimierung, den repräsentativen Ausdrucksgehalt des Steins vorausgesetzt. Auch materialiter ist die Architektur des 19. Jahrhunderts "historische Baukunst".

Hingegen verzichtet die Architektur der Gegenwart in ihrem Wahrheitsstreben nach "Materialgerechtigkeit" auf den Ausdrucksgehalt steinerer Tektonik. Die Beibehaltung der formalen Ausdrucksmittel steinerer Repräsentationsarchitektur bei Verwendung neuer Materialien kann heute geradezu als ein Kriterium reaktionären Architekturverständnisses gelten. Eine Stahlbetonstrebe braucht sich nicht wie ein steinerer Strebe Pfeiler bei zunehmender Höhe zu verjüngen. Stattdessen lichtet sich bei äußerlich gleichbleibendem Durchmesser die Stahlarmierung im Inneren. Ein reines Stahlskelett kann bei fast gleichbleibender Stützenform über viele Stockwerke aufsteigen. Der schwere Sockel als Ausdrucksform des sicheren Aufstehens und das schwer vorkragende Dachgesims als Ausdrucksform des Lastens gehören bezeichnenderweise nicht mehr in das Vokabular heutiger Architektur.

In der historischen Architektur waren diese Formen veranschaulichter Tektonik gleichzeitig Metaphern der Repräsentation, da sie Solidität, Festigkeit und Macht symbolisierten.

Sofern derartige Metaphern auch in der heutigen Architektur noch gebraucht werden, sind sie sehr leicht als Mittel eines reminiszent gewordenen Repräsentationsanspruchs durchschaubar. Veranschaulichte Statik moderner Architektur baut häufig auf den Überraschungseffekt, die der Steinstatik entstammende traditionelle Erfahrung anschaulich zu widerlegen, also mit den Erwartungen gewissermaßen zu jonglieren. In diesem Bereich (vergleiche Oskar Niemeyers Bauten in Brasilia) liegen die neuen, durch die Statik neuer Materialien gegebenen Möglichkeiten der Repräsentationsbedürfnisse.

Sprechendstes Beispiel einer Architektur, nach deren Maßstab sich alle historische Baukunst unter dem gemeinsamen Nenner des Vergangenen subsumieren läßt, ist das Stahlskeletthochhaus, der auf gebrechlichen Stützen schwebende Glasblock, dessen Statik nicht mehr anschaulich wird.

### 3.

Geknüpft an die Formen der Repräsentation und verbunden mit der Signalisierung der hierarchischen Stellung und der Aufgabe eines Bauwerks, wurde die historische Architektur bereichert durch das Bild, im unmittelbaren Sinne durch Wandmalerei, Mosaik, Fassadenmalerei, Glasmalerei; aber auch durch das steinerne Bildwerk, das selbst ein Element der Architektur werden konnte: Karyatide, Herme, Kapitell. In diesem Bereich liegt der Übergang vom Bildwerk zum Architekturornament, das einerseits auf die Realität abbildend bezogen war (z. B. organische Formen, wie Pflanzen und Tiere) und andererseits freie Figuration sein konnte (z. B. Rollwerk, Rocaille etc.). "Reine" Architektur hat es, sofern man von den einfachsten Primitivbauten absieht, nur als Ausnahme, niemals als ausdrücklich programmatische Forderung und als allgemein geübte Praxis gegeben. (Die ägyptische Pyramide war eine solche Ausnahme, und dies auch nur am Außenbau. Daneben gab es die reichen Schmuckformen der ägyptischen Architektur.)

Reine Architektur, ornamentlos und ganz konzentriert auf die stereometrischen Grundformen, gibt es erst seit dem 20. Jahrhundert. Der totale Ornamentverzicht ist eine ausdrückliche Forderung modernen Bauens, die sogenannte "Kunst am Bau" ist bis heute Verlegenheit geblieben. Damit hat die moderne Architektur auch auf Sprache, Kommunikation, auf Mitteilung verzichtet und, um der Purifikation willen, sogar das einfache Informationszeichen zeitweise verdrängt. Das Reklamezeichen, das nicht-architektonische Appliqué, trat an die Stelle des Dekors und des Ornaments. Konsumwerbung hat allein noch Zeichen gesetzt und das Neosignal zum Schrei gemacht. Fassadenschmuck ist heute eingeschränkt auf Markensignett und Firmennamen. Als Folie dient die weiße Wand, die reine Architektur, die mit der Vernichtung der "hohlen" Repräsentation, des "sinnentleerten" Ornaments, der "überladenen" Fassade des 19. Jahrhunderts auch den zwischen architektonischer Stereometrie und Natur, zwischen geometrischer

Rationalität und poetischem Spiel vermittelnden Schmuck gestrichen hat. Die Baukunst des 19. Jahrhunderts gab die ausdrückliche Gegnerschaft ab, gegen deren Anspruch diese große, mit aller Geschichte brechende Reinigung stattfand. Die Prunksucht des 19. Jahrhunderts hat den reinigenden Rigorismus der Zweckideologen herausgefordert, bis die Architektur keine Kunst mehr, sondern nur noch Technik war. Die Bautechnik hat die Städte von all jenem Überflüssigen leergefegt, von dem wir sprechen, wenn wir meinen, daß eine Stadt "schön" sei.

Angesichts der Öde wird die Baukunst, die so heftig mit Zierat um sich warf, werden die überladenen Fassaden des 19. Jahrhunderts wieder "attraktiv". Denn oft haben die Städte außer diesen und ein paar reliquienhaften Baudenkmalern nichts anderes aufzuweisen. Öde macht selbst Kitsch zum Charakter; angesichts des Neutralen wird sogar das Häßliche schön, weil es sonst nichts gibt, was vom Zweckrigorismus befreien könnte.

Bei aller Modernität und Neuheit erinnern ein paar von der Zeit gezeichnete Häuser daran, daß der Mensch eine Herkunft hat und daß andere schon vor ihm am gleichen Orte wohnten. Künstliche Patina signalisiert Verlangen nach Dauer. Alter jedoch ist nicht gleich Verfall. Eben weil die moderne Architektur so völlig neu ist, eben weil der Bruch mit der Geschichte der Architektur so endgültig ist, die Materialien andere sind und das Potential der Architekturtechnik so unabsehbar vielversprechend, eben deshalb ist die historische Stadt, die des Mittelalters oder die des 19. Jahrhunderts, die kein Argument für sich hat als das ihres bloßen Noch-Vorhanden-Seins, der eminenteste Bezugspunkt gegenwärtiger architektonischer Praxis.

Die einschränkende Bestimmung gegenwärtigen Bauens ist seine prinzipielle Neuartigkeit gegenüber der historischen Baukunst. Gerade deshalb, weil die Potenzen modernen Bauens in völlig neue Richtungen weisen, ist historische Architektur nicht durch eine andere zu ersetzen. Das aus der Historie bezogene Argument, eine jede Epoche habe frei über die historische Substanz einer Stadt verfügt und sich selbst zur Geltung gebracht, erfährt seine Korrektur in der Tatsache, daß zwischen allen Stilen der Vergangenheit prinzipiell eine größere Kohärenz besteht, als zwischen einem Stahlskelettbau von heute und einer neobarocken Phantasmagorie des Jahres 1910. "Historische" Architektur ist in doppeitem Sinne unwiederbringlich.

## IX. "ANPASSENDES" BAUEN IM HEIMATSTIL

Beispiel: Frankenberg an der Eder

Es wäre jedoch eine Verfälschung der Tatsachen, wollte man das Verhältnis zwischen moderner Architektur und Altstadt allein an den technisch und planerisch "fortschrittlichsten" Möglichkeiten heutigen Bauens bemessen. Die modernen Skelettgehäuse in der Nachfolge Mies van der Rohes stellen nur die eine Seite gegenwärtiger Architektur dar. "Container" solcher Art erfüllen vorzugsweise die Großraumbedürfnisse von Kaufhäusern und Bürokonzerne. Der "fortschrittlichste" Stand der Architektur entspricht auch den extremen Gewinnerwartungen und ermöglicht durch die im Skelettbau übliche Addition von Geschoßflächen maximale Ausnutzung des Grundstücks. Als einer dieser Ökonomie adäquaten Architektur ist sie auch adäquater Ausdruck eines Geschichtsbruchs, der mit der Architektur der Altstadt bricht. Daneben aber hat sich eine traditionelle Architektur erhalten, die die historische Schwelle zur Moderne nicht überschreitet, also weder die neue Bautechnik nutzt, noch dem Modernismus des "internationalen Stils" huldigt. Das alte Bauhandwerk, das Backstein auf Backstein setzt und geschreinerte Dachstühle produziert, könnte besonders geeignet sein, in einer nach handwerklicher Produktionsweise geschaffenen Altstadt durch ebenso handwerklich erstellte Neubauten, dem historischen Milieu entsprechend, lokale Identität zu gewährleisten. Die Forderungen nach individueller, nicht normierbarer, der jeweiligen Situation genügender Form hätte eine Chance auf Verwirklichung. Stattdessen aber erweist sich die moderne Handwerksarchitektur als Hort ständigen Mißlingens. Geschaffen von Architekten, die entweder einem verdorrten Heimatstil frönen oder aber einem funktionalistischen Aufputz nachjagen, ist sie zu einer Milieubelastung besonderer Art geworden, vor allen Dingen dann, wenn sie als historisierend anpassende Alibiarchitektur für Abbruchsanie rung herhalten darf. Jedermann kennt die dem Wiederaufbau entstammende Traditionsarchitektur, die durch Giebelchen, Gaupendächer und Sgraffitofachwerk einer neuerbauten Altstadt ein wenig vom verlorenen Flair verl orener Geschichte zurückgeben sollte. Wie sich bald herausstellte, reichten die eingeschmuggelten Modernismen, eine besonders glatte Wandfläche hier oder dort oder ein besonders großes, sprossenloses Fenster, nicht aus, um mit einer unliebsamen Vergangenheit fertig zu werden. Jeder Tür- oder Fensterrahmung, jedem Detail und ganzen Straßenzügen, wie in Hildesheim, Nürnberg oder Lübeck, sieht man an, daß sie keiner anderen Geschichtlichkeit verpflichtet sind, als der jüngst zurückgelassenen, dem Heimatstil der Hitlerzeit. Der kleine Schritt, der über die Nacktheit des ersten sozialen Wohnungsbaus hinausführte, war sogleich ein Schritt zurück in das verdorrte Formelwesen der

Reichsarchitektur. Eine Baukunst, die den Städten ihre zerbombte Geschichte nicht wiedergeben konnte, ist bis heute die einfühlsame Baukunst der Abbruchsanierer geblieben, deren Stolz es ist, neubauend der Tradition ein angebliches Fortbestehen zu sichern.

Die Altstadt Frankenberg's an der Eder, die sich durch ihren mittelalterlichen Gesamtgrundriß und durch ihren historischen Baubestand auszeichnet, ist auch ein Beispiel dafür, wie ein eindrucksvoll geschlossenes Stadtbild durch Neubebauung im historisierenden Heimatstil immer nichtssagender, charakterloser und gleichförmiger zu werden droht. An diesem Vorgang ist besonders lehrreich, daß ein bewußt "anpassendes" Bauen, das in der Absicht der Rücksichtnahme auf die bestehende Altstadt geschieht, am Ende ein langweilig trübes Agglomerat von Alt und Neu übrig läßt.

Die Stadtväter von Frankenberg waren es, die mit dem Bau eines neuen "Stadthauses" im Jahre 1966 die Erneuerung jenes Teils der Altstadt einleiteten, der der eigentliche Anziehungspunkt Frankenberg's - noch - darstellt, des Obermarkts mit seinem alten Rathaus. Dieses bedeutsame Stadtensemble findet seinen Mittelpunkt in den beiden Märkten, dem Ober- und Untermarkt, deren Zentrum das Fachwerkrauthaus bildet, das sich beiden Straßenräumen mit seinen Fassaden zuwendet. Die Pfarrkirche beherrscht von einer Anhöhe herab die optischen Fluchtpunkte der Raumachsen. Doch stünden die Monumente auf verlorenem Posten, wenn nicht eine noch in Teilen erhaltene Fachwerkbauung mittelalterlicher Bürgerhäuser den Zusammenhang des Stadtbildes herstellte und so auch die Bedeutsamkeit des Ganzen anschaulich werden ließe. Das Frankensteiner Fachwerk zeichnet sich aus durch seine in phantasiereicher Backsteintechnik ausgemauerten Gefache; wie am Rathaus selbst kehren an vielen Bürgerhäusern des Ober- und Untermarktes die lebendigen Steinmuster wieder, die in mühseliger Arbeit im Jahre 1936 auf Veranlassung des damaligen Denkmalpflegers unter Putz und Schieferbedeckung wieder hervorgeholt worden waren. Wenn auch dieses mittelalterliche Stadtbild durch Neubauten des 19. Jhs. seine Vollständigkeit verloren hatte, so war doch durch Alter und Zeitfluß eine ungestörte Gesamtheit erhalten geblieben. In dieses Ensemble griffen die Stadtväter durch den Bau des städtischen Bürohauses ein, womit das Startzeichen gegeben war zur Erneuerung der Altstadt. Fünf Jahre später, 1971, verzeichnet der erste Sanierungsbericht 62 Abbrüche allein im Altstadtbereich. Inzwischen sind weitere hinzugekommen. Die historische Bausubstanz schrumpft mehr und mehr auf Traditionsinseln zusammen, und statt ihrer breitet sich die Spießarchitektur der historisierenden Anpassung aus. Wohl weiß man, daß man eine historische Stadt hat, ein Stadtdenkmal! - Gleichzeitig meint man, die Stadt brauche eine Radikalkur, da sie doch kein Museum werden dürfe. So gelangt man zur Radikalkur mit Rücksicht auf Kultur, woraus dann ein städtisches Radikalkur-Kulturdenkmal wird.

Abb. 31

Der erste Schritt war verhältnismäßig harmlos. An die Stelle des noch gut erhaltenen, als baufällig deklarierten Fachwerkhauses neben dem Rathaus trat ein Neubau, das "Stadthaus" (12). Es nimmt in der gesamten Gliederung den Altbau wörtlich auf, begnügt sich mit drei Geschossen und dem Dachaus-

Abb. 30

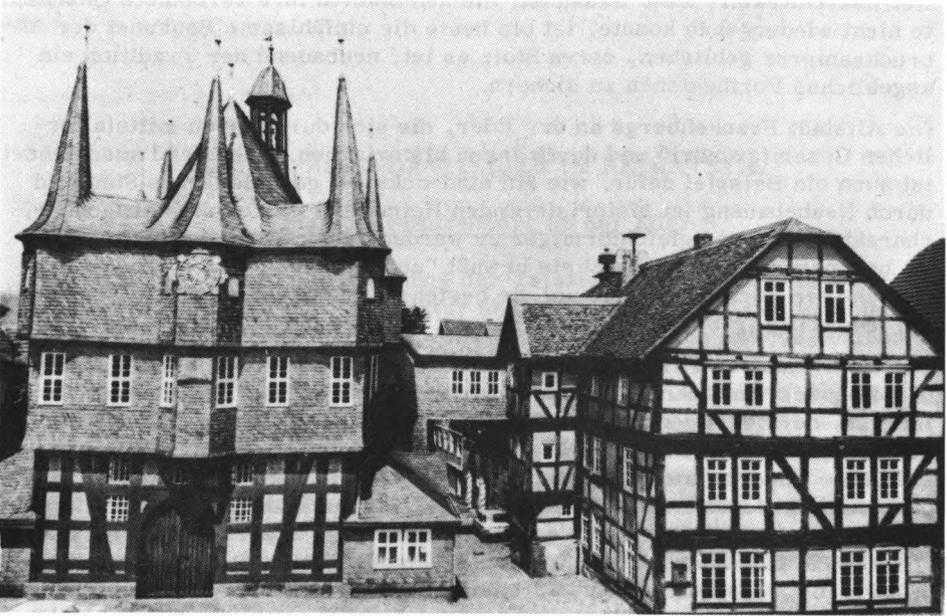


Abb. 30: Frankenberg a. d. Eder. Rathaus



Abb. 31: Frankenberg a. d. Eder. Rathaus mit neuem Stadthaus (12)

bau und wiederholt sogar den Fachwerkrisalit, der verbindlich zum Rathaus hinüberweist. Dennoch hatte sich alles verändert. Die geschieferte Fassade bezieht den Neubau auf ein Haus des 19. Jhs. zur rechten, der im Erdgeschoß modernisierten Volksbank. Mit dieser geht das Stadthaus über einen glatten Verbindungstrakt eine neue Liaison ein. Das betürmte Rathaus indessen ist neben dem nunmehr gewichtig hochgereckten Giebel des Neubaus fast zu einem Spielzeug geworden. Der Unterschied zwischen alter und neuer Giebelhöhe, kaum merklich auf den ersten Blick, schafft das neue Gewicht. Mit der durch die Schieferdeckung bewirkten Orientierung zur Volksbank hin wurde die alte Verbindungsbrücke zum Rathaus aufgegeben; sicherlich war sie nach Zweckmäßigungsüberlegungen überflüssig geworden. Doch gehörte sie zu den städtischen Merkmalen, die in der Erinnerung der Menschen Fuß gefaßt hatten. Die Frankenberger nannten sie witzelnd die "Beamtenlaufbahn" und hatten damit gleichzeitig die Bindung von städtischer Verwaltung und Rat bezeichnet. Mit der Preisgabe solcher vermeintlicher Nebensächlichkeiten gab man ein Stück bedeutungsvollen Randgeschehens, ein Stück bildhaften Charakters der Stadt preis. An Kleinigkeiten dieser Art, die Imagination und Kommentar herausfordern, bindet sich das Vorstellungsbild einer Stadt. Entscheidend waren die Folgen dieses Startzeichens, denn binnen kurzem waren die anschließenden Grundstücke von weiteren Neubauten besetzt: Der dem Stadthaus verbundenen Volksbank folgte die Kreissparkasse auf dem Fuße. Dann die Raiffeisenkasse und schließlich die Leonberger Bausparkasse (12). So stehen sie nebeneinander, Abb. 32  
Abb. 33  
Schaufenster an Schaufenster, ohne daß es dort etwas zu schauen gäbe. An prominenter Stelle sind neben dem städtischen Monument des Rathauses die potenten Geldinstitute in Reih und Glied hinter bescheiden historisch intonierten Fassaden angetreten. Die immer noch erwartungsfreudig anreisenden Touristen können sich an solch innerstädtischer Interessantheit sattsehen. Die Reihe dieser Stadtgeschichte atmenden Neubauensembles schließt ab mit dem delikaten Gegitter eines säuberlichen Fachwerkgiebels, der an die Stelle eines der Baudenkmäler trat, das sich durch seine ornamentalen Backsteingefache auszeichnete.

Unmittelbar gegenüber steht die neue Bäckerei (13), die in Fertigbauteilen erstellt wurde und dennoch, wie das Haus nebenan, ein abgewalmtes Giebelchen erhielt, zum Zeichen dafür, daß die Vergangenheit noch eine Rolle spielt, daß an Frankenbergs Obermarkt alles eine Herkunft hat und alles geschichtsträchtig ist. Wielange aber, so fragt man, wird das Fachwerkhaus nebenan noch stehen? Wielange wird der die historisierende Neubauform rechtfertigende Bezugsgrund noch vorhanden sein? Denn der Sanierungsplan stellt fest, daß das alte Fachwerkhaus von nebenan abbruchreif sei. Wie lange wird überhaupt noch ein einziges architektonisches Kulturgut des Obermarktes bestehen bleiben und die Legitimation dafür bieten, daß sich alles Neubauen an irgend etwas Altem zu orientieren habe? Wird nicht am Ende eine gänzlich neue Stadt übrig bleiben, deren Giebelchen aus unerfindlichen Gründen abgewalmt sind, deren Fassaden miraculös alttümelnd ein delikates Streichholzfachwerk darbieten? - Diese Vermutung wird bestätigt durch die jüngste Wohnblockzeile am Obermarkt, an deren Stelle Abb. 35



Abb. 32: Frankenberg a. d. Eder. Obermarkt (12)



Abb. 33: Frankenberg a. d. Eder. Obermarkt (12)



Abb. 34: Frankenberg a. d. Eder. Obermarkt (13)



Abb. 35: Frankenberg a. d. Eder. Obermarkt (5)

ehemals ein mit reicher barocker Schnitzerei verziertes Fachwerkgehöft stand (5). Heute findet man dort ein Eckhaus, errichtet wohl nach dem Vorbild irgendeiner heimattreuen Jugendherberge von 1938. Bergauf folgt neuerlich Backstein, gemäß der Altstadt in Giebel- und Traufenstellung wechselnd, mit allermodernsten Fensterkreuzen und krallblauen Plastikbrüstungen. Das Prunkstück setzt den gesamten Obermarkt schachmatt.

Und so kehren wir uns von ihm und wenden uns mit steigender Hoffnung dem Untermarkt zu. Dieser scheint fast historisch komplett, wenn auch, das sei zugestanden, ein erstes Haus "saniert" wurde und in einen bemerkenswerten Mutationszustand verfiel (8). Zwischen Historie und sozialem Wohnungsbau hin und her gestikulierend, hält es seinen getreu alten Fachwerkgiebel auf dem daruntergeschmuggelten Hohlblockkörper verbissen fest und behauptet seine Abstammung aus einem früheren Jahrhundert, fragiles Fragment einer Radikalkurkultur! Was aber steht rechts daneben, was bläht sich mit

Abb. 36 dickem Hotelbauch über alle Maßen in den Untermarkt hinein(11) ? Aus wel-



Abb. 36: Frankenberg a. d. Eder. Untermarkt (8)



Abb. 37: Frankenberg a. d. Eder. Untermarkt. Hotel (11)

chem historischem Verweis bezieht dieser Backsteinbachant seine wüsten Proportionen? Das Rathaus, das oberhalb zu seinem Haupte versinkt, kann es nicht gewesen sein. Und die schmalbrüstigen Ängstlinge nebenan haben ebensowenig Beziehungsvolles zu sagen. So wird man auf das Studium der



Abb. 38: Frankenberg a. d. Eder. Untermarkt. Hotel mit Rathaus (11)



Abb. 39: Frankenberg a. d. Eder. Untermarkt. Altes Hotel (11)

Geschichte verwiesen. Was man im existierenden Stadtbild als Proportionsverhältnis nicht wiederfinden kann, erfährt man durch Befragung der Ortskundigen: Jawohl, da stand früher ein genauso großes Haus. In Erinnerung stellt sich die gesuchte Relation her; und wenn die Memorienträger hinweggegangen sind, wird es keinen Zeugen mehr geben, der für solch geistreiche Adaption an das ehemals Vorhandene dem Nachlebenden gegenüber bürgt.

Abb. 39 Ein altes Foto ist letzter Beweis, eindringliche Erklärung für historische Stadtgestalt, die im Neuen weiterzuleben beansprucht. Der Appell, an die Vergangenheit gerichtet, verstummt angesichts der baren Präsenz. Bezüge dieser Art rechtfertigen das Gegenwärtige nicht. - Der Blick auf die Details, auf die scharf gefrästen Fensterrahmen, auf starre Konsolen, die etwas zu tragen haben, enthüllt eine verkümmerte Geschichte, die zu Troosts Zeiten, als Berlin, München und Nürnberg ihre Stigmata des völkischen Klassizismus erhielten, nicht verkümmert waren. Eine historisierende Architektur, die kraftvoll aus der Überlieferung die Speisereste kaut und mit Hilfe von Dekorationsstückchen die allzu nackte Moderne hintergeht, versetzt der wirklichen Geschichte dieser Altstadt einen letzten Tritt.

Nach dem Namen der Architekten zu fahnden, die sich hier ausließen, verbietet die weite Verbreitung dieser Architektur. Die Kritik trifft einige der vielen harmlos Beteiligten, die rechenschaftslos anerkennen, was üblicher Sanierungsmißbrauch ist: Die geschichtlich gewordene Stadt durch Alibigeschichte zu zerstören. Genannt aber muß sein die halbstaatliche Anstalt, die im Namen eines öffentlichen Interesses den Sanierungsplan Frankenberg vorlegte und seitdem (1966) durch Serien von Neubauten entscheidend an der Zerstörung Frankenbergs beteiligt ist, die Hessische Heimstätte Kassel, Nebenstelle Marburg. Doch auch sie kann den Zorn nicht auf sich ziehen, da auch sie eine der vielen Unternehmen ähnlicher Art ist, die die Städte der Bundesrepublik zerstören. Welch hochhüftig plumpe Satteldachmonstrositäten diese Baugesellschaft zu verantworten und welche sie für Frankenberg weiterhin vorgesehen hat, mögen Bilder aus dem Raritätenkabinett des bundesdeutschen Heimatstils illustrieren, - allesamt Bauten, die in keiner Architekturzeitschrift zugelassen sind, jedoch das Panorama der deutschen Städte beherrschen.

Abb. 40

Im Unterschied zur Hungerikonographie der amerikanischen Vororte von St. Louis ist die Adaptionarchitektur von Frankenberg auf Geschichtszerstörung gebaut. Die Stilimitationen der amerikanischen Einfamilienhäuser mit ihren weißen Säulenvorhallen stehen im Niemandsland, mühen sich naiv darum, die Versatzstücke der Geschichte für die Gegenwart zu gewinnen. Das Verlangen nach Gemütswärme und optischer Erlebnisvielfalt verbindet sich mit einem Repräsentationssurrogat, um Tradition und Herkunft in eine geschichtslose Neubaulandschaft zu übertragen. Der deutsche Heimatstil indessen dient als Alibi zur Zerstörung einer vorhandenen historischen Architektur. Sein historisierendes Restvokabular ist Ausweis dafür, mit dem Zugeständnis an Geschichte diese selbst zu vernichten, also mit historisierender Anpassung den Maßstab aller Bezüge, die Altstadt, preisgeben. Der amerikanischen Surrogatgeschichte, die man verachten mag,

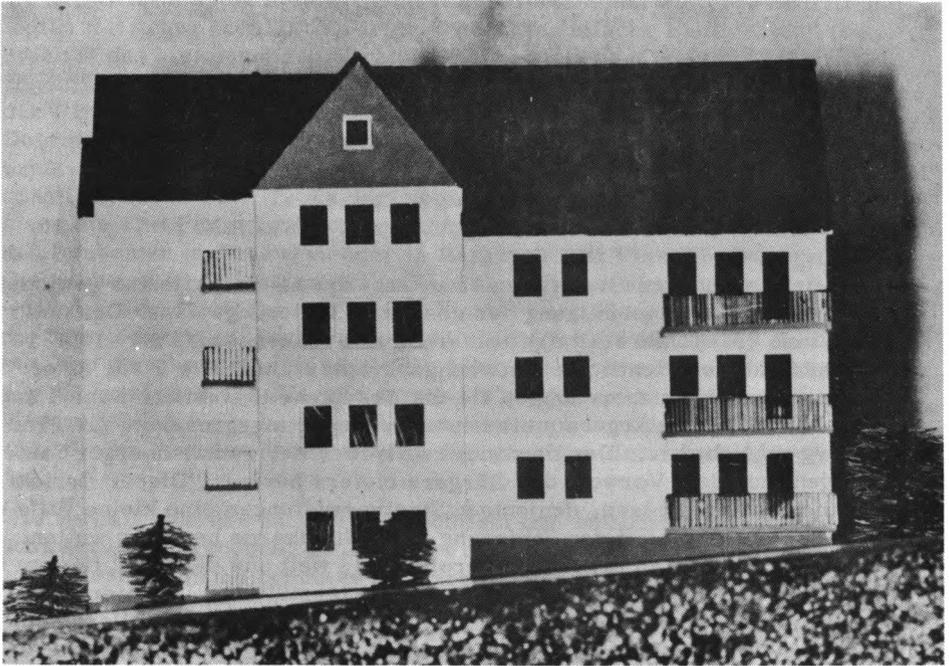


Abb. 40: Frankenberg a. d. Eder.  
Modell für geplanten Neubau der Hessischen Heimstätte

steht die deutsche Alibigeschichte gegenüber, die heuchlerisch wie keine andere vorgibt, ein Kulturwert zu sein, indem sie eine Kultur zu ersetzen vermöchte. Gemessen an diesen Lügen hat die Restaurationsarchitektur Warschaus, der wir gern Geschichtsfälschung vorwerfen, die größere Wahrheit auf ihrer Seite.

## X. DIE ZERSTÖRUNG EINES STADTENSEMBLES:

### DER SANIERUNGSPLAN FRANKENBERGS

Einen umfassenderen Begriff von Frankenberg's Albiarchitektur gewinnt man erst bei Berücksichtigung des gesamten Sanierungsplans. Der unter dem Titel: "Fünf Jahre Altstadtanierung in Frankenberg/Eder (1966-1971)" von der Stadt veröffentlichte Sanierungsbericht enthält alle Pläne einer "vorbereitenden Untersuchung", die die Hessische Heimstätte Kassel ange stellt hat und deren Ergebnis bis heute die Sanierungsgrundlage für Frankenberg geblieben ist. Der besondere Anspruch der Frankenger Sanie rung geht aus dem Vorwort des Bürgermeisters hervor: "Dieser Bericht soll auch dazu beitragen, denjenigen Stadtverwaltungen eine kleine Hilfe zu sein, die erst jetzt mit der Sanierung ihrer Stadtkerne beginnen wollen. Wir fühlen uns hierzu besonders verpflichtet, weil uns das Land Hessen im Rahmen seiner Modellplanungen finanziell unterstützte." Das hier gege bene Beispiel soll uns ein stellvertretendes sein für ähnliche allerorten erarbeiteten Pläne, die die Grundlage und Legitimation für extensive Ab bruchsanierung der Altstädte abgeben, also Primärdokumente der Urba nistik und Humanökologie darstellen, denen höchste Aufmerksamkeit ge führt.

Die Maßstäbe, nach denen Sanierungspläne erstellt werden, sind in der Fachwelt höchst umstritten, während die Ergebnisse den Kommunalpoli tikern und vor allem den Bürgern als wissenschaftlich abgesichert präsen tiert zu werden pflegen. Wenn dem Laien für die Trassenführung einer neuen Straße zumeist aus der eigenen Erfahrung gewonnene Kriterien noch zur Ver fügung stehen, so sieht er sich zur Bewertung von Altbauten weit weniger in der Lage und ist auf das Urteil der Fachleute angewiesen, die eine Ein schätzung zwischen "gut erhalten" und "abbruchreif" vorzunehmen haben.

Abb. 41 Der Sanierungsbereich Frankenberg's besteht aus 703 Gebäuden und Gebäu de teilen, die die Substanz der Altstadt bilden. Berücksichtigt man die her kömmlichen Maßstäbe und - vor allem - Rechtskraft voraussetzenden Mög lichkeiten der staatlichen Denkmalpflege, so beschränkte sich nach dama liger Gesetzgebung der Denkmalschutz auf Einzelbauten, also auf Monu mente wie das mittelalterliche Rathaus (1), die gotische Liebfrauenkirche (2), die Augustinerinnenkirche (3), das mittelalterliche Steinernes Haus (4) und einige Fachwerkhausgruppen im "Traditionsbereich" des Ober- und Un termarktes. Die Sanierungsplaner beschränkten sich auf die ohne Gesetzes stütze arbeitende Denkmalpflege, zeichneten also ihre schwarzen "Schutz areale" in den Frankenger Stadtplan ein und zollten Tribut der festge stellten Kultur. Der gesamte Rest der Stadt aber wurde dem fachmännischen Sanierungsurteil freigegeben.

Tatsächlich taten die hier wirkenden Fachleute einen weiteren Schritt und legten mit schwarzen Balkenlinien "charakteristische Baufluchten" fest, "die für das historische Stadtgefüge von besonderem Wert sind (Schutz-zonen)". Wie sich aber eine solch beschränkt einsichtsvolle Erkenntnis in der Praxis auswirken kann, erweist sich an der "Schutz-zonenflucht" des Obermarktes (5), also an jenen soeben entstandenen Neubauten, deren architektonische Gestaltung alle Auflagen einer solchen "geschützten Flucht" drastisch reflektiert: 1. Es darf abgerissen werden; 2. aber es muß wenigstens die alte Platz- und Straßenflucht eingehalten werden, 3. und es müssen Neubauten in Fachwerk oder in Backstein mit Plastikbrüstungen und Giebelchen à la Anpassungsstil sein. Die Auflagen sind also eingehalten, wenn die Neubauten derart "rücksichtsvoll" das Platzbild respektieren wie die Sparkasse, die Leonberger, die Volksbank, die Bäckerei, das Hotel etc. Auf gleiche Weise werden demnächst die zu erwartenden Neubauten in der "Schutzzone" des Pferdemarktes (7) den "besonderen Wert" des historischen Stadtgefüges berücksichtigen. Die noch bestehenden Bauten des 17. und 18. Jhs. werden den Neubauten des gängigen Heimatstils geopfert werden.

Abb. 41

Abb. 35

Abb. 45

Wie verhält sich der sanierende Architekt den Monumenten gegenüber, die schwarz herausgehoben, sanktioniert und unantastbar scheinen? Ein Beispiel dieses Denkmalschutzes hat bereits unsere Aufmerksamkeit gefunden. Auf dem Untermarkt (8) steht das Giebelfragment, das als bedeutungsvolles Stück Historie ein Glied in der schwarzen Denkmalkette des Untermarktes bildet und mit Erhaltung seines Giebels wohl auch das Stigma seiner Denkmalswürde behalten zu haben scheint. Wie gering ist doch der Aufwand, der zur Einlösung solch traditionsbewußter Schutzansprüche genügt! Bei dieser Gelegenheit schon stellt sich die Frage, wozu Sanierungspläne taugen, wenn auch die minimalen Abbruchbeschränkungen, die in solchen Papieren auf-erlegt sind, einer rigorosen Neubaupraxis anheim gegeben werden.

Abb. 36

Ein Blick auf die nachfolgende Karte enthüllt jedoch die doppelzüngige Argumentation der Sanierungsplaner und entschlüsselt uns die Art, auf welche Weise man einen Abbruch als Denkmalschutzmaßnahme durch Relikterhalt auszuweisen vermag. Der Architekt wird sich auf diesen zweiten Plan berufen und zu seiner Rechtfertigung feststellen, daß eben jene schwarzen Denkmäler im Frankenberger Traditionsbereich nicht nur schützenswert, sondern gleichzeitig auch "schlecht" und "wertlos" sind. Nahezu der gesamte östliche Untermarkt (6) wie auch unser Denkmalsfragment (8), ebenso die Fachwerkhäusergruppe am Obermarkt (9), das Steinerner Haus (4) und das einzeln stehende kleine Bürgerhaus gegenüber der Rathausfront (10) sind insgesamt "schlecht", meist "wertlos", was nach dem fachmännischen Urteil der Sanierer bedeutet: "Nur bedingt modernisierbar bzw. abrißbedürftig" und deutlicher noch: "wertlos" = "Abbruch und Ersatzbau erforderlich"! Endlich kehrt sich das wahre Urteil hervor; wir erfahren, daß alle Baudenkmäler Frankenbergs zwar "schutzwürdig", aber "wertlos" sind, was eben in der Praxis bedeutet, daß der Architekt ein solches Giebelrelikt als Kennzeichen der Schutzwürdigkeit übrig zu lassen hat,

Abb. 42

Abb. 44

Abb. 47

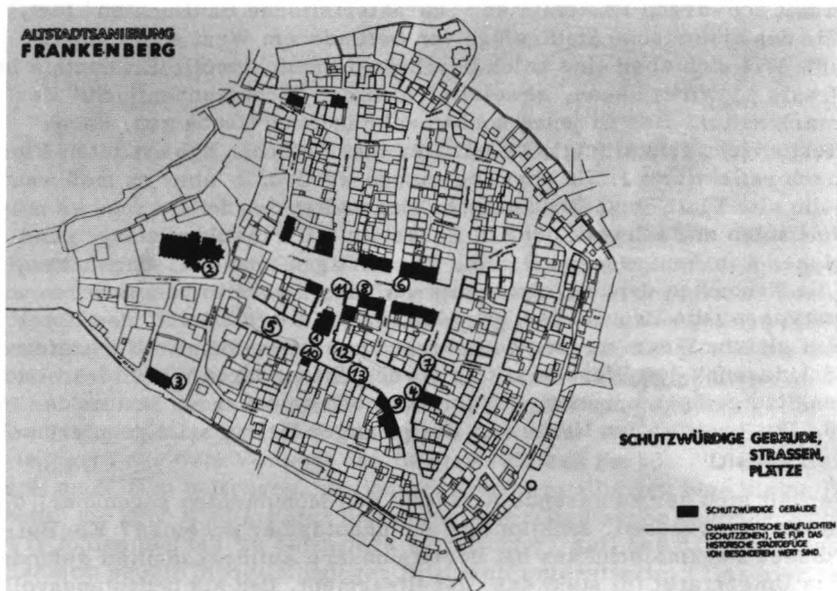


Abb. 41: Frankenberg a. d. Eder. Voruntersuchung zur Sanierung Frankenbergs (1966)



Abb. 42: Frankenberg a. d. Eder. Voruntersuchung zur Sanierung Frankenbergs (1966)



Abb. 43: Frankenberg a. d. Eder. Voruntersuchung zur Sanierung Frankenbergs (1966)

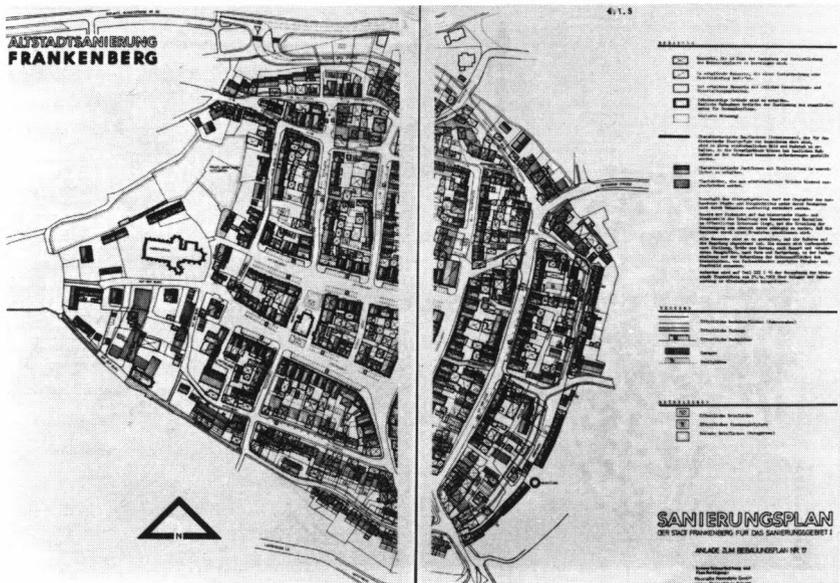


Abb. 44: Frankenberg a. d. Eder. Voruntersuchung zur Sanierung Frankenbergs (1966)

Abb. 43



Abb. 36

Abb. 35

Abb. 45: Frankenberg a. d. Eder.  
Haus am Pferdemarkt (7)

um mit der restlichen Wertlosigkeit besser aufräumen zu können. (Freilich sind die einzigen wahren Denkmäler Frankenbergs, also das Rathaus und die beiden Kirchen von solcher Bewertung ausgenommen, da es sich hier allein um die Feststellung der Wohnqualität handelt.)

So wird der ehrliche Kritiker eine dritte Karte zu Rate ziehen müssen, die die Feststellung des "Baulichen Zustandes" zum Inhalt hat. Aus diesen Angaben erfährt man, daß unser beanstandeter Beispielbau am Untermarkt (8) tatsächlich als "normal" ausgewiesen war, auch die ehemals schöne Fachwerkreihe am Obermarkt (5) war - mit Ausnahme einer alten Scheune - ganz "normal", d. h. "mit wirtschaftlich vertretbaren Mitteln mosernisierbar bzw. instandsetzbar".



Abb. 46: Frankenberg a. d. Eder. Fachwerkhäuser am Obermarkt (9)

Sollten sich am Ende dennoch die Architekten deutlicher entschieden haben und sollte diese Deutlichkeit ganz Frankenberg beschieden sein?

Fassen wir das Resultat dieses Sanierungsleitbildes zusammen. Nach Auffassung der Hessischen Heimstätte sind von 703 Gebäuden und Gebäudeteilen der Frankenberger Altstadt 224 "schlecht" und 109 "wertlos"; insgesamt 330 Einheiten oder 47,5 % werden zum Abriß empfohlen. Nehmen wir, wie sich laut Praxis erwiesen hat, auch die "normalen" Bauten hinzu, 261 oder 37 %, so bleibt für die Hessische Heimstätte, die ihr Können bereits am Beispiel einer Reihe von bemerkenswerten Neubauten erwiesen hat, auch in Zukunft eine Menge zu tun.

Der Sanierungsplan macht deshalb mit der Frankenberger Altstadt kurzen Prozeß. Wenn auch eine Anzahl von Bauten mit einem einfachen Querstrich und somit als "zu erhaltende Bauwerke" gekennzeichnet werden, so überwiegt die Zahl der durchkreuzten Bauten bei weitem. Das gesamte Altstadtareal ist überzogen von Kreuzen: "Bauwerke, die im Zuge zur Verwirklichung des Bebauungsplans zu beseitigen sind." Bedenkt man, daß darüberhinaus eine große Anzahl von "zu erhaltenden Bauwerken, die einer Modernisierung bedürfen" (mit einfachem Querstrich versehen) schon heute verschwunden sind, so hätte die Hessische Heimstätte ebenso gut das gesamte Frankenberg durchkreuzen können. Der Bebauungsplan Nr. 17 vom 19. 1. 1965 ließ in der Tat insgesamt nicht mehr als zehn (!) erhaltenswerte Gebäude übrig, womit sich die wahre Absicht unverbrämt zu erkennen gab.

Wie sehr die Hessische Heimstätte ein Interesse daran haben mußte, ihre eigene Voruntersuchung des Sanierungsareals in eine Empfehlung zum Fast-Totalabbruch der Altstadt münden zu lassen, beweist nach Jahr und Tag die Tatsache, daß sie selbst als Bauunternehmen in großem Maßstabe in Frankenberg auftritt. In der Bundesrepublik ist es üblich, daß Sanierungspläne von Bauunternehmen erstellt werden. Auf diese Weise werden folgenreiche Gutachten, die auf Jahrzehnte hin die Planung der Städte ausschlaggebend bestimmen, zu Dokumenten bauspekulativer Interessenpolitik. Ausge-



Abb. 47: Frankenberg a. d. Eder.  
"Steinernes Haus" (4)

Abb. 44

stattet mit dem Flair fachmännischer Objektivität und mit dem Plazet der Stadtparlamente, dienen sie zur Legitimation der Stadtzerstörung. Der Frankenberger Sanierungsbericht zeichnet sich indessen durch das Spezifikum aus, ungewöhnlich naiv offenzulegen, was anderswo verschlüsselt und Chiffre bleibt. Damit ist er ein allgemeinverständliches Paradebeispiel für das Ausmaß an Manipulation, das sich der Sanierungsträger mit Hilfe seiner Sanierungspläne erlauben darf.

## XI. OHNMACHT UND VERSAGEN DER STAATLICHEN DENKMALPFLEGE

### Beispiel: Göttingen

Wo die Architekten, Bauunternehmen, Planer, Privateigentümer und Kommunalpolitiker versagen und die Altstadt zum Abbruchareal degradieren, ruht alle Hoffnung auf der Kompetenz einer Behörde, die der Staat selbst zum Schutze der Denkmäler gegen Privatinteressen und auch gegen seine eigenen staatlichen und kommunalen Instanzen ins Leben gerufen hat, den Landesdenkmalämtern. Angesichts der geballten Interessen und Machtmittel der Bodenspekulation wäre zu erwarten, daß die Denkmalschutzämter zum Ausgleich der Interessengegensätze mächtige Behörden sind, denen ein greifendes Gesetzesinstrumentarium, hohe Etats und eine angemessene Zahl von Personalstellen zur Verfügung stünden. Bekanntlich ist das Gegenteil der Fall. Die Denkmalämter sind Relikte aus einer beschaulichen Zeit, eingerichtet dazu, um in einer Art philanthropisch-kulturner Randaktivität Denkmäler zu "pflegen", nicht aber um die aktuelle Aufgabe wahrzunehmen, einen kulturellen Umweltschutz zu realisieren, also den Anforderungen einer Humanökologie gerecht zu werden. Die Landeskonservatoren werden häufig noch als eine Art Kultursektierer angesehen, die predigend umherziehen, um einer von harter Realität geprägten Menschheit Choräle über eine bessere Welt vorzusingen. Oft ohne eine solche Gesetzesgrundlage arbeitend, überstrapaziert von tausenderlei akuten Fällen, und manchmal auch unfähig, den neuen Problemen adäquat zu begegnen, geraten die mit dem Denkmalschutz betrauten Beamten häufig in das Schlepptau der Mächtigen, der Planer und Politiker, denen sie für große Gegengaben mehr oder weniger beträchtliche Zugeständnisse abhandeln. Nach dem Motto: Du darfst dein Denkmal behalten, wenn Du mir dafür einen Stadtteil zum Abbruch freigibst!

Ein Prädigma für Resignation und Versagen ist das Einzelgutachten des niedersächsischen Landeskonservators zum Planungsleitbild der Stadt Göttingen (1970). Der Auftrag, den andersgerichteten Zielen des Göttinger Stadtplaners ein Korrektiv entgegenzusetzen, wurde umgemünzt in ein Bestätigungsmanöver, das den Abbruchsanierern den Weg freigibt, die bedeutendsten Ensemble der Altstadt zu vernichten. Dieser Zerstörungsprozeß ist inzwischen weit fortgeschritten.

Schon die in den wenigen Worten der gutachterlichen Stellungnahme angestellten Überlegungen kommen einer Preisgabe der Altstadt gleich und zeugen von einem überholten Denkmalbegriff: "Göttingens Altstadt bietet ein uneinheitliches Bild. Die historische Bausubstanz und der Altstadtcharakter sind durchbrochen, zeitlich und formal, durch sehr verschiedenartige Einzelbau-

ten (des 19. u. 20. Jhs. ...)". In der Tat haben die Nachkriegsbauten der Städtischen Sparkasse, der Kreissparkasse und einiger Kaufhäuser das einheitliche Bild und den Altstadtcharakter fragmentiert. Diese jedoch in ihrem Erscheinungsbild auf die gleiche Stufe zu stellen mit Bauten des 19. Jhs., die einen großen Teil der Bausubstanz der Altstadt ausmachen, bedeutet, sie gegenüber einer als "historisch" altertümelnd auratisierten Altbebauung des 16., 17. und 18. Jhs. als Störfaktoren zu deklarieren (vgl. hingegen Kap. VIII), also die Göttinger Architektur des 19. Jhs. nicht nur selbst als wertlos preiszugeben, sondern in einer solchermaßen bereits "gestörten" Stadt weitere Störung nicht als problematisch anzusehen, da ja das "Bild" ohnedies ein schon "uneinheitliches" sei. So resümiert der Landeskonservator abschließend seine Empfehlungen: "Der einstige historische Charakter der Altstadt ist bereits vielfach gestört. Es stellt sich die grundsätzliche Alternative, in welchem Umfang die Göttinger Altstadt erneuert und wo ihr überliefertes Altstadtbild bewahrt werden kann." Um die gestörte und weiterhin zu störende Einheitlichkeit des Bildes wieder herzustellen, "könnte weitgehend von der verbindenden Funktion der Farbe im Straßenbild Gebrauch gemacht werden, wenn auch zurückhaltender als bei den historischen Bauten. Sie sollte vorsichtig überleiten zu den modernen Großbauten und auf die auf Materialsicht abgestimmten Gebäude. Ich verspreche mir hierdurch bei aller Verschiedenheit der Gegebenheiten wieder eine städtebaulich ästhetische Einheit, in der sich alt und neu durchdringen, sich aber auch gegenseitig steigern könnten und die Stadtgeschichte doch weiter ablesbar bliebe" (Göttingen, Planung und Aufbau, Heft 8, S. 70). Mit Farbe aber, so bleibt zu konstatieren, ist der Zusammenhang einer gestörten Stadtgestalt kaum wieder herzustellen.

Wie aber sieht nun das denkmalpflegerische Leitbild für die Stadt Göttingen aus und welche Konsequenzen ergeben sich daraus im einzelnen? Auch in diesem Fall empfiehlt sich die Autopsie; hier bleibt nur der etwas mühsame fotografisch illustrierte Waffengang durch Göttingens Straßen:

- Abb. 48 Wir haben vor uns einen Plan der Altstadt, den der Landeskonservator an verschiedenen Stellen mit einer Schrägschraffur versah. Schraffur bedeutet "Traditionsbereich" = schutzwürdig. In allen anderen Arealen, denen dieses Linienstakkato nicht zuteil wurde, ist seitens der Denkmalpflege keinerlei Einspruch bei Flächensanierung zu erwarten. So also wird man aufgefördert, die unschraffierte Bebauung aufzusuchen, um sich von ihrer Wertlosigkeit zu vergewissern. Wir bewegen uns auf der altstädtischen Hauptachse, der Weender Straße, die an ihrem Ende in scharfem Winkel in die Groner Straße abknickt, stadteinwärts hin zum Zentrum, dem Markt. Unmittelbar hinter der alten Wallanlage beginnt die Stadt, das "Weender Tor"
- Abb. 49 (1). Der Anfang der Weender Straße hat auch heute noch baulich seine Eingangssituation bewahrt durch zwei Kopfbauten, der spätklassizistischen
- Abb.50/51 Apotheke und dem gegenüber liegendem Dürerhaus der Zeit um 1800. Sogleich wird klar, daß jeder einzelne dieser Bauten nicht besonders bemerkenswert ist, daß sie als Ensemble jedoch höchst bedeutsam sind, da
- Abb. 49 mit ihnen das bauliche Konzentrat der Stadt einen Anfangsakzent gewinnt,



Abb. 48: Göttingen. Plan der Altstadt mit eingetragenen Erhaltungszonen (Schraffur). Vorschlag des niedersächsischen Landeskonservators



Abb. 49: Göttingen. Weender Tor (1)

der in starkem Kontrast zum Draußen, zur Streubebauung der Vorstadt steht. Sie schaffen eine neue Einstellung, ziehen den Blick auf sich und machen den Eintritt in die Stadt, in die dichte Randbebauung der Weender Straße, zu einem kleinen Auftakterlebnis. Das gilt auch für die Reihe der nachfolgenden Häuserfronten des 18. und 19. Jhs. Aber man sucht vergeblich nach der denkmalpflegerischen Schraffur. Zu Beginn des Jahres 1975 sind die Folgen dieses Verzichts sichtbar. Die untere Weender Straße steht Abb. 52 auf Abbruch. An den Fassaden der Häuser liest man die melancholischen



Abb. 50: Göttingen. Weender Tor, Dürerhaus

Trotzlogans der Bürgerinitiativen. Was auch vermag dieses altstädtische Straßenfragment, das den Ankommenden nach Göttingen hineinführt, auszurichten gegen die hochehobenen Häupter jener Neubauriesen, die bereits die untere Weender Straße von der Innenstadt abschneiden und eine Art von



Abb. 51: Göttingen. Weender Tor, Apotheke

rückwirkender Kraft entfalten, die armen Kästchen antizipatorisch förmlich von der Straßenflucht fortwischen: Auf der einen Seite ist es das neue Kaufhaus Hertie, auf der anderen Seite die IDUNA-Versicherung, Architekturmodernismen von Rang: Hertie introvertiert mit einer 45 m langen Nichtsfassade, einer leeren, endlos platten Wand, die zu einem Schrei der baren Funktionsgläubigkeit wird. Wenn schon ein Kaufhaus sich zu Neonlicht entscheidet, also das letzte "Ornament", die Fensteröffnungen, verschwinden läßt, warum sollte dann der Kasten nicht Kasten sein und mit irgendwelchen Mätzchen einer Gliederung von der Konsequenz dieser Zweckmäßigkeit ablenken? Vor einigen Jahren noch stand hier der einzig barocke Monumentalbau der Stadt, Gründungsbau der Universität, die Reithalle

Abb. 53

Abb. 54



Abb. 52: Göttingen. Slogan der Bürgerinitiativen



Abb. 53: Göttingen. Kaufhaus Hertie (2)



Abb. 54: Göttingen. Neubau der IDUNA

von 1736 mit ihren Skulpturenportal (2); sie stand hier mit der Versicherung, eingetragenes Baudenkmal zu sein, von Georg II. von England und Hannover erbaut, Zeuge und Anfang einer ruhmreichen Universitätstradition. Aber sie stand ausgerechnet auf dem Platz eines mit Inbrunst verfochtenen neuen Rathausbaus, aus dem zunächst kleinlaut ein Parkplatz und schließlich offenherzig das Kaufhaus Hertie wurde. Mit dem Abbruch 1967 begann die Altstadtanierung Göttingens, begann der erste Bürgerprotest. Das Denkmalamt hätte seine Schraffur 1970 nur noch auf die leere Fläche eines Parkplatzes legen können. Ohnedies steht nebenan schon die marmorne Sparkasse und gegenüber die IDUNA, woraus sich erklärt, daß es hier wohl zu einer Konzentration des neuen Göttingens kommt.

Abb. 55

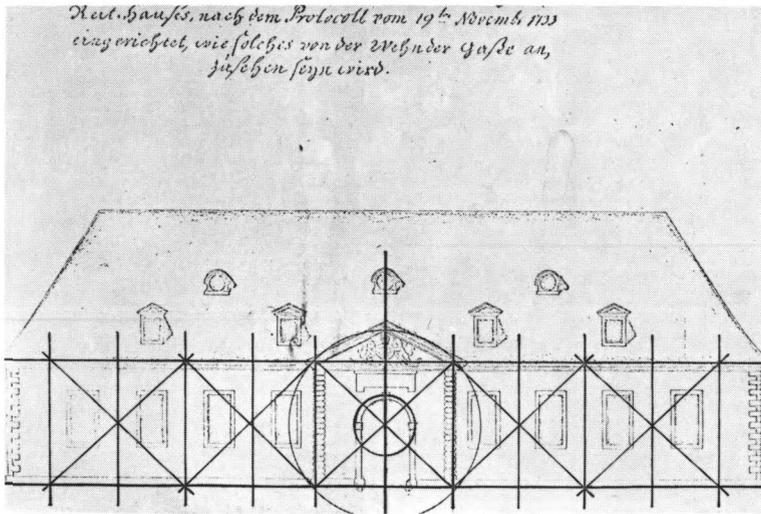


Abb. 55: Göttingen. Alte Reithalle (1967 abgebrochen) Proportionsplan

Geben wir also diesen Stadtbereich ohne länger mit der Wimper zu zucken den Großraumcontainern preis und gehen wir, an kurzer Schraffur vorüber, dem Markt entgegen. Hier nun erwarten wir die Traditionsinsel, das Altstadtzentrum mit gotischem Rathaus und St. Johannis, doch wohl auch, wie die Satzung über Baugestaltung empfiehlt, ein erhaltenswertes Marktensemble mit seinen alten Bürgerhäusern. Doch rings um St. Johannis und rings um das Rathaus kaum eine Schraffur! (3) Ungeschützt der gesamte Mittelteil der Weender Straße bis hin zum Marktplatz, bis hin zur Ecke eines barocken Fachwerkhäuses (4), das sich vom Marktbrunnen her als Anfang einer nicht zustande gekommenen Randbebauung ausnimmt, die ehemals über die gesamte Flanke des Marktplatzes sich hinziehen sollte, jedoch als piktoreskes Fragment stehenblieb und aus der Schrägsicht erst seine besondere Qualität des Überleitens erweist. Von der vierstöckigen Bebauung der Weender Straße führt dieser Bau wie ein Gelenk über sein abgestaffeltes Dach um die Ecke herum zur Marktplatzflucht herab, ja bis zum

Abb. 56

Abb. 57



Abb. 56: Göttingen. Marktplatz mit Turm der Jacobikirche (3)



Abb. 57: Göttingen. Marktplatz mit barockem Fachwerkbau und Rathaus (4)

Rathaus hinüber. Das bauliche Gesamtgefüge, im Laufe von Jahrhunderten entstanden, gehört zum Milieu des Marktplatzes wie das Rathaus selbst. Sollte die den Platz rahmende Häuserzeile zerstört werden, so wird Göttingen sein Zentrum, wird das Prägezeichen und Signum der ganzen Stadt verlieren, ohne daß von Seiten der Denkmalpflege Einspruch zu erwarten wäre. Stattdessen hat sie sich für die dem Rathaus gegenüber liegende Seite, der Flucht der Weender Straße stark gemacht (5). Immerhin, so wird man sagen, dort steht altes Fachwerk und das Kaufhaus Kepa, vor allem das Mo-Abb. 58 nument der Kreissparkasse aus der Nachkriegswiederaufbauzeit, das eine schützende Hand auf sich liegen fühlt. Man glaubt es kaum, die Denkmalpflege hat diese Neubauten unter Schutz gestellt.



Abb. 58: Göttingen, Marktplatz mit Neubauten (5)

Zuletzt gelangen wir in das unschraffierte Areal hinter der Stadtkirche, in das Johannis-Viertel, altstädtisches Herz Göttingens (6). In der Paulinerstraße trifft man auf die ältesten erhaltenen Bürgerhäuser, eines davon aus dem Jahre 1497: frei zum Abbruch (7)! Und ebenso die Zeile von gut erhaltenen Fachwerkbauten des 18. Jhs.: frei zum Abbruch (8)! An der Ecke zwischen Papendiek und Johannesstraße steht das "Haus zum Ritter", im frühen 16. Jahrhundert errichtet (9). Es ist eines der besterhaltenen und schönsten Bürgerhäuser der Stadt, wurde jedoch nicht in die Bausatzung aufgenommen und steht ungeschützt zum Abbruch frei.

Abb. 59

Abb. 60

Abb. 61

Kein Zweifel: der Denkmalschutz wird Rathaus und St. Johannis schützen. Sie werden als ansehnliche Monumente historische Mahn- und Memorialmale sein und künden von einer Stadt, die aus unerfindlichen Gründen noch immer Göttingen heißen wird.

Nach diesem Rundgang sei uns die Frage erlaubt, wessen Amt das Denkmal-



Abb. 59: Göttingen. Paulinerstraße (8)

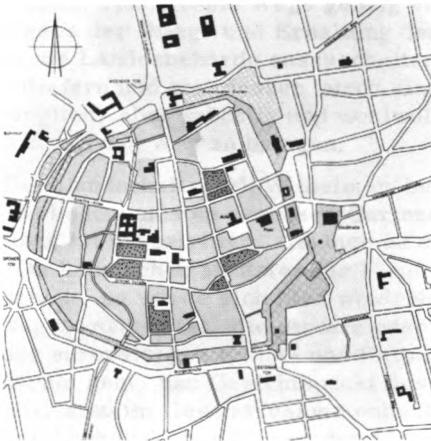


Abb. 60: Göttingen. Paulinerstraße, Alte Fachwerkhäuser (7)

amt ausübte und wessen Arbeit es tat. Sollte nicht das Denkmalamt Korrektiv des städtischen Bauamtes sein, sollte es nicht nötigenfalls dem glatten Verkehrsfluß und der Monofunktionalisierung der Innenstadt Gegengründe in den Weg legen? Oder sollte es, um des glatten Flusses willen, nur noch schraffieren, wo schon Neubauten stehen?



Abb. 61: Göttingen. "Haus zum Ritter" (9).



#### Wohndichte

14 990 Einwohner (weiß: unter 200 Einwohner/Hektar; grau: 200 bis 400 Einwohner/Hektar; gepunktet: über 400 Einwohner/Hektar).

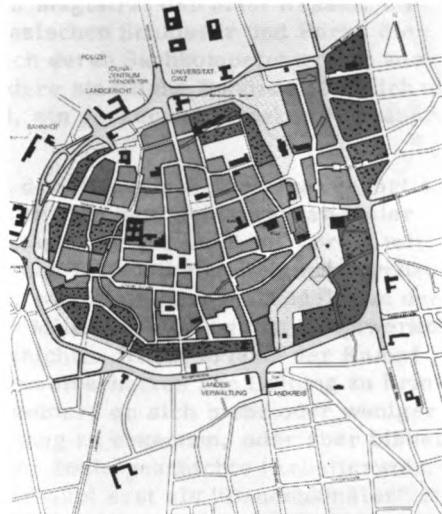


ABB. 1: FLACHENNUTZUNG

WEIßGESET  
GRAU  
GEPUKNET

Abb. 62: Göttingen. Planungsleitbild

Abb. 62 Dem Planungsleitbild der Göttinger Bauverwaltung entnehmen wir, daß das Johannis-Viertel und sein Nachbarblock zu den wenigen innerstädtischen Arealen mit der höchsten Wohndichte von über 400 Einwohnern pro Hektar zählt (A u. B). Wir entnehmen dem Leitbild ferner, daß eben dieses Areal zum "verdichteten Kerngebiet" auserkoren ist, das im Gegensatz zum "Wohngebiet" "vorwiegend der Unterbringung von Handelsbetrieben sowie der zentralen Einrichtungen, der Wirtschaft und der Verwaltung" (S. 48) dienen soll. Man nennt dies "Umwiedmung" und fragt sich, was die Stadt mit der Wohnbevölkerung zu tun beabsichtigt. Schließlich verrät ein geplantes Parkhaus im Johannis-Viertel als Stadtvorposten des ruhenden Verkehrs die künftige Funktion dieses Wohngebietes im neuen Flächennutzungs-Plan der Altstadt, womit denn auch nach Maßgabe dieses Flächennutzungs-Plans der Denkmal- und Ensemblewert dieses denkwürdigen Viertels entschlüsselt und festgestellt wäre; denn welche Kriterien sollten es sein, die das Johannis-Viertel denkmalpflegerisch gänzlich disqualifizieren, wenn es nicht die Kriterien eines Flächennutzungs-Planes sind, der die Stadt umkrepeln wird und das sogenannte "Altstadtchaos" kurzerhand aus der Stadt entfernt? Im Schlepp der Planer verliert das doppelt schwache, durch Kompetenzmangel und Anpasserei lädierte Amt der Denkmalpflege seine letzte Kompetenz: aus der Verantwortlichkeit eigener Kriterien gegen das angebliche Primat einer stadtzerstörenden Stadtplanung möglicherweise zu widersprechenden Ergebnissen zu gelangen, die sich nicht einfach als Schraf-furplan einem Planungsleitbild ergänzend anhängen lassen.

## XII. ZERSTÖRUNG VON HAUPTMONUMENTEN DER KUNST- UND KULTURGESCHICHTE

### Beispiel: Kassel-Wilhelmshöhe

Gelingt es nicht, wie in Göttingen, das staatliche Denkmalamt den Interessen der Neubauplanung hörig zu machen, so gibt es den anderen Weg, die staatliche Aufsichtsbehörde schlicht zu ignorieren, sie - wenn möglich - auszuschalten, indem man sich einer fachlich zwar inkompetenten, jedoch einer mächtigeren Behörde anvertraut.

Der Magistrat der Stadt Kassel beschloß, in das Waldgelände von Wilhelmshöhe einen Hotelbau zu setzen. Die hier in erster Linie zuständige "Verwaltung der staatlichen Schlösser und Gärten" wurde von diesem Plan erst gar nicht benachrichtigt. Stattdessen wurde der hessische Minister für Finanzen tätig, dessen Staatsbauamt die Wünsche "der" Stadt Kassel aufnahm und unter Umgehung nicht allein der Schlösserverwaltung, sondern auch des zuständigen Ressorts des hessischen Kultusministers einen Bauplan ausarbeitete. Auf diesem Wege gelang es dem Magistrat der Stadt Kassel, die eigens der Pflege und Erhaltung der hessischen Schlösser und Parks dienende Landesbehörde auszuschalten, sich deren Sachkompetenz nicht auszuliefern und stattdessen durch eine andere staatliche Behörde, fachlich untauglich, aber mächtig und wohlwollend, ein geradezu groteskes Neubauprojekt auf den Weg zu bringen.

Der Landschaftspark Wilhelmshöhe mit dem Herkulus-Monument gehört zu Abb. 63 den bedeutendsten barocken Gartenanlagen Europas; sein internationaler Rang ist unbestritten. Gelänge es dem Magistrat der Stadt im Verein mit dem hessischen Minister für Finanzen, den favorisierten Bauplan durchzusetzen, so würde sich hier wiederholen, was in der Bundesrepublik an der Tagesordnung ist, die direkte oder aber Milieuzerstörung von Hauptwerken der europäischen Kunst- und Kulturgeschichte. Während noch der Kampf darum geht, den Gesichtspunkt des Ensembleschutzes zur Geltung zu bringen, also im Gesamtzusammenhang einzelner, an sich mehr oder weniger durchschnittlicher Bauten den höheren Rang zu erkennen, oder aber bisher vom Denkmalschutz ignorierte Bauten der Sozialgeschichte (Arbeiterwohnbau etc.) und der Technikgeschichte überhaupt erst als "Baudenkmäler" zu entdecken, gehört es weiterhin zum Alltag, daß allseits anerkannte, nach hergebrachter Wertung mit der Aura einer höheren Ästhetik bedachten Meisterschöpfungen, auf denen unser traditionelles Kulturverständnis aufgebaut, der Vernichtung preisgegeben werden. Die Schlagkraft der Bodenspekulation und der sanierenden Umweltzerstörung tritt dann mit besonderer



Abb. 63: Kassel-Wilhelmshöhe

Vehemenz hervor, wenn sich die Profitgier sogar über die Monumente unseres kulturellen Rückgrats hermacht.

So wurde das Braunschweiger Schloß planiert, Parallele zur volksdemokratischen Zerstörung des Berliner Schlosses. Die hierfür Verantwortlichen sahen in dem Barockmonument Schlüters nur allzu wörtlich nichts als ein bares Dokument einer Feudalgeschichte. Was in Berlin Bildersturm am falschen Objekt war, Ausdruck nicht von Ideologie, sondern von Idiosynkrasie, war in Braunschweig ökonomische Zweckrechnung.

Die typische Form des bodenspekulierenden Zweckrationalismus besteht darin, das sanktionierte Kulturdenkmal zwar unangetastet zu lassen, ihm jedoch die Luft abzuschneiden und den zum Monument gehörenden Wirkungsraum, die Bodenfläche drumherum, profitablen Zwecken zuzuführen. Ehre, dem Ehre gebührt, aber nur so viel, daß das verehrte Objekt sachlich nicht zu Schaden kommt, während man ihm - sich durch Erhaltung rechtfertigend - bis auf die Haut mit Neubauten auf den Leib rückt und es förmlich stranguliert oder aber der Lächerlichkeit des Ehrwürdigen überführt. Die Aristokraten selbst haben den Sinn für stets beanspruchte Würde verloren und geben den Schloßpark des Schlosses Erbach mitsamt der Orangerie in die Hände von Baulöwen. Das Schloß Ludwigsburg ist neuerdings zur Randkulisse einer vielspurigen Stadtautobahn geworden, abgeschnitten von der Stadt, die zu ihm gehörte, wie Versailles zum Versailler Schloß. Das Kloster Weingarten hat seine umliegenden Wirtschaftsgebäude verloren; stattdessen wird es gläsern-stählerne Glasboxen als neue Sterillandschaft täglich um sich haben. So steht der barocke Musterbau als Ästhetikum isoliert wie in einer Museumsvitrine, von allen nichtsanktionierten Denkmälern, den Stallungen, Gehöften etc. befreit, also von seinem historischen Kontext purgiert. Nicht anders das Schloß Benrath oder das Haus Freudenberg von Muthesius in Berlin, das zum erbärmlich erniedrigten Mittelpunkt - nach allen Seiten wahrhaft aussichtslos - einer umgebenden Hochbebauung wurde. Die Beispiele sind Legion, und Kassel-Wilhelmshöhe wird bald zu ihnen gehören. Denn was sich anderswo machen ließ, wird zur Gewohnheit und zum Rezept. Erhaltet das Denkmal und nutzt seinen Existenzraum für profitablere Zwecke! In Kassel aber überschlägt sich der Disput, und man findet Argumente, die niemandem je eingefallen sind. Die "Attraktion" der Stadt, das weithin sichtbare und allen als Signum der Stadt gegenwärtige Monument des Herkules soll attraktiv gemacht werden. Als läge der starke Mann dort oben auf Wilhelmshöhe bereits flach auf dem Boden und als könne man mit dem ganzen Park und seinem Schloß absolut nichts anfangen, so muß nun ein Aussichtshotel Attraktion heranziehen. Es ist, als wolle man neben den Türmen des Kölner Doms einen Fernsehturm errichten, damit die Domtürme attraktiv werden. Keiner sieht sie, keiner erinnert sich ihrer, niemand weiß, wo der Kölner Dom oder Kassels Herkules zu finden wären.

Deshalb hält es der Magistrat Kassel für erforderlich, daß neben dem Aussichtsoktogon von Wilhelmshöhe ein zusätzlicher Erlebnisgewinn erreichbar wird, ein in der Sonne gleißender Aussichtsglaskasten, in dem man Kaffee Abb. 64

trinken und Kuchen essen kann; ein eleganter, modernistischer Skelettbau oder ein modisch brutalistischer Betonbau oder gar - wer weiß es - ein historisierender, an den barocken Herkules und an Waldnatur angepaßter Adaptionbau wird es sein, den man selbstverständlich überhaupt nicht sieht, der eigentlich gar nicht da ist, der, von Bäumen umgrünt, Aussicht bieten und dennoch nicht gesehen werden soll. Welch ein Konzept!

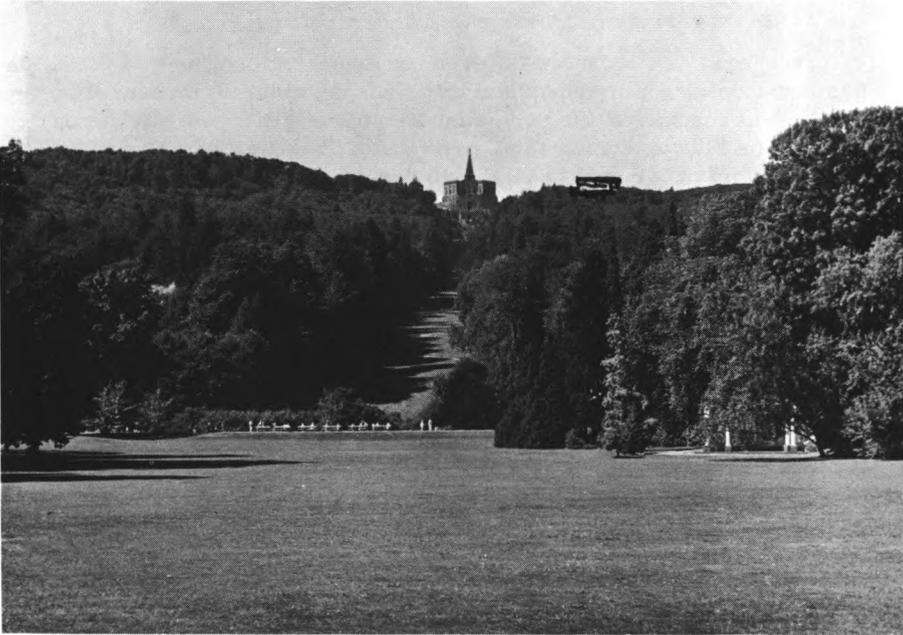


Abb. 64: Kassel-Wilhelmshöhe mit geplantem Aussichtsrestaurant

Um eine solche Zukunft des Kasseler Herkules abzuwenden, schalteten sich warnend eine Reihe von Sachverständigen ein und versuchten, dem handelnd Nicht-Zuständigen, dem hessischen Minister der Finanzen, auszureden, was man, so war noch zu hoffen, vielleicht dem Kultusminister hätte ausreden können. Die Stadt ihrerseits verwarf alle Kompromißangebote; im Vollbesitz der Planungshoheit, hält sie an der Lagebestimmung fest und weist alle anderen Positionen des neugeplanten Bauwerks, etwa an einer dem Herkules entfernterer Stelle, als unzumutbar aus.

Das Präsidium der "Deutschen Gesellschaft für Gartenkunst und Landschaftspflege" in Karlsruhe richtete am 17. 10. 1973 ein Schreiben an den hessischen Finanzminister Harrybert Reitz: "Es soll seitens des Landes Hessen die Absicht bestehen, am Herkules eine größere Gaststätte zu errichten, deren Front sich der Stadt Kassel zuwendet; die sich möglicherweise sogar dem Riesenbauwerk verbindet.

Wegen der Konkurrenz eines derartigen Gebäudes in dieser Stellung mit dem Herkulesbauwerk befürchten unsere Mitglieder eine empfindliche und nicht wieder gutzumachende Beeinträchtigung eines der großartigsten Werke des europäischen Barock. Da die UNESCO das Jahr 1975 zum Jahr des Architekturdenkmals erklärt hat, innerhalb dessen natürlich Bauwerken wie dem Herkules und der Wilhelmshöhe insgesamt ein erhöhtes internationales Interesse gewidmet wird, wurde ein konkurrierender Gaststättenbau von aller Welt gesehen und mit Sicherheit als unverständlicher Mißgriff schärfstens verurteilt werden. Die Besorgnis unserer Mitglieder veranlaßt das Präsidium der DGGL zu der Frage, ob ein derartiges Vorhaben tatsächlich vom Land Hessen ins Auge gefaßt ist. Weil bei weiterer Ungewißheit voraussichtlich in nächster Zeit mit Anfragen und Mißfallenskundgebungen aus aller Welt gerechnet werden müßte, wird um baldige Beantwortung gebeten. "

Der hessische Finanzminister zerstreute die Bedenken. Als die Gerüchte nicht verstummten, machte am 7. März 1974 der Kreisbeauftragte für Naturschutz und Landschaftspflege im Kreise Kassel/Stadt seine gutachterlichen Einwände gegenüber dem Kasseler Dezernenten für Bauwesen und Stadtentwicklung geltend:

"Dem neuen Vorschlag für den Bau des Restaurants am Herkules auf einem Standplatz näher am Osthang mit einem fast bis an die Hangoberkante vorgeschobenen Café-Pavillon in weitgehend verglaster Bauweise, über dessen Verfasser und Planer bisher eine für mich nicht recht verständliche Anonymität bewahrt wird, kann ich mich als Beauftragter für Naturschutz und Landschaftspflege trotz wahrhaft wohlwollender Prüfung ... zu meinem Bedauern nicht anschließen, weil zu viele Unbekannte in diesem Projekt enthalten sind.

... Der Wunsch, auch noch von einem Restaurant am Herkules oder den dazugehörigen Terrassen einen freien Blick nach Osten in das Kasseler Becken zu haben, ist nicht neu. Ein Vorschlag zur Schaffung eines Ausichtsrestaurants neben dem Herkules, vor ungefähr 20 Jahren von einem Mitarbeiter der Oberfinanzdirektion in Wiesbaden entwickelt, hat ebenfalls harte Diskussionen hervorgerufen, die schließlich zur Ablehnung geführt haben, weil allgemein die Meinung vertreten wurde, daß neben dem grandiosen Blick von den Herkulesterrassen keine Konkurrenz geschaffen werden sollte, vor allem aber neben dem Herkules keinesfalls ein Bauwerk entstehen dürfe, das im Hangprofil auch nur andeutungsweise in Erscheinung tritt ... Bei der Erläuterung des Projektes wird immer wieder betont, daß vor der verglasten Vitrine des Café-Restaurants, bei der nebenbei bemerkt auch noch die sehr unschöne Erscheinung von Lichtspiegelungen zu befürchten ist, insbesondere bei tiefem Sonnenstand und bei unbelaubtem Zustand der Bäume im Winter stets eine transparente Baumkulisse stehen bliebe. Wer will die Garantie übernehmen, daß das auch wirklich eingehalten wird. Eine solche Baumkulisse läßt bei belaubtem Zustand den Blick in das Kasseler Talbecken und auf das Panorama der Waldberge im Osten nur sehr bedingt zu. Ganz besonders der ca. 30-40jährige Jungbaumwuchs, der im Moment

gerade anfängt mit seinen Kronenspitzen den Blick auf Kassel zu überdecken, wird auch ... auf die nächsten 10-15 Jahre den Blick stark beeinträchtigen, bis eine Kronenentwicklung erreicht ist, daß der Blick zwischen den Schäften unter dem Kronendach wieder frei wird. Der jetzige Zustand und die vorstehend erläuterte Übergangszeit wird nach Inbetriebnahme des Aussichtscafés sehr bald zur Folge haben, daß die Forderung auf Freistellung des Blicks gestellt wird. Und wer wird dann den Mut, die Kraft und den Rückhalt haben, sich dieser Forderung zu widersetzen nur zur Erhaltung des Hangprofils am Herkules, ohne befürchten zu müssen, darüber selbst zu Fall zu kommen. Ich fürchte, solche 'Herkulen' gibt es heute nicht mehr und wird es auch in Zukunft kaum noch geben. Das bedeutet also, daß die sich gerade wieder langsam schließende Schneise doch wieder geöffnet wird, das Hangprofil erneut zerstört wird und neben dem Herkules ein weithin sichtbare Glasvitrine in der Gesamtansicht des Habichtswaldes von Osten her in Erscheinung tritt. ... "

Am 26. 3. 1974 meldete sich erneut der Präsident der DGGL zu Wort und fordert den hessischen Finanzminister auf, eine klare Auskunft zu geben:

"Sehr geehrter Herr Minister Reitz! Mit Ihrem Schreiben vom 10. 12. 1973 hatten Sie die von mir vorgebrachte Befürchtung, das Herkules-Bauwerk in Kassel könnte durch einen Gaststätten-Neubau unmittelbar am oberen Ostrand des Habichtswaldes beeinträchtigt werden, erfreulicherweise zerstreut und mir versichert, daß die neue Gaststätte auf einem nach Westen hängigen, der Stadt Kassel und damit der Schauseite des Herkules-Bauwerkes abgekehrten Grundstück errichtet werden solle. Inzwischen sind dem Präsidium der DGGL jedoch aus Kreisen der Mitglieder erneut ernste Besorgnisse zugegangen, weil in aller Offenheit über Absichten gesprochen wird, die Gaststätte doch an den Ostrand des Plateaus und mit Blick auf die Stadt zu erstellen. Soviel wir erfuhren, wurden die Pläne dafür als Privatentwurf von dem Leiter des Ihnen nachgeordneten Staatsbauamtes entwickelt ... Eine Entscheidung zugunsten eines das Herkules-Monument störenden Gaststätten-Bauwerkes fände ich derart bedenklich und allen Bestrebungen der nationalen und internationalen Denkmalpflege zuwiderlaufend, daß ich genötigt wäre, die internationale Öffentlichkeit auf den Vorgang aufmerksam zu machen. "

Am 22. 7. 1974 bestätigt der Finanzminister in unverbindlichen Worten, daß "zur Zeit erneut Verhandlungen über die Wahl des Grundstückes, den Raumbedarf, die Wirtschaftlichkeit und die finanzielle Realisierbarkeit der Maßnahmen" liefen. Die Fachleute sind zunächst beruhigt und geben sich der Hoffnung hin, daß die Fehlkonzeption dieses Projektes letztlich auch dem Finanzminister offenbar würde.

Wenig später erscheinen Presseberichte, die verdeutlichen, daß die öffentlichen Instanzen am alten Standort des Hotelneubaus festhalten. Die DGGL beginnt daraufhin am 19. 11. 1974 eine Protestkampagne, wendet sich an den hessischen Kultusminister, an die Fraktionsvorstände der Landtagsparteien, an den Regierungspräsidenten in Kassel, an den Kasseler Oberbürgermei-

ster und versucht, mit einem letzten Anlauf auch Harrybert Reitz, den Finanzminister, zur Einsicht zu bewegen: "... Gegen einen solchen Standort haben alle mit Denkmalpflege und Naturschutz befaßten Personen und Stellen von Anfang an entschieden Bedenken vorgebracht. Wir bitten daher, eine Standortentscheidung auch unter der Frage prüfen zu wollen, ob es wirklich vor der deutschen und internationalen Öffentlichkeit zu rechtfertigen wäre, einem Kulturdenkmal eine nicht wiedergutzumachende Beeinträchtigung zuzufügen, einzig und allein, um wenigen Gaststättenbesuchern den Verzehr von Kaffee und Torte bei Aussicht auf die Stadt Kassel zu ermöglichen. Auch für die Aktivierungsbemühungen der Stadt Kassel und ihrer Region dürfte eine als 'provinziell' verstandene Entscheidung wenig werbewirksam sein ..."

Das um Hilfe angerufene Kultusministerium war damit angehalten, das Problem durch seine zuständige Fachbehörde, den hessischen Landeskonservator, überprüfen zu lassen und ggf. das Staatsbauamt im Finanzministerium in Schranken zu weisen. Quo Vadis Hercules?

### XIII. DIE ZERSTÖRUNG DER DÖRFER

#### Beispiel: Bürgeln bei Marburg

Weitaus gefährdeter als die großen Monumente sind die kleinen, die in keinem Reiseführer stehen.

Abb. 65 Die Dorfkirche der hessischen Gemeinde Bürgeln bei Marburg soll abgerissen werden. Es ist kein Bauwerk, um dessentwillen Kunsthistoriker Resolutionen verfassen. Obwohl die Kirche aus dem zwölften Jahrhundert stammt, das alte Mauerwerk mit den romanischen Rundbogenfenstern noch gut erhalten ist, hat schließlich auch der Landesdenkmalpfleger seinen anfänglichen Widerstand gegen den Abbruch der Kirche aufgegeben. In späterer Zeit ist vieles an diesem Bauwerk verändert worden; ein gotischer Chor wurde im 14. Jahrhundert hinzugefügt, ein schönes Westportal mit Maßwerkprofilen eingesetzt, zwei klotzige Strebepfeiler vor die Fassade gestellt, um den Bau vor Senkung zu schützen - im 17. Jahrhundert kam ein barocker Dachstuhl hinzu, die Fenster wurden vergrößert und mit romanisierenden Laibungen versehen, kurz: der Bau trägt die Spuren einer mehrhundertjährigen Geschichte und wurde auf die Weise zu einem "pasticcio", das seine ursprüngliche Stilreinheit verlor. Das aber macht die Kirche zu einem historischen Dokument, das die Geschichte der ganzen Gemeinde mit enthält.

Bürgeln wird zusehends, wie viele bundesdeutsche Dörfer, zu einer Hochburg von Siedlungsblöcken und Einfamilienhäusern, die sich sauber nebeneinanderreihen, so daß heute schon das zukünftige Bild eines hygienisierten Dorfes, von Natur und Geschichte gereinigt, klar vor Augen steht. Die Mentalität, die die monotone Steinwüste unserer Städte hervorbrachte, macht auch vor den Dörfern nicht halt. Im Zug der Eingemeindung werden die Dörfer mehr und mehr auf städtische Zentren hin konzentriert, die alle öffentlichen Institutionen und damit auch öffentliche Architektur an sich binden. So scheint das Schicksal der Landgemeinden zu sein, die Monofunktion eines Wohnackers zu erfüllen.

Der Ordentlichkeitsfanatismus, der in den Städten die Wohnregion von der öffentlichen Sphäre säuberlich trennt, greift auch auf die Dörfer über und wandelt sich dort in die kleinbürgerliche Manie, alles das fortzuschaffen, was nicht einer weißen Hundehütte oder einem Siedlungsblock gleicht. Bäume stehen hinderlich im Blickfeld, eine Kirche auf einem potentiellen Parkplatz. Motorsäge und Abbruchkran sorgen für die Sterilität, die allein Wohnen und Parken garantiert. Jedes Argument ist gut genug, um jeden alten Stein endlich loszuwerden. Auch dann, wenn die neue Nutzung für einen an-



Abb. 65: Bürgeln. Dorfkirche

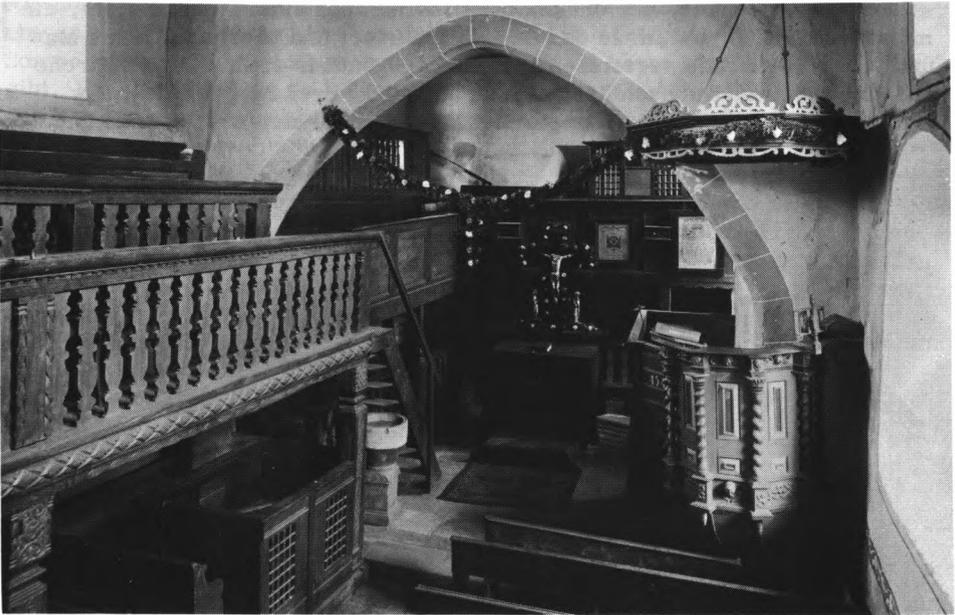


Abb. 66: Bürgeln. Dorfkirche, Inneres

visierten Bauplatz nicht einmal feststeht, werden alle erdenklichen Vorhaben erdacht, nur um einen Altbau abzureißen. Und erst wenn die Bodenspekulanten und Siedlungsunternehmen ihre Zwecke erfüllt haben, bemerken die dort Wohnenden, daß ihr Dorf nicht mehr ist, was es war, daß es seine Physiognomie verloren und seine Identität aufgegeben hat, daß es ist, was alle anderen Wohnviertel auch sind.

Die Kirche von Bürgeln, die heute noch den Ortsmittelpunkt signalisiert, wird abgerissen werden, weil der Bürgermeister sagt: "Ja ja, eine hübsche Kirche, aber wir brauchen das Grundstück"; - weil der Kirchenvorstand sagt: "Wir haben eine neue Kirche, warum sollten wir die alte behalten?"; - weil der katholische Pfarrer sagt: "Auch wir wollten gern eine Kirche haben, doch ist die alte für meine zwölf Gemeindemitglieder zu groß"; - weil der Vorsitzende des Bauausschusses sagt: "Wir werden sehen, was sich machen läßt!"; - weil interessierte Architekten und zu Spezialisten hochstilisierte Laiengutachter sagen: "Der Bau hat einen Riß, also muß er abgerissen werden"; - weil der Landesbischof das Grundstück der alten Kirche für das Grundstück der neuen Kirche tauscht und weil die Bürger von Bürgeln sagen: "Was? Die alte Kirche soll wirklich abgerissen werden?"

Abb. 67 Bürgeln hat bereits sein neues kirchliches Hoheitszeichen, einen brutalistischen Betonklotz, dessen Proportionen wohlgeraten sind, dessen neue Glasfenster abstrakte Figurationen beschieren, dessen stämmiger Turm ein Elektrogeläut enthält, dessen asymmetrische Räumlichkeiten den Eindruck der Modernität vermitteln und dessen Bestuhlung bequem ist. Es ist ein schöner Betonbunker, der denkmalhaft isoliert auf einer Anhöhe steht, die maßstäblichen Verhältnisse des Dorfes ignoriert und überhaupt jedes Maß und jedes Verhältnis vermissen läßt. Demgegenüber steht die alte Kirche auf einem bewußt vernachlässigtem Grundstück; drei Ziegel sind beim letzten Sturm vom Dachreiter gefallen. Ein zerfallener Bretterzaun und

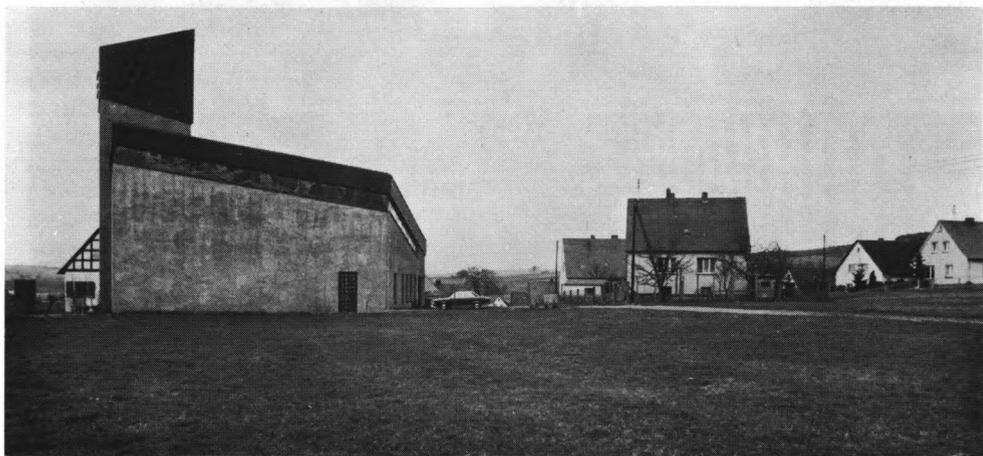


Abb. 67: Bürgeln. Neubau der Ev. Kirche

eine Abfallgrube am Chor verbreiten den Ruch von Untergang und Moder. Bewußte Verwehrlosung dient als Argument für den Abriß.

Fingierte Gutachten deklarieren den guterhaltenen Dachstuhl als morsch. Alle Interessierten haben ihre guten Gründe: Der Bürgermeister will auf dem Kirchengrund sein Gemeinschaftshaus bauen, die Schule will dort einen Schulhof haben, der Gemeinderat einen Parkplatz, obwohl für alle diese Zwecke günstigere Grundstücke zur Verfügung stehen. Der erste Vorsitzende des Kirchenvorstandes aber hat seinen privaten Grund: Er haßt die Kirche, weil er ihren alten Ofen jahrelang hat beheizen müssen. Andere hassen die Kirche, weil sie einen Riß im Strebepfeiler nicht mögen, weil ihnen die alte Immunitätsmauer im Wege steht, weil man den Dachreiter erneuern müßte, weil die senfgelbe Farbe des Kirchengestühls aus dem Jahre 1678 Aver-sionen weckt, kurz: Weil das ganze Ding ein Schandfleck ist - weil es alt ist. Sie sind gegen die Kirche, weil Studenten kamen und für sie sind; weil ein Historiker entdeckt hat, daß Bürgeln im Jahre 1973 sein 700jähriges Jubiläum feiert und weil man zu solchem Anlaß doch seine Kirche nicht abreißen könne; weil ein Volkskundler kam und sagt, daß Dorfkirchen immer seltener würden, daß solch alte Interieurs mit handgeschnitztem Gestühl, einer barocken Kanzel, einem Pfarrstuhl und einem gotischen Steinaltar um jeden Preis erhalten werden müßten. Auch die Leute von der Bürgerinitiative kamen und sagten, daß Bürgeln ein charakterloses Dorf würde, wenn man ihm das Zeichen seines Mittelpunktes nähme.

Vor allem aber ist man gegen die Kirche, weil die Kirche fortwährend neue Kirchen baut. Hat eine lebendige Kirche nicht das Recht, eine moderne Kirche zu sein? Und haben die Architekten nicht das Interesse, neue schöne Sonntagsbauten zu errichten, wenn es doch sonst kaum eine Gelegenheit gibt, Phantasie walten zu lassen. Der Kirchenbau bietet die Möglichkeit, das zu tun, was der soziale Wohnungsbau nicht zuläßt: Schöne Grundrisse zu entwerfen, monumentale Räume zu konzipieren, seelenerhebende Denkmäler aufzurichten. Erst durch einen Kirchenbau wird der Architekt zu dem, was er im Alltag nicht sein kann: ein Künstler. In der Sphäre religiöser Repräsentation soll möglich sein, was in der Sphäre des Alltags Überfluß ist, - Ornament, Mannigfaltigkeit, Kunst. So ist die Kirche zur Institution geworden, die ihre Wirksamkeit durch ihre neuen Monumente demonstriert, eine Institution, die mit Hilfe staatlich kassierter Kirchensteuer sich Architektur als Kunst leisten kann, die neue Kirchen baut, um die alten preiszugeben. Auch sie fragt nicht nach dem allgemeinen Interesse, sie fragt nicht nach dem Imagewert, der sich in einem architektonischen Merkzeichen als Symbol örtlicher Identifikation konzentriert, sie fragt nur nach ihrer eigenen Selbstdarstellung. Auch die Kirche hat Anteil an der Zerstörung der Umwelt, indem sie monumental auftrumpft und den Sinn für Verhältnisse, für ihre partielle gesellschaftliche Geltung verliert. Sie hat Teil an der Zerstörung der Umwelt, weil sie teilhat an der Tendenz, private und halböffentliche Interessen als öffentliche zu deklarieren. In Bürgeln hat die Kirche nicht nur sich selbst preisgegeben. Sie hat den protzigen Maßstab in das Dorf gebracht, an dem sich alle weiteren öffentlichen Gebäude und schließlich auch die privaten messen werden, d. h. sie hat durch

ihren Neubau den Überfluß geschaffen, der den Altbau funktionslos macht. Sie hat den eigentlichen Grund zum Abbruch der alten Kirche gegeben.

Die kirchliche Gemeinde hat mit der politischen ein Grundstück getauscht, das nun die politische für ihre Zwecke in Anspruch nimmt. Die politische Gemeinde aber will keine Kirche, sondern einen Parkplatz. Zu dieser Konsequenz ist die politische Gemeinde berechtigt. Solange sich jedoch die politische Gemeinde nur als eine partiell engagierte Institution versteht, also zwischen Interessensbereichen der Kirche und der Gemeinde unterscheidet, um mit Hilfe dieser Unterscheidung die Legitimation zum Abbruch eines kirchlichen Gebäudes zu erlangen, solange fehlt die politische und die öffentliche Instanz, die für die ökologische Ganzheit der natürlichen und geschichtlichen Umwelt des Menschen verantwortlich wäre. Bürgeln ist ein Beispiel dafür, wie in der bestehenden Gesellschaft partielle Besitzverhältnisse an Grund und Boden partielle Interessen legitimieren, um schließlich eine Gemeinde durch partielle Zerstörung ganz zu zerstören. Umweltplanung scheidet an den Zuständigkeitsbereichen, innerhalb deren rechtlicher Grenzen sich jede Institution und jeder einzelne nehmen kann, was ihm rechtlich zusteht.

Wenn schon die Kirche ihre Kirche verkauft, warum sollte die Gemeinde die Kirche retten? Daß aber die Gemeinde für die Sünden der Kirche büßt, daß sie also den Kirchenbau nicht mehr als der Kirche gehörig, sondern als der Gemeinde gehörig betrachtet, nicht aber als ein in Gemeindebesitz übergegangenes Kirchengrundstück, sondern als ein die Gemeinde identifizierendes geschichtliches Zeichen, wäre die zugemutete Aufgabe, die die Gemeinde zu übernehmen hat. Eine solche Forderung stößt auf den Einwand, daß angesichts privater Bereicherung die öffentliche Armut nicht ständig wachsen könne; doch muß die Gemeinde wissen, daß sie noch ärmer wird, wenn aus einer Kirche ein Parkplatz wird, oder wenn das Dorfgemeinschaftshaus gerade dort errichtet wird, wo das einzige gemeinschaftliche Kennzeichen sich erhebt. Als ein solches hat der Kirchenbau - nicht die Kirche - eine partielle Geltung verloren und eine allgemeine Geltung gewonnen. Als die Gemeinde die Kirche übernahm, hat sie mehr übernommen als nur Kirchenbesitz. Wo die Kirche als halböffentliche Institution versagt, hat die Gemeinde als öffentliche Institution nicht das Recht, das gleiche zu tun.

#### Nachwort:

Seitdem vorstehender Bericht in der 'Frankfurter Rundschau' am 12. 5. 1973 erschien, steht die Dorfkirche von Bürgeln noch immer. Eine Bürgerinitiative wurde ins Leben gerufen, die in unermüdlicher Aktivität für die Erhaltung des kleinen Bauwerks warb und mittlerweile auch die Kommunalpolitiker und den neuen Bürgermeister zur Überzeugung brachte, daß der Mittelpunkt und das Merkzeichen des Dorfes nicht einfach verschwinden solle. Das Bauwerk dient inzwischen vielerlei Veranstaltungen, wurde zeitweilig zum Ausstellungsraum und zum Ort von Weihnachtsbasaren. Aus der Bürgerinitiative wurde der "Förderkreis Alte Kirchen", der in Mittelhessen und darüberhinaus für die Erhaltung der Dorfkirchen eintritt und örtlich so-

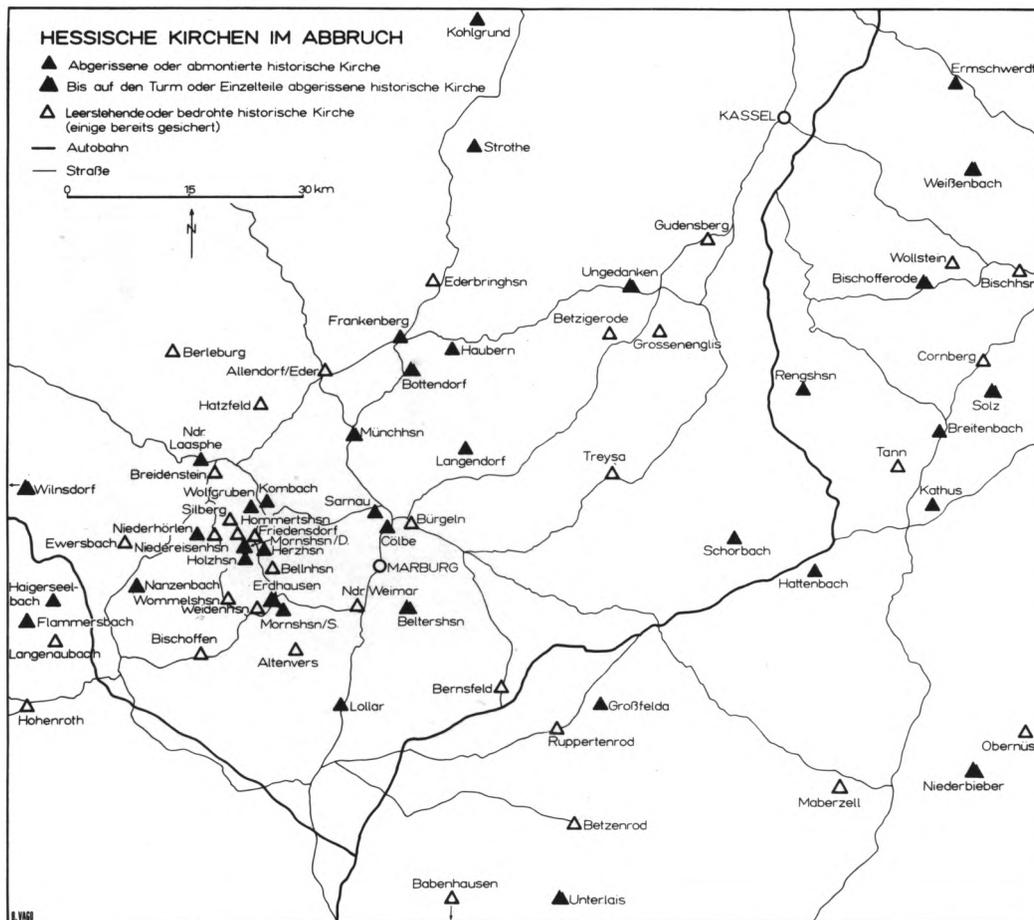


Abb. 68: Karte des "Förderkreis alte Kirchen" (1974)

gar die Instandsetzung der Bauten mitträgt.

- Abb. 68 Die vom Förderkreis publizierte Karte Mittelhessens hebt ein Kulturstratum hervor, das im Bewußtsein des Großstädtlers eine zunehmend geringere Rolle spielt, die dörfliche Ansiedlung. Sogar der heutige "kulturelle Umweltschutz" läßt im gebräuchlichen Begriff des sogenannten "Städteschutzes" oder des "Stadtbereichsschutzes" den Schutz der Dorfgestalt außer acht. Die Karte läßt indessen die zentralen Orte zurücktreten und markiert durch ein beunruhigendes Gesprenkel von Dreiecken eine Kulturbarbarei, die sich auf den Dörfern abspielt. Mit den kaum bekannten Ortsnamen verbindet sich die Erinnerung oder die Mahnung an die bereits verlorenen oder gefährdeten kirchlichen Gemeindemittelpunkte. Das Ausmaß der Zerstörung wird in einem relativ eng begrenzten geografischen Bereich von ca. 120 km x 120 km eindringlich vor Augen gestellt. 36 abgebrochene und fast ebensoviele leerstehende oder zum Abbruch freigegebene historische Dorfkirchen sind dem Förderkreis bekannt geworden.<sup>1</sup>



Abb. 69: Ederbringhausen. Fachwerkkirche

---

1) Inzwischen hat sich die Zahl der abgebrochenen Dorfkirchen auf über fünfzig und die Zahl der gefährdeten auf ebensoviel erhöht.

Damit geriet diese Bürgerinitiative in einen Dauerkonflikt mit der Evangelischen Landeskirche Kurhessen-Waldeck, von der man angenommen hatte, daß sie als Besitzer oder als Hauptnutzer einer langen Reihe von Kulturdenkmälern, den Kirchenbauten, sich auch als eine für den Denkmalschutz mitverantwortliche Institution verstünde. Stattdessen kommt sie in höchst fragwürdiger Systematik dem Abbruchgesuchen in Fülle nach, um neuerlich auch vorfabrizierte, barackenartige Typenbauten an die Stelle der alten Dorfkirchen zu setzen.

Um sich mit dem Sachverstand derer vertraut zu machen, denen die praktische Erfüllung der immer dringender werdenden Forderungen nach einem ökologischen Denkmalschutz anheimgestellt ist, genügt es, einige Passagen aus einem Brief des für den Abbruch verantwortlichen Oberkirchenrates zur Kenntnis zu nehmen. Dieser antwortete auf einen Protest des Förderkreises Alte Kirchen aus Anlaß des Abbruches einer kleinen Dorfkirche in Bischofferode:

"Was versteht der Förderkreis unter 'alten Kirchen'? Nach unserer Kenntnis ist die Kirche Bischofferode erst um 1798 gebaut worden, und zwar als völliger Neubau ohne Verwendung alter Bauteile. Im Vergleich zu vielen anderen Kirchen in unserer Landeskirche können wir sie nicht als alt klassifizieren."

Der Sachverstand dieses Oberkirchenrats dekretiert, daß eine Fachwerkkirche aus dem endenden 18. Jh. nicht "alt" und deshalb nicht erhaltenswert sei. Das Alter der evangelischen Kirche ist beträchtlich - und aus dieser Perspektive mag man die Stirn haben, allein erhalten zu wollen, was mittelalterlich sei. Hier steht demnach die historische Würde zur Debatte; die Architekturhistoriker und Denkmalpfleger vom Fach haben seit langem entschieden, daß sogar eine Kirche des 19. Jhs. "alt" und damit erhaltenswert sein kann. Doch damit nicht genug. Der Oberkirchenrat schließt seinen Brief mit einem ex-Kathedra-Urteil:

"Beabsichtigt der Förderkreis, sich für jede Kirche zu engagieren, die abgebrochen werden soll? Der Kirche in Bischofferode können wir keinen künstlerischen oder denkmalpflegerisch bedeutsamen Wert zusprechen."

Man wird hier antworten müssen, daß ein Urteil dieser Art auf gefährlich autoritärere Weise die Autorität der Kirche mißbraucht. Dann allerdings wäre in Zweifel zu ziehen, die Autorität der Kirche weiter zu achten. Zumindest als kulturtragende Institution hätte sie versagt. Auch sollten sich die kirchensteuerzahlenden Mitglieder dieser Kirche fragen, ob sie nicht mitverantworten, mit den Würdenträgern dieser Landeskirche auch die Mißachtung unserer Geschichte mitzutragen.

Als der Bischof von Kurhessen-Waldeck schließlich selbst aufgefordert wird, zu den Kirchenabbrüchen in seiner Landeskirche Stellung zu nehmen, greift er im Synodalbericht von 1974 (betitelt "Herausgeforderte Kirche") zu den Formeln patriarchalischer Zurechtweisung und witzelnder Namensdenunziation. Unter Berufung auf eine fiktive Zustimmung des Landeskonservators weiß auch er sich im Recht:

"Auf der letzten Tagung der EKD-Synode in Berlin-Spandau sprach mich der Ratsvorsitzende, Bischof D. Claß, an: Der "Förderkreis Alte Kirchen" - abgekürzt Fökak - habe sich bei ihm darüber beklagt, daß wir hierzulande ohne bauliche und sachliche Gründe alte Kirchen, meistens Fachwerkbauten, abrisen, um moderne, das Ortsbild entstellende Neubauten an deren Stelle zu setzen.

Ich konnte darauf hinweisen, daß wir gar nicht so abbruchfreudig sind und daß Neubauten anstelle von Erneuerungsarbeiten nur geplant werden, wo es dringend erforderlich ist und wo der Landeskonservator und die anderen Sachverständigen ein übereinstimmendes Urteil abgegeben haben. In der Tat, der Vorwurf des 'Fökak' ist unbegründet. Wir Nordhessen zumal hängen geradezu am Hergebrachten; wir sind auch nüchtern genug, alles gründlich zu prüfen und das Gute zu behalten." (Bischof D. Erich Vellmer)

Unser ermattetes Geschichtsbewußtsein drückt sich in der Reliktform der Selbstgefälligkeit aus. Indem wir auf die Geschichtsträchtigkeit dieses Landes verweisen, meinen wir, daß die Zeugnisse unserer Geschichte als beträchtliche Quantität unvergänglich sind, um in Fällen "dringender Erfordernisse" auf diese oder jene Qualität verzichten zu können, bis sich schließlich die Städte und Dörfer unseres Landes entblößt haben von aller Geschichte und sich unserem Blick geschichtslos darbieten wie die Siedlungsareale der Neuen Welt. Die Neue Welt Bundesrepublik wird aussehen wie Wilhelmshaven, Duisburg und Gießen.

Abbildungsnachweis: 13 Pressefoto; 15 "Terza Roma"; 21, 23-26 Hübler, Das Bürgerhaus in Lübeck; 27 M. v. d. Rohe-Katalog 1967; 28 Giedion: Space, Time and Architecture; 30, 39-44 Fünf Jahre Altstadtanierung in Frankenberg-Eder; 48, 62 Planungsleitbild der Stadt Göttingen; alle anderen Fotos vom Verfasser.

## TEIL B

### I. VON DER DENKMALPFLEGE ZUM STÄDTESCHUTZ

Das Denkmalschutzjahr ist einäugig. Das beginnt bereits beim Widerspruch, daß sich der bayrische Kultusminister Maier als Präsident des Deutschen Nationalkomitees feiern läßt, derweil sein Ministerium ungeniert durch unsinnige und brutale Universitätsplanung die historische Münchner Maxvorstadt zerstören läßt. Maier ist nicht der einzige der Offiziellen, der einen solchen Widerspruch symbolisiert. Ausgelassen wurde der Bereich der gebauten Sozialgeschichte - darunter die Arbeitersiedlungen. Ausgelassen wurde ferner der gesamte Bereich der historischen Industrie-Architektur. Wovon ebenfalls kein Sterbenswörtchen verlautete: die Bundesrepublik und Westberlin besitzen eine Fülle hervorragender Bauten der "frühen Moderne" (1900 bis 1914) und der Avantgarde der zwanziger Jahre. Die große Geschichte der Werkbund-Bauten seit 1907 ist ebenso bedroht wie die gesamte Vergangenheit - das zeigten unlängst die Auseinandersetzungen um Berliner Häuser von Muthesius<sup>1</sup> und um das Gut Garkau von Hugo Häring. In Frankfurt soll die Siedlung Hellerhof von Mart Stam unter den Abbruchhammer kommen. Wer spricht von den Dokumenten der Infrastruktur der Industrialisierung: Bahnhöfen, Brücken, Arbeitsämtern, Verwaltungsgebäuden, Schulen u. a. ? Und schließlich, ohne die Bürgerinitiativen in vielen Altstädten hätte es kein Jahr der Denkmalpflege gegeben. Warum berief das Nationalkomitee keine Vertreter von ihnen? So gut wie keiner der vielen Journalisten erwähnte den Protest einer Bonner Bürgerinitiative zur Eröffnung des Denkmalschutzjahres: sie wies auf die Stadtzerstörung durch einen Versicherungskonzern in der denkmalgeschützten Südstadt hin - auf eine Machtprobe zwischen massivem Wirtschaftsinteresse und bestehendem Recht, dessen Veränderung erzwungen werden sollte.<sup>2</sup> Die Stadt Bonn ordnete die nachmittägliche Besichtigungsrouten für den Bundespräsidenten so an, daß ihm der Schauplatz der Auseinandersetzung vorenthalten wurde.

Diagnostizieren wir Ursachen und Wirkungen der großen Stadtzerstörung. In den sechziger Jahren bemächtigten sich große Dienstleistungsunternehmen wie Banken, Versicherungen und andere Verwaltungen zunehmend der historischen Innenstädte. Bodenerwerb und Bodennutzung versprachen hohe spekulative Wertsteigerungen. Die Standorte erschienen prestigeträchtig.

1) Julius POSENER, Ein Attentat. Es geht um Muthesius' Haus Freudenberg in Berlin-Nikolassee: Bauwelt 64, 1973, Nr. 16, S. 675/66.

2) Bürgerinitiative Heroldbauten Bonn, "Wir verändern ein Stückchen Bonn ...", Arbeitshefte des Landeskonservator Rheinland. Bonn 1975.

Die Standortwahl war insofern irrational, als die Unternehmen kaum noch von der Verkehrsgunst für die Kunden abhängig waren, sondern ihren Geschäftsverkehr größtenteils über den Schreibtisch abwickelten. Folge: steigende Bodenpreise. Folge: zentral liegender Grundbesitz wird zum Spekulationsobjekt. Er wechselt in die Hände der Kapitalstärksten. Folge: aufgrund der hohen Bodenpreise sehen die Eigentümer in der Wohnnutzung keine entsprechende Rendite, auch nicht in der Vermietung an kleine Geschäfte. Folge: die Wohnbevölkerung wird vertrieben, ebenso die kleinen Geschäftsleute. Stück für Stück werden die Innenstädte umgewandelt; renditeträchtige Bürobauten und Großkaufhäuser entstehen. Folge: das Verkehrsaufkommen wird vervielfacht - die Innenstadt wird nun infolge der Umweltbelastung vollends unbewohnbar. Von diesem Vorgang profitiert zugleich die Bauwirtschaft. Große Wohnungsunternehmen erleben in den sechziger Jahren einen Boom durch die "gelenkte Völkerwanderung" aus den Altstädten in die Suburbia am Stadtrand.

Der Bevölkerung wird die Umwandlung ihres Lebensbereiches als "Fortschritt" angepriesen. Der nordrhein-westfälische CDU-Landtagsabgeordnete Hüsch 1973: "Wer rationalisiert, innoviert, umstrukturiert, maschinisiert, modernisiert, will den Fortschritt. Weil er das Neue herbeiführt, vernichtet er zwangsläufig das Alte."<sup>1</sup> So einfach war das also. Jedwede Veränderung in den Städten galt als "Fortschritt" - analog der Verwendung neuer Maschinen anstelle älterer. Wem der Fortschritt diene, wer ihn steuerte und was die breite Bevölkerung davon hatte - das alles wurde nicht reflektiert. Mächtige Interessenten ließen die Ideologie verbreiten, daß Fortschritt stets allen nutze.

Landes-, Regional- und Stadtplanung entwickelten Rechtfertigungsideologien, die auch die Denkmalpflege weitgehend hinnahm. Erst langsam zeigt sich, was hinter dieser Zielrichtung des Fortschritts real steckte: die Stadtsanierung diente im wesentlichen dazu, Grundstücke mit hohem Lagewert durch Beseitigung der vorhandenen Bauten für eine rentablere d. h. profitablere Bebauung freizumachen. Immer offenkundiger wurde, woher der Begriff Sanierung stammte, - aus der Betriebswirtschaft. Dort heißt Sanierung: einer bankrotten Firma wieder Gewinn verschaffen; in der Stadtwirtschaft wurde daraus: Sanierung soll die Gewinnchancen mächtiger Interessentengruppen fördern.

Inzwischen haben wir vor Augen: die Bauwirtschaft expandierte so stark, daß sie Mühe hat, ihre Überkapazitäten zu verkaufen. Wie bringt sie es fertig, teure Wohnungen mit wenig Lebensqualität dennoch abzusetzen? Die Lobbies großer Wohnungsgesellschaften, voran die "Neue Heimat", setzten durch, daß die Regierung ein Gesetz erließ, das diese Baukonjunktur steuerbar machen d. h. gewährleisten sollte: das sogenannte Städtebauförderungsgesetz (1972). Es erleichterte den bereits seit etwa 1960 unter vielen Vorwänden (meist als "Verkehrssanierung") laufenden Kahlschlag in den

---

1) NRW-Zeitung 4/1973.

Altstädten. Mit diesem Kahlschlag wurde künstlich Wohnungsnot geschaffen. Den Verdrängten blieb nichts anderes übrig, als die von den Wohnungskonzernen angebotenen Wohnungen zu mieten oder zu kaufen. Mit dem Stichwort "Bodenreform" mißbrauchten Wohnungskonzerne und Parteien die Hoffnung der Bevölkerung auf eine sinnvolle Veränderung der Eigentumsverhältnisse am Bodenbesitz: statt sozialer Nutzungen ermöglichte das Gesetz, daß Großinvestoren mithilfe von Stadtparlamenten und Stadtverwaltungen rechtlich einfacher und vor allem billig an den Boden der Kleineigentümer herankamen. Die Planungs- und Abrißkosten für diese "Bodenordnung" ließen sie sich regelrecht schenken: aus Steuermitteln der sogenannten Städtebauförderung - als "unrentierliche Kosten" (Planersprache). Das Städtebauförderungsgesetz leistete dem Bodenmonopol weniger Interessenten Vorschub auf Kosten der breiten Bevölkerung.

Die Regierungsbegründung zum Entwurf des Städtebauförderungsgesetzes 1968 weist das Gesetz als Anpassungsplanung aus. Dem "Strukturwandel" sollte "Raum gegeben" werden (Bundratsdrucksache 530/68, S. 30/31). Unter "Strukturwandel" wurde die weitgehend hemmungslose Anpassung an sozialwidrige Machtverhältnisse verstanden. Schon die CDU/FDP-Bundesregierung sagte 1965, was die SPD/FDP-Bundesregierung 1972 vollendete: die Sanierung solle als "Konjunkturreserve" eingesetzt werden, "wo es bauwirtschaftlich notwendig und zweckmäßig sei" (Bundestagsdrucksache IV/3491, S. 19). Städtebauminister Lauritzen (SPD) im Bundestag 1968: "Aus der Erfahrung wissen wir, daß sich der Wohnungsbau ... als wirksamer Stabilisierungsfaktor erwiesen hat. Nun ist in den nächsten Jahren jedoch mit einem allmählichen Rückgang des Wohnungsneubauvolumens zu rechnen. Es geht unter anderem darum, den dadurch bedingten Auftragsrückgang auf andere Weise aufzufangen ... Sanierungsmaßnahmen sollen und können daher den Rückgang des Wohnungsbaus bisheriger Prägung weitgehend kompensieren ... Der Städtebau ist also ebenso wie der Wohnungsbau ein geeignetes und wirkungsvolles Mittel der Wirtschaftspolitik" (5. BT, 201, S. vom 4. 12. 1968, S. 10832). Der Berliner Senator für Wirtschaft, Karl König, sagte es noch drastischer in einer SPD-Versammlung in Kreuzberg 1972: "Wenn wir die Auslastung der Bauidustrie sichern müssen, werden wir verstärkt in die Sanierung gehen."<sup>1</sup>

Konjunkturpolitik hieß also: Garantie von Produktionsziffern, die sich in zwischen gegen soziale Bedürfnisse richteten - um jeden Preis, auch um den Preis der Zerstörung der Städte, des Verlustes vieler Lebensqualitäten, der Zerstörung der Sozialstrukturen und der Verteuerung des Lebensunterhalts. Die Produktivität hatte sich selbständig gemacht - sie diente nicht mehr der Deckung von vorhandenen Bedürfnissen. Sie zerstörte Bereiche, in denen Bedürfnisse noch erfüllt werden konnten. Sie zerstörte volkswirtschaftliche Vermögenswerte und soziale Ressourcen, um Produkte abzusetzen, die ohne die künstlich erzeugte Zerstörung niemand gebraucht und niemand gekauft hätte.

---

1) Berliner Extra-Dienst 20. 12. 1972.

Altstädten. Mit diesem Kahlschlag wurde künstlich Wohnungsnot geschaffen. Den Verdrängten blieb nichts anderes übrig, als die von den Wohnungskonzernen angebotenen Wohnungen zu mieten oder zu kaufen. Mit dem Stichwort "Bodenreform" mißbrauchten Wohnungskonzerne und Parteien die Hoffnung der Bevölkerung auf eine sinnvolle Veränderung der Eigentumsverhältnisse am Bodenbesitz: statt sozialer Nutzungen ermöglichte das Gesetz, daß Großinvestoren mithilfe von Stadtparlamenten und Stadtverwaltungen rechtlich einfacher und vor allem billig an den Boden der Kleineigentümer herankamen. Die Planungs- und Abrißkosten für diese "Bodenordnung" ließen sie sich regelrecht schenken: aus Steuermitteln der sogenannten Städtebauförderung - als "unrentierliche Kosten" (Planersprache). Das Städtebauförderungsgesetz leistete dem Bodenmonopol weniger Interessenten Vorschub auf Kosten der breiten Bevölkerung.

Die Regierungsbegründung zum Entwurf des Städtebauförderungsgesetzes 1968 weist das Gesetz als Anpassungsplanung aus. Dem "Strukturwandel" sollte "Raum gegeben" werden (Bundesratsdrucksache 530/68, S. 30/31). Unter "Strukturwandel" wurde die weitgehend hemmungslose Anpassung an sozialwidrige Machtverhältnisse verstanden. Schon die CDU/FDP-Bundesregierung sagte 1965, was die SPD/FDP-Bundesregierung 1972 vollendete: die Sanierung solle als "Konjunkturreserve" eingesetzt werden, "wo es bauwirtschaftlich notwendig und zweckmäßig sei" (Bundestagsdrucksache IV/3491, S. 19). Städtebauminister Lauritzen (SPD) im Bundestag 1968: "Aus der Erfahrung wissen wir, daß sich der Wohnungsbau ... als wirksamer Stabilisierungsfaktor erwiesen hat. Nun ist in den nächsten Jahren jedoch mit einem allmählichen Rückgang des Wohnungsneubauvolumens zu rechnen. Es geht unter anderem darum, den dadurch bedingten Auftragsrückgang auf andere Weise aufzufangen ... Sanierungsmaßnahmen sollen und können daher den Rückgang des Wohnungsbaus bisheriger Prägung weitgehend kompensieren ... Der Städtebau ist also ebenso wie der Wohnungsbau ein geeignetes und wirkungsvolles Mittel der Wirtschaftspolitik" (5. BT, 201, S. vom 4. 12. 1968, S. 10832). Der Berliner Senator für Wirtschaft, Karl König, sagte es noch drastischer in einer SPD-Versammlung in Kreuzberg 1972: "Wenn wir die Auslastung der Bauindustrie sichern müssen, werden wir verstärkt in die Sanierung gehen."<sup>1</sup>

Konjunkturpolitik hieß also: Garantie von Produktionsziffern, die sich in- zwischen gegen soziale Bedürfnisse richteten - um jeden Preis, auch um den Preis der Zerstörung der Städte, des Verlustes vieler Lebensqualitäten, der Zerstörung der Sozialstrukturen und der Verteuerung des Lebensunterhalts. Die Produktivität hatte sich selbständig gemacht - sie diente nicht mehr der Deckung von vorhandenen Bedürfnissen. Sie zerstörte Bereiche, in denen Bedürfnisse noch erfüllt werden konnten. Sie zerstörte volkswirtschaftliche Vermögenswerte und soziale Ressourcen, um Produkte abzusetzen, die ohne die künstlich erzeugte Zerstörung niemand gebraucht und niemand gekauft hätte.

---

1) Berliner Extra-Dienst 20. 12. 1972.

den. Das Kaufhaus läßt eine Fußgängerzone anlegen: damit kann es bazarartig seine Verkaufsoperette in den Freiraum erweitern.

Die Häuser an der Hauptgeschäftsstraße werden mit Hilfe der Denkmalpflege "aufgepeppt" - das dient der Operette und dem Stadtimago. Wer die restliche Stadt anschließend zerstört, hat ein Alibi und kann sich als Kulturschützer feiern lassen. Die Denkmäler erhöhen als Fotoattrappen den Imagewert. Hinter der Hauptstraße wird alles weggerissen - die kompletten Viertel der "kleinen Leute", die historischen Handwerker- und Arbeiterbereiche. An ihrer Stelle entstehen Parkplatzwüsten von der Ausdehnung vieler Fußballfelder, Hochgaragen werden zwar geplant, aber wegen der hohen Kosten nicht gebaut - Parkplätze sind am billigsten, wenn sie auf den Grundstücken von Lohnabhängigen entstehen. Um die Fußgängerzone und die Parkplatzwüste wird ein sogenannter City-Ring geschlagen: eine autobahnähnliche Rundstrecke. Die Zufahrten zu diesem City-Ring werden ebenfalls autobahnartig ausgestattet und schlagen dadurch breite Schneisen in weitere Stadtgebiete, die dadurch weitere Anlässe zu Sanierungen bieten. Die Stadt wird autogerecht. Sie ersäuft in Blech, Lärm und Abgaben. Für den Bau weiterer Kaufhäuser werden ganze Straßengevierte niedergelegt. Draußen vor der Stadt werden für die vertriebenen Stadtbewohner gemeinwidrige Problemlösungen angelegt: "Wohnparks" (Jargon der Werbeprojekte) - große, öde Betonblöcke, teuer, kontaktfreudlich, ohne benutzbare Freiräume und schlecht versorgt mit Infrastruktur. Eine Karikatur? Nein - die Beschreibung des Stadtzerstörungsprozesses in mehreren hundert deutschen Städten.

Die Altstadt wird bis auf einige Baudenkmäler demoliert. "Das Faust-Haus lassen wir natürlich stehen." Den opponierenden Bürgerinitiativen entgegen die Stadtzerstörer: "Die historischen Städte dürfen nicht zu Museen werden." Die markige Killerphrase erzielt häufig genug den erstrebten Verblüffungseffekt, der die Diskussion töten hilft. Selbst der Präsident des Nationalkomitees für das Denkmaljahr, Kultusminister Hans Maier, sagt: "Es geht nicht an, daß über unsere Altstädte und Dorfkerne, deren Lebendigkeit noch vor wenigen Jahren so selbstverständlich war, daß niemand darüber ein Wort verlor, die Käseglocke des Musealen gestülpt wird, daß sie wie Ausstellungsstücke in einer Vitrine zur Schau gestellt werden" (Rede zur Eröffnung des Denkmaljahres 1975 in Bonn). Ich kenne keine Stadt, die wirklich ein Museum geworden ist. Aber wir kennen alle die Städte, die von mächtigen Interessenten "attraktiv", "lebendig", "urban", "vital" und was dergleichen Sprüche sind, gemacht wurden. Wie sieht das Ergebnis aus? Die kommerziell "attraktive", "lebendige" Stadt ist schließlich eine tote Stadt. In der Frankfurter Innenstadt wohnen heute weniger Menschen als in einem Dorf. Urbanität? Verdichtung? Attraktivität? - sie werden nicht an Menschen gemessen, sondern an Rendite, Autos, Büros, Umsatz usw. Paulhans Peters ironisch zum Neubau des Horten-Kaufhauses in Regensburg: "Das ist ein Stück "Entmusealisierung" unserer Altstädte! Wir wollen den Kaufhäusern dankbar sein, daß sie den stillen Mief früherer Zeit, jene schlafmützige Ruhe, endlich in sprudelndes, frohes Leben verwandelt haben.

Die Stadt als Markt, die Altstadt als Großmarkt, die City ein einziges Kaufhaus. "<sup>1</sup>

In der Innenstadt von Wien sank die Einwohnerzahl von 80 000 (1930) auf 25 000 (1974). Wie lebendig ist ein Stadtbereich wie die Londoner City, die schon seit rund 100 Jahren nur noch von Hausmeistern bewohnt wird? Wer hat die toten Städte produziert? - Etwa die Denkmalpflege? Oder die Bürgerinitiative?

Das Städtebauministerium des Bundes bezuschußt 1974 mehr als 300 sogenannte Sanierungen. Die Steuerzahler werden also gezwungen, die Zerstörung ihrer eigenen Städte hoch zu bezuschussen. In großem Umfang werden zerstört: Moers (Planung: Stadtplanungsamt), Hameln (GEWOS; Neue Heimat), Höxter (Prof. Deilmann; Landesentwicklungsgesellschaft), Detmold (Prof. Spengelin; Landesentwicklungsgesellschaft), Herford (Stadtverwaltung), Osnabrück (GEWOS; Neue Heimat), Wetter/Ruhr (Wibera), Erbach (Gonsior; Prof. Gunkel), Lemgo (Prof. Deilmann), Rheda (Prof. Deilmann), Unna (Stadtverwaltung), Duisburg-Neumühl (Bremer Treuhand u. a.), Duisburg-Hochfeld (GEWOS), Werl, Lippstadt, Verden/Aller, Soest, Minden und viele andere. In Lemgo wurde die gesamte Altstadt als Sanierungsgebiet ausgewiesen, ebenso in Rheda, wo bereits mehr als die Hälfte zerstört ist. "Kammerjägermentalität" (Jens Michael Priester) läßt ganze Straßenzüge abreißen, bloß weil Fassaden vergraut sind. In der bergischen Kleinstadt Langenberg wurden 385 Grundstücke zum Sanierungsgebiet erklärt. Die Innenstadt von Unna ist nach der Sanierung nicht wiederzuerkennen.

An der Stadtzerstörung beteiligen sich auch in großem Umfang staatliche und städtische Verwaltungen. Die Stadt Bonn räumte für ihr neues Stadthaus eine umfangreiche Fläche. Der Sparkassen- und Giroverband zerstörte für ein neues Gebäude in Bonn eine ganze Seite der sehr schönen Simrockstraße in der Südstadt. Die Universität München riß weite Bereiche der Münchner Maxvorstadt ab. Die Stadt Bonn kaufte Häuser in der Südstadt auf, die eventuell wegen der Tieflage der Bundesbahn, die jedoch wenig konkretisierbar erscheint, abgerissen werden könnten und ließ sie herunterkommen. Der sehr schöne Stadtkern von Nürtingen bietet ein Beispiel dafür, wie sich großparzellige Dienstleistungsbauten fleckenweise einnisten.

Der hessische Minister Karry sagte: "Ich bin auf dem Mississippi, dem Hudson und dem Nil gefahren; auf dem Donau-Delta, der Themse, der Seine und selbstverständlich auch auf dem Rhein. Ich schätze und liebe Uferlandschaften. Das Eltviller Rheinufer ist das Schönste, das ich je in meinem Leben gesehen habe."<sup>2</sup> Wenig später genehmigte derselbe Minister Karry zwischen dem Rhein und der historischen Stadt Eltville den Bau einer Autobahn - sie zerstört die Stadt.

1) Baumeister 3/1974, S. 249.

2) FAZ 8. 10. 1974.

In vielen Städten führt das weiter oben beschriebene Übermaß an Investitionsdruck zur Stadtzerstörung. In anderen Städten herrscht ein Investitionsvakuum: diese Städte haben sehr wenig Investitionsmöglichkeiten - gleichwohl wird häufig auch hier brutal zerstört. Die Zerstörung äußert sich darin, daß zuerst abgerissen wird und die Neubaupläne dann Luftschlösser bleiben - so z. B. in Fürth, wo ein Drittel der Altstadt abgerissen wurde, aber seit Jahren Bauräger für Neubauten fehlen und auch nicht in Sicht sind. Für die vom Kahlschlag bedrohte bergische Kleinstadt Langenberg ist nachweisbar, daß keinerlei reale Investitionskraft für Neubauten vorhanden ist. Hier dominiert die Illusion eines ehrgeizigen Stadtdirektors und einiger Gefolgsleute, die das objektiv Unmögliche doch für möglich halten - irreales Wunschdenken von ökonomischen Mächtetern auf der Basis der Unkenntnis realer Ökonomie. Der Frankfurter Spekulant Ignaz Bubis veranlaßte brutalste Straßenschlachten zwischen Polizei und Hausbesetzern, um die von ihm aufgekauften Bauten im Frankfurter Westend räumen zu lassen. Nachdem die Fläche glatt war, erklärte er 1975, er habe kein Geld für sein geplantes Hochhausprojekt.

Verändert sich die Konjunktur, dann bricht auch die Spekulation zusammen. Welcher Stadtpolitiker lernt aus solchen Vorfällen, die Lage seiner eigenen Stadt wenigstens mittelfristig zu analysieren? Am Fehlen des mittelfristigen Analysevermögens erweist sich, wie folgenreich es ist, Geschichtlichkeit aus dem Denken herauszukatapultieren. Geschichtlichkeit als langfristige Überlegung in die Vergangenheit und in die Zukunft hinaus ist eine Dimension, ohne die heute schon nichts mehr wirklich funktioniert. Es ist abzusehen, daß es kein Überleben geben wird ohne diese Dimension. Die Stadt ist ein wichtiger Teilbereich der insgesamt bedrohten Umwelt.

Politiker und Planer weisen in vielen Städten umfangreiche Sanierungsbereiche aus. Sie spielen Gedankenspiele mit Stadtbereichen - eine Überlegung, was sie real denn wirklich verändern können. Sie schätzen die privaten Investitionskräfte falsch ein - sowohl die der vielen Lohnabhängigen wie auch die der wenigen mächtigen Interessenten. Sie glänzen mit großen Plänen. Die produzierten Illusionen haben jedoch reale Folgen. Sie trüben den Teich: die Stadtbevölkerung wird unsicher gemacht; die Auswirkungen sind nach kurzer Zeit schon sichtbar: die Hausbesitzer unterhalten ihre Häuser nicht mehr, weil sie den Abbruch fürchten; viele Mieter ziehen aus; Grundstücksspekulanten stürzen sich wie die Geier über den Boden; sie erwarten höhere Rendite durch Nutzungsveränderungen, noch lange vor der "Absegnung" im Stadtparlament erfüllen "wilde Architekturphantasien" bereits ihren Zweck: sie leiten den Stadtzerstörungsprozeß ein und machen ihn zum angeblichen Sachzwang. Der Stadtbaurat, hinter dem sich die Interessenten verstecken, weist schließlich mit dem Finger auf das Viertel und sagt: "Wir müssen etwas tun." Er hat längst etwas getan.

Weder Wissenschaft noch praktische Denkmalpflege gaben die Anstöße zur Gegenwehr, sondern Bürgerinitiativen. Die Anstöße zu einer Ausweitung der Denkmalpflege im Sinne des Stadtbereichsschutzes kamen von einer Fülle von Bürgerinitiativen - etwa im Münchner Lehel, im Frankfurter West-

end, in der Bonner Südstadt, in Langenberg, Höxter, Detmold, Rheda, Werl, Salzkotten, Verden, Hamburg, Hannover, Bamberg sowie von Arbeiterinitiativen im Ruhrgebiet in Siedlungen wie Eisenheim (Oberhausen), Lohberg (Dinslaken), Neumühl (Duisburg), Obercastrop und Ickern (Castrop-Rauxel), Flöz Dickebank (Gelsenkirchen), Asseln (Dortmund) u. a. Die Betroffenen waren die besseren Experten.

Eine neue Dimension der Stadtplanung und des Denkmalschutzes beginnt mit der Einwirkung der Bevölkerung auf die Entscheidungsgremien. Früheste Erfolge: 1971 wurde eine von der Aktionsgemeinschaft Westend erarbeitete Liste denkmalschutzwürdiger Bauten zum Teil in das Ortsstatut der Stadt Frankfurt übernommen. Zur gleichen Zeit erreichte eine Bonner Bürgerinitiative, daß der Landeskonservator die gesamte spätklassizistische Bonner Südstadt unter Denkmalschutz stellte. Eine Veränderungssperre verhinderte Abrisse; Bebauungspläne mit Gestaltungssatzungen sollen den bestehenden Zustand der Südstadt festschreiben. In der Arbeitersiedlung Eisenheim trägt nahezu die gesamte Bevölkerung den Kampf um die Erhaltung der Siedlung. Zur Diskussion über die Voruntersuchungen nach dem Städtebauförderungsgesetz kam alles, was laufen konnte. Die Siedlung darf als gerettet gelten. Eisenheim wurde der Auslöser für eine große Zahl von Arbeiterinitiativen, die alle um die Erhaltung ihrer Siedlungen kämpfen. Ein großer Teil der Regensburger Bevölkerung nimmt regen Anteil an der Erhaltung ihrer Stadt. Mehrere Vereinigungen bildeten sich. In Hessen entstanden eine Anzahl Bürgerinitiativen für Denkmalschutz. Für die Erhaltung der Sayner Hütte (1824) bei Koblenz bildete sich eine Arbeitsgemeinschaft Sayner Hütte e. V.

Fast alle Bürgerinitiativen sprechen nicht mehr von Einzeldenkmälern, sondern von Stadtbereichen. Sie erweitern die Kriterien der klassischen Denkmalpflege: Die Einzeldenkmalpflege genügt nicht mehr.

Bereits die Haager Konvention vom 14. Mai 1954 für den Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten spricht von "Gruppen von Bauten, die als Ganzes von historischem und künstlerischem Interesse sind". Ein Ensemble ist eine geschlossene Gruppe von denkmalwerten Bauten. Die internationale Charta von Venedig fordert 1964: "Die Denkmalschutzgebiete müssen Gegenstand besonderer Sorgfalt sein, um ihre Integrität zu schützen und ihre Sanierung, ihren Ausbau und ihre Erschließung zu sichern." Seit 1971 dokumentiert die Abteilung Denkmalpflege-Vorbereitung (Inventarisierung) im Landesdenkmalamt Rheinland Ensembles: mit Häuserlisten, farbig angelegten Grundkarten im Maßstab 1:5000 und Karteikarten mit Kleinaufnahmen. Die Ergebnisse wurden in "Arbeitsheften" publiziert und den Stadtplanungsämtern übergeben.<sup>1</sup>

Europa Nostra fordert 1971 "Schutzzone" in Städten. In England gibt es

---

1) Carl-Wilhelm CLASEN, Wilfried HANSMANN, Volker OSTENECK, Ensembles 1. Arbeitshefte 4 des Landeskonservators Rheinland. Bonn 1972.

1975 über 2000 Schutzzonen. Jeden Monat kommen neue hinzu.

Die Bürgerinitiativen forderten jedoch noch mehr als lediglich den Schutz von Ensembles. Sie forderten den Schutz ganzer Stadtviertel. Kahlschlag und Bevölkerungsvertreibung hatten sie dafür sensibel gemacht, daß ein Haus mehr ist als ein Dach über dem Kopf eines Einzelindividuums: die Komplexität des Lebens, das sich kollektiv und historisch in einem Stadtviertel in Stein konkret materialisiert hat, ist weit mehr als eine Straße mit einer Anzahl von Prachtfassaden. Kollektive Erfahrungen sind bedroht; kollektive Bedürfnisentfaltung ist in Frage gestellt; folgerichtig wehren sich nun nicht nur einzelne, sondern Gruppen: sie bilden Initiativen und fordern Stadtbereichsschutz.

In Polen und in Frankreich ist die Erhaltung kollektiver Komplexität teilweise schon lange selbstverständlich. Die Polen bauten nach 1945 die zu 90 Prozent zerstörte Stadt Warschau größtenteils wieder auf - sie wurde zu Recht zum Leitsymbol für die Erhaltung des kulturellen Erbes. Zugrunde liegt eine Theorie vom "kulturellen Erbe", die Lenin ausformulierte. Die vollständig rekonstruierte Warschauer Altstadt wird in Ost-West-Richtung von einem 600 m langen Tunnel unterfahren. In Frankreich stellt das Gesetz Malraux vom 4. August 1962 rund 400 komplette Städte und Ortschaften unter Stadtbereichsschutz. 1965 wurde das 126 ha große Pariser Maraisviertel zum "geschützten Bereich" erklärt. Es ist der größte geschlossene Baukomplex in Frankreich. Ziele: unkontrollierter Abriß und Umbau sollen verhindert werden. Wer alte Gebäude durch neue profitablere ersetzen will, erhält keine Genehmigung.<sup>1</sup> Bürgerinitiativenprotest bewirkt 1975, daß das Stadtparlament die Planung eines Kunstgroßhändlers ablehnt, die über 500 Menschen vertrieben hätte. In Dänemark wurde die gesamte Stadt Svaneke auf der Insel Bornholm 1970 vollständig unter Schutz gestellt.<sup>2</sup> In der Schweiz werden schon früh folgende Grundsätze aufgestellt: Wahrung des Charakters der Altstadt und Einhaltung des städtebaulichen Maßstabes und seiner Gliederung.<sup>3</sup> So ist zum Beispiel die Altstadt von Bern vollständig geschützt.

Den in sozialer Hinsicht sowie in denkmalschützender Hinsicht methodisch am besten durchdachten und geplanten Stadtbereichsschutz unternimmt die

1) Stadt als geschichtlicher Prozeß. Stadterneuerung als Stadtplanung am Beispiel des Pariser Stadtviertels Marais. Ausstellung SOREMA Paris/IDZ-Berlin 1970. Katalog. Pariser Marais-Viertel: Bauwelt 44/1970, S. 1689/90.

2) Günther KÜHNE, Eine ganze Stadt inventarisiert und unter Schutz gestellt. Svaneke auf Bornholm: Bauwelt 44/1970, S. 1692/95.

3) Werk 9/1963, S. 350.

sozialistisch-kommunistisch regierte Stadt Bologna<sup>1</sup>. Sie zeigt, wie man den Spielraum bestehender Gesetze zugunsten der Interessen der Mieter und Kleineigentümer nutzt: Die gesamte Innenstadt wird erhalten. Die Restaurierungen finden mitten im Universitätsviertel statt. Es wird also nicht weiter zugunsten der Universität abgerissen. Der Teufelskreis linearen Renditedenkens (hier: Einsparung kurzfristiger Infrastrukturkosten zu Lasten der Bevölkerung) ist durchbrochen. Alle Bewohner, in der Regel Arbeiter, können in ihren Häusern bleiben. In Bologna werden als erstes nicht die historischen Häuser der Mittelschichten restauriert, sondern historische Arbeiterhäuser. Die Lebensweise der Arbeiter darf sich erhalten - ihre Normen werden politisch akzeptiert. Das äußert sich konkret im Respekt vor ihren schichtenspezifischen Lebensweisen: die Wohnungsgrundrisse werden genauso erhalten wie sie seit Jahrhunderten als Gehäuse für die proletarischen Lebensformen dienten - mit einigen Nachteilen, aber mit weit mehr Vorteilen gegenüber kleinbürgerlichen Neubaugrundrissen. Lediglich der sanitäre und bauliche Standard wird verbessert bzw. wo nötig Ausweitungsmöglichkeit durch zusätzliche Räume gegeben. Das ist ganz neu: bislang wurden den Arbeitern durch Sanierung und Neubau stets die schichtenspezifischen bürgerlichen Normen in kleiner Münze aufgezwungen. Die früheste umfangreichste Stadterhaltung in Deutschland setzten 1972 Bonner Bürgerinitiativen durch: die Erhaltung der spätklassizistischen Südstadt.<sup>2</sup>

Der Regensburger Architekt Christoph Schwan schreibt 1972 eine Denkschrift "Regensburg - zur Erhaltung einer alten Stadt"; "Die Stadt Regensburg ist ein Gesamtkunstwerk und als solches Zugriff entzogen. Die Bedeutung Regensburgs im Hinblick auf seinen Kunstcharakter ist überregional und eine Aufgabe der gesamten Bundesrepublik. In weiter tragendem Sinne kann sogar gesagt werden, daß Regensburg eine Aufgabe europäischen Ausmaßes ist."<sup>3</sup> In England wird 1972 ein Gesetz über "Konservierungsgebiete" erlassen: solche Gebiete werden mit öffentlichen Geldern bezuschußt. Prominente und Wirte machten im September 1972 ein Sit-in auf den Straßen

- 
- 1) Astrid DEBOLD-KRITTER, Das Konzept zur Erhaltung des centro storico von Bologna: Deutsche Kunst und Denkmalpflege 1/1972, Nr. 1. PEEP Centro Storico. Bologna 1973.  
P. L. CERVELLATI / R. SCANNAVINI, Interventi nei centri storici. Bologna. Politica e metodologia del restauro. Bologna 1973.  
Winfried ROTH, Ansätze zu einer demokratischen Alternative: Städtebau in Bologna. In: Joachim Petsch (Herausgeber), Architektur und Städtebau im 20. Jahrhundert. 2. Band. Westberlin 1975, S. 123/31.
  - 2) Eberhard GRUNSKI / Volker OSTENECK, Die Bonner Südstadt. Arbeitsheft 6 des Landeskonservators Rheinland. Bonn 1973.
  - 3) Christoph SCHWAN, Regensburg - zur Erhaltung einer alten Stadt. Regensburg 1972, S. 14.

von Grinzing, dem historischen Weinort vor den Toren von Wien. Sie hatten Erfolg: ein vierjähriges generelles Bauverbot wurde erlassen; Bebauungspläne sollen den Ort sichern.<sup>1</sup>

Den Aufruf "Rettet die Grazer Innenstadt" unterschrieben binnen weniger Monate 1972/1973 107 000 Menschen. Seine Forderungen: Keine Hauszerstörungen, Fußgängerzonen, Parken am Rand des Stadtkerns, Verbesserungen des öffentlichen Verkehrs. 1973 stellte die CSSR-Regierung den gesamten historischen Stadtkern Prags unter Denkmalschutz: Altstadt, Hradschin, und den Vysehrad. Jede bauliche Veränderung, auch Renovierung bedarf der Genehmigung der zuständigen Behörden.<sup>2</sup>

In der DDR werden ganze Altstadtbereiche erhalten, z. B. in Quedlinburg, Stralsund, Görlitz, Freiberg, Erfurt, Peter Goralczyk: "Es hat sich in den Altstädten ein reiches sozialistisches Leben entwickelt. Die bauliche Hülle aus vergangenen Zeiten war dafür kein Hindernis. Das Bewußtsein der geschichtlichen Kontinuität schafft für die Bewohner Geborgenheit und Weite des Horizontes. ... Die ... restaurierten Bauten werden von den Bürgern als ihre Leistung in Besitz genommen."<sup>3</sup> Revolutionär ist der Gedanke, daß nicht der Besitzer eines Denkmals die Verfügungsgewalt darüber hat, sondern die Gesellschaft. Er wird im 19. Jahrhundert für die bedeutendsten Denkmäler realisiert. Im Kapitalismus fehlt jedoch noch die gesellschaftliche Verfügungsgewalt über das gesamte kulturelle Erbe.

Wieviel Einfluß bereits das wissenschaftliche Registrieren und Veröffentlichenden des historisch wichtigen Häuserbestandes haben kann, zeigte sich in Köln. Nach der Inventarisierung "der Neustadt", die seit 1881 die Altstadt im Halbrund vom Rhein zum Rhein umschließt, wurden bis 1975 nur drei Häuser abgerissen - und dies in einer Stadt mit starkem Investitionsdruck und einem keineswegs erhaltungsfreundlichen Baudezernat.<sup>4</sup>

Der römische Kaiser Augustus rühmte sich, aus der Lehmstadt Rom eine Marmorstadt gemacht zu haben. Fürsten traten seit jeher als Stadtgründer und Stadtplaner auf. Sie repräsentierten ihre Herrschaft, indem sie der Umwelt ihren Stempel, ihre Vorstellungen und ihre Prestigesignale aufdrückten. Solche absolutistisch-obrigkeitliche Auffassung von der Stadt richtet sich - wie schon beim römischen Kaiser Augustus - in der Regel gegen die gewachsene Stadt. Augustus berichtet nicht, mit welcher Gewalttätigkeit er das Leben der Bevölkerung verändert hat. Neben dieser absolutistisch-obrigkeitlichen Tradition der Stadtplanung gibt es eine ausdrücklich demokratische. Im Mittelalter plante die gesamte Stadtbevölkerung der toskanischen Städte im Rahmen der Popularenverfassung die ganze Stadt als

---

1) Baumeister 69, 1972, Nr. 10, S. 1085.

2) Baumeister 70/1973, Nr. 6, S. 713.

3) Bildende Kunst 2/1975, S. 64.

4) Hiltrud KIER, Die Kölner Neustadt. Arbeitshefte 8 des Landeskonservator Rheinland, Bonn 1973.

"schöne Stadt".<sup>1</sup> Die Bevölkerung hatte nichts übrig für Großbauten einer abstrakten Staatsräson, die vorhandene Stadtbereiche zerstörten: daher entrechtete sie den Adel, der durch burgartige Bauten die Stadt zu paralisieren drohte. Nachdem die Luccheser Bürger einen kurzzeitig regierenden Tyrannen gestürzt hatten, trugen sie seine Festungsanlage vollständig ab, die er in aller Eile gebaut und mit der er ein Stadtquartier zerstört hatte.

Als Bramante in Vigevano für die Schloßerweiterung des Mailänder Herzogs Ludwig den Mohren eine Häuserzeile am Markt zerstören ließ, hing ihm die erbitterte Bevölkerung den Beinamen an: "il ruinante" - zu deutsch: Bramante, der Stadtzerstörer.<sup>2</sup> 1974 gebrauchten Bonner Bürgerinitiativen dieselbe Bezeichnung gegen den Versicherungskonzern, der an der barocken Allee zwischen den beiden kurfürstlichen Schlössern ein ganzes Straßenkarree abreißen will. Der Konzern klagte bei Gericht auf Verleumdung - und wurde abgewiesen. Architekt des Versicherungskonzerns war Arno Breker, ein bekannter Nazi-Bildhauer. Ein Betroffener: "Die großen Architekten sind schon immer im Gefolge der absoluten Fürsten und Faschisten gewesen." Bramante diente unter dem frühabsolutistischen Mailänder Herzog. Wie groß sind die großen Taten noch, wenn man ihre Gewalttätigkeit beschreibt? Wie sieht die Geschichte unserer Städte aus, wenn sie nicht mehr lediglich als Geschichte der Handelnden, sondern auch als Geschichte der Leidenden - des Volkes - beschrieben wird? Wie sieht sie aus, wenn ihre Beschreibungskriterien aus den Qualitäten des Lebens der Leute genommen werden? Wer behauptet, sie hätten keine Qualitäten, fahre in die mittelalterlichen toskanischen Städte: bessere Stadtplanung gab es weder vorher noch nachher; diese Städte sind Produkte der Volkskunst im wahrsten Sinne des Wortes. Aber auch nördlich der Alpen gibt es viele Beispiele von Stadtbereichen, in denen sich die Qualitäten des Lebens der Bevölkerung entwickeln konnten - jede mittelalterliche Stadt ist im wesentlichen eine Schöpfung von Generationen sogenannter kleiner Leute; sie besteht nur zum Teil aus Patrizierhäusern, zum größeren Teil jedoch aus den Straßen, Gassen und Winkeln der Handwerker, d. h. der mittelalterlichen Arbeiter. Die Qualitäten des Volkes zeigen sich auch in den Arbeitersiedlungen des Ruhrgebietes und anderer Industriebereiche.

Denkmalpflege muß daher notwendigerweise zum Stadtbereichsschutz werden. In weiten Bereichen unserer Städte sind noch günstige Siedlungs- und Wohnstrukturen vorhanden - vor allem in Klein- und Mittelstädten. Sie müssen geschützt werden. Es genügt nicht, in Bamberg ein Gebiet von 250 ha als Schutzgebiet auszuweisen; oder in Regensburg 112 ha. Sozialer Schutz darf kein Einzelfall bleiben, sondern muß überall durchgesetzt werden.

1) Wolfgang BRAUNFELS, Mittelalterliche Stadtbaukunst in der Toscana. Berlin 1953.

Roland GÜNTER, Zur Didaktik der Baugeschichte. Der Platz als Kriterium des Städtischen. Bonn 1968.

2) Das Zitat geht durch die gesamten kunsttheoretischen Schriften seit dem 16. Jahrhundert. Architekturgeschichte im Sinne von Bernd Engelmanns Geschichtsbuch "Wir Untertanen" muß erst noch geschrieben werden.

Gewachsene Sozialstrukturen sind stets an konkrete bauliche Erscheinungsformen gebunden und müssen daher geschützt werden. Der schnelle Verschleiß des Gewachsenen in unseren Städten wird weithin nicht von den "Habenichtsen" d. h. von 80 Prozent der Bevölkerung betrieben, sondern von den wenigen, die an der Vermehrung ihres Geldes auf Kosten vieler Menschen interessiert sind. Verschleiß und Auswecheln der Stadtsubstanz bedeutet für die davon Getroffenen meist keine Verbesserung ihrer individuellen und sozialen Lebensqualitäten, sondern eine Verschlechterung d. h. Verminderung der Vielfalt der Umgebung und ihren sozialen Nutzungsmöglichkeiten. Dies ist real ein Verarmungsprozeß. Die häufige Folge: die Neurotisierung der Getroffenen. Sie ist meist irreparabel d. h. unheilbar.

Zu den Aufgaben des Stadtbereichsschutzes gehört nicht nur die Erhaltung von Städten, sondern auch aktiver Einsatz zur Wiederermöglichung oder Verbesserung ihrer individuellen und sozialen Nutzung. Im dialektischen Prozeß liegt Fortschritt auch darin, daß an wichtige alte Erfahrungen, die humanen Bedürfnissen entsprechen, wieder angeknüpft und diese weiter entwickelt werden können.

Früher konnten Kinder und alte Leute die Straßen ungefährdet als Lebensräume benutzen. Die Bevölkerung in den Quartieren der Handwerker saß abends vor den Häusern - dort standen Bänke, oft auch Tische. Aufgrund vielfältiger Lebensvorgänge hatten die Straßen eine reiche Ausstattung. Heute beginnt vor denselben Haustüren meist das Chaos: die Lebensgefahr durch den Autoverkehr. Die nachbarlichen Beziehungen von einem Haus zum anderen werden zerschnitten durch Verkehrsfluten. Die vorhandenen Bedingungen verhindern weithin, daß der öffentliche Raum tatsächlich als öffentlicher Raum genutzt werden kann. Eine Untersuchung auf einer verkehrsfreien Insel bei Venedig<sup>1</sup> kann zeigen, welcher Umfang an individueller und kollektiver Erfahrung, d. h. an Öffentlichkeit, auch heute noch möglich wäre, wenn zumindestens jede zweite Straße von Wohnquartieren für den Autoverkehr gesperrt würde. Weitere Untersuchungen nördlich der Alpen<sup>2</sup> weisen nach, daß die Öffentlichkeit des öffentlichen Raumes tatsächlich keine Besonderheit ist, die sich auf mediterrane Länder beschränkt. Warum gibt es Fußgängerzonen<sup>3</sup> bislang fast nur in Geschäftszentren - warum nicht in den Wohngebieten, wo sie viel notwendiger sind? Die Zerstörung des Lebensraumes Straße durch den Autoverkehr ist Zerstörung sozialer Beziehungen - sie muß rückgängig gemacht werden, wo immer dies möglich ist. Der Verkehrsexperte Rudolf Menke kritisiert an den Generalverkehrsplä-

1) C., K., P. DELLEMANN, M., R. GÜNTER, W. NOTHDURFT, D., K. SCHLEGTENDAL, A., M. SPORLEDER, Burano. Eine Stadtbeobachtungsmethode zur Beurteilung der Lebensqualität. Bonn 1972.

2) Projektgruppe Eisenheim Fachhochschule Bielefeld, Eisenheim 1844-1972. 2. Auflage. Westberlin 1973, S. 82/83.

3) Rolf MONHEIM, Fußgängerbereiche in deutschen Städten: Informationen Institut für Raumordnung 23, 1973, Nr. 2, S. 27/41.

Rolf MONHEIM, Fußgänger-Bereiche: Werk und Zeit 23, 1975, Nr. 8/9 (Werk und Zeit-Forum).

nen unserer Städte, daß ihnen keine sozialen Einsichten zugrunde liegen, sondern schlichthin die absolute Priorität eines allgegenwärtig gemachten Autoverkehrs. Rudolf Menke: Als erstes wird für das Auto geplant, als letztes für den Fußgänger und Radfahrer - wenn überhaupt. Die Fußgänger erhalten die Restnutzungen. Unter sozialen Prioritäten verlief eine Generalverkehrsplanung genau umgekehrt: erst müßte für Fußgänger geplant werden, am Schluß erst der Rest für das Auto. Vor dem Auto muß der öffentliche Nahverkehr rangieren.<sup>1</sup>

Stadbereichsschutz muß die Qualitäten des Gewachsenen wieder zur Geltung kommen lassen. Er muß ihnen die Bedingungen verschaffen, unter denen sie sich wieder entfalten können. Stadbereichsschutz muß die Wechselbeziehungen (Interaktionen) wieder ermöglichen, für die die Bauten Kulissen, Requisiten und Anreizpunkte bieten. Voraussetzung dazu sind Fußgängerbereiche. Baudezernent Hans Adrian: "Wer München kennt, weiß, welchen Wandel die Umwandlung der Neuhauser und Kaufinger Straße gebracht hat. Dort wo München noch vor kurzem von deprimierender Häßlichkeit und Widerlichkeit war, kann man sich heute als Mensch bewegen. Für mich ist es faszinierend, wie schnell die Menschen in die Stadt zurückgekehrt sind."<sup>2</sup> Auch in den Arbeitersiedlungen des Ruhrgebietes, die sehr verkehrarm sind (obwohl die Leute alle ein Auto haben), kann man sehen, welchen Grad von Öffentlichkeit und Kommunikation die Straßen und Wohnwege haben, wenn die Leute sich ungefährdet bewegen können.

Wenn die Stadtbereiche wieder räumlich-konkrete Voraussetzungen für die Öffentlichkeitsbildung geben, dann helfen sie mit, die spezifische Öffentlichkeit zu entwickeln, die den Anspruch auf eine demokratische Struktur auch realisiert - es ist eine Öffentlichkeit, die auf höherer Stufe liegt als die Öffentlichkeitsformen, die wir aus der Vergangenheit kennen. Insofern ist Stadbereichsschutz nicht nur Erhaltung bzw. Wiederherstellung von Gelungenem der Vergangenheit, sondern auch Weiterentwicklung. Die durch Arbeitsteilung und demokratische Ansprüche immer komplexer verflochtene Bevölkerung kann ihre spezifische Öffentlichkeit in weiterentwickelter Qualität nicht abstrakt, nicht im luftleeren Raum über den Häuptionen und auch nicht allein mit Hilfsmedien herstellen, sondern sie bedarf dazu unter anderem sehr konkreter, sinnlich erfahrbare räumlicher Szenerien. Der Vorwurf, solche sinnlich-konkrete Erfahrung sei eine Bagatelle oder lediglich privatistischer Freizeitgenuß, prallt ab von den Erfahrungen, die Walter Benjamin in Arbeitervorstädten und Forscher in Arbeitersiedlungen des Ruhrgebietes machten: sie zeigen, daß Politisches sehr wohl vom sinnlich-konkreten Ort stimuliert wird.

Atmosphäre ist der Sammelbegriff für eine Vielzahl von Erfahrungen und Postulaten, die sich an Wänden und in Außenräumen manifestieren. Sie haben Aufforderungscharakter, sie reizen unentwegt, sie regen die Phantasie an - nicht nur eine individuelle, sondern auch eine sozial-politische.

1) Rudolf MENKE, Stadtverkehrsplanung. Ein Konzept für eine neue Generation städtischer Generalverkehrspläne. Stuttgart 1975.

2) Werk und Zeit 22, 1974, Nr. 3.

Sie bringen einzelne zusammen, weil der konkrete räumliche Ort Gemeinsamkeit in vielfältiger Weise signalisiert. Die Leute arbeiten dann gemeinsam mit diesen Erfahrungen und Postulaten und entwickeln sie weiter.

Dies führt schließlich auch zur Veränderung einzelner Teile des Ortes innerhalb seiner Gegebenheiten, zur qualitativen Weiterentwicklung des Bestehenden, ohne es zu zerstören - zum Beispiel, wenn die Kneipe zum politischen Forum entwickelt wird. Beispiele dafür sind für das Bürgertum des Mittelalters die Rats- und Zunfthäuser, für die bürgerliche Revolution die Cafes (z. B. das Cafe Pedrocchi in Padua) und für die Sozialisten Italiens die Volkshäuser. Auch die Arbeitersiedlung Eisenheim erhielt ihr "Volkshaus": die Leute bauten ein Waschhaus um. So entwickelte sich Politisches aus latenter Ebene in eine explizite Ebene.

Aktiver Stadtbereichsschutz müßte auch die Hauseigentümer dazu zwingen, ihr Haus nicht nur als Gebäude für ihre Familie oder Mieter anzusehen, sondern als prägendes Element des öffentlichen Raumes - nicht nur im Hinblick auf die visuell wahrnehmbare Fassade, sondern auch im Hinblick auf seine Funktionen. Ein Beispiel: Die Baugesetze Bolognas zwangen die Leute zu allen (!) Zeiten, Arkadengänge vor ihren Privathäusern anzulegen, die der Öffentlichkeit dienten. Ihre Wirkung erlebt jeder, der als Besucher nach Bologna kommt. Man kann nicht dagegen argumentieren "Wir leben doch nicht in Bologna." Im Gegenteil: Wir haben die Arkadengänge viel nötiger als Bologna.

Der Umfang der Aufgaben für die Stadterhaltung ist gewachsen. In Lübeck sind 1974 auf der 100 Hektar großen Fläche der historischen Innenstadt 636 Privathäuser als Sanierungsobjekte angegeben - davon 551 als denkmalgeschützt. Bamberg (80 000 Einwohner) hat 1500 denkmalgeschützte Häuser - davon sind rund 1000 älter als 200 Jahre. In Bamberg müssen insgesamt 25 Prozent der Stadtfläche (250 Hektar) vor dem Verfall gerettet werden. In der englischen Modellstadt für das Denkmaljahr Bath stehen inzwischen von den 8000 Gebäuden aus dem 18. Jahrhundert 3000 Häuser unter Schutz. Das völlig intakt gehaltene Dubrovnik an der jugoslawischen Adriaküste ist das beste Beispiel für eine völlig erhaltene Stadt. Übrigens ist aus ihr der Autoverkehr strikt verbannt.

Alle sozialen Überlegungen sprechen dafür, den Stadtbereichsschutz nicht auf einige Modellstädte zu begrenzen, sondern als Strukturelement in den planerischen Umgang mit Städten und Orten aufzunehmen - nach dem Motto: "Alles Gewachsene steht zunächst nicht zur Disposition. Wer verändert, muß dafür die Beweislast tragen" - so formulierte es die Forschungsgruppe Altstadtsanierung des Zentrums für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld 1974.<sup>1</sup>

1) Universität Bielefeld, Zentrum für interdisziplinäre Forschung, Arbeitsgemeinschaft Altstadtsanierung, Altstadtsanierung. Städtezerstörung durch Stadtplanung und -sanierung? (Umfeld und Chancen einer Novelle). Bielefeld 1974.

Welche Werte haben die Altstädte für ihre Bewohner? Ökonomisch gesehen sind die alten Häuser oft die einzigen Wohnungen, die sich ihre Bewohner leisten können. Hier wohnen sie schuldenfrei. Sie zahlen keine Miete, sondern nur die laufende Instandhaltung. Werden sie nicht vom Abriß bedroht, dann stellen sie die Instandhaltung auch laufend sicher. Lockt die Stadtverwaltung sie nicht mit Spekulationsgewinn, dann gerät wohl kaum einer in Versuchung, sein Haus zu verkaufen. Kleine Geschäfte und Betriebe können mit günstigen Mieten in Altstadtquartieren sehr wohl dauerhaft existieren, das haben betriebswirtschaftliche Untersuchungen ergeben. In den sogenannten City-Centren müssen sie jedoch Mieten zwischen 30 und 50 DM pro qm zahlen - was für sie unmöglich ist. Folge: sie müssen ihr Geschäft aufgeben. Folge: Standortgünstige Verteilung von Gütern fällt aus. Hinzu kommen die Nebenfolgen wie Verlust von Kontakten u. a. Die kleinen Hauseigentümer erhalten bei Abbruch ihrer Wohnung nicht einmal den Gegenwert einer halben Eigentumswohnung. Die Mieter erhalten lediglich das Umzugsgeld - der "Sozialplan" der Städtebauförderung erweist sich als Augenauswischerei. In den teuren Neubauten verdoppelt und verdreifacht sich die Miete. Hinzu kommt meist noch, daß der Weg zum Arbeitsplatz nun so weit und umständlich wird, vor allem bei Schichtarbeit, daß die Arbeiter gezwungen sind, sich das teure Transportmittel Auto anzuschaffen. Allein der Zwang, ein Auto zu halten, verschafft ihm einen indirekten Lohnabzug - rund 250 DM im Monat, d. h. ein Viertel oder ein Fünftel eines Arbeitergehaltes. Mit der Vertreibung aus preisgünstigen Altbauwohnungen werden also gleichzeitig den Arbeitern meist auch noch enorme Transportkosten zugeschoben. Der Lebensunterhalt verteuert sich durch die sogenannte Sanierung also außerordentlich. Welche Folgen hat das? Die Arbeiter werden gezwungen, Überschichten zu machen. Die gesundheits- und lebenszeitverkürzenden Folgen sind ablesbar. Sie selbst bzw. die Lohnsteuerzahler müssen für das Ansteigen der Krankheitshäufigkeit und frühe Invalidität bezahlen. Die Wohnungsbaugesellschaften zahlen keinen Pfennig für diese sozialen Folgeschäden und -kosten. Für sie endet die Sanierung knapp hinter der Wohnungstür. Auch Planer und Politiker denken in der Regel nicht weiter. Sie verhindern meist sogar, daß im Rahmen der vorbereiteten Untersuchungen oder Sozialpläne Untersuchungen über die sozialen Folgekosten gemacht werden. Sie nehmen schlichthin nicht zur Kenntnis, daß bei teuren Neubaumieten Ehefrauen mit kleinen Kindern zur Unzeit arbeiten müssen und die Kinder als Schlüsselkinder mit steigender Wahrscheinlichkeit dauerhaft verhaltensgeschädigt werden können. Sie lassen in der Regel keine differenzierten Untersuchungen zu, die an einem Katalog von individuellen und sozialen Lebensqualitäten vergleichend die Vor- und Nachteile von Altbauten und den als einziger Alternative angebotenen Hochhäusern sichtbar machen. Es interessiert sie auch nicht, was geschieht, wenn die Arbeiter in der Rezession keine Überstunden mehr machen können und die Frauen entlassen werden - wer dann die künstlich hochgetriebenen Lebenshaltungskosten bezahlt.

Die Städte werden dem "freien Spiel der Kräfte" überlassen - hinter der spielerisch ästhetisch anmutenden Formulierung verbirgt sich ein Ab-

grund an Gewalttätigkeit: die ökonomisch Stärkeren greifen sich den Boden, auf dem die ökonomisch Schwächeren wohnen.

Söldnertrupp von gutachtenden Soziologen (nur Anfänger fragen noch: "Wie hätten Sie es denn gern?") liefern die pseudowissenschaftlichen Vorwände: die "Unterschichten" seien rückständig. Inhaltsarme Oberbegriffe, unbefragte Normen der gehobenen Mittelschichten, flinke Analogien, Verallgemeinerungen von Einzelfällen, Gleichsetzung von ökonomischer Schwäche mit sozialer Schwäche, von Oberschichtenverhalten mit Emanzipation, von Rang mit Qualifikation und vieles mehr werden als wissenschaftliche Arbeit ausgegeben. Ein Beispiel dafür ist das verhängnisvolle Buch, in dem die Soziologin Katrin Zapf die Gleichsetzung zwischen Kapitalverwertung und Fortschritt ideologisch verbrämte. Ein Zitat mag für eine Fülle weiterer stehen: "Wo gleichzeitig viele alte Menschen, viele alleinstehende Personen, insbesondere viele alleinstehende Frauen, leben, der Großteil der Erwerbspersonen Arbeiter ist und hohe Bevölkerungsverluste zu verbuchen sind (durch Todesfälle oder durch Wegzüge), dort kann auf sehr niedrige Einkommen und auf Lebensweisen in der Nähe des Existenzminimums geschlossen werden. Es erhebt sich ein Milieu, das durch Alter, Armut und Unbildung charakterisiert wird."<sup>1</sup> Die Sätze mögen glatt erscheinen - aber keiner der Begriffe befragt nach dem Warum? nach der Verursachung? nach der Wertung im eigenen System statt in den Wertungskategorien anderer Schichten, nach Vorteilen, die die Leute sich auf ihre Weise verschaffen, und nach anderen Lebenszielen. Es wird nicht gefragt, ob der reale Grund für die Umzüge in Wirklichkeit Verdrängung aus dem Viertel ist. Der Momentaufnahme der Fluktuation wird ein Interpretationsraster unterschoben, das die tatsächlichen Kausalabläufe nicht erklärt, sondern ihnen im Gegenteil - völlig unwissenschaftlich - einfach andere Ziele unterschiebt. Pauschal wird für die behauptete Rückschrittlichkeit schließlich die Vergangenheit verantwortlich gemacht. Katrin Zapf: "In sehr bedenklichen, überalterten, unzulänglich ausgestatteten Vierteln leben mindestens 4,6 Millionen Menschen; sie leiden unter den "poids du passé", wie es Henri Coing formuliert."<sup>2</sup> Das Gewicht der Vergangenheit lastet auf den Menschen, sagt die Soziologin. So einfach ist das. Alt ist schlecht, neu ist gut. Die Fülle der Bürgerinitiativen hat den Respekt vor dieser Art von Pseudo-Objektivierung der Absatzziele in der Überproduktion der Bauwirtschaft inzwischen durchschaut. Katrin Zapf: "... gehe ich davon aus, daß alle Wohngebäude, die nicht aus dem 20. Jahrhundert stammen, ihren Bewohnern unzeitgemäße Belastungen aufbürden und darum erneuerungsbedürftig sind."<sup>3</sup> Es fehlt jegliche Differenzierung, wie sich Entwicklungen innerhalb bestehender Vorteile vollziehen können.

1) Katrin ZAPF, Rückständige Viertel. Frankfurt 1969, S. 137.

2) ZAPF, S. 102/03.

3) ZAPF, S. 94.

Kritisch zur These der "Rückständigkeit" auch: Heide BERNDT, Zu Katrin Zapf. Rückständige Viertel. Eine soziologische Analyse der städtebaulichen Sanierungen in der Bundesrepublik = Jahrbuch für die Geschichte der oberdeutschen Reichsstädte 17, 1971.

Die "Sanierungen" zerstören die gesamten Lebensverhältnisse der "Unterschichten": die Fülle ihrer kleinen Vorteile, die Nachbarschaften, die Freundschaften, ihre halbwegs funktionierende Ökonomie, ihre Atmosphäre, ihre visuell und taktile erlebbare Geschichte. Die Bewohner der historischen Handwerker- und Arbeiterviertel in unseren Altstädten werden zum Fraße einer fehlgeleiteten Wohnungsbaukonjunktur, die zu ihrem Entsetzen von diesem ihrem Staat und oft genug auch noch von ihren eigenen Delegierten freischwebend-selbstherrlich auch noch garantiert wird - so sagte es der Wohnungsbauminister selbst im obersten politischen Gremium. Damit das Ausmaß des Zynismus nicht sichtbar wird, versuchen Interessenten und Politiker es mit dem Mantel der Sozialpolitik zu überdecken. Sie sagen: "Es gibt doch Sozialpläne; die Leute bekommen eine schönere Wohnung; die Arbeitsplätze müssen erhalten werden - am Wohnungsbau hängt die gesamte Wirtschaft." Die Betroffenen erfahren jedoch: die Sozialpläne sind nicht einmal Caritaspläne; die neue Wohnung hat vielleicht ein schöneres gekacheltes Bad, das sich jedoch für einige tausend Mark auch in Altbauten einbauen läßt, ohne daß man das Haus abreißen müßte; die Wohnung hat eine Fülle von Lebensqualitäten verloren und kostet das Mehrfache - ein schlechter Tausch; schließlich: Arbeitsplätze in überproduzierenden Wirtschaftszweigen sind ständig außerordentlich gefährdet, sind außerordentlich krisenanfällig - vor allem: wieviele notwendige Dinge haben wir noch nicht oder zuwenig? Warum wird nicht dort produziert, wo Produkte notwendig sind und den gesellschaftlichen Reichtum wirklich vermehren? Die Entfaltung der Produktivkräfte wird unter den gegebenen Lenkungszielen absurd: je mehr sich Produktivität entfaltet, desto mehr zerstört sie Produziertes. Produktivkräfte, die der Entfaltung der Humanität dienen sollten, kehren sich gegen ihre eigene Entwicklung. Organisieren wir die Alternative?

Die kapitalistische Wirtschaft gerät dadurch aber auch in Konflikt zu ihren eigenen Ideologien - zu konservativen Anschauungen, die sie vor Veränderungen bewahren sollten. Dies ist der Grund für die aufgebrochenen tiefgreifenden Konflikte zwischen Wirtschaftsinteressen und konservativem Bürgertum in umstrittenen Altstädten. Die Koalitionen zwischen Konservativen und antikapitalistischen Gruppen haben ihr Fundament im gemeinsamen Interesse an der Priorität menschlicher Bedürfnisse.

Die reale Problemlage zeigt: die Denkmalpflege muß neue Dimensionen entwickeln. Kahlschlag von Altstädten heißt vor allem soziale Verelendung in allen Bedürfnissen und Erfahrungsbereichen. Die Stadtbevölkerung wird in einem Ausmaß aus ihren gewachsenen Bereichen vertrieben, wie wir es sonst nur von Kriegen kennen. Mit der Vertreibung der Bevölkerung wird in der Regel auch die konkrete baulich-atmosphärische Prägung des Ortes radikal verändert. Die Parzellenstrukturen werden durch die sogenannte Bodenordnung zerschlagen: kleine Parzellen werden zusammengelegt. Was steckt hinter dem harmlos, je positiv klingenden Wort Bodenordnung? Welches Chaos soll beendet werden? Welche Unordnung soll aufhören? Ist es wirklich unordentlich, wenn kleine Leute auf kleinen Parzellen ihre Wohn-

häuser haben, die groß genug für ihre Wohnungen sind - aber ungeeignet für Warenhäuser und Büros? Man sieht: die Ordnung ist die Ordnung der ökonomisch Mächtigen und nicht die Ordnung der Wohnbevölkerung. Man sehe sich die Begriffswelt des Städtebauförderungsgesetzes und der nachfolgenden Praxis daraufhin durch, welche Bezugspunkte die Begriffe haben und man erkennt die Interessenten, die das Gesetz durchgesetzt haben.

Der Ausverkauf unserer Altstädte ist Ausverkauf von wichtigsten sozialen Ressourcen, d. h. von Hilfsmitteln unseres sozialen Lebens. Nicht nur Bodenschätze sind Ressourcen, sondern auch die sozialen Qualitäten unserer gewachsenen Lebensbereiche. Nachbarn, die man kennt, sind Hilfen, - nicht nur im Notfall. Die Bewohner stabilisieren sich untereinander durch Zuspriechung, Anerkennung und Vermittlung von sozialem Wissen sowie Fertigkeiten, die das Leben erleichtern. Soziale Gefüge ermöglichen menschliche Entwicklungen. Sie schaffen Erlebnismöglichkeiten. Eine Vielfalt von Charakteren wird erlebt. Die Leute setzen sich damit auseinander - sie lernen daraus, sie trainieren sich, sie sammeln Lebensweisheit. Das flüchtige Vorbeirauschen in der Einkaufszone oder das Fernsehen in der isolierten Hochhauswohnung kann das reale Erlebnisfeld nicht einmal minimal ersetzen - wir haben inzwischen genügend Kenntnis von der Neurotisierung und ihren zerstörenden Folgen, die eintritt, wenn Menschen isoliert werden.

Nun werden einige fragen: Was hat der Schutz von Bauten mit dem Schutz von sozialen Gefügen zu tun? Ist das eine die Aufgabe von Denkmalpflegern und das andere die Aufgabe von Soziologen? Erste Antwort: es gibt keine Institution, die sich mit dem Schutz von sozialen Gefügen aktiv beschäftigt. Sozialwissenschaftler untersuchen sie gelegentlich - meist mehr schlecht als recht. Aber sie tun so gut wie nichts zu ihrem Schutz. Zweite Antwort: wir wissen inzwischen, daß sich spezifische soziale Gefüge in bestimmten sozio-ökonomischen Verhältnissen und räumlichen Situationen entwickeln.

Vor allem: Das soziale Leben hat selbst sinnlich-konkreten Ausdruck. Es macht sich visuell und taktil erfahrbar durch Lieengelassenes, Grenzen, Signale, Zeichen, Spuren, Reste, Andeutungen, Aufforderungen, Bestätigung, Geborgenheit, Verknüpfung, Herausforderung, Differenzierung und was alles in der Architektur als Umwelt merkbar wird.

Eine umfangreiche laufende Forschung kann am Vergleich zwischen Arbeitersiedlungen und Hochhäusern im Ruhrgebiet nachweisen, daß dieselben Arbeiter ihr soziales Gefüge in unterschiedlichen räumlichen Situationen auch unterschiedlich entwickeln. Wer also soziale Gefüge hoch bewertet, muß auch ihre Bedingungen und räumlichen Konkretionen schützen - das heißt: die baulich-räumlichen Situationen. Der Schutz von Sozialgefügen umfaßt daher auch den Bautenschutz. Bautenschutz ist ein integrierter Bestandteil des Schutzes von Sozialgefügen.

Eine Vielzahl "sanierter" Städte beweist inzwischen: Flächensanierung ist die Guillotine für gewachsene Lebensbereiche und Sozialgefüge. Aber auch die Objektsanierung kann Zerstörung des Sozialgefüges bedeuten: wenn ihre

Kosten so hoch sind, daß alle finanziell Schwächeren ausziehen müssen. Die Auswechslung der Bevölkerung kann auch geschehen im Rahmen der Fassadenerhaltung historischer Straßen! Beispiele dafür sind Pöseldorf in Hamburg, das Bremer Schnoorviertel, das Kölner Martinsviertel, das Zentrum von Maastricht, das Pariser Maraisviertel und andere. Denkmalpflege à la "Schnöseldorf" (Volksmund) heißt: arme Leute fliegen raus, reiche Leute eignen sich historisches Flair zur Statusrepräsentation an. Von den 900 Einwohnern des Stockstraat-Viertels in Maastricht wird nach der Sanierung niemand mehr im Viertel wohnen. Wie dies verhindert werden kann, darüber ist später noch zu sprechen. Es kann verhindert werden.

Die Denkmalpflege muß sich als Stadtbereichsschutz einreihen in den Feldzug gegen den programmierten Mord unserer Umwelt. Sie ist ein Teilbereich des Umweltschutzes.

Was bedeuten konkrete Orte? Ein Beispiel ganz außerhalb des Denkmalschutzes: Eine große Düsseldorfer Bierbrauerei schreibt an ihr Fabrikgebäude neben der Bahnlinie "Hier wird Schlösser Alt gebraut". Warum schreibt sie nicht einfach "Schlösser Alt"? Sie benutzt den Wunsch der Vorbeifahrenden, Begriffe mit konkreten Orten zu verbinden. Das Denken ist darauf angelegt, das Geschehen mit dem Ort der Handlung zu verbinden - am besten wird dies sichtbar in der Sprache der Arbeiter und der Literaten.

Historische Erfahrungen können nur bedingt abstrakt weitervermittelt werden. Daher müssen konkrete Bauten und räumliche Situationen erhalten werden, in denen sich historische Erfahrungen soweit wie möglich greifbar sinnlich mitteilen. Die aus den Altstädten verdrängte Bevölkerung verliert eine Fülle anschaulicher, konkreter Manifestationen von Erinnerungen und Ereignissen. Dies trifft nicht nur alte Leute, sondern nachweislich auch Kinder - ja jeden einzelnen. Die Bevölkerung verliert Szenerien, die die baulichen Versteinerungen von Erfahrungen aus Jahrhunderten darstellen: Treppen, Stufen, Winkel, Gassen, Plätze, Balkone, Pflaster, Höfe, Bäume. Warum lebt einer der "erfolgreichsten" Hochhausarchitekten, Prof. Helmut Hentrich, nicht im Hochhaus - warum lebt er in einem historischen Wohnhaus der Jahrhundertwende am Düsseldorfer Rheinufer?

Was wissen Gutachter, Planer und Politiker über die Lebensqualitäten der konkreten Orte? Vorab unterstellten Gutachter, daß es sich in vielen Altstädten und Arbeitersiedlungen, nicht länger leben ließe. Bürgerinitiativen wiesen nach, daß das Gegenteil der Fall war - trotz mancher Mängel. Mängel können oft kompensiert werden durch andere Vorteile; sie lassen sich oft mit wenig Aufwand und Mitteln beseitigen, wenn Eigentums- und andere Verfügungsverhältnisse es zulassen; viele Mängel sind von Planern bewußt oder unwissend überhaupt erst zugelassen worden - daher können sie später nicht als Argument gegen die Opfer verwandt werden, wie dies zynisch oder heuchlerisch oder auch naiv unentwegt geschieht. Wie wenig Konkretes die bestellten Gutachten über Lebensqualitäten bzw. Wohnwerte wissen, darauf weist bereits die Tatsache hin, daß es keinerlei Auswertung der Wohn- erfahrung von Siedlungen etwa der zwanziger Jahre (Onkel Toms Hütte in

Berlin, Neubühl u. a.) und der in den sechziger Jahren gebauten Hochhäuser gibt. Ist es wissenschaftlich, wenn Gutachter nur momentane Eindrücke verarbeiten und auf Erfahrungen historischer Dimension verzichten? Oder wenn sie ihre schichtenspezifischen Erfahrungen und Wünsche zu objektiven Normen dogmatisieren und von dieser Ebene aus andersartige Erfahrungen als Rückständigkeit diffamieren?

Die Szenerie der konkreten historischen Orte hat psychologische Wirkungen: sie kann euphorisch stimmen, das Selbstbewußtsein heben, Anlaß zu Reflexionen bieten, Zeitvorstellungen verlangsamten, vor allem Zeitvorstellungen strecken, d. h. die Dimension der Anschauung und Verarbeitung erweitern. Angesichts sinnlich greifbarer Vergangenheit erhält die Erfahrung der Gegenwart eine andere Ebene: Gegenwart wird überhaupt erst als Gegenwart erfahrbar; sie wird reflektierter erfahren; sie verbindet sich mit angehäuften Möglichkeiten. Gegensätze, Verbindungen und Ausgriffsmöglichkeiten erweitern die Erfahrung prinzipiell in eine neue Kategorie: in die Spirale dialektischer Entwicklung.

Wenn Geschichte so erlebt wird, erledigt sich die Behauptung, sie verstelle die Zukunft.

Zum Antriebsmotor des dialektischen Entwicklungsprozesses wird Geschichte immer, wenn sie wirklich erlebt wird und nicht - bildungsbürgerlich - in das Gefängnis einer angeblich abgeschlossenen Zeit und damit in die Kategorie der Einmaligkeit gesteckt wird.

Die historisch-soziologische Situation der "Gebildeten" und der Zwang, Status aufzubauen führte zur Deformation ihrer Erfahrung, d. h. ihrer Reflexion. Aus der Tatsache, daß Erfahrung bei ihnen ausdrücklich als Reflexion erscheint (was nicht falsch ist), leiteten "Gebildete" das Recht zur Überheblichkeit ab. Um ihre "Überlegenheit" zu begründen, mußten sie den Gegenständen ihres Interesses eine veränderte Bedeutung umhängen: abseits der realen Bedeutungen konnten es nur Scheinbedeutungen sein - Auratisierungen. An die Stelle des Durchschauens, d. h. der Theorie, tritt der Aufbau von Fiktionen. Theorie durchschaut jedoch, daß es sich bei ideologischer Fiktion nur um einen scheinhaften Reichtum des Objekts handelt. Theorie läßt die Inhaltsleere des aufgeblasenen Ballons sichtbar werden, wenn sie die realen Dimensionen des Objekts vorführt.

Wir müssen lernen, Realität so zu reflektieren, daß ihre eigenen Dimensionen erscheinen. Wozu Aufblähungen? Ist es nicht weitaus mehr, die Vielfalt des realen Lebens kennen zu lernen - des Alltäglichen. Ein Bergmann sagt über seine historische Arbeitersiedlung Bergmannsplatz in Duisburg-Neumühl: "Das ist für mich so menschlich, das sind für mich keine besonderen Erlebnisse, ich würde sagen, das ist alltäglich, wissen sie, hier ist meine Heimat. Ich möchte mit niemandem tauschen. Also, ein besonderes Erlebnis brauch ich gar nicht, um mich hier wohlfühlen oder gefestigt zu sein."

Diese klaren Aussagen machen sichtbar, daß das Problem des Stadtbereichs-

schutzes im Verstehen der Dimensionen des Alltagsbereichs liegt und nicht in einer Fiktion wie dem Begriff "StadtDenkmal"<sup>1</sup>, also nicht im Transponieren des Alltäglichen ins Besondere. Eindrücklich bezeichnet der Bergmann, daß Alltägliches Menschlichkeit bedeutet. Er deutet ferner die tiefenpsychologische Ebene an: Stabilisierung des Subjektes und seiner Beziehungen zur sachlichen und personalen Umwelt.<sup>2</sup>

Die Stadtsanierung, die die Unterschichten-Bereiche bislang hemmungslos zerstörte, ist ein Generalangriff auf die menschliche Geschichte. Die Stadtsanierung hat in der tabula rasa ihrer Zerstörungswut lediglich einige historische Konserven übrig gelassen, im Unterschichtenbereich zerstört sie mehr als selbst Vandalen wohl je vermochten.

Woraus besteht das Alltäglich, das geschützt werden muß? Die Analyse der Architektur muß als Beobachtung eines sozialen Sachverhalts verstanden werden. Denn Architektur ist Entwicklungsraum für Verhalten von Menschen. Die räumlichen Strukturen sind sozial interpretiert. Jedoch: die speziellen Fragestellungen, was bestimmte Leute brauchen, fehlen weitgehend. Wir müssen von Generalisierungen wegkommen und ganz spezifische Untersuchungen entwickeln. Wir müssen zuerst argumentative Prozesse vorantreiben und nicht Gesamtbeweisverfahren.

Walter Benjamin unterscheidet zwischen visueller und taktile Benutzung der Architektur. Das Anschauen ist nur ein Teil der Benutzung. Wir müssen ganz klein anfangen, Verhalten zu beobachten.

Beispiele:

Ein junger Mann bleibt am Graben des Prato della Valle in Padua stehen und guckt, was im Wasser los ist. Es ist eine Qualität der Architektur, so viel Neugier zu erzeugen, daß Menschen anfangen zu beobachten und zu untersuchen. Die Architektur muß den Sachverhalt gar nicht selbst vollständig darstellen, oft genügt es, daß sie den Einstieg zum Untersuchen gibt.

1) Uwe K. PASCHKE, Die Idee des StadtDenkmals. Nürnberg 1972.

2) Mit den Qualitäten des Alltagslebens beschäftigen sich: Franziska BOLLEREY / Kristiana HARTMANN / Margret TRÄNKLE, Denkmalpflege und Umweltgestaltung. Orientierung und Planung im Stadtbereich. Stadtgestaltung zwischen Denkmalpflege und Schrebergarten. München 1975. Sie präsentieren bei streckenweise vorzüglichen Ansätzen jedoch nur eine weitere Variante bürgerlicher Abwertung der "Unterschichten"-Kultur: nicht an allen Stellen der Untersuchung, aber an entscheidenden setzen sie Vergleichsnormen aus dem Bereich der gehobenen Mittelschichten bzw. Oberschichten ein. Es hat mit Wissenschaft schlichthin nichts mehr zu tun, wenn ein Fontane-Zitat über einen Park in Vergleich gesetzt wird zu Gestaltungen von Schrebergärten und daraus die Schlußfolgerung abgeleitet wird, Schrebergärten-Gestaltungen seien lediglich abgesunkenes Kulturgut. Die zu kurz angesetzte Analyse und dadurch kurzschlüssige Schlußfolgerung ist das Ergebnis unzulänglicher Identifikation mit der untersuchten Gruppe (S. 40). Die Unterlassung schichtenimmanenter Untersuchungen ist charakteristisch für einen großen Teil der "Unterschichten"-Forschung.

Die steinerne Einfassung des Grabens am Prato della Valle ist so gestaltet, daß sie eine Bank mit einem Podest für die Füße bildet - sie ist also eine Art Terrasse über dem Wasser: man kann den ganzen Graben entlang sitzen.

Die Szenerien von Altstädten haben sozialpsychologische Wirkungen: sie fördern Wechselbeziehungen (Interaktionen), indem sie Anlässe zu Kontakten geben. Das beginnt für den Fremden damit, daß er fragen muß, um sich zurechtzufinden. Harmlose Anlässe für Kommunikation: Kinder dürfen die Tauben füttern, gehen aufeinander zu, spielen zusammen. Eine Anzahl Leute gucken zu, wie sich zwei Hunde balgen. Die Voraussetzung dafür ist, daß die Hunde Auslauf haben. Jens Michael Priester spricht vom "Bergewert der Labyrinthik" im kleinteiligen und verschlungen wirkenden Straßen- und Gassennetz historischer Altstädte. Dasselbe gilt übrigens auch für interessante Wohnungsgrundrisse. Leute lassen sich an bestimmten Stellen nieder zwischen Bäumen, in Nischen, an Brunnen. Offensichtlich werden Orte lieber und dann auch häufiger benutzt, die bestimmte Wirkungen haben.

Es hat nicht nur das Berechtigung, was von allen alle Stunden benutzt wird, sondern auch das, was nur gelegentlich als wohltuend empfunden wird: z. B. ein bestimmter Blick aus dem Fenster, das Heraustreten auf einen Balkon, das Stehen in einer Nische u. a.

Die italienischen Altstädte haben überhaupt nichts von all den Segenstaten, welche unsere miserablen Wohnungsreformer den Arbeitern verordnen. Aber sie haben eine immense Fülle von sozialen Nischen, Winkeln, Freiräumen und Rissen im Gemäuer von historisch durchaus nicht arbeiterfreundlichen ökonomischen und politischen Systemen. In diesen "sozialen Nischen" konnten sich z. B. die Arbeiterkinder proletarisch entfalten. Im Gegensatz zu den Hochhausmetskasernen, welche die Proletarierkinder zur Destruktion erziehen, kann man hier beobachten, daß sie selbstbewußt, beweglich, gruppenorientiert, also konstruktiv werden.

So wie man eine Diskussion durch entsprechende Diskussionsformen einengen und zur Farce machen kann oder überhaupt erst zur Diskussion - so kann man durch Platzgestaltung Öffentlichkeit zur Farce machen oder stimulieren.

Größe und Ausdehnung von Häusern, Plätzen, Treppen und anderen Szenerien haben psychologische Wirkungen. Die übermenschliche Dimension von Hochhäusern ängstigt uns aus einem einfachen Grund: sie erinnert uns im Unterbewußtsein an alles, was versuchte, uns zu unterwerfen, uns zu Untertanen zu machen - sie gibt uns das Gefühl der Verlorenheit. Wenn Menschen angstfrei leben wollen, dann gehören dazu auch konkrete Bedingungen, unter anderem, daß die Größe ihrer gebauten Umwelt mit der menschlichen Größe, den 1,60 bis 1,90 Metern der Leute, noch irgendwie in Beziehung steht. Wiederum sehen wir: soziale bzw. unsoziale Tatbestände manifestieren sich sinnlich-konkret.

Fachwerkhäuser haben viele optische Reize: sie sind durch und durch Orna-

ment und haben dadurch tiefenpsychologische Wirkung. Michael Müller hat eingehend untersucht, wie Ornamente wirksam sind und welcher libidinöse Erfahrungsverlust durch die Verdrängung des Ornaments im Aussehen neuer Stadtbereiche entsteht.<sup>1</sup>

Ornament gibt es nicht nur als visuellen Gegenstand, sondern auch in der Benutzungsmöglichkeit räumlicher Szenerie. Verschlungene Wege wirken libidinös wie Ornamente. Oder die Möglichkeit, in Kurven oder im Zickzack auf einem Platz oder in einer Gasse laufen zu können.

Übrigens: obwohl in Padua die gesamte Stadt eigentlich sehr alltäglich ist, käme kein Kunsthistoriker auf die Idee, nur einige Ensembles unter Denkmalschutz zu stellen. Hier ist es geradezu unmöglich, eine Auswahl zu treffen.

Historische Bauten regen die Phantasie deshalb stark an, weil sie nicht nur Vermutungen über die Gegenwart, sondern zusätzlich dazu über die Vergangenheit in Bewegung setzen: sie mobilisieren also doppelten Reichtum. Die Hochhausbunker lähmen die Phantasie, die historischen Häuser regen sie an. Phantasie heißt: Entfaltungsmöglichkeit der menschlichen Gehirnkraft - besonders auf der Basis des Unterbewußtseins. Fachwerke regen die technisch-konstruktive Phantasie an. Fachwerk kann im Prinzip jeder bauen; Handwerkliches wird assoziiert. Hochhäuser können dagegen nur von Spezialfirmen hergestellt werden; eine "handfeste" Identifikation mit dem "Machen" der Wohnung ist nicht möglich. Die Wohnung und mit ihr der Freiraum haben dort, wo sie noch dem selbstverfügteten Machen zugänglich sind, den Charakter und die günstigen Wirkungen des "Bauspielplatzes für Erwachsene" - das ist am besten in Arbeitersiedlungen sichtbar. Aber nicht nur dort! Jeder Villenbesitzer genießt ganz selbstverständlich die Fülle dieser Möglichkeiten.

Stadtbereichsschutz wehrt sich dagegen, daß die ästhetische Erfahrung des Benutzens und Schauens auf den privaten Raum reduziert wird - auf die Wohnung. Symbol für die Reduzierung ist die buchstäblich ins Leere gehängte Hochhauswohnung. Der Bewohner registriert hier ständig, daß es keine öffentliche Erfahrung gibt: weil er von niemandem wirkliche Erfahrungen machen kann, geht ihn auch niemand etwas an.

Der Mensch wird seinem ureigensten sozialen Wesen entfremdet und dadurch nahezu zu einem Nichts gemacht - auch in der Absicht ihm mit Hilfe seiner Verzweiflung seine Ohnmacht vor Augen zu führen; sie macht ihn beherrschbar; und: sie läßt ihn als Strohalm nach jenem Ersatzglück greifen, das ihm zu verfügbaren Preisen angeboten wird und ihn auf eine weitere Weise zum Opfer ökonomischer Ausbeutung macht.

Anstelle der geraubten Realität wird ihm die Illusion der Realität in töner-

---

1) Michael MÜLLER, Verlust des Ornaments. Frankfurt 1975 (im Druck).

ner Phasenhaftigkeit wieder angeboten - Heinrich KLOTZ beschreibt diesen Vorgang.

In den abrißbedrohten Altstadtbereichen fanden sich einzelne zur solidarischen Gruppe, weil ihnen gemeinsam der Entzug wichtiger Erfahrungen drohte - vor allem kollektiver Erfahrungen. Dies führt schließlich auch dazu, daß die antizipatorischen d. h. die vorwegnehmenden Hoffnungen der Kunst bei den Betroffenen nicht mehr im abstrakten Bereich mobilisiert werden, sondern sich als realisierungsnotwendige soziale Hoffnungen äußern. Damit wird der Bereich der Kunst in vielfältigen Formen wieder zum politischen Instrument des Volkes. Vor allem das Räumlich-Szenische, das Bauen, ist, wenn auch mit geringen ökonomischen Mitteln, von jeher das Medium der Volks-Kunst gewesen - die Altstädte hinter den Patrizierhäusern zeigen es - aber auch die Bauernhöfe, Arbeitersiedlungen, Schrebergärten und vieles mehr.

Die positive Übernahme des Historischen und die Neuschöpfung in historisierenden Formen im 19. Jahrhundert ist Ausdruck dafür, daß das Bürgertum sich durch Wissenschaft die Schätze der Vergangenheit erschließt und schöpferisch verwertet. Der Nationalökonom Friedrich List artikuliert dies ganz allgemein 1841: "Der jetzige Zustand der Nationen ist eine Folge der Aufhäufung aller Entdeckungen, Erfindungen, Verbesserungen, vervollkommnungen und Anstrengungen aller Generationen, die vor uns gelebt haben. Sie bilden das geistige Kapital der lebenden Menschheit und jede einzelne Nation ist nur produktiv in dem Verhältnis, in dem sie diese Ererungenschaften ... in sich aufnimmt ... und zu mehren gewußt hat."<sup>1</sup> Auch speziell für den Bereich der Kulturwissenschaft lassen sich Äußerungen im selben Sinne bringen.<sup>2</sup>

Wissenschaft und historisches Bewußtsein führen dazu, daß angeeignet wird, was die Menschen in ihrer Geschichte geleistet haben. Dies gilt als Emanzipationsschritt.

Die Vergangenheit ist die Aufreihung von Gegenwarten. Vergangenheit sammelt die jeweilige Gegenwart. Die Sammlung der Gegenwarten macht die unterschiedliche Gegenwart vergleichbar.

Karl Marx spricht von der Notwendigkeit, sich "den ganzen ganzen Reichtum der bisherigen Entwicklung und des vergegenständlichten menschlichen Wesens anzueignen".

1920 forderte Lenin die Russen auf: "Kommunist kann einer nur werden, wenn er sein Gedächtnis um alle die Schätze bereichert, die von der Menschheit gehoben worden sind." Die Geschichte ist eine "kritische Selbstreflexion ihrer eigenen Lebenswelt und ihrer eigenen Standortgebundenheit",

1) Werke, Band 6. Stuttgart 1935, S. 179.

2) Moriz CARRIERE, Die Kunst im Zusammenhang der Kulturentwicklung und die Idee der Menschheit. 5 Bände. Leipzig 1863/73, hier Band 5, S. 589/90, 548, 643.

sagt der liberale Historiker Kurt Kluxen. Geschichte ist immerzu gegenwärtig. Die Konflikte, die wir heute haben, sind in der Vergangenheit angelegt.

Jede menschliche Tätigkeit entwickelt sich aus vorhergehenden Erfahrungen - unbewußt oder bewußt. Es wird also immer Geschichte aktiviert d. h. benutzt. Zu fragen ist: in welcher Weise und in welchem Umfang wird sie benutzt.

Gegenwärtige und zukünftige Erscheinungen sind nur in historischer Analyse verständlich. So ist zum Beispiel ein Industriebau wie die historische Ravensberger Spinnerei in Bielefeld zwar vom Aussehen ein "Fabrikschloß", aber es ist nicht nur "Arbeiterzwingburg", sondern zugleich Dokument der Leistung vieler Menschen, die in ihm arbeitend die Industrialisierung entwickelten - sie sahen in der Fabrik nicht nur die Fron, sondern auch die Hoffnung, durch rationellere Arbeit ein besseres Leben zu haben. Hoffnung gehört zum Prinzip der industriellen Arbeit. Historie kann nicht einfach abgetan werden, weil sie konfliktgeladen ist. Sie ist die Chance, über Konflikte nachzudenken und sie aufzuarbeiten.

Der Stellenwert der historischen Baudokumente und Stadtbereiche kann sich verändern. Die Kleinstadt Monschau ist in der Frühzeit der Industrialisierung ein wichtiger Ort - heute ist sie eine Touristenstadt nahezu ohne Industrie. Der historische Sachverhalt muß nicht so überdeckt werden, wie es das Fremdenverkehrsbüro betreibt. Er ist mit Leichtigkeit auch für die Touristen offenlegbar. Ferner ist zu bedenken, daß jedes historische Ereignis so facettenreich ist, daß auch andere Sachverhalte als die zentralen immerhin noch Berechtigungen und Wirkungen haben können. Den Stadträten in Bielefeld, die die Ravensberger Spinnerei abreißen lassen wollten, widersprach ein alter Mann: "Es muß ein erhebendes Gefühl für die Urenkel dieser Arbeiter sein, die Stätte ihrer Ausbeutung besetzen zu dürfen. Feiert man ruhig!"

Was bedeutet für einen konkreten Ort oder für ein Sozialgefüge die Zeitachse? Was passierte alles und was manifestierte sich in Stein, bis der Ort oder der Stadtbereich vielfältig wurde? Der Arbeit und der Phantasie vieler Menschen bedarf es, bis er nicht nur bewohnt wird, sondern das Gefühl erzeugt, daß der einzelne in ihm in der Gesellschaft lebt - daß viele Hände an dem Stein gearbeitet haben, den er vor sich hat. Soziale Gefüge können nicht in zwei Jahren geschaffen werden. Ihre Produktionszeit unterscheidet sich prinzipiell von der Herstellungszeit von Industrieprodukten. Industrielle Produktionszeitvorstellungen standen jedoch offensichtlich hinter der Formulierung des Städtebauförderungsgesetzes, das von "zügiger Durchführung" spricht (§ 13). Die totale Veränderbarkeit d. h. die gigantische Beschleunigung des Durchgangswertes führt zur Unbrauchbarmachung der Werte. Die künstliche Zerstörung des Zeitgefühls, die sich in der Erziehung zu geschichtslosem Denken ausprägt, ist ein Trick, um den Leuten die Zerstörung durch die Veränderung besser unterschieben zu können.

Die gewachsenen Szenerien alter Städte signalisieren, daß das Leben vieler

anderer Menschen gegenwärtig ist - nicht nur das Leben der Zeitgenossen, sondern auch das Leben von Generationen. Dadurch entsteht das Wissen, nicht allein zu sein. Es entsteht die Hoffnung, nicht untergepflügt zu werden, sondern ein Teil der neuen Generationen zu sein. Der Kahlschlag der Städte bedeutet: in längstens jeder Generation werden alle Lebensverhältnisse vollständig ausgelöscht. Wer kann das wirklich ertragen? Für die Alten verstärkt dies die Furcht vor dem Tode - es stellt einen irreparablen psychischen Schock dar: Die Alten erleben die Zerstörung ihres Lebens lange vor dem physischen Tod. Karl Korn: "Das Geschichtliche ... wird von der jüngeren Generation in der Wiederentdeckung der Wohnquartiere sozusagen als eine neue Dimension der eigenen Lebensmöglichkeiten erfahren."<sup>1</sup> Präziser müßte es heißen: die Jüngeren entdecken in der Geschichtlichkeit des konkreten Quartiers, welche Selbstverständlichkeit ihnen geraubt worden war - das Historische, das zur eigenen Existenz gehört.

Fortschritt läuft auf der falschen Schiene, wenn er lediglich schnellere Zirkulation von Waren heißt. Er wird objektiv zum Rückschritt, zum Punkt Null - buchstäblich zur "tabula rasa", zum leergefegten Tisch. Wer angesichts der Zerstörung, die in unseren Altstädten produziert wird, von Fortschritt spricht, kann nur Zyniker oder naiv sein.

Die kapitalistische Produktionsweise selbst führt zum Verzicht auf Geschichtsbewußtsein. Wenn der Warenumsatz in der Bauwirtschaft beschleunigt werden soll, wenn schneller und mehr neue Wohnungen abgesetzt werden sollen, steht dem das Bewußtsein der Bevölkerung entgegen, in seinem Stadtquartier seine eigene Geschichte greifbar aufbewahren zu wollen.

Der Fortschritt auf der Schiene hemmungslosen Selbstlaufes der Kapitalverwertung ist längst ad absurdum geführt worden. Der reale Rückschritt unter dem Deckmantel des scheinbaren Fortschritts diskreditiert den notwendigen Fortschritt. Der notwendige Fortschritt kann nur darin bestehen, den aufgesammelten Reichtum der Vergangenheit als Fundament zur Verfügung zu haben und darauf weiterzubauen. Diese soziale Dimension der Geschichte ist zu entdecken.

Die Polen bauten nach 1945 das alte Danzig wieder auf - das deutsche Danzig, das wußten sie sehr genau; soviel war ihnen die Geschichte wert - Geschichte nicht als bildungsbürgerliches Papier, sondern als aufgesammlter Reichtum an Szenerie für menschliches Leben. Sie dachten dabei an die breite Bevölkerung, für die sich Geschichte weniger in abstrakten Medien wie Büchern manifestiert, sondern in sinnlich-konkret erlebbarer Atmosphäre. Wieviel Wert den Polen das kulturelle Erbe war, zeigt die Tatsache, daß sie einen erheblichen Teil ihres Bruttosozialproduktes in den Wiederaufbau steckten - ein Vielfaches von dem, was in "reichen" Industrieländern dafür aufgewandt wird.

---

1) Karl KORN, Denkmalschutz als Volksbewegung: FAZ 21. 1. 1975.

## II. SCHUTZ VON DENKMÄLERN DER SOZIALGESCHICHTE

### Beispiel: die Arbeitersiedlung

Eindimensionales Analysieren führt an wesentlichen Tatbeständen der Geschichte vorbei. Das Programm des Denkmalschutzjahres zeigt: das Nationalkomitee war geradezu blind gegenüber der Geschichte und Existenz der Arbeiter in der Bundesrepublik. Die Dokumente der Sozialgeschichte blieben außerhalb der Diskussion. Das hat eine lange Vorgeschichte, deren Kern Hans HOLLEIN, ein Wiener und später Düsseldorfer Architekturprofessor 1964 mit größter Selbstverständlichkeit artikulierte: "Architektur ist nicht Befriedigung der Bedürfnisse der Mittelmäßigen, ist nicht Umgebung für kleinliches Glück der Massen."<sup>1</sup> Hier dokumentiert sich nicht nur groteske Überheblichkeit, sondern schlichthin die Unfähigkeit zur Analyse des Lebens der breiten Bevölkerung. Hintergrund ist der soziale Konflikt, der die Industrialisierung begleitet: aus handfesten politischen Gründen wird den Einflußreichen die Aura der Besseren angehängt und den "Habenichtsen" Minderwertigkeit. Der Schriftsteller Horst KRÜGER stellt 1968 im Ruhrgebiet fest: "Es hat etwas von Kolonialismus, wie dieses Gebiet verwaltet, regiert und ausgebeutet wird." Dafür gibt es hinreichend Beispiele: Die meisten Arbeitersiedlungen von Krupp, entworfen von ausgezeichneten Architekten (Schmohl und Metzendorf) fielen der Spitzhacke zum Opfer. In Essen fallen Jahr für Jahr Häuser aus der berühmt gewordenen Krupp-Siedlung Altenhof (1884). Die Firma verfährt geradezu sadistisch mit der Vergangenheit und mit den Bewohnern: jedesmal, wenn ein Rentner in den Sarg gelegt wird, wird der Abbruchhammer bestellt und zerstört sein Haus - schon jahrelang erleben die Nachbarn des Toten, die nicht ausziehen wollen, diesen Terror. Niemand greift ein - die Krupp-Rentner sind wehrlose alte Leute; sie haben ihre Schuldigkeit getan. Ein Vorstandsmitglied von Krupp erklärte dazu 1968: "Wir müssen Traditionsballast abwerfen." Im Hintergrund stand allerdings etwas ganz anderes: die unrentablen alten Leute sollten auf dem Altar höherer Bodenrendite durch lukrative Neubauten geopfert werden. Landauf landab werden mit größter Selbstverständlichkeit die konkreten Dokumente des Lebens und der Geschichte der Arbeiter ausgelöscht. 1974 wurden in Nürnberg ohne viel Aufhebens die letzten Häuser einer der ältesten deutschen Sozialsiedlungen in einen Schutthaufen verwandelt: die "Sieben Zeilen" einer Webersiedlung aus dem 15. Jahrhundert. Ein Westberliner Architekt will den Boden profitabler nutzen.<sup>2</sup> Haben die Arbeiter keine Geschichte?

1) In: Ulrich CONRAD (Herausgeber), Programme und Manifeste zur Architektur des 20. Jahrhunderts. Berlin 1964, S. 175.

2) Berliner Extra-Dienst 8. 2. 1974.

Es wundert sich Karl Korn, Feuilletonist der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: "Es gibt hier und da noch Ansatzpunkte (ergänze: gegen die Stadtzerstörung), und gerade im sogenannten einfachen Volk. Da wehren sich Bergarbeiter in Gelsenkirchen dagegen, daß man sie aus ihrer angeblich veralteten Bergmannssiedlung Flöz Dickebank vertreiben, daß man sie gegen viel höhere Mieten in Hochhausblocks setzen will."<sup>1</sup> Es war aber nicht nur dies, was sie zur Gegenwehr trieb. Ernst Honak, Bergmannsrentner in Duisburg artikuliert es: Nachdem unsere Zeche geschlossen wurde, wollte die Stadt das gesamte Stadtviertel mit 18 000 Menschen niederlegen lassen. Selbst die Straßennamen aus dem Bergbau sollten verschwinden, alles, alles, was an unsere Vergangenheit erinnert, einzig der Name Schmidt-horst für den Stadtteil sollte bleiben. An die Stelle der alten Straßennamen setzten sie neue - den Duft der großen weiten Welt - 'Amsterdamer Straße', 'Berliner Straße'. Namen wie Bergmannsplatz sollten einfach ausgelöscht werden. " Einer der wenigen, die den Vorgang beim Namen nannten, war der Journalist Hartwig Suhrbier, NW-Korrespondent der Frankfurter Rundschau - er sprach von "Verdrängung der Vergangenheit".<sup>2</sup> 1972 setzte die Gegenwehr ein: eine Projektgruppe der Fachhochschule Bielefeld stellte in Film, Ausstellung, Buch und Presseartikeln Geschichte und Leben in der ältesten Arbeitersiedlung des Ruhrgebietes, Eisenheim in Oberhausen, dar.<sup>3</sup> Eisenheim ist in drei Straßenkarrees mit seinen 50 Häusern, in denen je vier Familien wohnen, geradezu ein Museum des Arbeiterwohnbaues von 1844 bis 1901. Landeskonservator Dr. Günther Borchers, der heute als einziger Landeskonservator in der Bundesrepublik über ein Konzept zur Erhaltung von Dokumenten der Sozialgeschichte und historischer Industrie-Architektur verfügt, stellte Eisenheim unter Denkmalschutz - als unersetzliches Dokument der Arbeitergeschichte und der Frühzeit des sozialen Wohnungsbaues. Die Projektgruppe machte mit ihrer Arbeit sinnfälliger, daß die Siedlung ein Dokument für die sozialen Qualitäten der Arbeiter ist: sie verfügt seit jeher über eine hervorragend funktionierende Sozialstruktur, die sich in Nachbarschaftshilfe und intensiver Kommunikation äußert.

Es entstand eine heftige und umfangreiche Diskussion mit mehreren Positionen: Die Arbeitersiedlungen seien Dokumente der Knebelung der Arbeiter an ihrem Arbeitsplatz und ihrer Domestizierung. Dem entgegnete die Projektgruppe, daß dies nur eine Seite des Sachverhaltes sei - die Siedlungen spiegelten Zugeständnisse der Unternehmer, die ihnen mühsam abgerungen wurden: baulich, hygienisch und räumlich größere Wohnungen, günstigere Mieten und mehr selbstverfügbare Raum in der Wohnumwelt; vor

1) FAZ 14. 1. 1975

2) Hartwig SUHRBIER, Blick zurück ohne Zorn. Nicht-verdrängte Vergangenheit: Vorwärts 31. Oktober 1974.

3) Projektgruppe Eisenheim der Fachhochschule Bielefeld, Eisenheim 1844 - 1972. 2. Auflage. Westberlin 1973.

Bauwelt 63, 1972, Nr. 43, S. 1625/31.

Werk und Zeit 21, 1972, Nr. 12 (Werk und Zeit-Forum).

allem aber zeigen sich die Lebenskraft der Arbeiter unter den für sie ungünstigen Bedingungen des sozialen Konfliktes, ihre Solidarität und ihre schöpferischen Fähigkeiten. Der Autor dieses Aufsatzes initiierte eine Arbeiterinitiative in der Siedlung. Er zog selbst in eines der Häuser, arbeitete zusammen mit den Bewohnern an der Erhaltung des Wohnbereiches.

Bundespräsident Dr. Gustav Heinemann würdigte die Aktion beim Architektentag in Gelsenkirchen am 22. März 1974 und bezeichnete Eisenheim als Beispiel für soziale Architektur.<sup>1</sup> Am 30. Mai 1974 empfing er eine Eisenheimer Delegation. Während nun die Erhaltung der einen Kilometer entfernten Siedlung Grafenbusch, die Bruno Möhring für das Top-Management der Gutehoffnungshütte 1910 als hervorragendes Beispiel der "frühen Moderne" angelegt hatte<sup>2</sup>, binnen drei Monaten dem heutigen Eigentümer, der Thyssen-Hütte, abgerungen werden konnte, benötigte die Rettungsaktion Eisenheim runde drei Jahre intensiver Auseinandersetzung mit demselben Eigentümer, der an die Stelle der Siedlung profitable Hochhäuser stellen wollte. Einen großen Teil der Auseinandersetzung verbrachten die Eisenheimer Berg- und Hüttenarbeiter damit, die Funktionäre ihrer Arbeiterorganisationen davon zu überzeugen, daß sie als "Arbeiteraufsteiger" ihre Vergangenheit nicht verdrängen und als Folge davon die Arbeiterwohnbereiche zerstören dürften.<sup>3</sup> Die Arbeiterinitiative führte eine großangelegte Unterschriftenaktion durch - unterstützt von den Professoren Althoff, Boström, Gehrman, Kerbs, Kesting, Küchenhoff und den Journalisten Kemperdick und Suhrbier. Der Zukunftsforscher Prof. Robert Jungk kam nach Eisenheim und diskutierte mit den Arbeitern.<sup>4</sup> Der Landeskonservator des Rheinlandes entwickelte an Eisenheim Vorstellungen über ein funktionelles Museum. Eisenheim wurde zu einem wichtigen Punkt in der Geschichte der Denkmalpflege: Baugeschichte wird als mehr sichtbar denn als eine Wissenschaft von Steinen und Mauern - Bauten sind Bestandteile von Lebensvorgängen. In Eisenheim wurde eine Forschungsstelle gegründet, die getragen wird von Wissenschaftlern und Mitgliedern von Arbeiterinitiativen des Ruhrgebietes: die "Forschungsstelle Eisenheim für Arbeiterwohnen im Ruhrgebiet". Eine umfangreiche sozialwissenschaftliche Forschung über den Ge-

1) Presse- und Informationsamt Bulletin 26. März 1974.

2) Dazu: Roland GÜNTER / Bodo HERZOG, Die Entwicklung der großbürgerlichen Wohnkultur und Bruno Möhrings avantgardistische Siedlung für leitende Manager der Gutehoffnungshütte in Oberhausen. In: J. PETSCH (Herausgeber), Architektur und Städtebau im 20. Jahrhundert, 2. Band. Westberlin 1975, S. 158/211.

3) Rolf DÜDDER, Wo die Hütte Heimat wird. Im Ruhrgebiet kämpfen Bürgerinitiativen um die Erhaltung alter Zechenkolonien: Zeit 24. 1. 1975.

4) Hartwig SUHRBIER, Wie die älteste Arbeitersiedlung im Ruhrgebiet Ruhrpott zur Zukunftswerkstatt wurde: Frankfurter Rundschau 3. 12. 1974.

brauch der Siedlungs- und Bauformen begann: die Kategorie des Ästhetischen wird sozial verstanden - sie wird als Ausdruck sozialer Sachverhalte untersucht. An die Stelle der formalästhetischen Position tritt ein neues Verständnis des Ästhetischen, das sozialorientiert ist. Gewandeltes erkenntnisleitendes Interesse aufgrund gesellschaftlicher Entwicklung führte dazu, Prioritäten neu zu überdenken. Konkret: wenn Wissenschaftler zur Emanzipation breiter Bevölkerungsschichten ihren Beitrag leisten wollen, müssen sie auch anfangen, sich für die Lebensumwelt dieser Leute zu interessieren. Die Mitarbeiter der Forschungsstelle stellen Fragen wie: Gibt es eine Arbeiterkultur? Gibt es im Bereich der Arbeiter eigene Normen, die zu spezifischer Gestaltung führen?<sup>1</sup> Sie fragen: Warum gehen so viele Leute im Urlaub in die Volksquartiere großer Städte - vor allem in mediterranen Ländern, aber auch in Holland. Doch offensichtlich, weil sie merken, daß die sogenannten kleinen Leute (wie es in der Herrschaftssprache heißt) durchaus fähig sind, mit ihren eigenen Normen und Möglichkeiten selbst unter widrigen Umständen wirkliches städtisches Leben herzustellen - nicht mit statu-trächtigen Prestigesignalen an Fassaden, sondern durch reale und vielfältige Benutzung. Walter Benjamin wies darauf hin, daß die (einigermaßen gut erforschte) Öffentlichkeit des gehobenen Bürgertums anders aussieht als die Öffentlichkeit der Arbeiter in ihren Vorstädten. Was wissen wir über ihre spezifische Art von Öffentlichkeit? Am Städtebau des Mittelalters in der Toscana, der eine Leistung der gesamten Bevölkerung darstellt, zeigt sich, daß in dieser Volksarchitektur nicht die Bauten Priorität haben, sondern die Räume, die sie bilden - als Szenerie, die vielfältig benutzbar ist. Ähnliches fanden die Forscher in der Arbeitersiedlung Eisenheim und anschließend in weiteren Arbeitersiedlungen des Ruhrgebietes heraus. Die Zwischenräume werden wichtiger als die Bauten - hier läßt sich ablesen, wie die Bewohner Besitz von ihrer Umwelt ergriffen und sie selbstverfügt gestalteten.

Die Forscher fragten nach schichtenspezifischen Gestaltungstendenzen. Sie beobachteten, daß die Arbeiter in den Siedlungen sich nicht durch ohe Zäune oder Hecken voneinander abschränken - im Gegensatz etwa zu Managersiedlung Grafenbusch. Man kann in den Arbeitersiedlungen also nicht studieren, mit wieviel Kunstfertigkeit soziale Distanzierung, genußvoll verbrämte unterschwellige Drohgebärden und extravagantes Imponiergehabe zur Abhebung des Besitzes gegen andere Besitzer oder die Besitzlosen gehandhabt werden. Dafür kann man beobachten, wie Szenerie entsteht, die soziale Wechselbeziehungen erleichtert: Betretbarkeit, Nähe, Raum- und Platzbildungen - lauter Sachverhalte, die methodisch größere Beobachtungsschärfe verlangen als die Architekturwissenschaft herkömmlich entwickelt hat.

---

1) Roland GÜNTER / Michael WEISSER, Eisenheim in Oberhausen. Die Untersuchung der ältesten Arbeitersiedlung Deutschlands (1844-1901). Eine Herausforderung an Kunstwissenschaft und Baugeschichte: archithese 8/1973, S. 45/54.

In vielen Arbeitersiedlungen laufen um jedes Haus Wege. Wer aus der Wohnung kommt, tritt in den öffentlichen Raum. Sein privater Garten liegt jenseits des Weges. Dies schafft tendenziell mehr öffentliches Bewußtsein. In vielen Arbeitersiedlungen verläuft hinter dem Haus ein Wohnweg. Im Gegensatz zur Straße, wo die Bewohner eher zu "offizielltem Verhalten" veranlaßt werden (hier stehen nur wenige Haushaltsgegenstände vor der Tür), ist der Wohnweg ein Mischbereich: der öffentliche Weg ist hier benutzbar als eine Art Hof- und Gartenbereich und erhält dadurch umgänglichen und persönlichen Charakter. Er veranlaßt die Bewohner, ihn außerordentlich intensiv und vielfältig zu nutzen. Die Leute stellen hier viele Haushalts- und Gartenrequisiten ab. Sie arbeiten und sitzen häufig vor der Tür. Die Öffentlichkeit des Wohnweges hat also eine spezifische Kategorie: sie ist sozial verfügbar und nicht Pose, in der Öffentliches meist erscheint. Sie ist reale Öffentlichkeit und nicht die Scheinöffentlichkeit eines obrigkeitlich gesetzten Symbols, eines artifiziell ausgestatteten "Über-Ich". Der private Bereich der Arbeiterwohnung öffnet sich nach außen: er verlängert sich auf den Wohnweg und macht sich einsehbar - er wird kommunikativ. Das Private wird hier ein Stück Öffentlichkeit. Wenn es als Kunst gilt, den abweisenden oder gar arrogant-abschreckenden Charakter von Mauern außerordentlich deutlich zu machen (z. B. in toskanischen Stadtpalästen des 15. und 16. Jahrhunderts), hat auch die Gegenfrage Berechtigung: wo ein Wohnbereich seinen kommunikativen Charakter in vielerlei Weise und mit vielerlei Mitteln zeigt, sollte es dort nicht ebenfalls legitim sein, auch ausdrücklich von Kultur zu sprechen? Sichtbare Kultur ist Architektur als Kunst. Maxim Gorki: "Die Ethik ist die Ästhetik der Zukunft."

Sozial verstandene Denkmalpflege in der Arbeitersiedlung Eisenheim wurde zur Initialzündung bei der Aufarbeitung eines politisch-sozialen Problems: der Wohnungsfrage im Ruhrgebiet. Nach dem Vorbild von Eisenheim bildeten sich rund zwanzig Arbeiterinitiativen im Ruhrgebiet, die dasselbe Problem haben: die drohende Zerstörung ihrer historischen Siedlungen. Denkmalpflege und Wohnungspolitik verbinden sich in allen Fällen unter dem Stichwort: Stadtbereichsschutz für günstig gewachsene Sozialstrukturen. Unter Denkmalschutz stehen im Rheinland inzwischen eine Anzahl Arbeitersiedlungen: Siedlung Kunstfeld in Köln-Dünnwald (1820), Glashütte Gerresheim in Düsseldorf (1864), Siedlung Mausegatt in Mülheim-Heissen (um 1900), Kolonie II in Leverkusen-Wiesdorf (1899-1913), Siedlung Altenhof II in Essen-Stadtwald (1892-1914), Siedlung Bergmannsplatz in Duisburg-Neumühl (um 1905), Siedlung Margarethenhöhe in Essen-Hüttenscheid (1909-1926), Siedlung Johannenhof in Duisburg-Homberg (1913), Alte Kolonie in Neukirchen-Vluyn (1917-1925) und Neue Kolonie in Neukirchen-Vluyn (1926-1930), Siedlung Linker Niederrhein in Moers-Hochstraße

(1928)<sup>1</sup>. Der Landeskonservator Westfalen stellte inzwischen auch eine Siedlung in Dortmund Hörde und die Siedlung Dahlhauser Heide ("Kappeskolonie") in Bochum-Hordel (1907-1915 von Schmohl) unter Denkmalschutz.<sup>2</sup> In Baden-Württemberg wurde 1973 die Arbeiterwohngkolonie Gmindersdorf in Reutlingen unter Schutz gestellt - eine nach Plänen von Theodor Fischer seit 1903 gebaute Siedlung.<sup>3</sup> Um die Siedlung Bergmannsplatz mit 120 Zechenhäusern in Duisburg-Neumühl, die der Landeskonservator des Rheinlandes im Januar 1975 unter Schutz stellte, hatten zwei Arbeiterinitiativen, die eine unmittelbar in der Siedlung, die andere in der Nachbarsiedlung, über ein Jahr lang erbittert gekämpft. Wie der Bürger als Erzieher auftritt und Planung von oben bzw. von mächtigen Interessen abgeleitet wird, verriet bereits 1954 die Stadtsoziologin Elisabeth Pfeil: "Dankbar gedenken wir guter Gespräche mit Architekten und Vertretern der Wohnungsbaugesellschaften, in denen wir gegenseitig lernten und annahmen. Gemeinsam wollen wir den Weg in die Zukunft finden. Nicht maßgebend sollen also die Wünsche der Bergarbeiter sein, aber sie sollen eingehen in den Gestaltungsprozeß."<sup>4</sup> Wolfgang Vormbrock, Vorstandsmitglied des Wohnungskonzerns Neue Heimat, sagte es in einer Podiumsdiskussion der Heuß-Akademie Gummersbach 1975 so: "Wir müssen den Leuten das Wohnen beibringen" (Tonband-Aufzeichnung).

Im Muttental an der Ruhr unweit von Witten blieben neben bergbaugeschichtlichen Dokumenten auch sozialgeschichtlich wichtige Bauten erhalten: Kotten, deren Bewohner jahreszeitlich wechselnd als Landarbeiter und Bergleute tätig waren, Häuser des 18. Jahrhunderts, in denen spezialisierte zugewanderte sächsische Bergleute wohnten, und Wohnhäuser früher Bergbauunternehmer.<sup>5</sup> Trotz einiger Anfangserfolge zählt die Sozialgeschichte bislang zu den am meisten vernachlässigten Feldern der Architekturwissenschaft und der Denkmalpflege.

---

1) Technische Denkmäler, Arbeitersiedlungen 1. Arbeitshefte des Landeskonservators Rheinland. Bonn 1971.

Juliane KIRSCHBAUM / Wilfried HANSMANN, Technische Denkmäler, Arbeitersiedlungen 2. Arbeitshefte des Landeskonservators Rheinland. Bonn 1972.

Franziska BOLLEREY / Kristiana HARTMANN, Arbeitersiedlungsbau. Ein neuer Aufgabenbereich der Denkmalpflege. In: Denkmalpflege in der Bundesrepublik Deutschland. München 1974, S. 64/67.

2) Stadt Bochum, Bergarbeitersiedlung Dahlhauser Heide. Ein Beitrag zur Denkmalpflege. Bochum 1974.

3) Gabriele HOWALDT, Die Arbeiterkolonie Gmindersdorf in Reutlingen: Denkmalpflege in Baden-Württemberg 2, 1973, Juli-September, S. 26/33.

4) Elisabeth PFEIL, Die Wohnwünsche der Bergarbeiter. Tübingen 1954, S. 10.

5) Werner KROKER, Bergbaugeschichtliche Stätten im Muttental bei Witten: Der Anschnitt 26, 1974, Nr. 5/6, S. 30/37.

Arbeitersiedlungen im Ruhrgebiet, in denen sich bei den qualifiziertesten Industriearbeitern halbagrarische Lebensformen bewahrt haben, erscheinen auf den ersten Blick als historische Fossile. Die genaue Analyse ergibt, daß sie den Lebensformen der Arbeiter entsprechen: sie bieten einen komplementären Ausgleich zur Arbeit in der Maschinenhalle zwischen Eisen, Glas und Stein bzw. zur Arbeit im Felsen unter Tage; die Möglichkeit, ihre Körpermotorik auch nach der Arbeit weiterlaufen zu lassen - nach eigenen Zeitvorstellungen; dies ist außerdem wichtig für die Rentner - aber auch für Kinder, die ihre Körpermotorik erst entwickeln müssen; die Siedlungen bieten Eigenverfügung über Teilbereiche wie Garten, Hof, Keller, Umbau der Wohnung u. a.; hinzu kommt ein umfangreiches Maß an Möglichkeiten, Kontakte aufzunehmen. Historische Sozialformen, die in den Siedlungen nach den vordergründigen Vorstellungen vieler Außenstehender lediglich den Charakter von Fossilien hätten, erweisen sich als dauerhaft - sie überwinterten in dunklen Zeiten und können nun unter anderem zu Leitsymbolen für eine zukünftige Gestaltung der Gesellschaft werden. Dieser Vorstellung stimmte der Zukunftsforscher Robert Jungk ausdrücklich zu. Sie habe den Vorteil, daß man sie am konkreten Leben kontrollieren kann, daß solche sozialen Leitbilder menschlichen Zusammenlebens keine illusionären Utopien sind, sondern konkretisiert werden können, weil sie ansatzweise bereits ihre Realisierung vorweisen können. Allerdings gerät gerade infolge dieses Leitbildcharakters der Schutz der Arbeitersiedlungen in den Bereich des sozialen Konfliktes. Ein Vorstandsmitglied eines Wohnungsunternehmens sprach 1974 von "Arbeiterspinnenestern". Kein Wunder, daß zerstört wird. Der Abriß von Arbeitersiedlungen hat seinen Grund nicht nur in der Kapitalverwertung, sondern auch im "Klassenkampf von oben". Er ist systematische Zerstörung der Atmosphäre, des Milieus, der spezifischen Sozialstrukturen der "Unterschicht" der Arbeiter - stellenweise ähnlich den Zerstörungen, die Kolonialisten in eroberten Ländern praktizierten.

### III. SCHUTZ HISTORISCHER INDUSTRIEANLAGEN

Einäugig ist das Denkmaljahr auch gegenüber den historischen Bauten der Industriegeschichte - Fabriken und Bauten der industriellen Infrastruktur. Auch dies hat eine lange Vorgeschichte. Müller-Wulkow mußte 1925 eine Veröffentlichung über Bauten der Arbeit und des Verkehrs rechtfertigen, weil beide dem "Materialismus" zugeordnet wurden, die Kunst aber den "Geistig-Immateriellen".<sup>1</sup>

Das Mutterland der Beschäftigung mit historischer Industrie-Architektur ist England - das Entstehungsland der frühen Industrie. Dort ist die "Industrie-Archäologie" in den sechziger Jahren geradezu populär geworden. Anders als auf dem Kontinent wurde die Industrialisierung von allen Schichten getragen. Ein Konflikt brachte die Industrie-Archäologie ins Bewußtsein der englischen Öffentlichkeit: der vergebliche Kampf um die Erhaltung der dorischen Eingangsfront des Euston Bahnhofs der London-Birmingham Eisenbahn in London (1835-1839 von Philip Hardwick). In weiteren Auseinandersetzungen gab es wichtige Erfolge: die Erhaltung der Hängebrücke von Thomas Telford in Conway und die Wiederherstellung umfangreicher Teile des Kanalnetzes aus dem 18. und 19. Jahrhundert. Der Begriff Industrie-Archäologie drückt allerdings auch in England bildungsbürgerliche Distanz zur Vergangenheit aus. Er sollte besser nicht übernommen werden - treffender ist das Stichwort "historische Industrie-Architektur". Schon früh entstanden in England technikgeschichtliche Vereine, so 1919 in Birmingham die "Newcomen Society for the Study of the History of Engineering and Technology".

Seit 1951 nimmt der in der Nazizeit aus Deutschland emigrierte Kunstwissenschaftler Prof. Dr. Nikolaus Pevsner in sein Inventarwerk über England, das dem deutschen "Dehio" entspricht, im Gegensatz zu jenem, in selbstverständlicher und umfangreicher Weise historische Industrie-Architektur und Arbeitersiedlungen auf.<sup>2</sup>

Seit 1959 besitzt das Council for British Archeology (CBA; gegründet 1945) ein Research Committee für die historische Industrie-Architektur: es koordiniert die Vereine für Industrie-Architektur im Lande, empfiehlt den Behörden die Erhaltung bestimmter Denkmäler und arbeitet mit dem Umwelt-Ministerium zusammen. Es empfiehlt sogar Gebäude, die noch be-

1) Walter MÜLLER-WULCKOW, Bauten der Arbeit und des Verkehrs aus deutscher Gegenwart. Königstein 1925, S. 3.

2) Nikolaus PEVSNER, The Buildings of England. Harmondsworth 1951 ff. (nach Grafschaften).

nutzt werden, zur späteren Erhaltung. Seit 1964 gibt es das Journal of Industrial Archeology (heute: Industrial Archäology, herausgegeben von Kenneth Hudson). 1965 organisierte das Zentrum für das Studium der Technikgeschichte an der Technischen Universität Bath eine großangelegte Inventarisierungsaktion in England. Bis Mitte 1970 ermittelte es 7000 Objekte.

In England gibt es eine umfangreiche Literatur zur historischen Industrie-Architektur.<sup>1</sup>

Im mittellenglischen Coalbrookdale-Ironbridge-Revier westlich von Birmingham entstand das größte technische Freilichtmuseum der Welt - eine bewundernswürdige Leistung vieler einzelner und Vereine, denn sie erhielten keinerlei staatliche Unterstützung. Geleitet wird es von Neil Cossons. Auf einem Areal von vielen Kilometern Länge wurden die vorhandenen Bauten und Reste der frühen Industrie und ihrer Infrastrukturen erhalten und ausgestellt<sup>2</sup> u. a. der Hochofen, an dem Abraham Darby 1709 zum erstenmal die Eisenschmelze mit Koks gelang. Darbys Wohnhaus, eine Arbeitersiedlung, die berühmte gußeiserne Ironbridge (1776), Bergwerksanlagen, Kanäle, Brücken, Hafenanlagen am Severn u. a. Der Ironbridge Gorge Museum-Trust betreibt eine umfangreiche Buch- und Broschürenproduktion, die sie in eigenen Buchläden in der Museumsregion absetzt. Sie sind erstaunlich billig, obwohl daran zugunsten der Museumsarbeit verdient wird. Sie erfüllen wissenschaftliche Ansprüche und sind zugleich in der Sprachdimension der Laien geschrieben. Zwar dominiert die naive Unternehmergeschichte, aber man kann auch kritische Publikationen kaufen, u. a. zur

1) Als wichtigste Werke seien genannt:

Kenneth HUDSON, Industrial Archaeology. 1963.

E. R. R. GREEN, The Industrial Archaeology of County Down. Belfast 1963 (die erste Übersicht über eine Region).

Kenneth HUDSON, Industrial Archaeology of South Southern England. Newton Abbot 1965.

David SMITH, Industrial Archaeology of the East Midlands. Newton Abbot 1965.

J. P. M. PANNELL, Techniques of Industrial Archaeology. Newton Abbot 1966.

R. A. BUCHANAN, Industrial Archaeology in Britain. Harmondsworth 1972.

Gute Einführung: S. D. CHAPMAN / J. D. CHAMBERS / T. R. SHARPE, The Beginnings of Industrial Britain. London 1970.

In England gibt es bereits umfangreiche Forschungen zum Eisenbahnenwesen.

2) Eine hervorragende Darstellung gibt:

Barrie TRINDER, The Industrial Revolution in Shropshire.

Portsmouth 1973. Kurze Übersichten geben:

Ironbridge Gorge Museum Trust, Blists Hill Open Museum. Guide. 1973.

Ironbridge Gorge Museum Trust, Coalbrookdale. Guide. 1973.

Gewerkschaftsgeschichte, ja sogar Unterrichtsmaterial für die Schule über die Kinderarbeiten in Fabriken.

Der National Waterways Restauration Fund sammelt für die Wiederherstellung des ausgedehnten frühindustriellen Kanalnetzes Spenden und bezieht mit freiwilligen Helfern seine Schiffbarmachung für das Freizeitvergnügen.

Der Southern Stratford-on-Avon-Canal wurde 1964 wieder geöffnet. Die Kosten: 50 000 Pfund. Das Zuschütten des Kanals hätte 119 000 Pfund gekostet.

Die Beschäftigung mit der historischen Industrie-Architektur umfaßt Anteile mehrerer Disziplinen: allgemeine Geschichte, Wirtschaftsgeschichte, Sozialgeschichte, Technikgeschichte, Architekturgeschichte und Sozialwissenschaften.

Die Disziplin erreichte den Kontinent mit Verzögerung. Zwar gibt es bereits seit Anfang des 20. Jahrhunderts eine entwickelte Technikgeschichte (Oscar von Miller, Conrad Matschoß) - aber so gut wie nichts darüber hinaus, was den Bereich von konkreten Bauten anbelangt. Einige Ausstellungen - 1958 in Dortmund, 1965 in Ludwigshafen und 1969 in Duisburg - beschäftigen sich mit Industriebauten nur insoweit, wie sie sich im Kunstbereich der Malerei spiegeln.<sup>1</sup>

Der Autor dieses Aufsatzes bemühte sich seit 1967 im Landesdenkmalamt des Rheinlandes um die Inventarisierung und Erhaltung historischer Industrie-Architektur und sozialgeschichtlicher Bauten (Arbeitersiedlungen u. a.).<sup>2</sup>

- 
- 1) Dortmund 1958: "Das Bild der deutschen Industrie 1800-1850", Ludwigshafen 1965: "Industrie und Technik in der Kunst".  
Duisburg 1969: "Industrie und Technik in der deutschen Malerei".  
Katalog, bearbeitet von Siegfried SALZMANN:  
Siehe auch: F. D. KLINGENDER, Art and Industrial Revolution.  
1968. Deutsch: 1974.
  - 2) Inventarisierung von Industriestädten mit umfangreichen Untersuchungen der historischen Industrie-Architektur und des Arbeiterwohnungsbaues:  
Roland GÜNTER, Oberhausen, Die Denkmäler des Rheinlandes, Düsseldorf 1975. Manuskriptabschluß 1968.  
Roland GÜNTER, Mülheim an der Ruhr. = Die Denkmäler des Rheinlandes. Düsseldorf 1975. Manuskriptabschluß 1969.  
Roland GÜNTER, Zu einer Geschichte der technischen Architektur im Rheinland = Die Kunstdenkmäler des Rheinlandes, Beiheft 16. Düsseldorf 1970, S. 343/72.  
Roland GÜNTER, Der Fabrikbau in zwei Jahrhunderten.  
Zur Baugeschichte des Rhein-Ruhr-Gebietes: archithese 1, 1971, Nr. 3/4, S. 34/51 (dort weitere Literatur).

Er stellte 1969 ein erstes vorläufiges Verzeichnis der historischen Industrie-Architektur für den Referenten im Kultusministerium Prof. Rudolf Wesenberg, den langjährigen verdienstvollen Landeskonservator des Rheinlandes, zusammen. Die vom Autor im Landesdenkmalamt Rheinland initiierte Bildung einer Arbeitsgemeinschaft mehrerer Institutionen scheiterte an Arbeitsunfähigkeit, Desinteresse und Konkurrenzverhalten der Wissenschaftler. Allerdings hatte die Anregung, das Landesdenkmalamt einen Fragebogen an alle Stadt- und Kreisverwaltungen des Rheinlandes senden zu lassen, hervorragendes Echo und ein umfangreiches Ergebnis.

Industrie und Stadtverwaltungen machten das Ruhrgebiet, die industrielle Kernlandschaft Deutschlands, lange Zeit zu einer Kahlschlaglandschaft. Der Landeskonservator des Rheinlandes versuchte jahrelang den Abbruch eines klassizistischen Baues der Zinkhütte in Mülheim (Mitte 19. Jh.) zu verhindern - vergebens. 1970 riß die HOAG (jetzt Thyssen-Niederrhein) ein historisches Fabrikgebäude an der Essener Straße in Oberhausen ein, ebenso das Ehrenmal (1930) von Fritz Behn, einem bedeutenden expressionistischen Bildhauer, das in einem Park neben dem Werksgasthaus niemanden störte. Im selben Jahr faßte das Stadtparlament Duisburgs den Beschluß, den "Ruhrorter Hebeturm schnellstmöglich abzureißen". Der markante Turm (1854) am Rheinufer hob Eisenbahnwägen auf die Schiffsfähre. Die am anderen Ufer liegende Stadt Homberg erhielt ihren Hebeturm - sie ließ ihn nach 1945 als Jugendherberge einrichten. 1973 wurden die Wagnerschen Werkstätten in Berlin abgerissen - eine berühmte wilhelminische Mosaikfabrik.<sup>1</sup>

Ein Beispiel für eine Nacht- und Nebelaktion: In Wermelskirchen unweit von Köln entstand die erste Ultramarinfabrik der späteren Bayer-Werke - in einem klassizistischen Gebäude des frühen 19. Jahrhunderts (Telegrafstraße 47). Am 10. August 1970 ersuchte die Stadtverwaltung den Landeskonservator Rheinland um Zustimmung zum Abriß. Am 17. September 1970 wies der Landeskonservator in einer Pressekonferenz auf die Bedeutung des Baudenkmals hin. Wenige Stunden nach Erscheinen der Morgenzeitung ließ die Stadtverwaltung den Abbruchunternehmer anrücken und das Baudenkmal zerstören. Anschließend ging sie in die Offensive: sie hing dem Landeskonservator ein Dienstverfahren an. Es hatte zwar kein Ergebnis - aber auch die Stadtverwaltung Wermelskirchen blieb unbehelligt, weil "keine Krähe der anderen ein Auge aushackt".

Ein Beispiel für Kurzsichtigkeit und Engstirnigkeit: Der Staatsvertrag zwischen der Bundesregierung und der Aktionsgemeinschaft Deutscher Steinkohlenreviere GmbH legte fest, daß die Zecheneigentümer nur dann eine Stilllegungsprämie erhalten, wenn ihre Zechengrundstücke zu weiterer Industrieansiedlung genutzt würden. Die stillgelegten Zechengebäude der

---

1) Bernhard STRECKER, Die verlorene Rettung der Wagnerschen Werkstätten zu Berlin: Bauwelt 30/1973, S. 1296.

Zeche Germania in Dortmund-Marten, 1953 von einem hervorragenden Architekten des "Neuen Bauens", Fritz Schupp, entworfen, fiel diesem unsinnig gefaßten Vertrag zum Opfer. Die Freireligiöse Landesgemeinde NW wollte zwar Teile der Gebäude erwerben und zu einem Freizeitzentrum umbauen, aber der Beigeordnete der Stadt Dortmund, Werner Dannerbohm, teilte dem Direktor der Werkkunstschule Hans P. Koellmann, der sich um die Erhaltung bemühte, mit: "... möchte ich noch darauf hinweisen, daß ein Gespräch mit den ernsthaft interessierten Bewerbern von Gewerbestücken auf der ehemaligen Zentralschachanlage m. E. wenig aussichtsreich sein dürfte, weil deren Unternehmenspolitik verständlicherweise mit Ihren Vorstellungen kollidiert. Ich bin der festen Überzeugung, daß Sie ... mit mir die Entscheidung des Herrn Oberstadtdirektors nicht nur tolerieren, sondern wegen der besonderen Problematik des Projektes als einzig möglich anerkennen."<sup>1</sup>

Welche Widersprüche zutage treten, mag ein weiteres Beispiel zeigen. 1969 ließ die Gutehoffnungshütte Oberhausen die letzten erhaltenen Fabrikgebäude der ältesten Hütte im Ruhrgebiet, der St. Antony-Hütte in Oberhausen, abreißen. Die drei zweigeschossigen Häuser (um 1830) waren im späten 19. Jahrhundert zu Wohnungen umgewandelt worden und hätten mit Leichtigkeit als Wohnungen erhalten werden können. Sie standen niemandem im Wege. Heute befindet sich an ihrer Stelle eine sterile Rasenfläche. Der Journalist Hartwig Suhrbier: "Das Gelände wurde anschließend nicht einmal als Kartoffelacker benutzt." Im selben Jahr publizierte die Gutehoffnungshütte ein teures Prachtwerk über die Frühgeschichte der Hütte vom Grafen Andreas Ballestrem.<sup>2</sup>

Zu gleicher Zeit zog die Stadt Oberhausen ihre Tafeln an den Ortsschildern ein, auf denen stand: Oberhausen - Wiege der Ruhrindustrie.

Der Kahlschlag im Ruhrgebiet umfaßt besonders die Dokumente der Industrialisierung - aber nicht nur sie: 1957 riß die Stadt Mülheim an der Ruhr das Geburtshaus ihres Dichters Carl Arnold Kortum (geboren 1745) in der Kettwiger Straße ab. Die Stadt Oberhausen bringt 1972 die Erhaltungskosten von geschätzten 30 bis 80 000 DM für die beschädigte Plastik "Urbeginn" von Ewald Matarè - ein Geschenk der Henkel-Werke 1962 - nicht auf. Die Teile verschwinden in irgendeinem Depot.

Die Zerstörung der Dokumente der Arbeitswelt in der Bundesrepublik (im Gegensatz zu England) hat Gründe. Ihre historischen Wurzeln: Der Adel arbeitete nicht - "schmutzige Finger" ehrten nicht. Das aufsteigende Bürgertum versuchte im 19. Jahrhundert mit dem Feudaladel gleichzuziehen - mithilfe der Industrialisierung. Das Mittel des Aufstiegs wurde versteckt - man sprach ungern davon. Wer es sich leisten konnte, wohnte außerhalb des Ruhrgebietes - als Aktionär in Köln, Krefeld oder Düsseldorf. Noch

---

1) Schreiben vom 5. 9. 1972.

Hans P. KOELLMANN, Gedanken um Wahrzeichen neben der B 1: hier (Kulturamt Dortmund) 23§1971, S. 31/34.

2) Andreas BALLESTREM, Es begann im Dreiländereck. Das Stammwerk der GHH. Tübingen 1969.

heute wohnen die meisten Vorstandsmitglieder der Ruhrkonzerne in der Hügellandschaft bei Düsseldorf. Der königliche Oberbaurat Carl Weigle in Stuttgart, der 1912 das "Zechen-Versailles" der Zeche Jacoby und das Werksgasthaus der Gutehoffnungshütte in Oberhausen baute, dürfte zwar stolz auf sein umfangreiches Honorar gewesen sein, gab aber nirgendwo in Stuttgart an, daß er im Ruhrgebiet solche riesigen Projekte baute. Thomas Grochowiak beschrieb das Problem so: "Geschickt haben die Landschaftskultivierer (ergänze: im Ruhrgebiet) im freudigen Einvernehmen mit den Anliegerstädten und Gemeinden durch Baumanpflanzungen (ergänze: an den Autobahnen) das wahre Gesicht dieser von Hochöfen, Fördergerüsten, Gasometern, Wasser- und Kühltürmen, Kalköfen, Aufbereitungsanlagen durchsetzten Industrieraumes getarnt, in der irrigen Absicht, Makel zu vertuschen, ähnlich so, wie man es in der Gesellschaft bei mißratenen Familienmitgliedern zu tun pflegt. ... Offenbar schämt man sich ihrer Existenz ..."<sup>1</sup>

Das gebrochene Verhältnis zur eigenen Geschichte resultiert bei den Unternehmern auch aus dem sozialen Konflikt, den die Machtverhältnisse in der Industrialisierung verursachte. Sie haben wenn nicht ein schlechtes, so doch zumindest ein unruhiges Gewissen. Seit Hans G. Helms klugem Essay wissen wir, welche Vorteile die Anonymität der Macht hat<sup>2</sup> - praktiziert wird sie schon seit der französischen Revolution.

Nicht einmal Karthago wurde von den Römern so gründlich zerstört, wie viele Orte der Industrialisierung. Man vergegenwärtige sich, welche Erinnerung an Leistungen von vielen Menschen ausgelöscht wurden. Die polnische Münze, der Zloty, zeigt Arbeit - es ist die Hochachtung vor der Arbeit, die ihr gebührt. In diesem Lande sprechen Interessenten von der Leistungsgesellschaft - aber die Dokumente der Leistungen von Millionen Menschen werden von denselben Leuten der Bevölkerung vorenthalten. Leistungen haben ihre Geschichte und verdienen es, Geschichte zu werden. Wir sehen jedoch um uns herum unentwegt, daß Geschichte verdrängt wird. Und wenn sie nicht verdrängt wird, wird sie zumeist geklittert: denn die Leistungen der einen werden in der Regel unterschlagen - die Industriegeschichte ist nicht bloß das Werk einer Anzahl von Männern, sondern die gemeinsame Leistung von Millionen. In der Geschichte der Industrie-Bauten herrscht die undifferenzierte Hofberichterstattung noch genauso wie zu Napoleons oder Alexanders Zeiten. Wo wird die Brecht'sche Frage aufgenommen: Hatte Alexander nicht auch einen Koch? Und wen noch?

Wundern sich die Verantwortlichen über das schlechte Image des Ruhrgebietes, zu dessen Produktion sie selbst beitragen? Sie können den Kahlschlag auch nicht den Arbeitern anlasten, die angeblich zu wenig gebildet seien, um

1) Bernd und Hilla BECHER, Anonyme Skulpturen. Formvergleiche industrieller Bauten. Katalog. Städtische Kunsthalle Düsseldorf 1969.

Vorwort.

2) Hans G. HELMS, Die anonyme Gesellschaft. Köln 1966.

an der Erhaltung ihrer Vergangenheit Interesse zu finden. Jan Krieniewicki, Bergarbeiterrentner in Eisenheim, sagte, was viele seiner Kollegen ähnlich denken: "Ein Denkmal ist für mich ein Andenken. Wenn ich mit meinem Enkelchen spazieren gehe, dann möchte ich ihm den Förderturm zeigen, wo ich gearbeitet habe und mein Vater. Ich hab ein Interesse daran, daß das nicht alles abgerissen wird." Gibt es eine treffendere Begründung für die Erhaltung historischer Bauten?

Ein Reflex des Desinteresses der Unternehmer ist die Einstellung einer Anzahl von Gremien. Der Verband Deutscher Ingenieure besitzt seit langem einen Ausschuß für die Erhaltung technischer Kulturdenkmäler - aber er ist ein völlig handlungsunfähiges Honoratiorengremium. Die mit Industriegeldern finanzierte Fritz Thyssen-Stiftung verschreibt sich lieber prestigeträchtiger Erforschung von Theaterbauten als nachhaltig der Geschichte der Industrie-Architektur. Es bedurfte langer Interventionen des großen alten Mannes der Kunstwissenschaft, Sir Nikolaus Pevsner, daß die von Pevsner in England geförderten Fotografen Bernd und Hilla Becher ihre Aufnahmen von "Förder- und Wassertürmen"<sup>1</sup> mit Hilfe der Stiftung publizieren konnten. Daß die Thyssen-Stiftung nicht an der Darstellung konfliktträchtiger Historie interessiert ist, sondern an heiler Prestigewelt zeigt zum Beispiel auch die Tatsache, daß sie sich weigerte, aus den Forschungen von Klaus Merten und Christoph Mohr über das Frankfurter Westend einen kritischen Teil der Analyse drucken zu lassen. Er mußte anderswo erscheinen.<sup>2</sup>

Die Arbeit des Lehrstuhls für Technikgeschichte an der Ruhruniversität hält sich im Bereich folgenloser akademischer Meditation auf.

Daß die Historie gerade im Bereich der Industrie auf das Museum reduziert bzw. ins Museum abgeschoben wird, zeigt das Beispiel des Zechenturmes besagter Zeche Germania (1953). Er wurde 1973 abmontiert und über den Klinkerbau des Bergbau-Museums Bochum neu errichtet<sup>3</sup>.

Kosten der Aktion: rund eine Million DM - getragen von der Landesregierung. Die pressewirksame Aktion ist ein typisches Beispiel für vordergründiges Prestigedenken anstelle substantieller Konzeption.

- 
- 1) Bernd und Hilla BECHER, Die Architektur der Förder- und Wassertürme.
  - 2) Christoph MOHR und Michael MÜLLER, Zur Dokumentation eines großbürgerlichen Wohnviertels: Kritische Berichte 1, 1972, Nr. 2, S. 28/52.
  - 3) A. WINKELMANN, Fördergerüst der Zeche Germania in Bochum aufgestellt: Der Anschnitt 25, 1973, Nr. 5, S. 32.

Wie grotesk die Prioritätensetzung ist, zeigt ein weiteres Beispiel: 1974 stiftete die Stiftung Volkswagenwerk dem daran interessierten Bergbau-Museum Bochum 180 000 DM für eine Grabung im Timnatale in Südisrael. Ob die Aufgaben in der eigenen Region nicht wichtiger sind? Hier hat das Bergbau-Museum außer zum Erhalt der Maschinenhalle Zollern II in Dortmund-Bövinghausen und Objekten im Muttental bei Witten so gut wie keinen Einfluß auf die Rettung historischer Industrie-Architektur genommen. Aus der Diskussion über die Erhaltung der Bergmannssiedlungen hielt es sich vollständig heraus. Auf mehrfache Anfrage nach einer gutachtlichen Stellungnahme zur Erhaltung der Arbeitersiedlung Eisenheim gab es keine Antwort. Aber ausgerechnet das Bergbau-Museum Bochum veranstaltet den II. Internationalen Kongreß zur Erhaltung historischer Industrie-Bauten 1975. Nach dem Willen der Veranstalter soll er sich auf einen kleinen Kreis beschränken; Industriearchivare bleiben ausgesperrt; die "Öffentlichkeit" soll auf Filmabende im Museum beschränkt werden. Die Geschäftsführung des Kongresses beruft sich auf die herkömmliche Kongreßpraxis. Dabei ist die historische Industrie-Architektur ein Grenzgebiet vieler Wissenschaftsdisziplinen und hätte bereits aus diesem Grunde eine Öffnung nötig.

Hinzu kommt, daß die Erhaltung der Dokumente - so lehrte jedenfalls die englische Erfahrung - großenteils von interessierten Laien getragen wird. Vor allem aber ist der Bereich der historischen Industrie-Architektur, der am Anfang seiner Erschließung steht, darauf angewiesen, Öffentlichkeit zu gewinnen. Das sattsam bekannte elitäre Kongreßverfahren sichert lediglich, daß einige wenige sich als Päpste aufspielen können; es dient der Erhaltung von Päpsten, aber nicht der Erhaltung von Baudokumenten; die Sache selbst wird von den Päpsten im Käfig ihrer sorgsam fabrizierten Isolation erstickt.

Wie lange bleibt die Erhaltung von Bauten der Industrialisierung Zufall oder Gnadenakt?

So miserabel die Bilanz aussieht - einige Erfolge sind unübersehbar. Hans P. Koellmann, Direktor der Werkkunstschule Dortmund, betrieb seit 1967 die Erhaltung der Maschinenhalle der Zeche Zollern II in Dortmund-Bövinghausen, die Bruno Möhring 1905 entwarf.<sup>1</sup> Die Architektur-Zeitschrift "Bauwelt" bezeichnete sie als "Entdeckung des Jahres". Der Vorsitzende des Kulturausschusses im Düsseldorfer Landtag, Hans-Joachim Bargmann, griff die Initiative auf - der Landtag bewilligt 1969 zwei Millionen DM zur Erhaltung industrieller Baudenkmäler.

1) Eberhard G. NEUMANN, Die ehemalige Zeche Zollern II/IV in Dortmund: Der Anstich 26, 1974, Nr. 5/6, S. 64/70.

Eberhard G. NEUMANN, Dortmund-Bövinghausen: Zeche Zollern 2/4. Industriedenkmale als erhaltenswerte Zeugen neuester Geschichte. In: Denkmalpflege in der Bundesrepublik Deutschland. München 1974, S. 68/69.

Eine umfangreiche Publikation von E. G. NEUMANN erscheint in Kürze.

Wie in England der BBC-Journalist Kenneth Hudson, so spielte in der Bundesrepublik ebenfalls ein Journalist eine wichtige Rolle für die Erhaltung und industrie-geschichtlicher Dokumente. Hartwig Suhrbier M. A., Düsseldorfer Korrespondent der Frankfurter Rundschau, berichtete als erster und kontinuierlich über Rettungsaktionen an Rhein und Ruhr. Suhrbier gilt darüber hinaus als brillanter Vermittler der Theorie dieses Zweiges der Denkmalpflege. Er interessierte den Vorsitzenden des Kulturausschusses des nordrhein-westfälischen Landtages, Joachim Bargmann für die historische Industriearchitektur und leitete in die Wege, daß zum erstenmal eine Förderung der öffentlichen Hand mit einem Etat von zwei Millionen DM zustande kam.

Wesentlichen Anteil hatte auch ein engagierter Beitrag von Jürgen Schneider und Reinhard Hoffmeister im ZDF-Kulturmagazin "Aspekte" über die Rettungsaktionen des Bielefelder "Fabrikschlusses". Sie filmten den Protestmarsch der interessierten Bevölkerung durch die Bielefelder Innenstadt, den Informationsstand der Bürgerinitiative und die Protestdemonstration, bei der der Pädagoge Hartmut von Hentig sprach. Der Fernsehjournalist Gustav Kemperdick drehte für die BBC und das 3. Programm des WDR zwei instruktive Filme mit dem Generaltitel "Schmieden der Gründerzeit. Denkmäler von Kapital und Arbeit" in England und in der BRD.

Ein privater Kulturkreis mit seinem Vorsitzenden, dem Bauingenieur Heinrich Klinge, rettete und restaurierte 1967 den letzten bergmännischen Pferdegöpel Westeuropas in Kaufungen bei Kassel, einen Fachwerkbau von 1823.<sup>1</sup> In Bochum wurden zwei steinerne Zechentürme ("Malakowtürme") erhalten. Im Brühler Vorort Kierberg blieb der Bahnhof stehen, der 1874 für Kaiser Wilhelm I. als Empfangsstation gebaut wurde - im Stil einer großzügig mit Terrassen ausgestatteten pompejanischen Villa.<sup>2</sup> Geradezu abenteuerlich mutet die Geschichte der Erhaltung der Sayner Gießhalle an: Das 1824

- 
- 1) Gerhard SEIB, Der letzte bergmännische Pferdegöpel Westeuropas Rettung eines technischen Kulturdenkmals in Hessen: Der Anschnitt 26, 1974, Nr. 5/6, S. 26/29.
  - 2) Josef KOPP (Pseudonym für Roland GÜNTER), Der Kaiserbahnhof als Vorortzentrum: Frankfurter Rundschau 30. 5. 1970.

nach Plänen von Ludwig Karl Althans angelegte gußeiserne Gebäude<sup>1</sup> in Form einer Kirche gelangte über Krupp 1927 in den Besitz der Stadt Bendorf. Auf Initiative des Vereins Deutscher Ingenieure wurde es bereits 1929 (!) unter Denkmalschutz gestellt. 1973 beschloß der Bendorfer Stadtrat den Abbruch des Gebäudes. Ohne Genehmigung des Landeskonservators wollte der Baudezernent es in einer Nacht- und Nebel-Aktion abreißen lassen. Er hatte Pech: der Koblenzer Abbruchunternehmer erwies sich als kunstsinniger Mann - er verständigte einen verwandten Architekturprofessor der Fachhochschule in Dortmund und dieser wiederum Journalisten, die dem Baudezernenten mit einem Interview auf den Leib rückten. Resultat: die Aktion platzte. Eine Bürgerinitiative entstand - sie betreibt die Erhaltung des unersetzlichen Dokumentes. Übrigens: der Verein Deutscher Ingenieure hat die Tat seiner Großväter von 1929 längst vergessen.

Der Autor dieses Aufsatzes initiierte 1972 die erfolgreiche Erhaltung des Fabrikschlosses der "Ravensberger Spinnerei" (1855) in Bielefeld.<sup>2</sup>

Im heutigen Naherholungsgebiet Muttental an der Ruhr unweit von Witten blieben umfangreiche Spuren der Entwicklung des Bergbaues erhalten: vom frühen Kohlegraben über den Stollenbau bis hin zu frühen Versuchen, Bedingungen für den Großbetrieb zu schaffen: ein Steinbruch, in dem Kohleflöze zutage treten, Mundlöcher von Erbstollen, die Trasse einer Pferdebahn, ein Bethaus über einem Schacht (wohl 1823), eine Kleinzeche, ein

---

1) Christian KANTZIA, Sayner Gießhalle: Bauwelt 60, 1969, Nr. 47, S. 1677/81.

E. WERNER, Die Gießhalle der Sayner Hütte: Zentralblatt für Industriebau 19, 1973, Nr. 6, S. 254/60.

"Dom der Arbeit" vom Untergang bedroht - Soll die Erhaltung der Sayner Hütte am Geldmangel scheitern?:

IHK-Information (Industrie- und Handelskammer Koblenz) 29, 1973, Nr. 11, S. 324.

J. RÖDER, Bilder und Pläne zur Geschichte der Sayner Hütte und der Sayner Gießhalle. 1. Teil = Jahrbuch der Stadt Bendorf am Rhein. Bendorf 1974, S. 60/68.

Michael WEISSER, Situation der bundesdeutschen Denkmalpflege am Beispiel der Sayner Gießhalle: Der Architekt 23/1974, Nr. 8, S. 203/06.

Gerhard SEIB, Die Gießhalle der Sayner Hütte: Der Anschnitt 26, 1974, Nr. 5/6.

2) Roland GÜNTER / Klaus WEBER, Fabrikschloß als Kommunikationszentrum: Bauwelt 63, 1972, Nr. 36, S. 1400/01.

Hartwig SUHRBIER, Bleibt Bielefelds "Fabrikschloß"?: Frankfurter Rundschau 16. 9. 1972.

Maschinenhaus u. a.<sup>1</sup> Die Stätten sind als Lehrpfade mit Schildern versehen. Leider erklären die spärlich beschrifteten Hinweisschilder nur wenig und sind oft nur für die "Eingeweihten" verständlich. Der Ansatz zu einer Didaktik ist zwar erfreulich, aber noch nicht so konsequent durchgeführt, daß er funktioniert.

1975 stellte die rheinland-pfälzische Landesregierung die größte und älteste deutsche Saline in Bad Dürkheim als "großartiges Denkmal der Bäderschichte" unter Schutz.

In der historischen Kernlandschaft der Industrialisierung, in Ironbridge westlich von Birmingham, fand 1973 der erste Kongreß für die Erhaltung industrieller Bauten statt - vorzüglich organisiert von Neil Cossons und Barrie Trinder. Exkursionen zeigten die wichtigsten historischen Orte: Fabriken, Fabrikantenhäuser, Arbeitersiedlungen, Anlagen der Infrastruktur. Die wichtigsten Beiträge: Eberhard Wächtler (Freiberg/Dresden) zu Zielen der Erhaltung, Gunnar Sillen (Stockholm) zu sozialen Aspekten, Marie Nisser (Stockholm) zu komplexer Dokumentation und George Watkins (Bath) zu Dampfmaschinen. Der Kongreß brachte erstmals einen internationalen Gedankenaustausch zustande.<sup>2</sup>

Einen brillanten Erfahrungsbericht schrieb Michael Müller.<sup>3</sup> Er gehört zum Besten, was es an Methodenentwicklung in der historischen Industrie-Architektur gibt. Müller fordert, daß die Vereinzelung der Objekte durch ihre Präsentation sowie ihre wissenschaftliche Bearbeitung nicht verstärkt werden dürfe, sondern abgebaut werden müsse. Die Bauten dürfen keine "Sammlerstücke" sein, keine Beispiele "autonomer Kunst". Wenn sich die Objekte der Industrie-Architektur von herkömmlicher Ästhetik unterscheiden, dann müssen sie auch anders untersucht werden. Das aktive Geschehen der Fabrik muß mitrekonstruiert werden. "Erst die Darstellung des Produktionszusammenhangs und der Funktionen, die die einzelnen Objekte ... erfüllten, wird ein annähernd der geschichtlichen Wirklichkeit entsprechen-

---

1) Werner KROKER, Bergbaugeschichtliche Stätten im Muttental bei Witten: Der Anschnitt 26, 1974, Nr. 5/6, S. 30/37.

Gustav Adolf WÜSTENFELD, Frühe Stätten des Ruhrbergbaus. (Wüstenfeld) Wetter 1975.

Erheblichen Anteil an der Erhaltung des Bethauses im Muttental hat der Bergmannsrentner Klotzbach.

Die Erhaltungsgeschichte zeigt jedoch wie mehrere Beteiligte u. a. das Bergbau-Museum Bochum miteinander um das Verdienst konkurrieren und sich peinlicherweise geradezu im Verschweigen der Mitbeteiligten überbieten, statt zusammenzuarbeiten.

2) Die Publikation der Kongreß-Referate befindet sich in Druck. Herausgeber: Ironbridge Gorge Museum Trust.

3) Michael MÜLLER, Bericht über eine Tagung zur Industriearchitektur: Kritische Berichte 1. 1973, Nr. 2, S. 7/11.

des Bild konstruieren helfen.<sup>1</sup> Die "idealisierende Wirkung" muß ablesbar sein.<sup>2</sup> Die Industriegeschichte darf also nicht nur die Objekte vorweisen, sondern sie muß auch die Prozesse einsichtig machen, die sich an und um die Objekte herum abspielten. In Halle zeigt eine alte Saline, die als Museum angelegt ist, nicht nur die Maschinen, sondern auch die Produktion. Ebenso ist die Erhaltung des Frohnauer Hammers in Annaberg angelegt. Zumindest muß die Arbeit durch Beschreibungen, Zeichnungen und Fotografien oder analoge Beispiele sichtbar werden.

Weitreichende Konzeption der Erhaltung von industrieller Architektur wurden bislang erst in Polen (Institut für Geschichte der materiellen Kultur; Jan Pazdur), der DDR (Eberhard Wächtler, Otfried Wagenbreth) und in Schweden (Marie Nisser) entwickelt.

Weitreichend arbeitet das Schwedische Denkmalamt (Riksantikvarieämbetet och Statens Historiska Museum Stockholm).<sup>3</sup> Ganze historische Hüttenwerke und ihre dorfartige industrielle Infrastruktur werden ausgezeichnet dokumentiert und erhalten. Einige Industriekonzerne haben einen umfangreichen jährlichen Denkmalpflegeetat. Die Kupferberg AG Falun unterhält 80 historische Baukomplexe.

In Polen beginnt die Diskussion über den Schutz industrie-geschichtlicher Dokumente schon 1939.<sup>4</sup> 1948 wird das Bergbaumuseum in Sosnowiec gegründet, 1949 das Museum des Salzbergwerks in Wieliczka. 1953 wird in der polnischen Akademie der Wissenschaften das Institut der Geschichte der materiellen Kultur eingerichtet. Sein Leiter ist heute der um diesen Bereich außerordentlich verdiente Prof. Jan Pazdur. Das Institut erarbeitete und publizierte 1955 Grundsätze der Registrierung und der Dokumentation der Geschichte der materiellen Kultur. Die Inventarisierung erfolgt bezirksweise. Von 300 Bezirken sind bisher allerdings erst 20 vollständig

---

1) MÜLLER, S. 11.

2) MÜLLER, S. 9.

3) Ivar BOHM, Den Svenska Masugnen under 1800 - Talet.

Jernkontorets Berghistoriska Utskott. Hyttrapport 1.

Stockholm 1972 (Eisenwerke und Hütten).

F. BEDOIRE, Industriearchitektur i Stockholms innerstad.

Stockholm 1973. Ausstellungskatalog Stadtmuseum.

Marie NISSER, Henrich O. ANDERSSON, Frederic BEDOIRE, Göran

LINDAHL, Gunnar SILLEN, Helene SJUNVESSON, Industriminnen.

Ett urval industriminnen och andra teknikhistoriska monument. Stock-

holm 1974 (Katalog der wichtigsten Fabrikanlagen in Schweden; Ausstellung in Stockholm).

4) Einen guten Überblick über die Tätigkeit in den sozialistischen Ländern gibt: Akos PAULINYI, Industrieäarchologie. Neue Aspekte der Wirtschafts- und Technikgeschichte. In: Vortragsreihe der Gesellschaft für Westfälische Wirtschaftsgeschichte e. V., Dortmund 1975, Heft 19. Die Publikation gibt einen breiten Überblick über den Stand der Disziplin und der Tätigkeit in der Denkmalpflege in England und der BRD.

bearbeitet. Bis 1972 erschienen 11 Lieferungen in einer Katalogreihe. Die Arbeit geschieht interdisziplinär und planmäßig; sie erfolgt nicht auf der Basis der Wertschätzung im rein emotionalen Bereich der Liebhaberei oder der isolierten Fachdisziplin, sondern ist eingebettet in eine umfassende wissenschaftliche Theorie. Auch in der CSSR wird nach ähnlichen Gesichtspunkten die Erhaltung technischer Denkmäler betrieben.

In der DDR<sup>1</sup> kommt zur technikgeschichtlichen Perspektive in der Tradition Oskar von Millers (Deutsches Museum München 1905) und Conrad Matschoß<sup>1</sup> (Verein Deutscher Ingenieure) die soziale Orientierung hinzu. Die Erhaltung steht unter dem Gesichtspunkt der Geschichte der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse. An die Stelle eines eindimensionalen Geschichtsverständnisses tritt ein komplex dialektisches. Die Industrialisierung, so sagen die Autoren eines Denkmälerkataloges in der DDR, erzeugte auch die Männer, die die Produktivkräfte als Waffen zur Befreiung von Armut und Herrschaft handhaben lernten. Die technischen Denkmäler sind kristallisierte menschliche Schöpferkraft. In der Tat veranschaulichen sie Arbeit, die Mühe kostete und zugleich Würde schuf. Auf der einen Seite Unterdrückung, auf der anderen Seite schrittweiser Abbau von Herrschaft - das ist der Entwicklungsgang der vielen, die die Industrialisierung mit ihren Fähigkeiten und ihrer Arbeit entwickelten. Die industrielle Arbeit veranlaßt Zusammenarbeit. Zusammenarbeit als eine Notwendigkeit der Maschinenbedienung wurde zur sozialen menschlichen Tugend.

Schon 1950 inventarisierte die sächsische Denkmalpflege rund 1000 technische Kulturdenkmale. 1952 wurden sie in der ersten Denkmalschutz-Verordnung der DDR als Bestandteile des "kulturellen Erbes" anerkannt. Auch der "engere Heimatbereich" hat das Recht, seine Geschichte in sichtbarer Form zu besitzen. An der Instandsetzung bzw. Erhaltung von technischen Denkmälern arbeiten viele Laien mit - ähnlich wie in England.<sup>2</sup> Die Dokumente der materiellen Kultur - so die DDR-Autoren - sind ein Bestandteil der Erziehung der "sozialistischen Persönlichkeit".

---

1) Eberhard WÄCHTLER u. a., Technische Denkmale in der DDR. Berlin 1973.

2) In der DDR ist die Betriebsgeschichtsschreibung durch Laien- und professionelle Wissenschaftler vorzüglich entwickelt (Sammelband zur Betriebsgeschichtsschreibung (Adademie-Verlag) Ost-Berlin 1962).

#### IV. FORDERUNGEN AN EINEN ZUKÜNFTIGEN STADTBEREICHSSCHUTZ

Die Etats der Denkmalpflege in Westdeutschland reichen nicht einmal für die Orchideenpflege. Bayern stellte für 1974 zehn Millionen DM, Baden-Württemberg 18 Millionen DM an Mitteln zur Verfügung. Nordrhein-Westfalen gab 25 Millionen DM aus. Von ihnen stammten 10 Millionen aus sogenannten Städtebauförderungsmitteln - waren also meist nichts weiter als ein Trostpflaster für den Kahlschlag ganzer Stadtbereiche. Der Landschaftsverband Rheinland gab für seinen Landesteil zusätzlich 2,92 Millionen aus. Was die anderen Bundesländer jährlich an Denkmalschutzetats anbieten, dürfte unter den Summen liegen, die in den von ihnen gepflegten Kirchen sonntäglich in den Klingelbeutel wandern. Westberlin bietet 500 000 DM. "Das ist der tausendste Teil dessen, was in ein einziges Prestigeobjekt, das Kongreßzentrum, investiert wurde", sagte Prof. Julius Posener, couragierter Kritiker Berliner Stadtbaupolitik und Präsident des Werkbundes. Länder, Gemeinden und Kirchen brachten 1974 zusammen 188 Millionen DM für den Denkmalschutz auf - ein Tropfen auf den heißen Stein.

Was demgegenüber an sinnloser Rüstung oder Werbeausgaben verschleudert wird, ist bekannt. Aufschlußreich sind Vergleiche mit Ausgaben für den Straßenbau: ein Kilometer Bundesstraße kostete 1974 ein bis zwei Millionen DM, ein Kilometer Autobahn im Hügelland zehn Millionen DM, im Ballungsgebiet von Städten rund 40 Millionen DM, ein Kilometer U-Bahn in Frankfurt 120 Millionen DM. Angesichts zunehmender Betonierung der Bundesrepublik durch Straßenbau - nach dem Bundesfernstraßengesetz soll ein unsinniges Netz von Autobahnen mit maximalem Abstand von 20 km entstehen - müssen wir fragen, ob die Erhaltung volkswirtschaftlicher Werte von Häusern und Altstadtbereichen nicht aus humanitären Erwägungen dringlicher ist.

Angesichts des schmalen Etats der Denkmalpflege neigen viele Denkmalpfleger zu dem Schluß, nur das zu erhalten, was sich auch finanzieren läßt. Die Schlußfolgerung ist so falsch wie folgenreich. Denn: die Denkmalpflege ist in erster Linie eine Gutachterbehörde, die feststellt, was ein Denkmal ist und wie es zu schützen sei. Es besteht keinerlei zwingende Abhängigkeit zwischen ihren Rechten und ihren Finanzierungsmöglichkeiten. Die Erhaltung von Bauten ist juristisch die Pflicht des Eigentümers. Wenn er Glück hat, erhält er eine Beihilfe. Die Denkmalpflege darf keine Rechtspositionen aufgeben, auch wenn sie nicht dafür bezahlen kann.

Die Personalsituation der Denkmalämter ist ähnlich schlecht wie ihr Etat. Das größte Amt der Bundesrepublik, der Landeskonservator in Bonn, hat 1974 75 Beschäftigte (einschließlich Hausmeister, Fahrer, Schreibkräften,

Restauratoren u. a.). Allein die Feuerwehr einer einzigen Stadt, der Stadt Bonn, hatte 248 Feuerwehrleute. Die Bonner Stadtverwaltung hat 4815 Beschäftigte (ohne Feuerwehr und Stadtwerke). Für 1974 hatte das Bundeskriminalamt 150 neue Stellen beantragt - fast ebensoviel wie die Hälfte aller Denkmalämter insgesamt an Stellen haben. Diese Zahlenvergleiche können zeigen, welchen Stellenwert der Stadtbereichsschutz im Lande der Dichter und Denker besitzt. Das Geld ist da - aber es wird offensichtlich falsch verteilt.

Das Landesdenkmalamt Baden-Württemberg kann 1973 keine weiteren Zuschüsse zahlen. Es hat einen so hohen Berg an Verbindlichkeiten, 35 Millionen, daß es vier komplette Jahresetats dafür ausgeben muß.

Es kann kein Trost sein, daß es der Denkmalpflege z. B. in den USA erheblich schlechter geht: sie ist dort nicht staatlich, sondern ein privater Verein, der von Spenden lebt - ein Privatunternehmen.

Für den Schutz historischer Industrie-Architektur und der sozialgeschichtlichen Bauten stellte das Landesdenkmalamt Westfalen 1973 einen wissenschaftlichen Referenten ein, das Landesdenkmalamt Rheinland zwei Referenten. Die anderen Länder erledigen diese Aufgaben entweder mit der linken Hand oder gar nicht.

Sind die Kosten für die Erhaltung zu hoch? Tatsache ist, daß die öffentliche Hand d. h. die Lohnsteuerzahler für die Stadtzerstörung durch Sanierung mehrfach zahlen: die unrentierlichen Kosten, die Steuerabzugsfähigkeit von Neubauten und die Subventionen für die Ersatzwohnungsbauten der von der Sanierung Vertriebenen; hinzu kommen die sozialen Folgeschäden und vor allem die Verteuerung der Lebenshaltungskosten für jeden einzelnen; subventioniert werden außerdem die hohen Kosten der Veränderung der Infrastrukturen, wenn nämlich die Wohnbereiche verlagert bzw. "umstrukturiert" werden. Stadtansanierung ist ein volkswirtschaftliches Verfahren, das ein hohes Maß an Beschäftigung bei negativer Effizienz garantiert.

Selbst wenn die Modernisierungskosten eines Hauses hoch sind, liegen sie in der Regel erheblich unter den derzeitigen Neubaukosten. Der einfache Farbanstrich eines Hauses kostet 1975 rund 3000 DM, das Putzabklopfen und Verfugen der Außenwand 6000 DM; die Totalüberholung eines Gebäudes erfordert zwischen 50 000 und 100 000 DM. Zum Vergleich: die Sozialwohnung kostete 1974 115 000 DM, eine frei finanzierte Eigentumswohnung weit mehr - beide haben weder die Lage noch die Quadratmetergröße noch die Lebensqualitäten der Altbauten. Die Zeitschrift "Das Haus" ermittelte Umbaukosten für aufwendige Arbeiten an alten Häusern zwischen 400 und 1000 DM je Quadratmeter. Die Neubaupreise im freifinanzierten Wohnungsbau lagen zur selben Zeit zwischen 1600 und 2000 DM je Quadratmeter. 1972 kauften sich zwei Künstlerinnen in Lübeck ein zweistöckiges historisches Haus und renovierten es für 70 000 DM aus eigener Tasche, 30 000 DM von der Possehl-Stiftung und 8000 DM von der örtlichen Denkmalpflege. Dafür hatten sie dreimal so viele Quadratmeter wie eine Wohnung im sozialen Wohnungsbau sowie die Lage und den Charme der Altstadt. Ist die Häuser-

erhaltung nur ein Privileg reicher Leute? In der Arbeitersiedlung Eisenheim modernisierten Arbeiter ihre Wohnungen mit einem Kostenaufwand zwischen 2000 und 10 000 DM - allerdings mit erheblicher Eigenleistung und Nachbarschaftshilfe. Die Wohnungskonzerne und Behörden sind freilich an dieser Art Modernisierung nicht interessiert - dabei wird zu wenig "umgesetzt" (in jedem Sinne des Wortes) und vor allem zu wenig verdient. Aber was nutzt eine teure Modernisierung, wenn die Arbeiter sie nicht bezahlen können? Die Arbeiterinitiativen in Duisburg-Neumühl setzten 1974 ein wegweisendes Modell durch: sie zwangen nach langer Auseinandersetzung die Stadt, den Bewohnern nach Leistungsverzeichnis und eigener Wahl jeweils nur das einzubauen, was sie finanzieren können. Jeder Hausbewohner weiß anhand einer Liste, wie sich seine Miete erhöht, wenn er ein Bad einbauen läßt. Die Preise werden von den Arbeiterinitiativen kontrolliert, die Mitsprache ist ihnen offiziell eingeräumt worden. Daß mit einem solchen Modell kein großes Geschäft zu machen ist, liegt auf der Hand. Aber Modernisierung ist keineswegs angewiesen auf Wohnungskonzerne - sie kann auch von kleinen Handwerksbetrieben vorgenommen werden. Wer nicht in einem Jahr gleich alles zusammen machen läßt, spart die hohen Zinsen für die Kreditaufnahme. Voraussetzungen für Eigenleistungen sind jedoch: sie müssen auf die Miete angerechnet werden können.

Richard Reuter errechnete 1974, daß die einfache Modernisierung nur die Hälfte von einer sehr komfortablen kostet. Investiert man zusätzlich Eigenarbeit, dann lassen sich die Kosten um weitere 25 Prozent drücken.<sup>1</sup> Berücksichtigt man alle Möglichkeiten der Bevölkerung, dann erweisen sich auch die außerordentlich hohen Finanzzahlen für die Sanierung unserer Städte, die periodisch in Presseverlautbarungen erscheinen, als unangebracht. Ihr wirklicher Grund: Zweckpessimismus - entweder um die Zuschußwilligkeit der öffentlichen Hand zu erhöhen oder um von der Modernisierung auf das lukrativere Neubaugeschäft abzulenken. Ulrich Conrads: "Anstelle einer Heilung einer Altstadt bekommt man eher eine dritte Autobahnspur."<sup>2</sup>

Die Erhaltung historischer Bauten gerät auch technologisch in Konflikt mit der Bauwirtschaft: der teure und hochkreditierte Maschinenpark soll ausgelastet werden - bei Altbaumodernisierung ist dies nicht oder kaum möglich. Die Verkomplizierung der Bautechnologie von Neubauten in der Hochkonjunktur d. h. in der Zeit der bequemen Absatzchancen treibt den Preis in die Höhe. So sehr sich die Bauwirtschaft auch mit Hilfe starker Lobby wehren mag - die Zahlungsunfähigkeit der breiten Bevölkerung setzt ihrer Ausdehnung Grenzen; hinzu kommt, daß es sich kein Land leisten kann, den größten Teil seines Häuser-Bestandes unentwegt herunterkommen zu lassen - durch mangelnde Instandhaltung. Das oben beschriebene Duisburger

---

1) Reinhard REUTER, Objektsanierung in historischen Stadtvierteln. Untersuchungen zur Rentabilität: Deutsche Kunst und Denkmalpflege 32, 1974, Nr. 1, S. 53/69.

2) Bauwelt 30/1973, S. 1301.

Modell zeigt einen Ausweg - sofern eine große Bevölkerungsgruppe solidarisch und geschickt handelt.

Vorbeugende Stadterhaltung muß dafür sorgen, daß die Voraussetzungen zur Stadterhaltung gesichert bzw. geschaffend werden. Es darf nicht erst zum denkmalpflegerischen Notstand kommen.

Schuld an der Auswechslung der Bevölkerung sind immer die Eigentumsverhältnisse und die private Verfügungsmöglichkeit über den Boden und seine Nutzung. Das Grundgesetz fordert die Lenkung der Verfügung über das Eigentum zu sozialen Zwecken (Sozialbindung des Eigentums). Die Verwirklichung des Grundgesetzes ist eine politische Aufgabe - sie muß stückweise durchgesetzt werden. Das planerische Instrumentarium bietet eine Anzahl von Mitteln, um unsoziale Nutzungen einzuschränken und private Nutzungen zu lenken. Der Grad der Ausnutzung bestimmt den Preis des Bodens. Wo der Bodenpreis hoch ist, baut der Besitzer hoch. Wenn die Ausnutzung des Bodens eingeschränkt wird, fällt der Bodenpreis, es kann billiger gebaut werden; es wird nicht hoch gebaut. Auf politischem Wege müssen Nutzungsbeschränkungen durchgesetzt werden. Die Oberschichtenviertel werden nicht umgewidmet, aber die Viertel der Kleinbürger und Arbeiter, wenn sie sich nicht wehren.

Mit Nutzungsanreizen kann ebenfalls gelenkt werden (Förderungsmittel). Diese Mittel sind keine bequem zugänglichen und handhabbaren Hebel zur Verbesserung der Zustände - sie müssen vielmehr zäh erkämpft und intelligent genutzt werden. Nicht mit Wunschdenken und Gebetshaltungen, sondern nur mit sehr konkreter und praktischer Arbeit läßt sich die politische Willensbildung erreichen, die notwendig ist, damit die bestehenden Gesetze nicht mehr zugunsten einer kleinen radikalen Minderheit von einflußreichen Interessenten, sondern zugunsten der Interessen der Mieter und Kleineigentümer ausgelegt werden. Das muß damit beginnen, daß die Bevölkerung auf die wichtigen verkehrsplanerischen Entscheidungen in der Stadt Einfluß nimmt. Diese Entscheidungen bestimmen nämlich Standortgunst, Ballung, Aufwertung von Grund und Nutzung sowie die Umweltbelastung, die die Leute aus ihren Wohnungen hinausgraulen kann. Forderung: Alle nicht zwingend erforderlichen Verkehrsarten müssen aus der Innenstadt herausgehalten werden. Wenigstens die Hälfte aller Straßen kann zu Sackgassen und damit zu Fußgängerzonen gemacht werden. Berufstätige können durch drastische Einschränkung der Parkplätze auf den öffentlichen Verkehr verwiesen werden. Teile des Wirtschaftsverkehrs sind auf bestimmte Tageszeiten zu beschränken. Vorbeugende Stadtplanung muß den Charakter des Milieus anerkennen und damit aufwerten sowie schließlich durch eine Fülle von kleinen Maßnahmen (Pflasterung, Straßenbeleuchtung, Straßenbäume u. a.) verbessern. Planung muß den Wohnwert eines Viertels gezielt erhalten helfen. Wer ein Viertel durch hochfahrende Pläne beunruhigt, sollte parlamentarisch entsprechend gemäßregelt werden. Die Sicherheit und Gewißheit, daß man im Viertel auf unabsehbare Zeit leben kann, muß erzwungen werden. Dezentralisierungen entlasten das Zentrum, mildern den Investitionsdruck, halten die Bodenpreise und damit auch die Mietpreise niedriger und

verringern den Verkehr. Nach langen und leidvollen Auseinandersetzungen haben sich die Städte Bamberg und Lübeck dazu durchgerungen, die City nicht mit weiteren Funktionen zu überlasten. In Italien dürfen sich die Kaufhäuser in der Regel erst vor den Toren der Altstadt ansiedeln. Prinzip: Alle Planungen müssen verhindert werden, die direkt oder indirekt z. B. als Infrastrukturmaßnahmen Boden aufwerten! Ziel: den ökonomischen Druck auf einen Stadtbereich mildern d. h. die Hoffnung auf höhere Rendite einschränken.

Großbauvorhaben können durch konsequente Anwendung aller Bauvorschriften verhindert werden. Wenn der Großinvestor seine Rentabilität gefährdet sieht, verzichtet er meist auf die Durchsetzung seiner Absichten. Zur Rentabilität verhelfen ihm jedoch in den meisten Fällen Planungsmaßnahmen der Stadt - sie müssen daher unter Kontrolle gebracht werden. Rechtliches Instrumentarium: das Parlament darf die Zusammenlegung von Parzellen nicht begünstigen; es muß Umwidmungen bzw. höhere Ausnutzung des Bodens ablehnen; und es kann drittens Großbauten mit der Begründung ablehnen, daß die Erschließung durch Straßen nicht gesichert ist bzw. einen zu hohen und sozialschädlichen Aufwand (Straßenschneisen, Abbrüche, Verdrängung der Bevölkerung) erfordere (§ 30 bzw. 34 Bundesbaugesetz).

Die Umwidmung oder Nutzungserhöhung ist eine politische Entscheidung. Das Parlament muß dazu einen neuen Bebauungsplan verabschieden. Niemand kann sie rechtlich erzwingen. Es gibt kein Recht auf andere oder höhere Ausnutzung des Bodens. Daher gibt es auch keine Entschädigung, wenn die Umwidmung oder die Nutzungserhöhung versagt wird. Die Versagung hindert die Spekulanten - sie macht ihre Gewinnerwartungen zunichte.

Ausnahmen (Dispense, § 31 Bundesbaugesetz) für einzelne Bauvorhaben werden in der Regel nicht parlamentarisch behandelt, sondern von den Behörden entschieden. Das Parlament muß auch die Dispenspraxis kontrollieren, damit unter der Hand keine ungewünschten Veränderungen stattfinden - es kann das Kontrollrecht auf politischen Beschluß hin ausüben (Beispiel Frankfurter Westend).

Die wichtigsten Maßnahmen:

Schnellen Zugriff hat ein Parlament, wenn es eine Veränderungssperre erläßt. Sie gilt höchstens vier Jahre. Dann muß ein Bebauungsplan vorliegen. Er kann den bestehenden Zustand festschreiben, muß also nichts verändern. Allein die Veränderungssperre schreckt die Spekulanten ab.

In Gebieten, in denen durch einen bereits bestehenden Bebauungsplan eine hohe Bodenausnutzung als Höchstgrenze angegeben ist, können die Stadt bzw. die Aufsichtsbehörden ebenfalls bremsen: die Höchstgrenze ist nur die Höchstgrenze, solange ihr nicht andere Rechte entgegenstehen. Ihre Ausnutzung kann nicht erzwungen werden. Die Bevölkerung muß die Behörden zwingen, es notfalls auf Prozesse ankommen zu lassen.

Die Landesbauordnungen gelten nur insoweit für die Modernisierung als auch tatsächlich Veränderungen vorgenommen werden: sie zwingen also

nicht zum Verändern. Im übrigen muß man sie sehr genau lesen - sie ermöglichen in der Regel erheblich mehr, als viele Planer den Betroffenen sagen. Die Richtlinien für den öffentlich geförderten Wohnungsbau sind auf Neubauten zugeschnitten. Es gibt jedoch die Möglichkeit, Ausnahmeregelungen auszuhandeln. Das bestehende Recht hat mehr Möglichkeiten als schlechthin angenommen wird. Sie müssen genutzt werden - das politische Bewußtsein dafür muß hergestellt werden.

Das kommende neue Bundesbaugesetz verschärft die Zerstörungsgefahr für die Stadtbereiche, indem es den Zugriff erleichtert. Andererseits bietet es - bei entsprechendem politischen Willen - bessere Möglichkeiten zur Erhaltung: durch ein konkretes Erhaltungsgebot.

Unumgänglich ist es, die Steuerbestimmungen zu ändern: die Altbauerhaltung muß in der steuerlichen Abschreibungsfähigkeit dem Neubauen gleichgesetzt werden. Dies bedeutet zumindest die Rettung des Kleineigentums. Für die Mieter müssen Garantiebestimmungen von Eigeninvestitionen geschaffen werden, außerdem die Möglichkeit, Teileigentum zu günstigen Bedingungen ablösen zu können, wenn der Hauseigentümer nicht in der Lage ist, zu niedrigbleibender Miete Wohnungen zu modernisieren. Die Mieterrechte müssen gestärkt werden. Wirtschaftlichkeit darf nicht mehr an die hohe Verzinsung von investiertem Eigentümerkapital gebunden, sondern muß an den sozialen Verhältnissen gemessen werden.

1973 beschließt der Verwaltungsrat der Stadt Rotterdam ein Beteiligungsmodell, das eine echte Bürgerbeteiligung bei Stadtgebietserneuerungen garantiert: Planungs- und Entscheidungsprozesse werden in die Stadtteile selbst verlegt - dezentralisiert.

Wie in Schweden müssen die Arbeitslosenprogramme für die Stadterhaltung eingesetzt werden. Auf diese Weise können vor allem Finanzschwache erhebliche Erleichterungen bei der Instandhaltung ihrer Wohnungen erhalten. Der Zukunftsforscher Prof. Robert Jungk fordert "produktive, soziale Arbeitslosenprogramme".

Das Denkmalschutzjahr 1975 muß das Jahr des Stadtbereichsschutzes werden. Es darf kein Jahr etablierter Sprüchereißer sein, sondern muß konkrete Veränderungen bewirken - soziale Ziele müssen Schritt für Schritt konkret durchgesetzt werden. Der Denkmalpfleger muß zu einer Art Ombudsmann für gewachsene Sozialstrukturen werden. Stadtbereichsschutz muß eine Teilaufgabe einer Ressourcenpolitik werden. Wir müssen den Grundsatz durchsetzen: alles Gewachsene steht zunächst nicht zur Disposition. Nicht für die Erhaltung, sondern für die Veränderung sind Beweise zu erbringen. Wie in Bologna dürfen gleichermaßen bei uns nicht nur die Fassaden geschützt werden, sondern auch die Menschen und ihre Sozialstruktur. Denn beides ist nur miteinander lebensfähig: Was wäre Venedig ohne die Venezianer?

TEIL CTHESEN DER DENKMALPFLEGE ZUR ALTSTADTSANIERUNG

Die erste Phase der Altstadtsanierung, bei der Sanierung noch ganz einseitig als Totalabbruch verstanden wurde, fand ihr Ende mit dem Städtebauförderungsgesetz vom 27. 7. 1971. Regelt auch dieses Gesetz in erster Linie den äußeren Ablauf der Sanierung, insbesondere der Finanzierung, und mag es auch überwiegend noch auf die Umstrukturierung der Sanierungsgebiete ausgerichtet sein, so wirkte doch allein der Zwang zu detaillierten Voruntersuchungen, zum Aufstellen eines Sozialplanes und zur Berücksichtigung historischer Bauten, Straßen und Plätze dämpfend auf das Abrißtempo. Zugleich setzte in der Bevölkerung ein Bewußtseinswandel zu Gunsten der historischen Werte ein; auch die Rolle der Sanierungsbetroffenen rückte stärker ins Blickfeld. Gleichzeitig begann sich der Nachholbedarf an Neubauwohnungen zu erschöpfen, stiegen die Kosten für Neubauten in den Bereich der Unwirtschaftlichkeit, wurden Flächensanierungen wegen der hohen Erschließungskosten immer utopischer. Sorgfältigere Untersuchungen wurden allgemein üblich, viele aufwendige Gutachten entstanden und verbrauchten die öffentlichen Sanierungsmittel in Höhe vieler Millionen. Für die Objektsanierung aber fehlen immer noch die Verwaltungsvorschriften. Hier kann die Bundesrepublik noch keine Erfolge aufweisen, im Gegenteil, der Verfall erhaltenswerter Bausubstanz geht weiter.

Es scheint, als stagniere die Altstadtsanierung im Augenblick, als stünden wir vor einer dritten Phase. Wie auch immer diese ausfallen wird, ob als neuer Boom innerstädtischen Bauens mit erneuter Abrißwelle oder, wie wir hoffen, als große Tendenzwende zur Althausanierung - wir müssen die Atempause nutzen zur gründlichen Analyse der Situation und zur Entwicklung von Kriterien und Methoden für die Erhaltung der historischen Städte.

Der Ablauf der Sanierung vollzieht sich laut Städtebauförderungsgesetz nach einem vorgeschriebenen Katalog von Maßnahmen, von denen für die Denkmalpflege folgende vier besonders wichtig sind:

- I. Vorbereitende Untersuchungen
- II. Planungsphase
- III. Ordnungsmaßnahmen
- IV. Baumaßnahmen

In dieser Reihenfolge werden hier die Anforderungen der Denkmalpflege an die Sanierung historischer Städte erläutert.

## I. VORBEREITENDE UNTERSUCHUNGEN

Den vorbereitenden Untersuchungen kann ein Wert nur zuerkannt werden, wenn sie von fachlich qualifizierten Personen nach objektiven Kriterien durchgeführt werden. Das bedeutet, daß der Untersuchende auf keinen Fall an irgend einem wirtschaftlichen Gewinn der Sanierung beteiligt sein darf. Damit scheidet Trägergesellschaften für die Ordnungs- und Baumaßnahmen automatisch für die Untersuchungen wie auch für die Planung aus. Selbst wenn es sich bei ihnen um halbstaatliche oder kommunale Baugesellschaften handelt, ist zu befürchten, daß ihre Untersuchungen bewußt oder auch nur unbewußt auf ihren Gewinn oder die Beschäftigung ihres Mitarbeiterstabes ausgerichtet sind. Das so beliebte Wort "wirtschaftlich" bezieht sich dann weniger auf die volkswirtschaftlichen Aspekte einer Sanierung als vielmehr auf die Rendite der beauftragten Firma.

Gründliche Untersuchungen durch fachlich qualifizierte unabhängige Gutachter

Trennung von der Trägergesellschaft der Ordnungs- und Baumaßnahmen

Für die Beurteilung der Gesamtzusammenhänge wird man Städtebauer, Soziologen, Verkehrsexperten und Wirtschaftsfachleute benötigen; für die Bewertung der Einzelbauten in bauphysikalischer, technischer und bauwirtschaftlicher Hinsicht müssen Architekten, Bautechniker, Statiker und qualifizierte Handwerker mit dem Status vereidigter Sachverständiger herangezogen werden.

Detaillierte Erfassung der künstlerischen, städtebaulichen, geschichtlichen und technischen Werte

Die Untersuchung der Bausubstanz darf nicht pauschal wie bisher in den meisten Fällen und schon gar nicht mit dem üblichen Herummäkeln an allen Altbauten und dem einseitigen Verherrlichen aller Neubauten erfolgen. Je gründlicher hier gearbeitet wird, um so wirtschaftlicher wird die Sanierung selbst ausgeführt werden können. Standfestigkeit der tragenden Wände, Feuchtigkeit in Mauern und Keller, Zustand von Decken, Fenstern, Dachstuhl und Dachhaut sind genau und unter dem kritischen Blickwinkel der Reparaturfähigkeit zu prüfen. Dabei wird es auch nötig sein, partiell Putz abzuschlagen, Dielen aufzunehmen oder Wandverkleidungen zu entfernen. Mit derselben Gründlichkeit aber müssen die Denkmalwerte im Sanierungsgebiet erfaßt werden. Dies ist die Aufgabe der Landesämter für Denkmalpflege, der dort tätigen Kunsthistoriker, Archäologen, Architekten und Restauratoren. Auch Bürger mit guten Ortskenntnissen können wirkungsvolle Hilfe leisten.

Als Grundlage für diese Aufgabe ergeben sich ungefähr folgende

Kriterien für die Bestimmung von Baudenkmälern. \*

1. Kunstgeschichtliche Bedeutung (maximal 40 Punkte)
  1. 1. Künstlerische Qualität
  1. 2. Entwicklungsgeschichtliche Bedeutung
  1. 3. Stellung im Oeuvre eines Künstlers
  1. 4. Seltenheitswert als Vertreter eines Stiles
  1. 5. Qualität oder Vielfalt der Fassadengliederung
  1. 6. Qualität oder Vielfalt der Bauornamentik
  1. 7. Qualität oder Vielfalt der Innenausstattung
2. Städtebauliche Bedeutung (maximal 40 Punkte)
  2. 1. Bedeutung für ein Stadtbild oder eine Landschaft
  2. 2. Bedeutung als unmittelbare Umgebung eines hervorragenden Baudenkmals
  2. 3. Bestandteil eines Ensembles, einer Baugruppe, einer Gesamtanlage
  2. 4. Qualität der städtebaulichen Konzeption
3. Geschichtliche Bedeutung
  3. 1. Siedlungsgeschichtliche Bedeutung
  3. 2. Kirchengeschichtliche Bedeutung
  3. 3. Geburts- oder Wirkungsstätte einer bekannten Persönlichkeit
  3. 4. Stätte wichtiger politischer Ereignisse
  3. 5. Sozialgeschichtliche Bedeutung
  3. 6. Bedeutung für Volkskunde und Heimatgeschichte
  3. 7. Volkstümlicher Erinnerungswert
  3. 8. Bedeutung für Industrie- und Wirtschaftsgeschichte
4. Erhaltungszustand und technische Bedeutung (maximal 40 Punkte)
  4. 1. Qualität der Konstruktion
  4. 2. Handwerkliche Qualität der Ausführung
  4. 3. Erhaltung des Originalzustandes
  4. 4. Originalfarbigkeit des Äußeren oder Inneren
  4. 5. Bauphysikalischer Zustand

Veränderungsgruppen:

- mehr als 80 Punkte: Gruppe A = Umgestaltungen ausgeschlossen  
 mehr als 60 Punkte: Gruppe B = Umgestaltungen im Inneren unter bestimmten Voraussetzungen möglich  
 mehr als 40 Punkte: Gruppe C = Umgestaltungen im rückwärtigen Bereich möglich

---

\*) Die folgende Aufzählung der Kriterien ist nicht als Rangfolge zu verstehen.

- mehr als 20 Punkte: Gruppe D = Schutz der Fassade, einer bestimmten Ansichtsseite, der Dachform oder bestimmter Bauteile
- weniger als 20 Punkte: Ersatz durch einen Neubau möglich, soweit dieser einen mindestens gleichhohen Gestaltwert besitzt.

Normative ästhetische Wertkategorien sind von der Denkmalpflege abzulehnen. Ein einfaches Fachwerkhaus kann zum Beispiel im Gesamtkunstwerk einer historischen Stadt eine gleich wichtige Rolle spielen wie ein prachtvolles Patrizierhaus, dessen künstlerische Qualität im übrigen nur vor dem Hintergrund des damaligen Standards ablesbar wird. Auf Grund des vorgeschlagenen Punktsystems sollen nur Veränderungskategorien für alle die Fälle entwickelt werden, in denen Gründe der Funktion, des Bauzustandes oder übergeordnete Planungsziele Eingriffe fordern. Auf keinen Fall darf die Bewertung nur von der Fassade und deren Gestaltwert ausgehen. Baudenkmale sind nur dreidimensional als Gesamtgefüge zu verstehen. Das Innere ist nicht nur in schützenswerten Ausstattungen wie Stuckdecken, Treppen, Türen und Wandverkleidungen, sondern auch im Grundrißschnitt und den Raumformen zu bewerten.

Gesamtwertung  
des Baudenk-  
mals, keine Re-  
duzierung auf  
reproduzierbare  
Gestaltwerte

Sollen diese Untersuchungen erschöpfend sein, werden sie dieselbe Gründlichkeit verlangen wie oben für die technischen Aspekte gefordert. Von allen europäischen Ländern praktiziert dies nur Polen mit wissenschaftlicher Genauigkeit und großen personellem wie finanziellem Einsatz. Die dort entwickelte Systematik von der Archivforschung durch Historiker und Kunsthistoriker über die Erkundung des Baugrundes durch Archäologen bis hin zur detaillierten Untersuchung der Gebäude durch Bauhistoriker und Restauratoren ist beispielhaft und führt zum Beispiel in Krakau ständig zur Wiederentdeckung verborgener Kunstwerke. An Fassaden werden in ein Meter Abstand vertikale und horizontale Suchgräben in jüngeren Putz gezogen und dabei vermauerte Portale, Fenster sowie Reste der ursprünglichen Farbigkeit freigelegt. Im Inneren kommen Wandmalereien, Spuren der alten Raumfassungen und geschnitzte Decken zum Vorschein. Die Ergebnisse der Untersuchungen werden in Dokumentationsbänden mit Aufmaßzeichnungen und Fotografien zusammengefaßt und zur Voraussetzung für die Planung gemacht. Dieses Verfahren erfordert zahlreiche Fachkräfte und ist deshalb nicht billig, jedoch volkswirtschaftlich vernünftig, weil damit unliebsame Überraschungen in der Ausbauphase mit Stilllegungen der Baustelle, Umänderung der Planung, Terminüberschreitungen und damit hohe Mehrkosten vermieden werden. Zu bedenken ist, daß auch die jetzt bei uns üblichen Pauschaluntersuchungen hohe Summen verschlingen und vielfach doch nur auf Vorurteilen begründet sind.

## II. PLANUNGSPHASE

Übernahme der Untersuchungsergebnisse in die Planung

Personelle Verbindung von Untersuchung und Planung möglich, zur Trägerschaft der Ordnungs- und Baumaßnahmen unerwünscht

Vorrang der künstlerischen, städtebaulichen und historischen Werte vor technischen Mängeln und rein wirtschaftlichen Erwägungen

Erhaltung der vorhandenen Sozialstrukturen

Einführung des Begriffes Erhaltungsgebiet in das Planungsrecht

Erlaß von Denkmalschutzgesetzen

Die Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchungen müssen unmittelbar in die Planung einfließen. Eine personelle Verbindung zwischen den Phasen I und II ist deshalb erwünscht, nicht jedoch zwischen den Phasen II und III, denn niemand darf zu seinem eigenen wirtschaftlichen Vorteil planen dürfen.

Bei der Verarbeitung der Untersuchungsergebnisse sind die künstlerischen, städtebaulichen und historischen Werte noch vor den wirtschaftlich-technischen Mängeln zu berücksichtigen, denn die einen sind unersetzlich, die anderen durch geeignete Maßnahmen zu beheben. Sanierung ist nie allein als technisch-finanzielle Lösung zu sehen, sondern eine soziale, städtebauliche und künstlerische Aufgabe aller Beteiligten. Daraus ergibt sich die wichtige Rolle der Betroffenen. Es kann der Denkmalpflege nicht gleichgültig sein, was mit den Bewohnern von Sanierungsgebieten geschieht, denn historische Städte wurden und werden nicht nur von Bauten, sondern auch von den dort lebenden Menschen geprägt. Die Erhaltung der Sozialstrukturen mit möglichst hoher Mischung der Alters-, Bildungs- und Einkommensverhältnisse gehört untrennbar zusammen mit der Erhaltung historischer Bauten und Stadtstrukturen. Als Planungsziele kommen deshalb Umstrukturierungen nicht in Frage, denn sie haben bauliche Monotonie und die Kontaktarmut sozialer Monokulturen zur Folge.

Nach dem weitverbreiteten Mißverständnis von Sanierung als Flächenabräumung historischer Städte ist es an der Zeit, zwischen Erhaltungsgebieten und Veränderungsgebieten im Planungsrecht zu differenzieren, für beide jedoch trotz unterschiedlicher Zielsetzung die gleiche finanzielle Förderung zu garantieren. Als Vorbild bietet sich das britische Planungsrecht an. Es kennt die Ausweisung von "conservation areas" (Erhaltungsgebieten), zu denen nicht nur ganze Altstädte mit historischen Bauten, Straßen und Plätzen, sondern auch die umgebende Landschaft mit Wiesen, Bäumen und Gewässern gehören. Im neuen hessischen Denkmalschutzgesetz ist bei der Formulierung des § 18 über die Gesamtanlagen dies bereits berücksichtigt worden. In fünf Bundesländern existieren schon Gesetze zum Schutz der Kulturdenkmäler; die noch ausstehenden sechs werden hoffentlich bald folgen und die fortschrittlichen Neuerungen des hessischen Gesetzes übernehmen. Der Denkmalschutz muß sich auch sichtbar in der Planung niederschlagen, die geschützten Bauten, Straßen und Plätze sind

durch entsprechende Signaturen kenntlich zu machen. Damit soll aber nicht eine bloße Festschreibung erfolgen, sondern eine organische Eingliederung in den Entwicklungsprozeß eingeleitet werden. Im hessischen Denkmalschutzgesetz werden in § 1 als Ziel nicht allein der Schutz und die Pflege der Denkmäler, sondern auch ihre Einbeziehung in Raumplanung und Städtebau angegeben. Deshalb sollen Altstädte wie auch Einzelbauten eine möglichst lebendige Nutzung finden, jedoch nicht um jeden Preis, denn die Erhaltung der gewachsenen Stadtstrukturen wie auch der historischen Bausubstanz beansprucht den Vorrang vor reinen Nützlichkeitsabwägungen. Große Kaufhäuser, Bürobauten und Banken sprengen den Maßstab der Altstädte und führen durch ihre Folgen für Verkehr und Bodenpreise zur Zerstörung des Stadtgefüges. Auch beim Einzelgebäude muß sorgfältig geprüft werden, ob die gewählte Nutzung eine Erhaltung der Substanz ermöglicht. Die polnische Denkmalpflege hat den Begriff der "Verträglichkeit der Nutzung" geprägt, er sollte auch bei uns in die Fachsprache der Planer eingehen.

Verträglichkeit der Nutzung mit der Erhaltung der Stadtstruktur und der historischen Substanz

Aus der Zielsetzung als Erhaltungsgebiet und aus der Verträglichkeit der Nutzung ergibt sich von selbst, daß eine höhere Ausnutzung des Bodens in historischen Städten unterbleiben muß. Ein Anheben der Geschößflächenzahlen würde zu größeren Baumassen, zu höheren Bodenpreisen und damit zu spekulativer Umstrukturierung führen. Allzu starke Auskernung und eine Herabsetzung der Nutzungsziffern ist jedoch ebenfalls unerwünscht, denn Freiflächen zerreißen den Zusammenhang dicht bebauter und malerisch verschachtelter Altstädte. In der Konzentration vieler Menschen auf begrenztem Raum liegt die Chance zur Kommunikation. Die Beibehaltung der bestehenden Nutzungsziffern ist deshalb anzustreben, die Einzelausweisung jedes Grundstücks in einer Altstadt zu empfehlen, denn generalisierende Ziffern haben auch eine generalisierende Bebauung zur Folge.

Einschränkung der Bodennutzung auf das vorhandene Maß

Der Abschied von der autogerechten Stadt hat einen fünfundzwanzigjährigen innerstädtischen Zerstörungsprozeß hoffentlich beendet, nur im Hinterland fordert er noch Opfer. Ein gewisses Maß an Verkehr braucht auch die historische Stadt für das Anliefern von Waren, für die Bewegungsfreiheit der dort Wohnenden und für Gehbehinderte. Wird Verkehr nicht mehr als Selbstzweck, sondern in seiner dienenden Funktion gesehen, birgt er keine Gefahren mehr für die Denkmalpflege, denn Altstädte hatten schon in historischer Zeit ein beträchtliches Maß an Verkehr und können ihn auch in Zukunft verkraften, wenn es gelingt, ein geräuscharmes und abgasfreies Gefährt zu entwickeln. Zu Gunsten von Verkehrslösungen dürfen aber keine historischen Bauten mehr geopfert werden.

Kein Abbruch erhaltenswerter Bauten zu Gunsten von Verkehrslösungen

### III. ORDNUNGSMASSNAHMEN

Neben den Untersuchungen und Planungen haben die Ordnungsmaßnahmen bisher den größten Teil der aufgewandten Finanzmittel in Anspruch genommen. Der Aufkauf von Grundstücken mit Altbau-substanz wird von den Kommunen mit Nachdruck betrieben, allzu rasch dann aber auch zum Abbruch gedrängt, noch bevor klar ist, welche Ziele die Sanierung haben soll. In vielen Städten sind auf diese Weise willkürlich Löcher in das Stadtbild geschlagen worden. Die städtebaulichen Zusammenhänge wurden einem abgeräumten, notdürftig mit Schotter befestigten und als Parkplatz genutzten Grundstück geopfert. Das geht rasch und erfordert vergleichsweise geringe Kosten und kaum Anstrengungen. Es ist aber sehr schwer, wenn nicht unmöglich, derartige Löcher im Stadtgefüge wieder zu schließen. Der Abbruch aufgekaufter Häuser ohne historischen oder wirtschaftlichen Wert sollte deshalb erst dann durchgeführt werden, wenn Planung und Finanzierung der Ersatzbauten abgeschlossen sind.

Abbruch von belanglosen Bauten erst nach Planung und Finanzierung der Ersatzbauten

Kontrolle der Grundstücksverkäufe

Es muß in Sanierungsgebieten wie in Altstädten ganz allgemein eine laufende Kontrolle der Grundstücksverkäufe stattfinden, um Eigentumskonzentrationen zu verhindern, die zur Ansiedlung störender Kaufhäuser, Banken oder Büropaläste führen kann.

Gründung von gemeinnützigen Stiftungen für Denkmalpflege

In Städten mit hohem Bestand an Baudenkmalen sollten als Träger der Sanierung gem einnützige Stiftungen mit dem Ziel der Stadterhaltung gegründet werden. Im Bergquartier der holländischen Stadt Deventer gibt es dafür ein vorzügliches Vorbild. Hier wie bei anderen holländischen Stiftungen werden gefährdete Häuser erworben, instandgesetzt und vermietet. Die Erlöse fließen wieder der Stiftung zu und dienen der Finanzierung weiterer Sanierungsprojekte. Der "National Trust for Scotland" handelt ähnlich, veräußert aber nach der Instandsetzung die Bauten wieder, so daß sein Kapital ständig umgewälzt wird. In der Bundesrepublik werden Stiftungen für die Denkmalpflege dringend gebraucht, um vorübergehend vom Abbruch bedrohte Häuser zu retten, wenn weder die öffentliche Hand noch Privatleute zu Ankauf und Instandsetzung bereit sind. Es ist eine bittere Erfahrung der Denkmalpflege, daß oft Bauten wegen fehlender Interessenten aufgegeben werden mußten, die Situation sich aber schon kurze Zeit nach dem Abbruch unerwartet zum Besseren änderte. Auch hieraus ergibt sich die Forderung, den Abbruch eines erhaltenswerten Gebäudes stets so weit wie möglich hinauszuzögern.

## IV. BAUMASSNAHMEN

A. Objektsanierung

Unter der Objektsanierung versteht die Denkmalpflege die gründliche Instandsetzung eines Gebäudes in Dach und Fach, die Verbesserung der Wohnungszuschnitte und der sanitären Einrichtungen, und zwar bei schonender Behandlung der schützenswerten Altbau-Substanz. Eindringlich warnen muß man hier vor der üblichen Perfektion und Erneuerungssucht unserer Zeit. Auch ein von Schädlingen oder Verformungen angegriffener Dachstuhl läßt sich in den meisten Fällen noch ausbessern. Das gilt auch für Balkendecken und Fachwerkwände. Gewöhnlich werden die Kosten damit unter denen einer Neuanfertigung bleiben, doch selbst wenn diese eine gleiche Höhe erreichen, ist die Reparatur wirtschaftlicher, da sie Eingriffe in das Gesamtgefüge mit den Folgekosten erspart. Der rechte Winkel wie auch die absolute Senkrechte und Waagrechte sind keine Voraussetzungen für glückliches Wohnen. Perfektion jeder Art ist der sichere Tod historischer Bauten. Es gibt keine wartungs- und unterhaltungsfreien Gebäude. Auch die angeblich so wirtschaftlichen Neubauten unserer Tage sind die reparaturbedürftigen Altbauten von morgen. Laufende Instandsetzung und Pflege ist immer erforderlich. So müssen auch Objektsanierungen nicht mit übermäßiger Gründlichkeit vorgenommen werden. Eine schiefe Wand kann noch hundert Jahre so stehen, eine durchhängende Decke sehr malerisch wirken. Es ist auch nicht nötig, alle alten Häuser in Luxuswohnungen höchster Ansprüche zu verwandeln. Wichtig ist vor allem die Beseitigung von Mängeln. Man sollte auch erproben, ob nicht viele Schönheitsreparaturen wie Putzen und Tapezieren von Wänden, Auslegen der Böden usw. von den Mietern oder Käufern selbst in Freizeitarbeit durchgeführt werden können. Niedrige Mieten für Wohnungen führen am schnellsten zur Wiederbelebung der Altstädte.

Verstärkte Förderung der Objektsanierungen

Nicht Erneuern, sondern Ausbessern

Abkehr vom Perfektionismus vom Luxusstandard

Die erfolgreichen Objektsanierungen in Großbritannien, Holland oder Polen basieren u. a. auch auf einer verständnisvollen Bauaufsicht, die nicht sklavisch die Forderungen moderner Bauordnungen auf Baudenkmäler anwendet, sondern sich bemüht, die Sicherheit und Bequemlichkeit der Bewohner auf andere Weise als bei Neubauten und unter Wahrung der historischen Bausubstanz zu erreichen. Gerade bei der deutschen Baupolizei ist der Perfektionismus tief verwurzelt. Deshalb müssen dringend in die Bauord-

Einschränkung baupolizeilicher Forderungen

nungen der Länder Ausnahmeregeln für historische Gebäude aufgenommen werden.

Phantasievolle  
Improvisation

An die Phantasie der Architekten werden bei der Objektsanierung hohe Anforderungen zu stellen sein. Jedes Haus muß als Einzelfall behandelt werden, für jedes Problem eine besondere Lösung gesucht werden. Extrem niedrige Geschosse können z. B. durch Öffnen des Obergeschosses bis in den First des Dachraumes oder durch Zusammenziehen zweier Geschosse zu einem Hohen Raum mit umlaufenden Galerien beseitigt werden. Gerade aus derartigen "Notlösungen" pflegen die reizvollsten Raumformen zu entstehen.

Neue Eigen-  
tumsformen

Viele schöpferische Architekten können bei der Altstadtanierung Beschäftigung finden und ihre gestalterischen Fähigkeiten besser einsetzen, als es bisher bei den typisierten Neubauten der Fall war. Bei schmalen Parzellen und geschlossener Bauweise wird eine Verbesserung der Wohnungen am leichtesten durch die Vereinigung zweier oder mehrerer Häuser zu erzielen sein. Gemeinsame Treppenhäuser, Heizungsanlagen, Leitungsschächte, Garagen und andere Einrichtungen bieten sich hier an. Auch die teilweise Neubau eines Hauses für den technisch-sanitären Bereich oder die Kombination eines Neubaus mit einem instandgesetzten Altbau sind zu erproben. Dies setzt allerdings voraus, daß die Grundstücke in eine Hand gelangen oder statt vertikaler Eigentums- grenzen horizontale eingeführt werden. Leider bedeutet die mangelnde Kooperationsbereitschaft vieler Hausbesitzer und die Abneigung gegenüber dem Stockwerkseigentum ein schwer überwindbares Hindernis.

Wiedergewinn  
künstlerischer  
Werte

Eine sorgfältig und vorsichtig durchgeführte Objektsanierung kann in vielen Fällen zur Wiedergewinnung künstlerischer und städtebaulicher Werte führen. Schnitzzfachwerk wird wieder sichtbar, störende Schaufenstereinbrüche werden auf vernünftiges Maß reduziert, häßliche Werbung und entstellende Materialien beseitigt, im Inneren verborgene Stuckdecken, Malereien, Türbeschläge u. a. entdeckt.

Bildung von  
Spezialfirmen

All dies kann nur gelingen, wenn außer fähigen Architekten vor allem qualifizierte Handwerker zur Verfügung stehen. Man sollte Spezialfirmen nach dem Vorbild der polnischen konservatorischen Betriebe (PKZ) bilden. Maurer, Zimmerleute, Dachdecker, Tischler, Putzer und Maler müssen wieder das fachgerechte Ausbessern, die Handarbeit, das Zusammenwirken in einer Gruppe lernen. Gerade die Tatsache, daß bei der Objektsanierung kaum größere Baumaschinen eingesetzt werden können, paßt in unsere derzeitige Situation, in der sich die Arbeitsplätze so viel besser sichern lassen, als durch vorgefertigte, lohnkostensparende Neubauverfahren. Und die Halde leerstehender Eigentumswohnungen ist ohnehin schon zu hoch. Der Nachholbedarf bei der Althausanierung

nung garantiert auf lange Sicht eine Beschäftigung des Bauhandwerks, insbesondere der kleinen und mittleren Betriebe. Naturwissenschaften, Technik und Industrie können mit der Entwicklung neuer Verfahren der Bauholzkonservierung, Mauerfestigung, Entfeuchtung nasser Wände und Räume wirksam helfen. Das holländische Beta-Verfahren zur Festigung zerfressener Bauhölzer ist hier ein hoffnungsvoller Ansatz. Auch viele Materialien wie Kunstschiefer, Farben, Steinfestiger u. a. müssen und können noch wesentlich verbessert werden. Die Wirtschaft wird sich von selbst auf das Absatzgebiet der Althausanierung einstellen, wenn die Öffentliche Hand hier eindeutige Schwerpunkte setzt. Das kann durch eine wesentlich verstärkte finanzielle Förderung, aber auch durch die Gewährung von Steuervorteilen bewirkt werden. Noch wird ein Bauherr, der einen Altbau erhält, statt ihn abzubauen und durch einen Neubau zu ersetzen, dafür steuerlich bestraft, denn er kommt weder in den Genuß des § 7 b EStG, noch spart er Grundsteuern und Grunderwerbsteuern. Hier ist eine Gleichstellung, möglichst sogar eine Bevorzugung von Baudenkmalen zu fordern. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist bereits dem Bundestag zugeleitet worden, doch muß befürchtet werden, daß die auf Neubauten ausgerichtete Bauindustrie zusammen mit den Finanzexperten des Bundes diese Steuerpräferenzen zu Fall bringen.

Entwicklung  
neuer Methoden  
und Materialien

Stärkere finanzielle Förderung von Objektsanierungen

Steuerpräferenzen für Baudenkmalen

Unabhängig davon müssen aber Objektsanierungen mit Nachdruck gefordert und durchgesetzt werden. Wichtig ist eine Propagierung gelungener Vorhaben nicht nur in der Fachpresse, sondern vor allem in den Illustrierten und den Nachrichtenblättern der Bausparkassen. Die ausstrahlende Wirkung von Modellvorhaben auf Kommunalpolitiker, Hausbesitzer, Mieter und Baufirmen ist hoch einzuschätzen. Bisher waren die Leitbilder einseitig auf Neubauten ausgerichtet, jetzt gilt es, eine Tendenzwende zur Althausanierung herbeizuführen.

Propagierung gelungener Althausanierungen

## B. Neubauten

Auch der Denkmalpfleger wird eingestehen müssen, daß ein gewisser, im Durchschnitt bei 25 % anzusetzender Teil der Bauten in Altstädten in so schlechtem Zustand ist, daß sich eine Instandsetzung aus wirtschaftlichen Gründen dann nicht rechtfertigt, wenn keine künstlerischen, historischen oder städtebaulichen Werte bei einem Abbruch verloren gehen. Auf keinen Fall aber dürfen die üblichen, in Neubauvierteln verwendeten Haustypen in Altstädte übertragen werden, denn sie sind als freistehende Kuben entwickelt worden und passen schon deshalb nicht in geschlossene Straßen- und Platzwände. Auch wurde ihre Außengestaltung aus finanziellen Gründen auf ein Minimum bis hin zum Primitiven reduziert, wodurch sie zu Fremdkörpern inmitten der reichgegliederten und ausgeschmückten Bürgerhäuser unserer historischen Städte wer-

Beschränkung der Baumassen in Altstädten

den müssen. Die Denkmalpflege fordert keine historisierenden oder bloß angepaßten Neubauten. Zeitgemäßes Bauen kann in historischen Städten zu einer Bereicherung werden, wenn die folgenden Forderungen erfüllt werden:

1. Die Masse eines Neubauvorhabens muß auf das Maß der vorhandenen Bebauung eingeschränkt werden. Großbauten wie Kaufhäuser, Banken und Büropaläste gehören nicht in die Altstädte. Die Grundflächen- und Geschoßflächenzahlen sind in der vorhandenen Höhe festzusetzen.
2. Die städtebauliche Einbindung wird durch eine Zergliederung des Neubaukörpers in die historische Stadtstruktur erreicht.
3. Auf die Dachlandschaft ist besonderer Wert zu legen, unabhängig von der Dachform muß sie vor allem differenziert und im Material angeglichen sein.
4. Die Fassaden müssen in der plastischen Belebung, im Wechsel von Licht und Schatten, im Verhältnis von Öffnung zu Wand, von Vertikaler zu Horizontaler den historischen Bauten verwandt sein. Sie können dennoch unmißverständlich die Formensprache unserer Zeit sprechen.
5. Historische Bauten sind aus Werkstoffen gebildet, die die Spuren eines natürlichen Alterungsprozesses erkennen lassen. Neubauten dürfen deshalb nur aus patinierenden Materialien wie Naturstein, Putz, Beton, Holz und oxidierende Metalle errichtet werden. Abzulehnen sind Kunststoffe, zu viel Glas und eloxierte Metalle, denn ihr Perfektionismus stört, sie versprechen ewige Jugend, können dies aber nicht halten, sondern altern auf häßliche Weise.

Hohe qualitative Anforderungen an Neubauten

Hohe qualitative Anforderungen an Neubauten werden Mehrkosten zur Folge haben, sie sind aber auf die Dauer wirtschaftlicher, denn sie lassen sich besser pflegen und heben den Wohnwert der Häuser wie ganzer Stadtteile.

**KEINE ZUKUNFT  
FÜR UNSERE  
VERGANGENHEIT ?**

**DENKMALSCHUTZ UND STADTZERSTÖRUNG**

Heinrich Klotz  
Roland Günter  
Gottfried Kiesow

Verlag W. Schmitz, Giessen, Lonystraße 19

